

# *Geschichte unserer Zeit*

Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra

*Band 1*

*1. Teil:*

*Die Revolution, ihre Entstehung und Folgen 1916–1922*

Nationale Verlags-Gesellschaft m. b. H., Leipzig © 1932-1935.

Dieses Digitalisat © 2020 by The Scriptorium und ins Netz gestellt am 11. November 2020, dem 102. Jahrestag der Waffenstillstandserklärung, die den Ersten Weltkrieg beendete und den wohl unheilvollsten Frieden der Neuzeit einleitete. - Alle Illustrationen stammen aus dem Original.

## **Eingriffe durch Scriptorium:**

der besseren Lesbarkeit halber wurden stellenweise ausgeschriebene Zahlenworte in Ziffern abgeändert (z.B. hundertfünfzigtausend → 150 000) und bei solchen Textstellen Betonung (Fettdruck) hinzugefügt, wo es aus heutiger rückblickender Perspektive angebracht schien.

Die Textgliederung wurde leicht vereinfacht und geringfügige Druck- bzw. Satzfehler wurden korrigiert.

Druckversion 2021 gesetzt vom Hilfsbibliothekar, alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



**Scriptorium dankt Herrn M. P. S.**

**für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!**



## ***Inhalt des Ersten Bandes:***

### **Vorwort**

### **Einleitung: Wie Deutschland wurde**

Deutschlands geographische Lage. - Das Reichsgebiet. - Die drei Schauplätze und Epochen der deutschen Geschichte. - Wesen der Wahlmonarchie. - Die Sachsenkaiser. - Deutsche Ost- und italienische Südpolitik. - Hohenstaufen und Welfen. - Beginnende Auflösung: Untergang der Hohenstaufen. - Verfassungswesen. - Interregnum. - Königliche Hausmacht. - Ostmark. - Wahlkönige 1254-1347. - Rudolf von Habsburg. - Die Lützelburger. - Von Habsburgs Hausmacht zur Weltmacht. - Albrecht II., Friedrich III. und Maximilian. - Karl V. - Die Reformation. - Karl V. und die Reformation. - Religiöse Kämpfe. - Der Westfälische Friede. - Türken- und Franzosenkriege. - Brandenburg und der Große Kurfürst. - Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. - Friedrich der Große. - Die Französische Revolution. - Befreiungskriege. - Deutscher Bund. - Reaktion und Revolution. - Die französische Revolution 1848. - "Dreikönigsbündnis". - Otto v. Bismarck. - Das neue Kaiserreich. - Innere Entwicklung. - Friedenspolitik. - Kaiser Wilhelm II. - Friedenswille trotz Zickzack-Kurs. - Balkankriege und Weltkrieg.

### **I. Teil: Die Revolution, ihre Entstehung und Folgen 1916-1922**

#### **1. Kapitel: Der Zusammenbruch des Kaiserreiches und die deutsche Revolution**

Kriegsausbruch und Karl Liebknecht. - Liebknechts Kampf mit der Sozialdemokratie. - Bürgerliche Pazifisten und Ruf nach dem Siegfrieden. - Ausschluß Liebknechts aus der Sozialdemokratie. - Revolutionäre Demonstrationen, Agitation und Streiks. - Bethmann-Hollwegs lahme Politik. - Berufung Hindenburgs. - Der Wendepunkt des Weltkrieges. - Begründung der U.S.P.D. - Sozialistenkongreß in Stockholm. - Czernins Geheimbericht. - Erzberger. - Friedensresolution. - Matrosenmeuterei. - "Deutsche Vaterlandspartei". - Schwäche der kaiserlichen Regierung. - Bolschewistische Revolution in Petersburg. - Verschärfung der Gegensätze Anfang 1918. - Januarstreiks. - Wilsons 14 Punkte. - Deutsche Frühjahrsschlacht. - Katastrophe des deutschen Heeres. - Friedenswille der Obersten Heeresleitung. - Beginnender Zusammenbruch. - Prinz Max von Baden und die Vorfriedensverhandlungen. - Waffenstillstandsgesuch. - Vorfriedensverhandlungen. - Sozialdemokraten gegen den Kaiser. - Liebknecht, Spartakus und Flottenmeuterei. - Matrosenmeuterei in Kiel. - Ausbreitung der Revolution. - Vorbereitung des Waffenstillstandes. - Sozialdemokratische Hoffnungen. - Forderung der Abdankung

des Kaisers. - Forderungen der Sozialdemokratie. - München. - Der 9. November. - Abdankung des Kaisers. - Deutschland als Republik.

## 2. Kapitel: Der Übergang

Friedrich Ebert und der Rat der Volksbeauftragten. - Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte. - Der Waffenstillstand. - Innere Vorgänge. - Allierter und polnischer Vormarsch. - Sozialdemokraten und Spartakisten. - Weihnachtskämpfe. - Drohender Bürgerkrieg.

## 3. Kapitel: Innere Erschütterungen, äußere Bedrängnis

Stellung des Bürgertums. - "Spartakuswoche". - Niederwerfung der Spartakisten. - Wahl und Zutritt der Nationalversammlung. - Regierung Scheidemann. - Aufstände in Kiel, Ruhrgebiet, Halle, Leipzig, Berlin. - Räterepublik in München. - Räterepublik Braunschweig. - Freikorps, Technische Nothilfe, vorläufiges Reichswehrgesetz. - Beendigung des polnischen Krieges. - Verlängerung des Waffenstillstandes. - Österreichische Anschlußgedanken. - Deutsche Kriegsschuld. - Bewegung gegen den drohenden Gewaltfrieden.

## 4. Kapitel: Versailler Friedenskonferenz und Friedensdiktat, Scapa Flow, Erhebung des rheinischen Separatismus

Wilson, Lloyd George, Friedensdiktator Clemenceau. - Frankreichs Streben nach der Rheingrenze. - Lloyd Georges Denkschrift. - Deutschlands Entwaffnung und die Wiedergutmachungsfrage. - Graf Brockdorff-Rantzau in Versailles. - Inhalt des Friedensvertrages. - Brockdorff-Rantzaus Entgegnung. - Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten. - Erregung in Deutschland. - Scheidemanns Rede. - Meinungsverschiedenheiten in Deutschland. - Kritische Tage in der Nationalversammlung. - Unterzeichnung in Versailles. - Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow. - Erhebung der rheinischen Separatisten. - Die Pläne Dr. Dortens. - Mißlungener Putsch.

## 5. Kapitel: Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919

Entwurf einer unitarischen Reichsverfassung. - Die Parteien in Weimar. - Verkündung der neuen Verfassung. - Verhältnis zwischen Reich und Ländern. - Der Reichstag. - Reichspräsident und Reichsregierung. - Der Reichsrat. - Die Reichsgesetzgebung. - Die Reichsverwaltung. - Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen. - Charakteristik der Reichsverfassung.

## 6. Kapitel: Widerstände im Westen, Kriegsgefangene, "Kriegsverbrecher" und Rheinland

Deutsche Forderung nach Heimkehr der Kriegsgefangenen. - Los der deutschen Kriegsgefangenen. - Heimbeförderung der Kriegsgefangenen durch England und Amerika. - Weigerung Frankreichs. - "Kriegsverbrecher"-Frage. - Streit um Auslieferung des ehemaligen Kaisers. - Verhinderung des österreichischen Anschlusses. - Besetzung des Rheinlandes. - Bedrückung der Rheinländer. - Die "Schwarze Schmach". - Dragonaden und Requisitionen. - Das Rheinlandabkommen. - Neue Separatistenumtriebe. - Die französischen Delegierten. - Zustände im Saargebiet. - Ratifikation des Versailler Vertrages.

## 7. Kapitel: Verwicklungen im Osten, Baltikum und Polen

Sowjetrußland und die "Randstaaten". - Deutscher Vormarsch im Baltikum. - Die Ostseeprovinzen. - Deutsche Truppen in Lettland. - Eroberung Rigas durch die Deutschen. - Allierter Räumungsbefehl für die Deutschen. - Empörung der deutschen Truppen. - Abtransport der Deutschen. - Polnische Übergriffe in Posen, Westpreußen und Oberschlesien. - Deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen. - Verlust Westpreußens und Posens.

## 8. Kapitel: Innere Entwicklung bis zum neuen Bürgerkriege

Unmut über das Verhalten der Gegner. - Sinken der Mark. - Das "Loch im Westen". - Arbeitslosigkeit. - Zwangswirtschaft. - Kohlenmangel. - Wohnungsnot. - Kulturbedürfnis. - Schulwesen. - Grundschule. - Geistiges Leben. - Eucken. - Keyserling. - Steiner. - Spengler. - Literatur. - Politische Spannungen. - Erzbergers Steuergesetze. - Betriebsrätegesetz. - Sturm auf den Reichstag. - Groll der Rechtsparteien. - Reichswehr. - Kapp-Putsch. - Kommunistenaufstand in Mitteldeutschland. - Aufstand im Ruhrgebiet. - Kämpfe in Westfalen. - Innerpolitischer Parteihader. - Reichstagswahl. - Regierung Fehrenbach.



## **Vorwort.**

Die jüngste deutsche Geschichte zerfällt offenbar in vier Abschnitte.

**Der erste Abschnitt** hat seinen Mittelpunkt in der **Revolution**. Er umfaßt die Zeit vom Frühjahr 1916 bis zum Frühjahr 1921. Die linksradikalen Kreise waren die Träger des revolutionären Gedankens. Sie unternahmen fünf Jahre lang stets neue, doch vergebliche Versuche, die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Im Jahre 1918 (Januar bis November) bediente sich die Sozialdemokratie dieser Strömungen, um sich in den Besitz der Staatsgewalt zu setzen. Die Revolution war der Sieg der Sozialdemokratie auf den Schultern der Unabhängigen. Der verfassungsrechtlichen Parlamentarisierung des Reiches und der Beendigung des Krieges mußte ein Opfer gebracht werden: das Kaiserthum. Beide Momente wirkten zusammen, um die Revolution zu vollenden. Das furchtbare Ergebnis dieser Entwicklung war **das Friedensdiktat von Versailles**. -

**Der zweite Abschnitt** vom Frühjahr 1921 bis zum Herbst 1922 brachte die **politische und wirtschaftliche Zerrüttung**. Sie war der Erfolg jenes unglücklichen deutschen Versuches, auf der durch die Revolution geschaffenen innerpolitischen Grundlage mit der Sozialdemokratie gegen den Hochkapitalismus der Entente zu regieren. Die Situation wurde verschärft durch den feindseligen Haß Frankreichs. Innenpolitisch wird diese Phase durch zwei politische Morde, an Erzberger und Rathenau, charakterisiert, die zu einer Entfesselung der sozialdemokratisch-kommunistischen Leidenschaften "zum Schutze der Republik" gegen die Anhänger der Rechtsparteien führten. -

**Der dritte Abschnitt** reicht vom Ende des Jahres 1922 bis zum Ende des Jahres 1923. Er brachte in Wahrheit die **Krisis des Reiches**. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier zerrüttete das deutsche Wirtschaftsleben vollkommen. Verheerende Aufstände erschütterten im Herbst 1923 das Reich: die Separatisten im Rheinland, Kommunisten in Sachsen und Thüringen und nationalsozialistische Erhebungen in Preußen und Bayern. Dazu traten allerorts Hungerrevolten, welche die Kommunisten für ihre Zwecke auszunutzen versuchten. Das Reich erbebt in seinen Grundfesten. -

**Der vierte Abschnitt**, Ende 1923 bis Sommer 1929, ist gekennzeichnet durch den **Versuch der demokratischen Gewalt, die weltpolitischen Fragen der Sicherheit, der Gleichberechtigung und der Reparationen zu lösen**. Es gelang, die Inflation zu bändigen und ein neues, stabiles, goldwertes Geld, die Rentenmark, einzuführen. Noch mußten unliebsame Dinge der überwundenen Zeitspanne liquidiert werden: Aufwertung, Tscheka-Prozeß, Fememord-Prozeß, Auseinandersetzung über die deutschen Fürstenvermögen. Die Reparationsverpflichtungen wurden auf eine andere Grundlage gestellt durch den Dawesplan, der Deutschland erhebliche Opfer an Hoheitsrechten auferlegte. Die Befriedung Europas wurde durch den Locarnopakt erreicht, und schließlich gelang es Deutschland, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Deutschland ist in die Weltpolitik eingetreten, die jetzt so ganz andere Formen als vor dem Weltkrieg aufweist. Die Wahl **Hindenburgs** zum Reichspräsidenten zeigte, daß das Volk im großen ganzen zu seinen alten Idealen und Auffassungen zurückgekehrt ist. Da die deutsche Revolution nicht einen einzigen Mann großen Formates hervorgebracht hat, ruft das Volk jenen Mann aus der kaiserlichen Zeit an die Spitze, der einst in der schwersten Stunde das Reich vor dem Einfall der Russenhorden bewahrt hat. Mit dieser Wahl allerdings bahnte das nationale Deutschland den Weg, der sieben Jahre später nach Hindenburgs Willen beschritten wurde. -

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund (Herbst 1926) **brachte dem Reiche die formale Gleichberechtigung und das Ende seiner politischen Isolierung**. Er ist gekennzeichnet vorwiegend durch drei außenpolitische Ereignisse: Aufhören der Militärkontrolle, Revision des Dawesplanes durch den an seine Stelle tretenden Youngplan und Beseitigung der Rheinlandbesetzung.

Dieser durch die Tatsachen gegebenen Disposition folgt das **vorliegende Werk durch seine Gliederung in vier Abschnitte**. Der **fünfte Abschnitt** war gänzlich von einer innenpolitischen Umwälzung erfüllt, von der Erhebung des Nationalsozialismus gegen Marxismus, Demokratie und Reaktion. Dieser Abschnitt begann im Herbst 1929 und umfaßte in heftigen inneren Kämpfen die näch-

sten Jahre; seine geschichtliche Darstellung hat er im 5. [bis 7.] Bande dieses Werkes gefunden. - Es mußten, soweit das zum Verständnis der deutschen Geschichte notwendig war, bis zu einem gewissen Grade auch die Ereignisse in den andern Ländern Europas behandelt werden, besonders soweit das Zustandekommen des Versailler Diktats und die europäischen Konferenzen gewürdigt werden mußten.

Deutschland hat von 1918 bis 1932 einen dornenvollen Weg zurückgelegt. Ursache hiervon war der **Trugschluß der Sozialdemokratie**, die auf die Verbrüderung mit den westeuropäischen Sozialisten hoffte. Diese falsche Doktrin wurde vier Jahre lang gründlich *ad absurdum* geführt. Erst einer bürgerlichen Außenpolitik war es möglich, Deutschlands Beziehungen zum Auslande zu bessern. Allerdings ging dieser Wechsel von der sozialdemokratischen zur bürgerlichen Außenpolitik nicht ohne schwere Erschütterungen ab, wie die unter der Regierung Cuno eingetretenen Ereignisse beweisen.

**Kenntnis und Erkenntnis sind die höchsten Ziele der Wissenschaft.** Sie zu vermitteln sei auch die Aufgabe des vorliegenden Werkes. Sympathien für eine Partei haben zu schweigen. Es ist keine Parteigeschichte, die geschrieben wird, sondern **die Geschichte eines großen aus vielen Parteien bestehenden Volkes.** Der Politiker hat Ziele und Wünsche, die in der Zukunft liegen, der Historiker kennt nur Ereignisse, ihre Ursachen und Folgen, die in der Vergangenheit liegen. Deshalb mag jeder, der dies Buch zur Hand nimmt, seinen Standpunkt ändern, er lese es nicht als Parteimann, sondern als Geschichtsfreund. Die Geschichte deckt bei jeder Partei Fehler auf, die zur Zeit ihrer Gegenwart verhüllt waren. Diese Worte gelten auch für den 5. und 6. Band. Es wäre sehr untergeordnet, nur die Geschichte einer Partei schreiben zu wollen. Aber die Verantwortung, die auf dem Historiker ruht, macht es ihm zur Pflicht, sich klar zu werden über die Strömungen seiner Zeit. **Wir kennen heute nur vier Standpunkte, die ein Historiker einnehmen kann: einen gesunden nationalen, einen reaktionären, einen demokratisch-liberalistischen und einen marxistischen.** Ich kann es vor meinem Gewissen rechtfertigen, daß ich den gesunden nationalen Standpunkt des Historikers im Nationalsozialismus erkenne. Wer macht einem **Heinrich von Treitschke** einen Vorwurf daraus, daß er die Demokratie ablehnte, oder wer verargt es Dietrich Schäfer, daß er ein Feind der Demokraten und Marxisten war? Wer den Willen zum Vaterlande hat, muß sich in den Dienst des gesunden nationalen Fortschrittes stellen. Da gilt kein reaktionäres Rückwärtsstarren und kein Abgleiten in das marxistische Kulturchaos.

Halle a. d. Saale, im Herbst 1932.

Dr. K. S. Baron von Galéra.



### **Einleitung: Wie Deutschland wurde.**

Seit tausend Jahren haben von allen Völkern Europas die **Deutschen** das unglücklichste und leidvollste Schicksal gehabt. Ihre Geschichte ist ein Denkmal ungezählter Leiden und bitterer Qualen, und im Vergleich zu anderen Nationen ist der Raum nur bescheiden, den die Nachrichten über große und erhebende Taten füllen. **Gewaltige Helden des Geistes, furchtlose Kämpfer für höchste Wahrheiten und edle Sittlichkeit vermochte Deutschland der Welt zu geben,** und ihre Namen und Werke werden leuchten wie die Sterne am nächtlichen Himmel bis an den Untergang aller Kulturen. Was auf staatlichem Gebiete geleistet wurde, glich doch aber bis jetzt der mühevollen Arbeit eines Sisyphus: kaum ist unter unsäglichen Anstrengungen und Opfern an Kraft und Arbeit der schwere Felsblock auf den Gipfel des Berges gewälzt, da rollt er donnernd zu Tal, und alle Mühen beginnen von neuem.

Einer der wichtigsten Gründe für das politische Mißgeschick der Deutschen ist die **unheilvolle, ungeschützte Lage mitten in Europa.** Sie bringt Ablenkungen und Bedrohungen. Sie zerstört im wahrsten Sinne des Wortes die Kraft der Verinnerlichung und begünstigt das Auseinanderstreben der einzelnen Teile. War es etwa ein Segen für unser Volk, daß deutsche Herrscher des Mittelalters ihre und ihrer Untertanen kostbare Kraft in **Italien** vergeudeten? War es etwa ein Nutzen für das Reich, daß die **Habsburger** jahrhundertlang mit den

**Deutschlands  
geographische Lage**

Türken um **Ungarn** kämpften, während sich im Inneren die Macht mehr und mehr auflöste? Früh schon kamen Frankreich und England zur inneren Festigung, zu einer stetigen, zielbewußten, nationalen Entwicklung. Dreimal mußte Deutschland gewissermaßen von vorn anfangen, um das nachzuholen, was seine westlichen Nachbarn bereits seit Jahrhunderten vollbracht hatten: dem Willen, ein Volk zu sein, auch die nötige staatliche Macht zu geben!

**Das Reichsgebiet**

Man betrachte nur einmal, welchen **Schwankungen das deutsche Staatsgebiet** unterworfen war! Es gab Zeiten, da war das Reich fast doppelt so groß wie heute! Derjenige, der den Versuch unternehmen würde, eine Geschichte der deutschen Reichsgrenzen zu schreiben, würde die ganze Tragik unseres Volkes enthüllen müssen, denn mit natürlicher Notwendigkeit zeigen sich die Leiden eines Volkes an seinen Grenzen grausamer und unbarmherziger als im sicheren, wohlgeschützten Herzen des Landes. Haben Frankreich und England die Hälfte ihres Staatsgebietes, das sie vor fünfhundert Jahren besaßen, verloren? Sie konnten es nicht verlieren, weil sie von Natur aus gut geschützt waren und, wie Frankreich, all ihre Kraft auf die einzige, ungeschützte Landesgrenze konzentrieren konnten. Wer wüßte nicht, wie und mit welchem wechselndem Geschick Deutschland seit dem fünfzehnten Jahrhundert um den **Rhein** kämpfen mußte! Welch unsägliche Arbeit kostete es, die **Baltische Tiefebene** östlich der Elbe deutschem Geist, deutschem Blute, deutscher Kultur und deutscher Macht zugänglich zu machen! Achthundert Jahre webten Generationen um Generationen unverdrossen an dem mühevollen Teppich deutscher Kultur, der diesem Lande sein freundliches und schaffensfreudiges Gesicht gibt. Reißt ihn hinweg, und unversehens grinst euch slawische Barbarei, heute durch Zivilisation etwas übertüncht, wieder an!

Das **Rumpfstück** unseres Reichsgebietes, das seit dem Jahre 911, dem Geburtsjahr des Deutschen Reiches, als es sich von dem verwelschten Frankenreiche der Karolingernachkömmlinge losriß, bis zum heutigen Tage (mit der kurzen Unterbrechung von 1807 bis 1813) deutsch war, wird im Westen durch den Rhein, im Süden durch die Schweiz, im Osten durch die bayrische Grenze und die Elbe und im Norden durch die Eider begrenzt. Dieses Gebiet, das einen Umfang von etwa 320 000 Quadratkilometern hat, vergrößerte sich um fast 500 000 Quadratkilometer, von denen die Niederlande, die deutsche Schweiz und der westliche Teil Österreichs und das Elsaß, rund 65 000 Quadratkilometer, bereits im Jahre 911 dem Reichsgebiet angehörten und das etwa 60 000 Quadratkilometer große Herzogtum Lothringen vierzehn Jahre später hinzukamen. Damals wurden Schelde und Maas die Reichsgrenze gegen Frankreich. Was ist von diesem lothringischen Gebiet heute noch reichsdeutsch? Lediglich das linksrheinische Preußen! Die **Niederlande** und die **Schweiz** splitterten im sechzehnten Jahrhundert, **Belgien** und **Österreich** im neunzehnten Jahrhundert ab. Interessant ist, daß die Ostgrenze des Reiches seit 1466, dem Verlust der preußisch-baltischen Landesteile an Polen, bis 1866, der Auflösung des Deutschen Bundes, das Odergebiet bildete, und erst seit 1867 wurde das Weichselgebiet und ostpreußische Land offiziell in die Reichsgrenzen einbezogen.

Dies ist, in großen Zügen, das Schicksal des deutschen Reichsgebietes gewesen:

911:	zwischen Rhein und Elbe, Niederlande, deutsche Schweiz, westliches Österreich, Elsaß	385 000 qkm
925:	Gewinn d. Herzogtums Lothringen	445 000 "
1000-1100:	Gewinn der Mark Österreich bis March und Leitha	550 000 "
11. Jahrh.:	Gewinn Böhmens	620 000 "
um 1400:	Mark Brandenburg bis zur Oder, Ost- und Westpreußen, Schlesien (1335)	770 000 "
um 1430:	Verlust großer Teile des ehemaligen Niederlothringen an Burgund	740 000 "
1460:	Verlust Holsteins an Dänemark	730 000 "
1466:	Verlust Preußens an Polen, des Oberelsaß, Teile des Breisgaves an Burgund	665 000 "

1477:	Gewinn der Erbschaft Karls des Kühnen von Burgund	740 000	"
1499:	Verlust d. Schweizer Eidgenossenschaft	715 000	"
1581:	Verlust der Niederlande	680 000	"
1648:	Verlust des Elsaß, Vorpommerns, Bremens, Verdens	640 000	"
1719/20:	Gewinn Bremens, Verdens, pommerscher Teile	655 000	"
1738:	Verlust Lothringens (an Frankreich 1766)	640 000	"
1797:	Verlust des gesamten linken Rheinufers an Frankreich	590 000	"
1815:	Gewinn des linken (preußischen) Rheinufers, ohne Belgien, des letzten Streifens Schwedisch-Vorpommerns, Einbeziehung Holsteins, - Deutscher Bund	630 000	"
1866:	Verlust durch Ausscheiden Österreichs und Luxemburgs	427 000	"
1871:	Einbeziehung der Provinzen Posen, West- und Ostpreußen, Schleswigs, Gewinn Elsaß-Lothringens	542 500	"
1919:	Verluste in Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Schleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmédy	471 000	"



Karte der Reichsgrenzen und des Reichsgebiets. [[Größere Version im Netz](#)]

Aber nicht nur der ein Jahrtausend ausfüllende Kampf um das Grenzdeutschum zeigt die verschiedenartige, ja unglückliche Entwicklung Deutschlands im Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten, sondern noch eine ganz andere, scharf ausgeprägte Erscheinung: das **Fehlen eines natürlichen Mittelpunktes**. Frankreich hatte seit dem zehnten Jahrhundert sein staatliches Zentrum in Paris, England in London. Von den Gebieten, die diese Städte umgaben, vollzog sich der Aufbau und Ausbau der Reiche. Wie der Baum seine Jahresringe ansetzt, so setzten diese Länder ihre Jahrhundertringe um das Mark ihrer traditionellen Hauptstädte an. Und wie war es in Deutschland? Noch keine zwei Menschenalter reicht die Tradition der Reichshauptstadt Berlin zurück.

Deutschland hat seit dem zehnten Jahrhundert **drei voneinander ganz verschiedene Schauplätze seiner Geschichte** gehabt, und auf jedem spielte sich eine große Epoche ab.

### ***Die drei Schauplätze und Epochen der deutschen Geschichte***

Jeder dieser drei Schauplätze war Jahrhunderte hindurch Zeuge deutscher Sisyphusarbeit, Zeuge deutschen Aufstiegs und deutschen Zusammenbruchs. Wie die außerordentlichen Schwankungen des Reichsumfanges, war auch der Wechsel des Reichsschwerpunktes geographisch bedingt. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß unser Reich in drei geographisch voneinander unterschiedene Teile zerfällt: im Westen das Rheinstromtal, im Süden das Donaustromgebiet und im Norden das Baltische Tiefland der parallelen Ströme.

Der **älteste, ursprünglichste Schauplatz der deutschen Geschichte ist der rheinische**, der, über Burgund nach Italien erweitert, etwa die Gestalt des ehemaligen karolingischen Lotharingien hatte. Die Könige des neuen deutschen Reiches knüpften an die Traditionen **Karls des Großen** in Aachen und Rom an, und so konnten sie ihr Land mit der ausschlaggebenden Macht des mitteleuropäischen Kaisertums ausstatten. Zwar stammten die ersten Herrscher aus dem östlichen Herzogtum Sachsen, aber sie gingen ganz in dem lotharingischen Schwerpunkt des Reiches auf und unter. Die fränkischen und schwäbischen (Hohenstaufen) Kaiser stammten zwar aus der rheinischen Machtsphäre, aber sie teilten das Schicksal der Sachsenkaiser und fanden in Italien ihren Untergang, mittelbar und unmittelbar. In dieser ersten rheinisch-italienischen Epoche der deutschen Geschichte, welche von 911 bis 1254 reichte, besaß das Reich keine feste Hauptstadt, aber die rheinischen Städte mit ihrer schon von Römerzeiten her datierenden Tradition bildeten den Mittelpunkt der Reichsgeschichte: Frankfurt, die Stadt der Königswahlen seit 1147, Aachen, die Stadt der Königskrönungen, in welcher bis 1531 insgesamt 32 deutsche Herrscher gekrönt wurden, 17 Reichsversammlungen und 11 Provinzialkonzilien stattfanden, Mainz, der Sitz des Erzbischofs, der zugleich Reichskanzler war. Vier von den sieben deutschen Kurfürsten regierten am Rheine: Mainz, Köln, Trier und Pfalz.

Der nächste Schauplatz der deutschen Geschichte war das **Donaugebiet**. Nach anderthalbjahrhundertelangen Kämpfen war es den Habsburgern gelungen, sich nicht nur in Österreich und Böhmen eine starke Hausmacht zu schaffen, nachdem sie die etwas ungeschickt fundierte lützelburgische Hausmacht zwischen Elbe und Oder (Böhmen, Mähren, Schlesien, Lausitzen und Brandenburg) größtenteils geerbt hatten, sondern sich auch auf dem deutschen Throne zu befestigen. Jedoch der neue, von Norden her kühn aufstrebende Protestantismus zerstörte den letzten Rest ihrer politischen Reichsgewalt, so daß der Abschluß des Dreißigjährigen Krieges einen vollkommenen Bankrott der Habsburger und ihrer königlichen Macht im Reiche brachte. Das Deutsche Reich scheiterte abermals, wie vierhundert Jahre früher an den Hohenstaufen, so jetzt an den Habsburgern. Es war in jener Zeit, daß man dem Reiche eine feste Hauptstadt gab, unter den Lützelburgern war es Prag, seit der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts wurde es Wien, das sich bis 1806 in dieser Stellung behauptete.

Im **nördlichen Tiefland der parallelen Ströme** entwickelte sich seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts die protestantisch-preußische Macht der **Hohenzollern**. Sie war berufen, das dritte Reich zu begründen. Allerdings dauerten die Wehen dieser neuen Geburt viel länger, waren viel schmerzhafter als zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts. Die territorialen Verhältnisse hatten sich gefestigt, und Brandenburg-Preußen, das noch unfertig war, erst eine Großmacht werden wollte, hatte ganz andere Widerstände zu überwinden als seinerzeit die Grafen von Habsburg oder die Grafen von Luxemburg. Das Haus der Habsburger blühte in ungebrochener Kraft weiter und beanspruchte nach wie vor die deutsche Kaiserwürde, während die Hohenstaufen ohne Erben und sonstige rechtmäßige Nachfolger ausgestorben waren. Schließlich war das neuauftrebende Norddeutschland protestantisch, während das Zentrum am Rhein und jenes an der Donau dem katholischen Glauben zugehörte. Nur eine einzige große, sittliche Kraft konnte das kleine, unscheinbare und dürftige Brandenburg-Preußen der Welt als seinen Rechtstitel für die kommende Reichsgestaltung vorweisen: es stellte seine ganze Stärke ungeteilt in den Dienst der deutschen Sache. Die Wittelsbacher schielten nach Belgien und hielten es mit Frankreich, die Wettiner wurden katholisch und besetzten den polnischen Thron, die Welfen nahmen die englische Königskrone an, und die Habs-

burger verbrauchten ihre Kräfte in Ungarn und Italien. Das Reich war ein Vakuum geworden, seine bedeutendsten Fürsten wandten sich mit der Miene der Verachtung von ihm ab, allein die Hohenzollern blieben sich ihrer deutschen Pflicht bewußt. Aber nur das siegreiche Niederringen der abgewirtschafteten Habsburger ebnete den Weg ins dritte Reich.

1871 erstand das **neue Reich**. Berlin wurde Hauptstadt, diese Stadt, die 1230 überhaupt zum ersten Male urkundlich erwähnt und 1450 erst Residenz der Markgrafen von Brandenburg wurde. Es ist nicht uninteressant, festzustellen, daß nur die Hälfte des ehemaligen rheinischen Reichszentrums und nur ein Fünftel des Donauzentrums sich dem neuen Reich unter preußischer Führung angeschlossen hatten. Es wäre irrig, zu glauben, daß die territoriale Gestaltung des dritten Reiches bereits beendet sei. Es sind Rückschläge 1919 eingetreten, sogar sehr empfindliche, am Rhein und an der Donau gab es Strömungen, welche sich von Preußen trennen wollten, auch auf die Gefahr hin, das Reich zu zerschlagen. Andererseits aber hat sich Österreich auf seine Zugehörigkeit zum Reiche besonnen, und stark ist die Strömung, welche die Vereinigung aller deutscher Länder im Reiche fordert, so etwa, wie dies zur Zeit der territorialen Blüte des Reiches, zur Zeit seiner größten Ausdehnung, etwa um 1400, der Fall gewesen war.



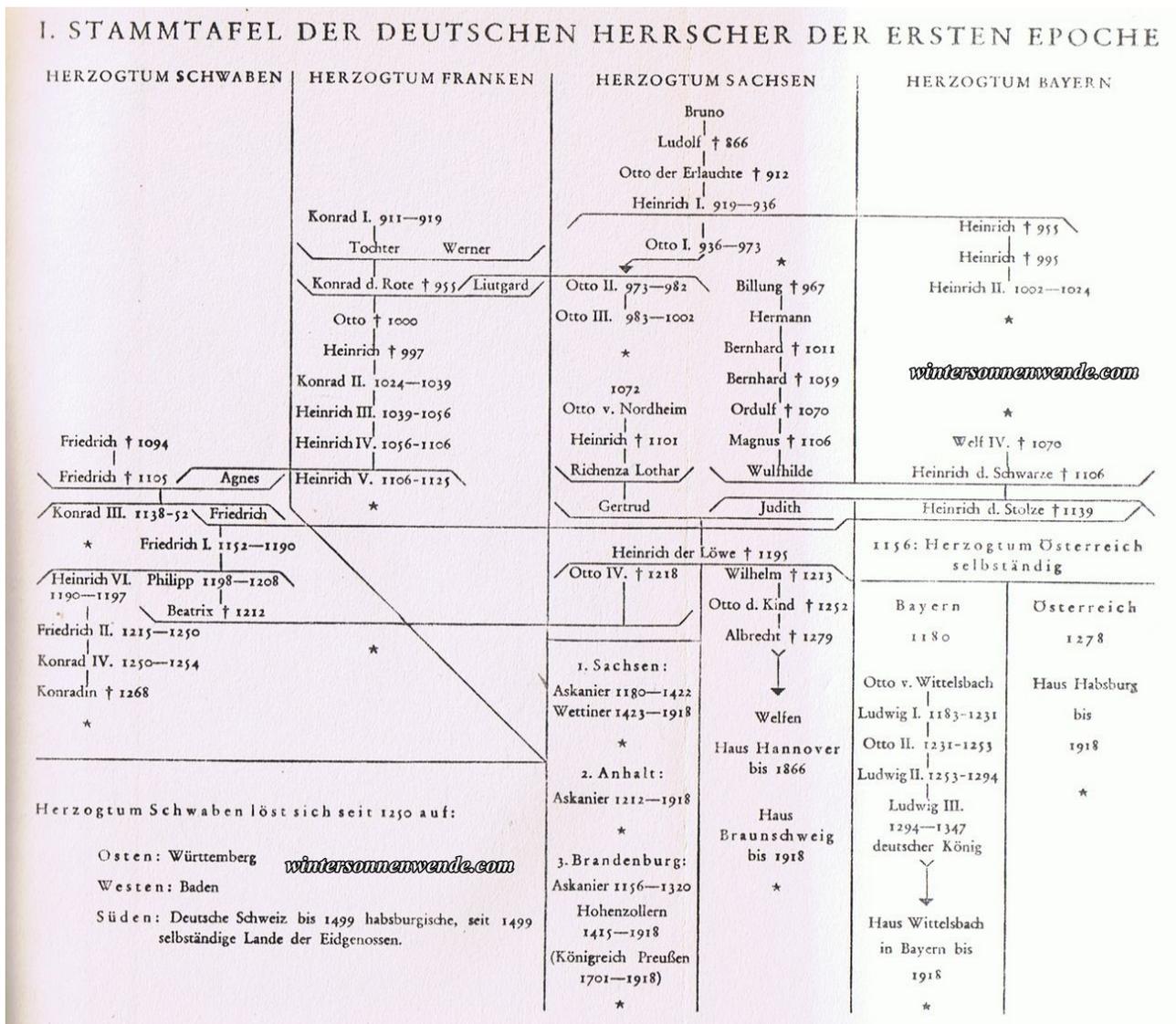
**Deutschlands  
Wahlmonarchie**

Es ist notwendig, auch den inneren Charakter der drei Reiche zu betrachten, um die Kräfte kennenzulernen, die bis zur Gegenwart den Gang der deutschen Geschichte beeinflussen. **Dem Namen nach war Deutschland ein Königreich, dem Wesen nach eine Republik**, wenigstens in den ersten beiden Epochen seiner Geschichte. Es war eine **Wahlmonarchie** und blieb eine solche, im Gegensatz zu Frankreich und England, bis zum Jahre 1806. Eine deutsche Königsfamilie von Geburt hat es nie gegeben. Es hat nie königliche Prinzen oder Prinzen von Geblüt gegeben. Nach dem Sachsenspiegel durfte jeder freie, ehelich geborene, gesunde, nicht von der Kirche gebannte Mann zum König gewählt werden. Das gesamte Volk, das heißt die Gemeinschaft der freien Männer wählten den Herrscher, seit dem 12. Jahrhundert treten nur die geistlichen und weltlichen Fürsten als Wähler auf. 1257 sind es zum ersten Male deren sieben "Kurfürsten", und hundert Jahre später, 1356, verbriefte **Karl IV.** in der Goldenen Bulle diesen sieben Kurfürsten das alleinige Recht der Königswahl. Das Königtum war ein Amt, ein Beruf, kein Besitz. Es gab nur "erwählte" deutsche Könige, die Pflichten zu erfüllen hatten, keine Könige "von Gottes Gnaden", wie in Frankreich. Natürlich wurden anfangs nur begüterte und angesehene Stammesherrzöge zum Königtum berufen, um ihnen eine gewisse Bedeutung und Macht für ihren Beruf mitzugeben. Da naturgemäß die Auslese aus diesem Kreise gering war, gewöhnte man sich daran, auch die Erblichkeit in gewissem Umfange zu berücksichtigen, ohne sie indessen zum ausschlaggebenden Faktor werden zu lassen. Stets mußte der Sohn des Königs ordnungsmäßig gewählt werden, bevor er die Nachfolge seines Vaters antreten konnte und durfte. Starb eine Herrscherfamilie aus, dann wurde der nächste Angehörige gewählt, der meist schon vorher von dem kinderlosen Vorgänger den Fürsten empfohlen worden war. Man nannte diesen Wahlvorschlag die Designation. Aus diesem Zusammenwirken der Wahl, der Erbfolge und des Wahlvorschlages von seiten des regierenden Königs gingen die deutschen Herrscher der ersten, rheinischen Epoche hervor. Sie entstammten zwar verschiedenen Herzogshäusern, dem sächsischen, bayrischen, fränkischen und schwäbischen, waren aber alle untereinander verwandt und verschwägert. Das Haus der Sachsenherzöge hatte das Königsamt 105 Jahre inne, das der Franken 101 Jahr, das der Schwaben (Hohenstaufen) 116 Jahre. Von den achtzehn Herrschern der ersten Epoche hatten außerdem dreizehn die römische Kaiserwürde. Die Kaiserkrönungen fanden in Rom statt. **Karl V.** wurde 1530 zum erstenmal außerhalb Roms, in Bologna, zum Kaiser gekrönt.

**Die Sachsenkaiser**

Das **Wahlprinzip** hatte natürlich auch seine großen Schattenseiten. Weniger starke und charakterfeste Könige mußten den mächtigen Fürsten, von deren Gunst und Gnade sie bei der Wahl abhängig waren, manche Zugeständnisse und Vorrechte einräumen, und die Päpste erzwangen sich ihrerseits Vorteile, wenn der König von ihnen die Kaiserkrone erlangen wollte. Und so ging nach und nach die königliche Macht in die Brüche. Deutschland glich schließlich nicht mehr einem Königreiche,

# I. STAMMTAFEL DER DEUTSCHEN HERRSCHER DER ERSTEN EPOCHE



Stammtafel der Deutschen Herrscher der Ersten Epoche. [Größere Version im Netz]

sondern einer führerlosen Republik. Schon Konrad I., Herzog von Franken, war nicht in der Lage, bei den Sachsen und Schwaben seine Anerkennung als deutscher König durchzusetzen. Zwar war in der ersten Periode einer rheinischen Epoche, die bis 1056 reicht, die königliche Macht noch stark genug, renitente Herzöge, die ebenfalls letzten Endes nur königliche Beamte waren, wie auch widerspenstige Päpste in Rom abzusetzen. Aber seit den unseligen Zeiten der Vormundschaftsregierung für **Heinrich IV.** geschah es doch, daß die Päpste den Kaisern über den Kopf wuchsen und dabei die allzeit bereite Bundesgenossenschaft deutscher Fürsten fanden.

Man mag darüber denken, wie man will: **die Abwendung von der ausichtsreichen Ostpolitik** an Saale und Elbe, die Heinrich I. und sein großer Sohn Otto betrieben und die fast ausschließliche Hinwendung nach Italien richteten das Deutsche Reich in seiner ersten Daseinsepoche vollständig zugrunde. Letzten Endes und ausschließlich verdanken die Hohenstaufen ihren Untergang dem Papst zu Rom. So waren also die ersten 350 Jahre des Deutschen Reiches wenig ersprießlich an inneren und äußeren Großtaten.

**Deutsche Ost- und italienische Südpolitik**

**Heinrich I.** vereinigte 925 das Herzogtum Lothringen mit dem Deutschen Reiche. Das war ein bemerkenswertes Ereignis, und nach tausend Jahren gedachte man dankbar dieser Tat. Heinrichs Verdienste aber lagen **ganz besonders im Osten**. Er baute starke Burgen und feste Kastelle gegen die **Hunnen**, welche Sachsen und Bayern brandschatzten, und schlug diese wilden Gesellen 933 bei Reide, zwischen Halle und Merseburg, derart nachhaltig, daß ihnen die Lust an weiteren Plünderungszügen zunächst verging. Auch gegen die **Slawen** war er erfolgreich; er eroberte Brennabor (Brandenburg 928) und Lebusa (932), die Hauptstadt der Lausitzen. **Otto I.** wandte dem slawischen

Osten ebenfalls seine Aufmerksamkeit zu. Er gründete 968 das Erzbistum Magdeburg, die Bistümer Brandenburg, Havelberg, Meißen, Zeitz und Merseburg, die den Slawen mit Feuer und Schwert das Christentum brachten. Auch er legte fünf Marken an: Nordmark, Ostmark, Meißen, Zeitz und Merseburg, militärische Bollwerke gegen die feindlichen Slawennachbarn. Otto aber hatte, aus einem tief persönlichen, religiösen Bedürfnis heraus, eine starke Vorliebe für die Kirche, und auf ihn führten die deutschen Kirchenfürsten des Mittelalters ihre bedeutende, mächtige Stellung in der Politik zurück. Daß aber die von ihm erst in großem Stile eingeleitete **italienische Politik** für das deutsche Volk nur eine Quelle zahlloser Leiden wurde, zeigte sich bereits unter seinem Sohn und Nachfolger **Otto II.** Er wurde 982 bei Cotrone durch die Sarazenen vernichtend geschlagen, weit unten in Süditalien, und die Niederlage kostete so vielen sächsischen Herren und Edlen das Leben, daß die Slawen an der Saale einen gewaltigen Aufstand entfachten und das ganze Kolonisationswerk der ersten Sachsenkönige zu vernichten drohten.

Zweihundert Jahre fast blieb die Wunde an der Elbe und Saale offen. Statt diesen von dauernden Poleneinfällen bedrohten Gebieten zu Hilfe zu kommen, stritten sich die deutschen Könige mit Päpsten und Fürsten herum, und **Heinrich IV.** mußte sich zu dem trotz allem demütigenden **Bußgang nach Kanossa** entschließen. Erst als wieder ein sächsischer Graf, **Lothar von Supplingenburg**, zum König gewählt worden war (1125-1139), ließen sich deutsche Kultur- und Staatsziele im Osten erkennen. Dieser Lothar war mit Otto von Nordheim und den Billungern verwandt und verfügte infolge der billungischen Erbschaft über den ganz ansehnlichen Besitz von etwa 120 000 Quadratkilometern, das Herzogtum Sachsen. Auch war er in enge Familienbeziehungen zu den Welfen getreten, die 1070 an Stelle des abgesetzten Ottos von Nordheim mit dem Herzogtum Bayern belehnt worden waren. **Lothar knüpfte an die Ostpolitik Heinrichs I. und Ottos I. an** und belehnte 1134 den kühnen Askanier **Albrecht den Bären** mit der Nordmark (heutige Altmark). Dieser machte sich das Havelgebiet untertan und setzte es durch, daß sein neuerobertes Land 1142 als selbständige Markgrafschaft Brandenburg vom Herzogtum Sachsen separiert wurde. Schulter an Schulter mit ihm drang ein anderer Pionier des Deutschtums gegen die slawische Ostsee vor, **Graf Adolf von Holstein**, der 1143 Lübeck gründete. Die folgende Generation setzte die von Lothar begründete Ostpolitik tatkräftig fort: sein eigener Enkel, **Heinrich der Löwe**, Herzog von Sachsen und Bayern, ferner der **Erzbischof Wichmann von Magdeburg** und **Graf Konrad der Große von Wettin**. Das Werk der sächsischen Ludolfinger, das seit dem Zusammenbruch 983 verschüttet gelegen hatte, erhob sich neu aus seinen Trümmern und erlitt nun keine weiteren Unterbrechungen. Jeder Fußbreit Landes, den man den Slawen mit dem Schwerte abgenommen hatte, wurde mit niederdeutschen Kolonisten, Flamländern, besiedelt, von denen z. B. der Fläming bei Wittenberg seinen Namen erhalten hat.

**Von den Saliern  
zu den Hohenstaufen**

Trotzdem die Welfen die mächtigsten Fürsten des Reiches waren, erhielten die **Hohenstaufen** 1139 die Königswürde. **Friedrich I., Barbarossa**, erhob 1156 die babenbergische Markgrafschaft **Österreich**, die bisher dem Herzogtum Bayern unterstellt war, zum selbständigen Herzogtum. **Heinrich der Löwe** aber, der die Herzogtümer Sachsen und Bayern innehatte, war der mächtigste Fürst des Reiches und gebot über rund 200 000 Quadratkilometer, den dritten Teil des Reichsgebietes, während das Herzogtum Schwaben, das dem hohenstaufischen König gehörte, etwa nur 60 000 Quadratkilometer groß war. Deshalb verfiel Friedrich I., Barbarossa, auf den unglücklichen Gedanken, sich in der Po-Ebene der Lombardei eine ähnliche Hausmacht zu schaffen, wie sie sein Vetter Heinrich der Löwe aus dem Hause Welf innehatte. Friedrich geriet jedoch mit den oberitalienischen Städten und dem Papste wegen seiner Pläne in Streit und wurde 1176 besiegt, bei Legnano. Der Zorn des Königs entlud sich auf Heinrich den Löwen, der Friedrich nicht mit Waffen unterstützt hatte. Und Heinrich hatte recht. An Stelle der lombardischen Utopien hegte er große, bewußt deutsche Absichten und glaubte, seine Macht besser zu benutzen, wenn er sie gegen den slawischen Osten als gegen den italienischen Süden verwandte. Das Herzogtum Bayern verlor Heinrich an Otto von Wittelsbach, nachdem Steiermark als selbständiges Herzogtum abgetrennt worden war. Die östliche Hälfte des Herzogtums Sachsen erhielt der Askanier Bernhard, Sohn Albrechts des Bären, während die westliche Hälfte als Herzogtum Westfa-

len der Erzbischof von Köln bekam. Heinrich behielt nur sein braunschweigisch-lüneburgisches Allodium, das nicht ein Lehen des deutschen Königs war, kaum ein Viertel seines früheren Besitzes.

Der **Sturz der Welfen** ist das größte innenpolitische Ereignis des 12. Jahrhunderts, und seine Folgen reichten bis in unsere Zeit. Von hier datierte die Hoheit der Wittelsbacher in Bayern, der Askanier in Anhalt und der Welfen in Braunschweig und Hannover. Dieser letzte Staat ging schon 1866 in Preußen auf. Friedrich Barbarossa beteiligte sich am dritten Kreuzzug, der für das Deutsche Reich kaum unmittelbare Bedeutung besitzt, und ertrank 1190 im Seleph.

### **Untergang der Hohenstaufen**

Der letzte wahrhaft gewaltige Herrscher jener ersten Epoche war **Heinrich VI.**, Friedrichs Sohn. Er war es noch einmal, dem sich Europa fügte. Allerdings erwarb er **Süditalien und Sizilien**, und dies wurde das Verhängnis der Hohenstaufen: sie wandten sich nun fast ganz von Deutschland ab, und vor der erstarkenden Macht des Landesfürstentums schwand die Macht des Königstums mehr und mehr dahin. Schon nach sieben Jahren verstarb der mächtige Herrscher in Messina am hitzigen Fieber. Mit ihm ging die deutsche Hegemonie im Abendlande dahin, im Reiche setzte Auflösung und offene Anarchie ein. Sein Sohn war ein unmündiges Kind, und wer wäre stark und selbstlos genug gewesen, die Interessen des zukünftigen Königs gegen übermächtige Widerstände zu verteidigen? Die starke Hand, welche die Welfen zu Boden gedrückt hatte, war nicht mehr, und zwei Jahrzehnte lang wurde Deutschland durch den staufisch-welfischen Bürgerkrieg verheert und verwüstet. Die Päpste standen, wie immer bei solchen Gelegenheiten, auf der Seite der Opposition, der Welfen.

Endlich, 1212, erschien der neue König **Friedrich II.**, Sohn Heinrichs VI., in Deutschland. Mit französischer Hilfe machte er den welfischen Gegenkönig Otto unschädlich (Bouvines 1214). Die letzten welfischen Widerstände wurden 1215 in den rheinischen Gebieten niedergeschlagen, doch fünf Jahre später zog Friedrich nach Italien und überließ das Reich sich selber. Zwar gelang es den norddeutschen Fürsten, Übergriffe des Auslandes auf Reichsgebiet abzuwehren: 1227 schlugen sie den anmaßenden König Waldemar II. von Dänemark bei Bornhövede. Einen Aufstand Ludwigs von Bayern schlug 1229 Friedrichs Sohn Heinrich nieder, der von nun an die Stellvertretung seines königlichen Vaters im Reiche übernahm. Aber auch Heinrich erlag der allgemeinen Gärung in Deutschland: er empörte sich 1235 gegen den eigenen Vater, wurde von diesem gefangengenommen und bis zu seinem Tode gefangengehalten. Zu all dem inneren Unglück kam ein großer Mongoleneinfall in Schlesien, wobei Herzog Heinrich der Fromme von Schlesien 1241 bei Liegnitz fiel. Ein gewisser Lichtblick in jenen trüben Zeiten war die Kolonisation der baltischen Randgebiete durch die deutschen Ordensritter, eine deutsche Kulturtat ersten Ranges, die aber von der berufenen Reichsleitung in keiner Weise tatkräftig unterstützt wurde.

Bei solchen in Deutschland herrschenden Zuständen war es geradezu eine selbstverständliche Folge, daß die deutschen Fürsten Friedrich II., den der Papst auf dem Konzil zu Lyon abgesetzt hatte, fallen ließen und den **Landgrafen Heinrich Raspe von Thüringen 1246 zu ihrem neuen König wählten**. Da dieser bereits im nächsten Jahre starb, wurde **Graf Wilhelm von Holland** zu seinem Nachfolger ausersehen. Er war der erste deutsche König, der nicht dem Reichsfürstenstande entstammte. Friedrich aber, im Kampfe mit der Lombardei und dem Papste, starb 1250, als der "erste Ausländer auf Deutschlands Königsthron". Sein Sohn Konrad IV., bereits 1237 nach seines Bruders Heinrich Gefangennahme zum deutschen Könige gewählt, starb bereits 1254 in Italien. Seinen Sohn Konradin ließ der Franzose Karl von Anjou 1268 in Neapel hinrichten, nachdem er sich mit päpstlicher Hilfe des Königreiches Neapel-Sizilien bemächtigt hatte.

Die Hohenstaufen waren ausgerottet. Das Deutsche Reich ging seinem Untergang entgegen, es befand sich in einem bedenklichen Zustande der Auflösung. Es folgten neue territoriale Veränderungen, die zum Teil bis in unsere Zeiten hineinreichen. Das hohenstaufische Herzogtum Schwaben zerfiel. Ihre westlichen Teile fügten die Zähringer ihrer **badischen Markgrafschaft** hinzu, während die Grafen von Württemberg sich im Osten ausbreiteten. Die **Grafen von Habsburg** rissen den hohenstaufischen Süden an sich, jene Gebiete, die sich 1499 bzw. 1648 als Lande der Eidgenossen vom Reiche trennten. Im mittleren Reichsgebiet vergrößerten sich die Wettiner, die bereits um 1090

die Marken Lausitz und Meißen erhalten hatten, um die Landgrafschaft Thüringen und Pfalzgrafschaft Sachsen, die sie nach dem Tode Heinrich Raspes 1247 geerbt hatten.

### Verfassungswesen

Auch tiefgreifende Veränderungen im **Verfassungswesen** hatten sich vollzogen. Der amtliche Charakter der niederen und hohen Lehensinhaber hatte sich in Besitztitel verwandelt. Eine durch Generationen geübte Gewohnheit, daß der Sohn dem Vater im Amte folgte, war zum Gesetz geworden. Schon im Jahre 1037 hatte Konrad II. in der "*Constitutio de feudis*" die Erbllichkeit der kleinen Lehen anerkannt. Die Ministerialen, die bisher Beamte ihrer Landesherrn gewesen waren, wurden Besitzer ihrer "Rittergüter". Der König gab dem Rittertum diese Vergünstigung, um an ihm eine Stütze gegen die hohen Würdenträger, die Herzöge und Bischöfe, zu haben. Die weltlichen Territorialfürsten erreichten erst zweihundert Jahre später die Anerkennung ihrer Landeshoheit. Im Einverständnis mit seinem Vater Friedrich II. nahm König Heinrich 1231 das *Statutum in favorem principum* an, wodurch die königliche Macht in den Landesfürstentümern, besonders auch in bezug auf die Erbfolge der weltlichen, stark beschränkt wurde. So führte die Not der Herrscher zur Zersplitterung der nationalen Kraft, statt eine starke, zentrale und widerstandsfähige Reichsmacht zu schaffen. -



### Interregnum

Die Geschichte des **zweiten Deutschen Reiches wurde durch das sogenannte Interregnum** eingeleitet. Es war aber eigentlich keine Zwischenherrschaft, sondern die einfache und logische Weiterentwicklung der seit zweihundert Jahren vorbereiteten Zustände bis zur Herabdrückung der königlichen Macht zu reiner Scheinherrschaft. Nach dem Tode Wilhelms von Holland konnten sich die sieben Kurfürsten nicht einig werden und wählten gleich auf einmal zwei Ausländer zur deutschen Königswürde: **Alfons von Kastilien** und **Richard von Cornwallis**, 1256. Diese Ausländer, so glaubte man, würden den fürstlichen Sonderinteressen am wenigsten hindernd in den Weg treten; und in der Tat: Alfons kam überhaupt nicht nach Deutschland und Richard ließ nach Herzenslust in Deutschland sechzehn Jahre lang alles drüber und drunter gehen. Das Fürstentum, das stark und mächtig geworden war, fühlte das Bedürfnis, die Königs- und Reichsgewalt bis zur Ohnmacht zu schwächen. Die republikanische Idee entwürdigte den königlichen Nimbus bis zur Farce, und um diesen Zustand zu einem dauernden zu machen, gab es zwei vorzügliche Mittel. Zunächst wurde das **Wahlprinzip** radikal durchgeführt, der eigene Sohn sollte nicht mehr, wie noch bei den Hohenstaufen, dem Vater in der Königswürde folgen, das Erbrecht sollte gänzlich ausgeschaltet werden. Dann aber mußten **unbedeutende, schwache Leute** ohne eine angestammte Territorialgewalt auf den Thron gesetzt werden, arme Schlucker, über welche die reichen und mächtigen Landesfürsten zur Tagesordnung übergingen. Wilhelm von Holland, **Rudolf von Habsburg**, Adolf von Nassau und Heinrich von Lützelburg waren einfache Grafen ohne Tradition und fürstlichen Stand.

### Hausmachtspolitik

Die gewählten Könige jedoch waren durchaus nicht willens, sich dem Machtgebot der Fürsten zu unterwerfen, sondern waren vielmehr bemüht, sich ein Gegengewicht zu schaffen durch **Begründung einer königlichen Hausmacht**, die sie von sich aus nicht mitbrachten. War dies nicht ein deutlich erkennbarer Rückschritt? Die Herrscher der ersten Epoche, die Sachsen-, Franken- und Schwabenherzöge, traten ihr königliches Amt an, wohlausgerüstet mit Macht, Ansehen und Tradition. Die Könige der zweiten Epoche, gewissermaßen unscheinbare Emporkömmlinge, dachten zunächst daran, das nachzuholen, was die Vorbedingung für ihr Amt war, sich nämlich Macht zu verschaffen, und sie kamen während ihrer Regierungszeit höchst selten über dieses Anfangsstadium hinaus. Schließlich wurde ihnen die Vorbedingung Selbstzweck, und sie benutzten also ihre Stellung, um für sich und ihre Familie neue Territorien, gewissermaßen Landesfürstentümer zu schaffen. Hatten die Könige des ersten Reiches die Schwäche, sich in Italien zu interessieren, so beschäftigten sich die Könige des zweiten Reiches mit Hausmachtspolitik. Dadurch trat eine starke Spannung zwischen Reichsgewalt und Landesgewalt ein, die teilweise latent war, teilweise zum offenen Ausbruch kam und keineswegs geeignet war, die politische Macht Deutschlands zu stärken und zu festigen. Im Gegenteil: die Verhältnisse wurden trostloser und verwirrter denn je.

Es war ein reiner Zufall, daß die Hausmachtspolitik **in des Reiches Ostmark und Böhmen** vor sich ging. Das Aussterben der babenbergischen Herzöge in **Österreich** um die Mitte des 13. Jahrhunderts machte dieses Land als eröffnetes Reichslehen den Zwecken der Könige vorzüglich dienstbar. Dasselbe war in Böhmen der Fall, wo die Przemysliden Anfang des 14. Jahrhunderts ausstarben. **So wurde ganz von selbst der Schwerpunkt des Reiches nach Osten, an die Donau verlegt.** Aber dabei blieb es nicht. Zwar sank **Italien** zu einem Schauplatz zweiten Ranges hinab und wurde, wie das ehemalige Herzogtum Lothringen, zum Zankapfel zwischen den deutschen Königen und dem erstarkenden Frankreich. Aber das Interesse der deutschen Könige wuchs nun im Südosten über die Reichsgrenzen hinaus: nach **Ungarn**, und neben dem traditionellen Italien lenkte von jetzt an der Magyarenstaat deutsche Kraft von ihren eigenen politischen Aufgaben ab. Im Westen begann **Frankreich** die deutschen Grenzen zu bedrohen, und im Osten erhoben sich schwere, jahrhundertelange Kämpfe gegen die **Türken**.

Gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts fand ferner ein **großer Wandel in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen** statt. Ein großer Teil des niederen Adels, des Rittertums, geriet durch die territoriale Konsolidation der Landesfürstentümer in wirtschaftliche Nöte und sank zum Raubrittertum hinab. Andererseits wurde das **Bürgertum** stark und mächtig, und städtische Kultur verdrängte die aristokratische des ersten Reiches. Der Handel des städtischen Patriziats eroberte die Herrschaft über das baltische Meer (Ostsee) und verwickelte Norddeutschland in hartnäckige Kämpfe mit Dänemark. Die Geistlichkeit, die durch ihre Klöster bisher das einzige Privileg auf Kultur, Wissenschaft und Bildung hatte und diese von Italien und Frankreich importierte, trat hinter dem Bürger-tum zurück, auf dessen Initiative mehr als ein Viertelhundert Universitäten auf deutschem Boden gegründet wurden. Diese bürgerliche Kultur, durch Wissenschaft und Bildung gefestigt, brachte schließlich die **Reformation** hervor, jene gewaltige Neuordnung der kirchlichen, sittlichen und wissenschaftlichen Dinge, die, in Norddeutschland entstanden, eine neue Zukunft und einen neuen Schwerpunkt Deutschlands herbeiführte, als das zweite Deutsche Reich im Westfälischen Frieden 1648 zersplittert war.

Im großen ganzen **war das zweite Deutsche Reich**, welches vierhundert Jahre, von 1254-1648 bestand und seinen Schwerpunkt im habsburgischen Österreich hatte, **in seiner inneren, gärenden Zerrissenheit und Ohnmacht der Übergang von der ersten Epoche zur dritten.** Politisch, wirtschaftlich, geistig zerrissen und zentrifugal, bildeten sich in Norddeutschland neue Machtmittelpunkte, die sich durch territoriale Konzentrationen ankündigten: 1417 wurden die tatkräftigen Hohenzollern Kurfürsten von Brandenburg, 1423 erhielten die Wettiner das Kurfürstentum Sachsen, das sie bis 1464 mit Thüringen vereinigten. In diesem Jahre teilten sich die Wettiner in die beiden Linien der älteren Ernestiner in Sachsen und der jüngeren Albertiner in Thüringen. 1547 tauschten beide Linien ihren Besitz aus. Hohenzollern und Wettiner waren die Beschützer der Reformation und machten die geistliche Bewegung politisch wirksam, indem diese die Habsburger aus dem Reiche verdrängte, was 1648 zum größten Teile geschah.

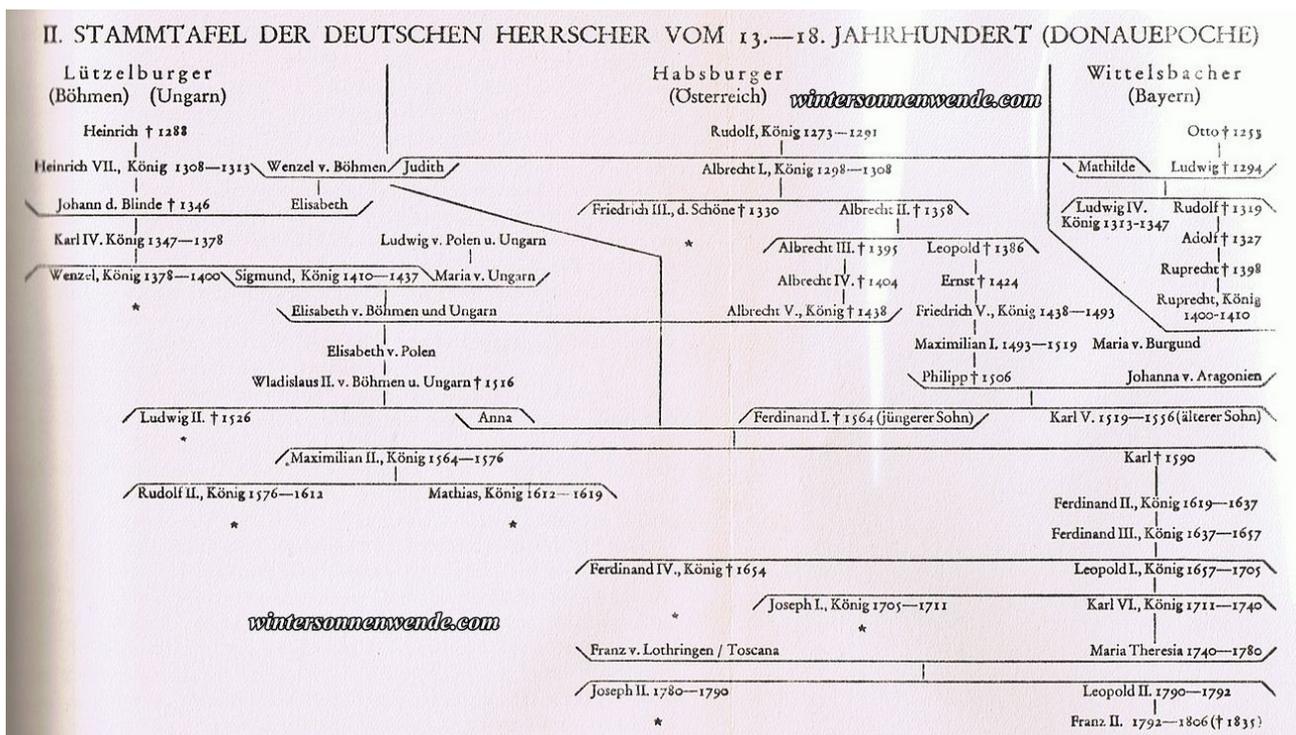
**Wahlkönige  
1254-1347**

Die **erste Periode des zweiten Reiches** umfaßt die Zeit von 1254-1347. Nichts Erhebendes berichtet uns die Geschichte aus jener Zeit. Die Könige Wilhelm von Holland (1247 bis 1256) und Richard von Cornwallis (1256-1272) waren zwar ganz nach dem Herzen der Fürsten, denn sie kümmerten sich um keinerlei deutsche Angelegenheiten. Das Faustrecht wurde zum obersten Gesetz des Reiches, und niemand war vor seinem Nachbar sicher, so daß die rheinischen Städte sich gezwungen sahen, zum Schutze des Friedens 1254 den Rheinischen Städtebund zu gründen, dem auch einige Fürsten beitraten. **König Ottokar von Böhmen** eignete sich 1251, fünf Jahre nach dem Aussterben der Babenberger, das Herzogtum Österreich an und hatte sich ein Reich von etwa 200 000 Quadratkilometern Größe geschaffen. Niemand hinderte ihn daran. **Graf Rudolf von Habsburg**, der zum Nachfolger Richards gewählt wurde, war zwar auch nur ein kleiner Herr, aber er hatte ausgedehnte Besitzungen im Oberelsaß, an Rhein, Aare und Reuß, die er zumeist aus der hohenstaufischen Hinterlassenschaft an sich gebracht hatte. Eine Art Habgier, die er mit einer gewissen Zähigkeit verfolgte, veranlaßte ihn, die königliche Stellung für die Mehrung seiner besonde-

**Rudolf von Habsburg**

ren Macht auszunutzen, und so wurde er der erste deutsche König, welcher persönliche Hausmachtspolitik trieb. Das **Herzogtum Österreich** als erledigtes Reichslehen erkor er dazu und konnte es auch mitsamt Steiermark und Krain seinen beiden Söhnen übertragen, als Ottokar schließlich 1278 auf dem Marchfelde bei Dürnkrut Sieg und Leben verloren hatte. Allerdings hatte Rudolf bei der **Durchführung des Landfriedens** im Reiche keine großen Erfolge. Nur in Thüringen konnte er 1290 einigermaßen erfolgreich gegen die heillosen Raubritterzustände einschreiten. Sieben Jahre früher hatten sich Lübeck, Rostock, Wismar, Stralsund, Greifswald und andere Städte zum Schutze des Friedens auf zehn Jahre verbunden. **So legten sie den Grund zur Hanse und zur Beherrschung der Ostsee durch den deutschen Handel.** Die ewige Geldnot zwar zwang den armen Grafen von Habsburg zur Steuererhöhung, wodurch er die Sympathien der Städte einbüßte. Mit dem Papste hatte er sich durch Verzicht auf Mittel- und Norditalien geeinigt. Nachdem Rudolf sein Haus wohlbestellt hatte, starb er 1291. Nicht sein Sohn Albrecht, sondern **Graf Adolf von Nassau** wurde jetzt deutscher König. Er versuchte, nach seines Vorgängers Vorbild, sich in Thüringen eine Hausmacht zu schaffen, das er als ein durch den Tod Heinrich Raspes 1247 erledigtes Reichslehen von den Wettinern zurückforderte. Adolfs Versuche scheiterten und verstimmten außerdem die Kurfürsten, die sich nun Albrecht zuwandten. Adolf unterstützte die Widersacher seines Gegners, wo er konnte, und verbriefte 1297 den habsburgischen Waldleuten von Uri und Schwyz die Reichsunmittelbarkeit. Nachdem Adolf 1298 bei Gölheim gefallen war, wurde **Albrecht, Rudolfs Sohn**, zum Könige gewählt. Allerdings verdarb er es mit den vier rheinischen Kurfürsten, die sich gegen ihn verbündeten, als er mit Philipp IV. von Frankreich ein Bündnis gegen Papst Bonifaz VIII. schloß. Albrechts Versuch, 1306, nach dem Aussterben der Przemysliden, Böhmen-Mähren für sich zu erwerben, scheiterte, ebenso wie die Hausmachtspolitik seines Vorgängers. 1308 wurde der König in der Nähe der Habsburg ermordet. Dagegen konnte sein Nachfolger, der ritterliche **Graf Heinrich von Lützelburg**, nach dem Muster Rudolfs seinen Sohn Johann mit Böhmen-Mähren belehnen und **den Grund zu einer lützelburgischen Hausmacht legen.** Heinrich VII. hatte viel unter der Rivalität der Habsburger zu leiden, und nach seinem Tode, 1313, war die habsburgische Partei so erstarkt, daß eine Doppelwahl stattfand. Der wittelsbachische Herzog **Ludwig von Bayern** und der habsburgische **Herzog Friedrich der Schöne von Österreich** wurden gleichzeitig Könige. Auch Ludwig verspürte, wie seine Vorgänger, das Bedürfnis nach starker Hausmacht und übertrug also nach dem Aussterben der Askanier, 1320, deren brandenburgische Markgrafschaft seinem Sohne. Da er außerdem sich in der

**Die Lützelburger**



Stammtafel der Deutschen Herrscher vom 13.-18. Jahrhundert (Donau-Ära). [Größere Version im Netz]

Lombardei festsetzen wollte, reizte er den Papst. Friedrich den Schönen hatte er 1322 bei Mühldorf gefangengenommen und setzte ihn bis zu dessen Tode 1330 als Mitkönig ein. Dagegen war sein Verhältnis zu Johann von Böhmen gespannt, weil dieser Schlesien (1335), Kärnten und Tirol erworben hatte. Gegen die Anmaßung der französischen Päpste in Avignon erhob sich das deutsche Nationalgefühl, und die Kurfürsten erklärten 1338 mit Ausnahme des böhmischen Lützelburgers auf dem Kurverein zu Rense, daß ein von den Kurfürsten gewählter König päpstlicher Bestätigung nicht bedürfe. Aber durch sein gegen Johann von Böhmen eingeleitetes Verfahren entfremdete sich Ludwig die Kurfürsten, so daß diese, besonders auf Betreiben der Geistlichkeit, Johanns Sohn, Karl von Böhmen, den "Pfaffenkönig", wählten, dessen Vater 1346 bei Crécy auf französischer Seite gefallen war. 1347 erlag Ludwig einem Herzschlag.

Mit dem Regierungsantritt **Karls IV.** von Böhmen, dessen unbedeutender Gegenkönig Günther von Schwarzburg bald erledigt war, beginnt die **zweite Periode in der Geschichte des zweiten Reiches** (1347-1438). Das wüste Durcheinander der deutschen Dinge wurde etwas durch die Tatsache geordnet, daß nun neunzig Jahre hindurch Deutschland durch **Herrscher aus einem Hause, dem lützelburgisch-böhmischen**, regiert wurde. Zum erstenmal in dieser Ära erhielt das Reich eine **Hauptstadt**, eine feste Residenz des königlichen Oberhauptes: Prag. Doch fühlte sich Karl fast nur als König von Böhmen, kaum als König von Deutschland. Er besaß kaufmännisches Talent, und seine Hauptsorge galt den Erblanden Böhmen, Schlesien und Mähren, so daß man ihn allgemein als "des Heiligen Römischen Reiches Erzstiefvater" bezeichnete. Er gründete 1348 die Universität Prag und erwarb sich unzweifelhafte Verdienste um die Verdeutschung Böhmens. Auch förderte er sehr den Handel auf der Elbe, der letzten Endes hauptsächlich Böhmen zugute kam. Seine wittelsbachischen Rivalen belehnte der König im Bautzener Verträge 1350 weiterhin mit der Mark Brandenburg, kaufte ihnen diese aber nach dreiundzwanzig Jahren im Verträge von Fürstenwalde ab und **schuf eine neue große, zusammenhängende Hausmacht der Luxemburger, Böhmen, Schlesien, Mähren und Brandenburg**, Gebiete, die in ihrer Gesamtheit etwa so groß waren wie das Reich Heinrichs des Löwen oder Ottokars von Böhmen, ein Elbe-Oder-Reich im Zentrum Deutschlands.

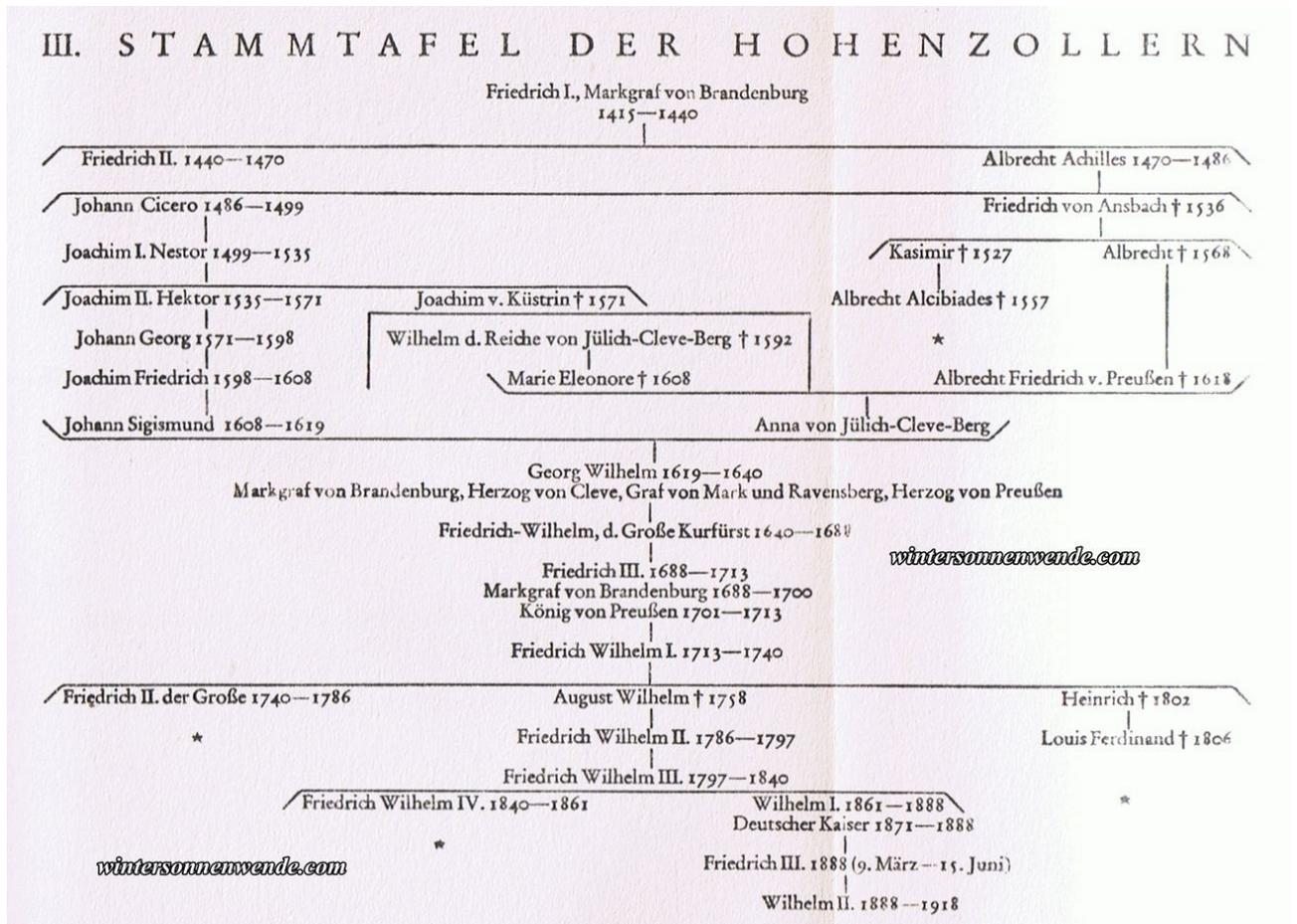
Im Reich jedoch herrschte weiter Anarchie und Elend. Die Pest, der "Schwarze Tod", verheerte die Länder und Städte, und Geißlerfahrten und Judenverfolgungen regten das Volk auf. Karls bedeutendste Tat für das Reich wurde die "**Goldene Bulle**" **1356**, worin den sieben Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier, Böhmen, Pfalz, Brandenburg, und Sachsen-Wittenberg das alleinige Recht der Königswahl zugestanden und die Unteilbarkeit der Kurwürde und Kurlande festgelegt wurde. Es handelte sich um die Legalisierung eines Zustandes, der sich durch die Gewohnheit des letzten Jahrhunderts eingebürgert hatte. Aber im Süden schlossen sich 1376 die Städte, durch die königlichen Steuern bedrückt und durch den Grafen Eberhard von Württemberg bedrängt, zum Schwäbischen Städtebund zusammen, während im Norden die Hansestädte im Bunde mit den niederländisch-preussischen Städten die Übergriffe des Dänenkönigs Waldemar IV. 1368 bis 1370 hatten zurückweisen müssen. Nach Karls Tode, 1378, folgte ihm sein Sohn Wenzel in der deutschen Königswürde, der den Wirren im Reich nicht gewachsen war. Ritter und Städte verbündeten sich gegeneinander: Ritterbündnisse 1379, Rheinischer Städtebund 1380, und 1388 kam es zum süddeutschen Städtekrieg, den Wenzel im folgenden Jahre durch den Egerer Landfrieden beendete. Die unzufriedenen Kurfürsten setzten Wenzel 1400 ab und wählten den Kurfürsten von der Pfalz, **Ruprecht**, zum Könige, der zehn Jahre lang ein höchst bescheidenes Herrscherdasein führte. Wenzel begünstigte den tschechischen Reformator Johann Hus, durch dessen Tätigkeit 1409 viele Deutsche Böhmen verließen und in Leipzig eine neue Universität gründeten. Auch die Regierung des letzten Lützelburgers **Sigismund**, der ein Bruder Wenzels war, bedeutete für das Reich keine Erlösung. Der Deutsche Orden wurde von den Polen bei Tannenberg geschlagen, und fünfzehn Jahre lang führten die Hussiten Krieg, wobei sie nicht nur Böhmen, sondern auch die angrenzenden Gebiete Schlesiens, Sachsens, Brandenburgs, Bayerns und Österreichs verheerten (1426/27). Die kirchliche Reformbewegung führte ebenfalls zu keinem Ergebnis. Zwei große Konzile fanden auf Reichsgebiet statt, zu Konstanz 1414-1418 und zu Basel 1431-1448. Es wurde viel Pomp entfaltet, viel geredet und wenig erreicht, lediglich die Hussitenfrage wurde in Basel durch die Prager Kompaktaten geregelt,

ein Ereignis, das für Deutschland keine allzu große Bedeutung hatte. **Bemerkenswert aus der Regierungszeit Sigismunds ist höchstens die Belehnung der Hohenzollern mit der Mark Brandenburg 1415-1417 und die Belehnung der Wettiner mit dem Kurfürstentum Sachsen-Wittenberg 1423 nach dem Aussterben der Askanier.**

**Von Habsburgs  
Hausmacht  
zur Weltmacht**

Die **dritte Periode (1438-1556) sah den Aufstieg der Habsburger von deutscher Königsmacht zur Weltmacht.** Umsonst suchen wir nach großen Taten und Ereignissen, die das Deutsche Reich und sein Volk aus dem Zustande der Not herausgerissen hätten. Die Habsburger waren grenzenlose Egoisten. Sie benutzten ihre königliche Stellung, um ihre Hausmacht zur Weltmacht zu erweitern. Im umgekehrten Verhältnis zu den Gebietsverlusten des zerbröckelnden Reiches standen die Gebietserweiterungen des Hauses Habsburg. Nicht durch Heldentaten und Siege auf dem Schlachtfelde wuchs Habsburgs Macht, sondern durch Heiraten: "*Bella gerant alii, tu Felix Austria, nube*" - "Kriege mögen andere führen, du, glückliches Österreich, heirate". Dieser Weg der Erbschaftspolitik war weniger gefährlich und ungewiß als der bisher befolgte, denn die deutschen Territorien befestigten sich im Besitze ihrer Fürstfamilien, und die Aussicht auf erledigte Reichslehen wurde gering. Also heiratete man. Der erste Habsburger dieser Periode, **Albrecht II.**, stammte in vierter Generation von Albrecht I. ab. Sein Schwiegervater Sigismund hinterließ keine männlichen Erben, und so erwarb der Gatte der einzigen Erbtochter die ganze böhmisch-luxemburgische Hausmacht; er beherrschte ein Gebiet von etwa einer Viertelmillion Quadratkilometern - ohne Italien und Ungarn. Doch nur kurze Zeit erfreute sich Albrecht seines irdischen Besitzes und schied schon im Jahre seines Regierungsantrittes ab. Sein Vetter **Friedrich III.** folgte ihm im Besitz der Hausmacht und der Königskrone, er war aber ein schwacher Mann und hinterließ kein rühmliches Andenken. An allen Grenzen erlitt das Reich schwere Einbußen: 1441-1443 riß Philipp von Burgund Luxemburg an sich, 1460 wurde Holstein gemeinsam mit Schleswig durch König Christian I. mit Dänemark vereinigt, 1466 eroberte Polen in der Schlacht bei Tannenberg die Gebiete des Deutschen Ordens, 1467-1477 annektierte

**Albrecht II.,  
Friedrich III.  
und Maximilian**



**Stammtafel der Hohenzollern. [Größere Version im Netz]**

Karl der Kühne von Burgund Lüttich, Sundgau, das obere Elsaß und Teile des Breisgaues. Etwa 130 000 Quadratkilometer Reichsgebiet gingen verloren, und Friedrich hatte weder den Willen, noch die Kraft, diesen Verlusten zu wehren.

Auch im Innern ging es drüber und drunter. In Böhmen riß Georg Podiebrad die königliche Macht an sich (1458-1471), in Ungarn tat Matthias Corvinus das gleiche (1458-1490). Fehden zerrütteten die deutschen Territorien: Albrecht Achilles von Brandenburg gegen Nürnberg, Ulrich von Württemberg gegen Eßlingen, Albrecht von Österreich gegen Ulm, Dietrich von Mainz gegen Soest. Diesem Unwesen suchte Friedrich zwar 1467 durch den allgemeinen Landfrieden von Neustadt zu steuern, im großen ganzen aber blieb alles beim alten. Es fehlte die einheitliche, zentrale Macht, die imponierende Herrschergestalt mit der festen Hand, um königliche Gesetze durchzuführen, und die Landesfürsten hatten längst den Gehorsam gegenüber dem Herrscher verlernt. **Nur eine Tat von Bedeutung vermochte Friedrich durchzuführen, die aber nur mittelbar dem Reiche, in erster Linie aber dem Hause Habsburg dienen sollte; er verlobte 1473 seinen Sohn Maximilian mit der Tochter Maria des Herzogs von Burgund, Karls des Kühnen.** Maximilian erbt 1477, als sein Schwiegervater gefallen war, dessen Gebiet mit Ausnahme des Herzogtums Burgund und der Pikardie, die an Frankreich fielen. So erwarb das Haus Habsburg etwa 70 000 Quadratkilometer, die ehemals zum deutschen Herzogtum Lothringen gehörten und von den burgundischen Herzögen geraubt worden waren. Seinen Sohn Philipp aber verheiratete Maximilian mit der Erbin von Spanien. Nach Friedrichs Tode, 1493, folgte ihm Maximilian als König. Im Jahre seines Regierungsantrittes tobte im Elsaß ein großer Bauernaufstand, der Aufruhr des Bundschuh. Der neue Herrscher hatte wohl den guten Willen, das zerrüttete Reich wieder aufzurichten, und es fehlte nicht an guten Vorschlägen dafür. Die **Reformreichstage zu Worms 1493 und Augsburg 1500** beschlossen allerlei: den "gemeinen Pfennig", eine allgemeine Reichssteuer, ein Kammergericht, den ewigen Landfrieden, zu dessen Durchführung das Reichsgebiet in zehn Kreise eingeteilt wurde, ein Reichsregiment. Woher aber sollte das politisch vollkommen entartete Reich die Kraft nehmen, dies alles durchzuführen? Außerdem kämpfte Maximilian mit dem französischen König um den Besitz Oberitaliens, und diese Kämpfe kosteten dem Reich viel Geld, Kraft und Verluste. **Frankreich** trat, nachdem es seine Kriege gegen England beendet hatte, als eine neue Macht hervor, die von nun an die Zukunft bedrohen sollte. Maximilians Kämpfe mit der **Schweizer Eidgenossenschaft** führten dazu, daß der König im Frieden von Basel 1499 den Eidgenossen die Unabhängigkeit einräumen mußte. Dadurch verlor das Reich an die 20 000 Quadratkilometer, die sich einst die Habsburger aus dem hohenzauerischen Nachlaß angeeignet hatten. Ein neuer, schwerer Bauernaufstand des "armen Kuntz" verheerete 1514 Schwaben.

**Karl V.**

Den deutschen Fürsten war die stark angewachsene Macht der Habsburger schon längst ein Dorn im Auge, und sie liebten es absolut nicht, einen König über sich zu haben, der unter Umständen gewaltige Heeresmassen aufbieten konnte, um sie zur Vernunft zu bringen. Dieser ideale Zustand der "Libertät", der den Fürsten die ideale Freiheit gab, nach Herzenslust zu tun und zu lassen, was sie wollten, konnte leicht in Gefahr geraten. So kam es, **daß nach Maximilians Tode, 1519, allen Ernstes der französische König neben Karl, dem Enkel Maximilians, als Mitbewerber um die deutsche Königskrone auftrat.** Schließlich wurde der **Habsburger Karl** gewählt, nachdem er ausdrücklich in seiner "Wahlkapitulation" die Libertät der Fürsten verbrieft hatte. Der neue König war von gewaltiger Macht. Er gebot über Österreich, Burgund und Spanien mit seinen neuentdeckten Kolonien, und in seinem Reich ging die Sonne nicht unter; **er war der Repräsentant der zur Weltmacht gewordenen habsburgischen Hausmacht**, und dennoch war er im Deutschen Reiche, dessen König er war, ohnmächtiger als irgendein anderer König in seinem Lande. **Karls V.** Außenpolitik hatte kaum irgendwelche Beziehungen zum Reiche. Ein Vierteljahrhundert kämpfte der deutsche König mit dem Herrscher Frankreichs um Italien. Und welchen Nutzen für das deutsche Volk hatten letzten Endes die vier Kriege gegen den französischen König? Was ging es die Deutschen an, ob das unselige Italien zu Deutschland oder Frankreich gehörte? Anders verhielt es sich im Osten. Zwar konnte Karl endlich auch Ungarn mit seinem Weltreiche vereinigen, nachdem dessen letzter Herrscher 1526 bei Mohacz gegen die Türken gefallen war, aber schon nach drei

Jahren standen die **Türken vor Wien**. Hier wurde das Reich, die Christenheit, Europa unmittelbar bedroht, und es ist vielleicht **das bedeutendste Ereignis für Deutschland aus der Regierungstätigkeit Karls V., daß es gelang, die türkische Gefahr zu bannen**; denn das damalige Europa zitterte vor den Türken, wie etwa unsere Zeit vor dem Bolschewismus. 1542 wurde der zweite Reichskrieg gegen die Türken eröffnet, und von nun an wurde Deutschland anderthalb Jahrhunderte lang von der türkischen Gefahr bedroht.

**Unter Karl V. nahm die deutsche Reformation ihren Anfang.** Hervorgeflossen aus dem gesunden, unverfälschten Sinne des Volkes, veredelt durch den Geist vertiefter Wissenschaft nahm die Bewegung gegen die römische Kirche ihren Ausgang von **einem Bauernsohn, der Mönch geworden war** und, dem Fortschritt der Zeit folgend, vom Kloster zur Universität übergang. Damit wies Dr. Martin Luther seiner Befreiungstat den Weg in eine große Zukunft, und ein großer Teil des Volkes folgte ihm gläubig. Fast schien es ein Fingerzeig des Schicksals, daß die große geistige Erhebung gegen das Welschtum vom mittleren und nördlichen Deutschland ausging, von Gebieten, die noch absolut nicht gänzlich vom Christentum durchdrungen waren, sondern noch sehr starke Reste heidnischen Aberglaubens bewahrten. Karl V. aber und mit ihm das südliche und westliche Deutschland verschlossen sich der Lehre Luthers, indem sie sich stark genug fühlten, die Auflehnung des Nordens zu unterdrücken, und von dem Ausgang des Kampfes zwischen dem geistig konservativen Süden und dem geistig revolutionären Norden hing die fernere Zukunft Deutschlands ab.

**Die Reformation begann 1517 mit den 95 Thesen und behauptete sich zum ersten Male auf dem Wormser Reichstag 1521.** Bilderstürmer, Wiedertäufer und Bauernkrieg (1522 bis 1525) wurden niedergeschlagen und waren nicht in der Lage, die Gemüter zu verwirren, da Luther das unerschütterliche Bekenntnis zur weltlichen Obrigkeit abgelegt und in Kürze Anhänger unter den regierenden Fürsten, besonders als Schutzherrn den sächsischen Kurfürsten, gewonnen hatte.

**Die deutsche Reformation**

**Karl V. und die Reformation**

Durch die Weigerung Karls V., die neue Lehre anzuerkennen, wurde die reformatorische Bewegung in die politische Bahn gedrängt. Auf dem Reichstage zu Augsburg, 1530, wurde vor aller Welt die protestantische Glaubenslehre dargelegt, in der *Confessio Augustana*, und im gleichen Jahre schlossen die evangelischen Fürsten das Verteidigungsbündnis von Schmalkalden. Zwei Jahre später schloß Karl V. mit ihnen den Nürnberger Religionsfrieden. Um 1540 waren die mächtigsten und bedeutendsten Fürsten Mittel- und Norddeutschlands, Wettiner, Hohenzollern, Welfen, auch die Württemberger, evangelisch geworden, und sie unterstützten sogar den Kaiser in seinem vierten Kriege gegen Frankreich (1542-1544) Die deutschen Heere marschierten in Frankreich ein und erzwangen den günstigen Frieden von Crépy. Karl V. dankte es den Protestanten, indem er 1546, nach Luthers Tode, den Krieg gegen die Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, den sogenannten Schmalkaldischen Krieg, entfesselte, der 1547 durch die Schlacht bei Mühlberg zugunsten des Kaisers entschieden wurde. Damals mußte die besiegte Ernestinische Linie die Wettiner Kurwürde und Land gegen den thüringischen Besitz der katholischen Albertiner eintauschen.

Es schien, als habe die alte Lehre gesiegt, doch wurde im "Augsburger Interim" den Protestanten eine Gnadenfrist bis zur Entscheidung der Glaubensfrage durch das 1545 zusammengetretene Konzil von Trient gewährt. Inzwischen war **Moritz von Sachsen**, der "Judas von Meißen", der den Kaiser im Schmalkaldischen Kriege unterstützt hatte und dafür 1547 Kurfürst von Sachsen geworden war, auf die Seite der Protestanten übergetreten und hatte sich mit König Heinrich II. von Frankreich gegen Karl V. verbunden. An den französischen König wurde von den deutschen Fürsten für seine Unterstützung Metz, Toul und Verdun abgetreten. Fast hätte Moritz den Kaiser 1552 bei Innsbruck gefangengenommen. Drei Jahre später wurde zu **Augsburg der Religionsfriede geschlossen, wodurch das protestantische Bekenntnis rechtlich dem katholischen Glauben gleichgestellt wurde** und die weltlichen Fürsten nach dem Satze *cujus regio, ejus religio* das Recht erhielten, die Religion ihres Landes zu bestimmen. Die Niederlage der Habsburger war also das Ende dieser Entwicklung. Die kirchliche Einheit, welche noch das letzte Band der Einheit deutscher Stämme und Fürsten war, war hinüber, und indem der König bei dem Versuche, die neue Lehre zu unterdrücken, scheiterte, verlor er den letzten Schimmer seines überparteilichen Amtes als *primus inter pares*, und

wurde, da er nun selbst Partei war als Vertreter des alten Glaubens, auf die Linie eines einfachen Territorialfürsten zurückgedrängt. Diese Entwicklung hatte sich angebahnt, als Karls Regierung sich seinem Ende zuneigte und vollendete sich **in der letzten Periode des zweiten Reiches, die mit dem Westfälischen Frieden abschließt**. 1556 legte Karl, ermüdet und enttäuscht, die Krone nieder und ging ins Kloster. Er teilte sein Reich zwischen Bruder und Sohn und begründete so die beiden Linien der deutschen (bis 1740 bzw. 1918) und spanischen (bis 1700) Habsburger. Er hatte ein sterbendes Reich hinterlassen und starb selbst 1558.

Die **vierte Periode** (1556-1648) zeigt das **Zurücksinken der deutschen Habsburger von ihrer Weltmacht in ihr von einer gewaltigen Glaubensrevolution erschüttertes Deutsches Reich, und darüber hinaus ihr weiteres Sinken von der Königsmacht zur reinen Territorialmacht**. In weitesten Kreisen unseres Volkes waren die Gemüter aufgerüttelt worden, und die königliche Macht war nicht imstande, der Bewegung Einhalt zu gebieten. Sie zog sich in ihre böhmisch-österreichisch-ungarischen Erbländer zurück. In Scharen verließen die Mönche und Nonnen norddeutscher Gebiete ihre Klöster, die Reformation fand ihren Weg bis in die kleinsten Dörfer. Geistliche Länder wurden säkularisiert, in weltliche Herzogtümer verwandelt, allen voran bereits 1525 das deutsche Ordensland Preußen. Die katholische Kirche, welche etwa die Hälfte des deutschen Grund und Bodens innehatte, verlor einen sehr großen Teil ihrer Besitztümer. Quellen neuen Lebens begannen zu sprudeln; nicht nur das geistig-sittliche Leben, auch das nationale, wirtschaftliche, soziale wurde neu befruchtet. Die neue Welt- und Gotteserkenntnis äußerte sich im Gemeinschaftsleben durch rühriges Schaffen, nimmermüde Arbeit auf sämtlichen Gebieten des Lebens und der Kultur.

**Die katholische Kirche hatte eine Abwehrorganisation gegen die Reformation eingeleitet, und das Konzil von Trient, 1545 bis 1563, begünstigte stark die Gegenreformation, die in den Händen des 1540 von Ignaz Loyola gegründeten Jesuitenordens lag.** Trotzdem machte der Protestantismus in Norddeutschland starke Fortschritte. In jener Zeit sollen etwa neun Zehntel des gesamten deutschen Volkes, etwa 16 Millionen, von Rom abgefallen gewesen sein. Zwar war es nicht gelungen, Luthertum und Calvinismus zu vereinigen. Der Calvinismus, die französisch-schweizerische Form des Protestantismus und aus dem Luthertum hervorgegangen, hatte in der Pfalz festen Fuß gefaßt und griff von den Niederlanden her auch nach Nordwestdeutschland über. Weihnachten 1613 trat auch der **hohenzollernsche Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg** zum Leidwesen seiner lutherischen Untertanen zur Lehre Calvins über. Die **calvinischen Niederlande fielen 1581 von den spanischen Habsburgern ab**, denen Karl V. den burgundischen Teil seines Reiches übergeben hatte. Die Jesuiten gründeten Pflanzstätten ihres Ordens, Klöster und Universitäten, vor allem in Süd- und Westdeutschland. Die deutschen Habsburger zeichneten sich durch Untätigkeit und Schwäche aus. **1608 hatte der Kurfürst von der Pfalz die protestantische Union zustande gebracht. Im nächsten Jahre organisierten sich die katholischen Fürsten unter der Führung Maximilians von Bayern in der Liga.** Wie zur Zeit Karls V. die Wettiner, traten jetzt die beiden Linien der Wittelsbacher an die Spitze der feindlichen Lager. Der menschen scheue König Rudolf II. mußte den böhmischen Protestanten ihre Forderungen im "Majestätsbrief" bewilligen. Da die geistige Umnachtung dieses Herrschers zunahm, entthronte ihn 1611 sein Bruder Matthias, der vergeblich zwischen Union und Liga zu vermitteln suchte. **1618 brach der Dreißigjährige Krieg aus, der unseligste Bürgerkrieg, den Deutschland je erlebt hat, durch die Schuld der Habsburger.** Als im folgenden Jahr Matthias starb, wählten die Böhmen den reformierten Kurfürsten Friedrich von der Pfalz zu ihrem König. Wie zu den Zeiten des Johann Hus der Lützelburger Wenzel die Unterdrückung und Verdrängung der Deutschen duldete, so wurden nun unter habsburgischem Regiment rücksichtslos die deutschen Protestanten von Haus und Hof vertrieben, und ihre Güter kamen in tschechische Hände. Dreißig Jahre lang wurde das Reich zerrüttet durch die Kämpfe der Deutschen um ihres Glaubens willen, und **den Protestanten hatten sich Schweden und Frankreich verbündet zur gemeinsamen Unterdrückung des Hauses Habsburg.** Wüste Heerscharen aus aller Herren Länder, Kroaten und Panduren, Spanier und Italiener, Franzosen und Schweden, tummelten und schlugen sich auf Deutschlands Fluren und verwandelten sie in Wüsten.

*Religiöse Kämpfe im  
16. u. 17. Jahrhundert*

In dem blutenden Herzen Europas strömten alle feindlichen Kräfte zusammen, um sich nicht nur gegenseitig, sondern auch das deutsche Volk zu zerfleischen. Die Hälfte seiner Einwohner verlor damals Deutschland durch die Schrecken des Krieges und die in seinem Gefolge auftretende Pestilenz. Der **Westfälische Friede zu Osnabrück und Münster**, 1648, machte dem Morden ein Ende, und Martin Rinckarts: "Nun danket alle Gott" kam aus tiefstem Herzensgrunde des unglücklichen Volkes.

### Der Westfälische Friede

**Das Ergebnis des Westfälischen Friedens war dies: der Kampf blieb unentschieden, aber durch das Fehlen der Entscheidung hatte geistlich und geistig der Protestantismus gesiegt, politisch war das Haus Habsburg niedergeworfen, aus dem Reiche verdrängt, in seine Erblände zurückgeschreckt.** Er bedeutete zwar nicht die formelle, aber die tatsächliche Auflösung des zweiten Reiches. Der Protestantismus hatte sich behauptet gemäß den Friedensschlüssen von 1552 und **1555**. Das *jus reformandi* wurde anerkannt. Die beiden Erzbistümer Magdeburg und Bremen, dazu zwölf **norddeutsche** Bistümer, wurden säkularisiert, d. h. in weltliche Herzogtümer verwandelt. Man gewöhnte sich an Donau und Rhein, dies **protestantische Norddeutschland**, das letzten Endes in dem großen Krieg gesiegt hatte und zweihundert Jahre später dem Reiche die Erlösung brachte, gleichsam als einen verlorenen Sohn zu betrachten. Die **Niederlande** und die **Schweiz** schieden formell aus dem Reiche aus. **Frankreich** erhielt außer Metz, Toul und Verdun (1552) das habsburgische Elsaß, Schweden nahm Vorpommern, Bremen und Verden. Etwa 85 000 Quadratkilometer lösten sich vom Reichsgebiet. Rund 250 Fürsten, Grafen und Herren erhielten das Recht, auf eigene Faust Politik zu machen. Während Frankreich sich zu höchster politischer Machtkonzentration fortentwickelte, verwandelte sich Deutschland in einen ohnmächtigen, losen Staatenbund. Der Kaiser war tatsächlich nur noch in seinen Erblanden Herr. **Pufendorf** nannte zwanzig Jahre später das Reich "*irregulare aliquod monstro simile*", er verglich es mit einem ganz außergewöhnlichen Ungeheuer.



Es ist unrichtig, irgendein geschichtliches Ereignis als Abschluß oder als Anfang einer Entwicklung zu betrachten, es ist gewöhnlich beides: Ende und Anfang. Das trifft auch für den Westfälischen Frieden zu. Er ist das Ende der Entwicklung des Protestantismus in hundert Jahren und der daraus entstandenen Kämpfe und gleichzeitig der Beginn einer neuen Reichsgründung. Zum erstenmal um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts, in all dem Wirrwarr der Auflösung, lassen sich doch schon **Spuren nationaler Sammlung erkennen**, die bald stärker, bald schwächer, wie die an- und ab-schwellenden Harmonien einer gewaltigen Melodie anklingen, bis sie sich schließlich überwältigend über die störenden Dissonanzen emporschwingen. **Vom baltischen Norden des Reiches, von der Mark Brandenburg, nahm die Verkündung der nationalen Heilslehre ihren Anfang, hier fand sie ihre Erfüllung.** Aber im gleichen Maße, als die nationale Selbstbesinnung der Deutschen zunahm, wuchs der **Haß Frankreichs**, das für sich die Vorherrschaft Europas beanspruchte, **und so dröhnt die Geschichte des dritten Reiches wider von gewaltigen Kämpfen, die mit wechselndem Erfolge zwischen Deutschland und Frankreich ausgefochten wurden.**

**In fünf Perioden laufen die Ereignisse des dritten, nordischen Reiches ab, und es ist interessant, wie sich auch das historische Tempo, sich dem allgemeinen Lebensgange anpassend, beschleunigt.**

Die **erste Periode, vier Menschenalter umfassend**, füllt die Zeit von 1648 bis 1740 aus. An allen Grenzen müssen Kämpfe ausgefochten werden. Franzosen, Schweden und Türken bedrängen das Reich, das zu einem kraftlosen Vakuum herabgesunken ist.

Die **zweite Periode, drei Menschenalter lang**, währte von 1740 bis 1815 und bringt das erste gewaltige Aufflammen des Kampfes zwischen Nord und Süd, zwischen Preußen und Österreich, der von der französischen Revolution als einem retardierenden Moment beeinflusst wird.

Die **dritte Periode, aus zwei Menschenaltern bestehend**, 1815 bis 1867, versuchte die Lösung und Erfüllung des deutschen Willens zum Reiche auf gesetzmäßigem und revolutionärem Wege, bis

die Entscheidung auf dem Schlachtfelde bei Königgrätz fällt.

Die **vierte Periode, ebenfalls zwei Menschenalter ausfüllend**, 1867 bis 1918, verwirklicht das neue Deutsche Reich in seiner kleindeutschen Gestalt unter Führung Preußens und unter Ausschluß Österreichs.

Die **fünfte Periode schließlich, beginnend 1918**, hat aus den Trümmern des Weltkrieges ein neues Reich aufzurichten und erstrebt die großdeutsche Gestalt, indem der hilflose Rest Deutsch-Österreichs den Anschluß an das Deutsche Reich zu verwirklichen sucht.

### Franzosen- und Türkenkriege

Wenden wir uns der **ersten Periode von 1648 bis 1740** kurz zu. Im Jahre 1663 wurde der letzte Reichstag des alten Römischen Reiches Deutscher Nation eröffnet, der durch nichts besser den todähnlichen Zustand des Starrkrampfes im alten Habsburgerreich dokumentierte, als durch die Tatsache, daß man 143 Jahre lang vergaß, ihn zu schließen. Deshalb nannte man ihn, der wie einst der selige Ahasverus nicht sterben konnte, den Immerwährenden Reichstag. Erst der Napoleonische Sturm mußte ihn wegfegen. Hauptgrund seiner Eröffnung war der **drohende Türkenkrieg**. Achtzig Jahre fast beschäftigten die Türken jetzt die Habsburger in Ungarn. Vier lange und schwere Kriege mußten geführt werden, mit wechselndem Erfolge: 1663 bis 1664, 1683 bis 1699, 1716 bis 1718, 1737 bis 1739. Um das Jahr 1680 hatten die Türken die größte Ausdehnung ihres Reiches erlangt und **konnten sogar 1683 vor Wien erscheinen**. Österreich gewann in diesen Kriegen Ungarn (im Süden), Siebenbürgen, Slawonien (1699), das Banat, Serbien und die Kleine Walachei (1718), verlor aber 1739 wieder Serbien und die Kleine Walachei.

Wesentlich und unmittelbarer jedoch waren die **Bedrohungen Deutschlands durch das Frankreich Ludwigs XIV.** Französische Kultur hatte Deutschland, seinen Adel und sein Bürgertum, erobert und beeinflusste Kunst und Literatur. Man sprach und schrieb französisch. Der Bourbonne Ludwig XIV. selbst brach mit Heeresmacht ein in die **rheinischen Gebiete**, einst die Stütze und das Fundament des alten Reiches, jetzt ein bedeutungsloses, lächerliches, zersplittertes und zerrissenes Vakuum. Bereits Kardinal Mazarin hatte sich in der 1658 von Erzbischof Johann Philipp von Mainz begründeten Rheinischen Allianz ein williges Werkzeug geschaffen, was vorderhand ohne praktische Bedeutung war, da die Allianz nach ihrem Ablauf 1665 nicht wieder erneuert wurde. **Fünf schwere Kriege von 1667 bis 1738**, die insgesamt 37 Jahre ausfüllten, mußte das Reich mit Frankreich führen, davon vier mit Ludwig XIV.: 1667 bis 1668, 1672 bis 1679, 1688 bis 1697 und den Spanischen Erbfolgekrieg 1701 bis 1714. Die **Reunionen 1681 (Raub Straßburgs)** kennzeichneten Ludwigs Übergriffe in Friedenszeiten, und die **entsetzliche Verwüstung der Pfalz durch General Mélac (Zerstörung des Heidelberger Schlosses)** charakterisierten die grausame Art seiner Kriegführung. **Sogar die wittelsbachischen Kurfürsten von Bayern und Köln unterstützten aktiv den Franzosenkönig**, aus Rivalität gegen die Habsburger, und Ludwig versprach dem bayrischen Wittelsbacher die den Habsburgern gehörigen belgischen Niederlande als Königreich Burgund! Deshalb mußte Kaiser Joseph I. 1705 bis 1707 die Reichsacht über die beiden wittelsbachischen Kurfürsten von Köln und Bayern aussprechen! Durch den **Polnischen Thronfolgekrieg 1733 bis 1738** verlor das Reich das **Herzogtum Lothringen** an Stanislaus Leszcynski, den französischen Scheinkönig von Polen, nach dessen Tode 1766 es an Frankreich gelangte. Der Herzog Franz Stefan von Lothringen heiratete die kaiserliche Erbtochter Maria und übernahm für den Verlust Lothringens 1737 das italienische Großherzogtum Toskana.

### Der Aufstieg Brandenburgs

Eine wohltuende Ausnahme von diesen ganz trostlosen Zuständen machte die **Markgrafschaft Brandenburg**. Hier vollzog sich eine stetige Entwicklung ohne Rückschläge unter der tatkräftigen Hand des **Großen Kurfürsten**. 1640 hatte dieser das Regiment übernommen, und die Mark war wenig mehr als 81 000 Quadratkilometer groß. Im Westfälischen Frieden wurden Hinterpommern, Halberstadt, Minden, Kamin und Magdeburg (1680) hinzugefügt, zusammen etwa 10 000 Quadratkilometer, im Frieden von Oliva (1660) die Souveränität über Ostpreußen ohne Ermeland außerhalb des Reichsgebietes, etwa 30 000 Quadratkilometer, 1666 der endgültige Besitz von Kleve, Mark und Ravensberg, 1679 ein Streifen am östlichen Oderufer, etwa tausend Quadrat-kilometer, so daß Friedrich Wilhelm seinem Nachfolger ein Land von etwa

112 000 Quadratkilometern Umfang hinterließ. Der Große Kurfürst kämpfte siegreich gegen die Schweden: Fehrbellin 1675, und unterstützte den Kaiser gegen die Türken. Er war der erste deutsche Territorialfürst, der 1658 die klare politische Losung aufstellte: "Gedenke, daß du ein Deutscher bist."

**Brandenburg, dessen Schwerkraft zwischen Elbe und Oder lag, war nach Osten über das Reich hinausgewachsen bis zur Memel, und im Westen, an Weser und Rhein, in das alte rheinische Reichsgebiet hineingewachsen.** Es war zu einer Macht geworden im **baltischen Meeresgebiet**, neben dem dänischen, schwedischen und jungen russischen Reiche. **Im Innern** hatte die starke Hand des im niederländischen Calvinismus gehärteten Fürsten eine unerschütterliche Staatsgewalt errichtet. Die ständischen Gewalten, insonderheit der Adel, der nach dem Beispiele des zerrütteten Reiches auch in den Territorien und Landesfürstentümern, vom Dreißigjährigen Kriege begünstigt, sein selbstherrliches Sonderregiment eingeführt hatte, wurde rücksichtslos zum Gehorsam gebracht. Der Große Kurfürst erzog ein Beamtentum, das ihm als obersten Herrn in Treue ergeben, keine sonderbündlerischen Interessen einzelner Gebiete kannte, sondern nur dem Staatsganzen diente. So wie der Fürst selbstlos seine Pflicht seinem Staat gegenüber erfüllte, so taten die kurfürstlichen Beamten, sich stets am Vorbild ihres Fürsten aufrichtend, unermüdlich ihre Pflicht für ihr Land, ihren Staat. Die zersplitterten Landfetzen in Ost und West und in der Mitte, zwar geographisch getrennt, wurden geistig, sittlich, politisch, administrativ zu einem einzigen, unteilbaren Ganzen zusammengeschmiedet. **Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, wurde durch die von Frankreich eingeführte, aber vom deutschen Geist durchdrungene Staatsform des Absolutismus zum Begründer des dritten Reiches**, und es hing alles davon ab, daß er ebenbürtige Nachfolger hatte, die sein Werk ausbauten. Wie aber unterschied sich dieser brandenburgische, protestantische Absolutismus aus Pflicht von dem kursächsischen, der auch von Frankreich importiert war, aber einzig und allein die genießerische Seite kultivierte! Wie anders aber war er auch als der süddeutsche Absolutismus in Österreich und Bayern, der sich auf den orthodoxen, katholisch-jesuitischen Klerus stützte und hartnäckig jede freie geistige Regung unterdrückte, die Völker in bevorzunder Unfreiheit fesselnd!

*Friedrich I. und  
Friedrich Wilhelm I.*

**Friedrich Wilhelms Nachfolger Friedrich erhob das außerhalb des Reiches stehende Herzogtum Preußen zum Königreich. Der zweite Schritt auf dem Wege zum neuen Reiche war getan.** Seine Regimenter fochten im Pfälzischen und Spanischen Erbfolgekrieg gegen die Franzosen und unter **Prinz Eugen** gegen die Türken. Seine kluge Zurückhaltung im Nordischen Kriege, 1700 bis 1721, brachte seinem Staate im Stockholmer Frieden 1720 den Erwerb eines Streifens des bisher schwedischen Vorpommerns. Sachsen dagegen, das mit Polen durch Personalunion verbunden war, wurde durch seine Teilnahme am Kriege durch den Schwedenkönig Karl XII. erheblich drangsaliert.

In dem matten, kriegsmüden Menschenalter von 1715 bis 1740 speicherte Preußen unter der Herrschaft **Friedrich Wilhelms I.** kostbare, schier unerschöpfliche Kräfte auf. Dieser etwas brutale König saß still zu Hause, dressierte Beamte, drillte Soldaten, legte Taler um Taler im Staatsschatz zurück und erzog seine Kinder in Sparsamkeit und Gottesfurcht. Seine Vettern und Nachbarn dagegen versäumten über ihren ausländischen Herrscherpflichten ihre deutsche Heimat: die sächsischen Wettiner herrschten in Polen (1697 bis 1763), die hannoverschen Welfen in England (1714 bis 1837), und die Habsburger hatten vollauf in Ungarn zu tun. **Der Soldatenkönig tat den dritten Schritt zum neuen Reiche, indem er den Kampf Preußens mit Österreich um die Macht und die Großmachtstellung Preußens vorbereitete.**

*Friedrich der Große*

Die zweite Periode dieses Abschnittes deutscher Geschichte wird eingeleitet durch den Regierungsantritt **Friedrichs des Großen**, 1740. Dieser Monarch, aufgewachsen in der harten Schule seines Vaters, des Soldatenkönigs, **tat den vierten Schritt zum neuen Reiche**, indem er in drei schweren Kriegen seinem Staate den Platz als fünfte Großmacht Europas neben Österreich, Frankreich, England und Rußland erkämpfte. Er liebte das Leben um seiner geistigen Genüsse willen, wie ein Kind seiner Zeit, und verachtete es um der Pflicht willen, wie ein Stoiker der Antike. In seiner Kultur ganz und gar Franzose, war er seinem Wesen nach einer der

edelsten Deutschen. Er spottete über Gott und seine Diener, weil es zum guten Ton der französischen Schöngestei gehörte, er beugte sich demütig vor Gott, weil es die Stimme seines deutschen Gewissens verlangte. Im Jahre 1740 eröffnete er gegen **Maria Theresia**, die gemäß der Pragmatischen Sanktion ihrem Vater Karl VI. auf dem Kaiserthron gefolgt war, den Krieg und fügte nach zweimaligem Waffengange 1740 bis 1742 und 1744 bis 1745 seiner Monarchie die wohlhabende und zukunftsreiche Provinz Schlesien zu. Nebenher ging der österreichische Erbfolgekrieg, 1740 bis 1748, der Frankreich, Sachsen und Bayern, alle Gegner Habsburgs, an Friedrichs Seite führte für die Kaiserkandidatur Karls VII. Albrecht von Bayern. Im Frieden von Dresden verlor Maria Theresia 1745 an Preußen Schlesien und im Frieden von Aachen 1748 opferte die Kaiserin Parma, Piacenza und Guastalla um den Preis der Zurückziehung von Karls VII. Kandidatur.

Der Siebenjährige Krieg, in dem Friedrich das "*praevenire*" spielte, 1756 bis 1763, wuchs sich zu einem allgemeinen europäischen Kriege aus. An der Seite Englands behauptete sich Preußen siegreich gegen die Koalition des Grafen Kaunitz, Österreich, Frankreich und Rußland, in welcher die von Friedrich verspotteten Frauen, die Kaiserin, die Pompadour und die Elisabeth Politik machten. Die Mühen und Sorgen des Königs wurden belohnt: **sein Staat wurde nicht zertrümmert, wie man hoffte und glaubte, er behauptete Schlesien und errang seiner Monarchie die Großmachtstellung.** 1772 vereinigten sich Österreich und Preußen zur ersten Teilung Polens, wodurch Preußen Ermeland, Westpreußen und den Netzedistrikt, 36 000 Quadratkilometer, und Österreich Galizien bekam. Als fünf Jahre später Maximilian Joseph von Bayern kinderlos gestorben war, erhob **Joseph II.**, Sohn der Maria Theresia und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Anspruch auf das Land der Wittelsbacher. Friedrich jedoch war stark genug, als Schirmherr anderer deutscher Fürsten gegen Habsburg aufzutreten; erfolgreich verteidigte er im unblutigen Bayrischen Erbfolgekriege (Kartoffelkrieg) 1778 die Rechte Karl Theodors von Pfalz-Sulzbach auf Bayern. Als der Kaiser 1784 nochmals versuchte, Bayern durch Tausch gegen Belgien zu erwerben, verhinderte dies der preußische König durch **Gründung des Fürstenbundes**, welchem Sachsen, Hannover, Anhalt, Mecklenburg, Mainz u. a. Staaten beitraten. **Es war der erste Versuch dauernder Einigung deutscher Fürsten unter Preußens Führung.** Die tatkräftige Verteidigung deutscher Fürsteninteressen gegen habsburgische Habgier erweckte im übrigen "Reiche" viele Sympathien für Friedrich. 1786 starb der König, nach einem langen Leben, das mit Arbeit, Mühen, Sorgen und großen Erfolgen gesegnet war. Es war den Deutschen im Norden ein neuer Polarstern aufgegangen, zu dem sie gläubig und hoffend ihre Augen erhoben.

Preußen war im allgemeinen ein nüchterner Staat, und wenig Poesie vermochte auf seiner spröden Flur zu blühen. Den harten und strengen Glauben an die Pflicht verkündete im fernen Königsberg **Immanuel Kant**, und sein Ethos war der ins praktische Leben übertragene Protestantismus. Friedrich tat wenig für die deutsche Kultur, er stand ihr zu fern. Dem imposanten, schweren deutschen Barock in der Kunst der Bildhauer und Dichter war das zierliche französische Rokoko gefolgt, und der Lebensgenuß war das höchste Evangelium des Volkes. Aber durch seine Persönlichkeit beeinflusste der König die geistigen Strömungen des Volkes, und im fernen Norden, wo die Wiege des **Ernst Moritz Arndt** stand, auf dem schwedischen Rügen, und im lebensfreudigen Frankfurt im Rheingebiet, wo der behäbige Rat Goethe **seinen Sohn** erzog, bewunderte man den Helden von Berlin. Es begann sich im deutschen Bürgertum ein nationales Bewußtsein zu entwickeln, das seine Blicke mehr und mehr konzentrisch nach der preußischen Hauptstadt richtete. **Hoffnungen, welche Habsburg enttäuscht hatte, begann Hohenzollern aufs neue zu wecken.**

Kaiser Joseph II. war 1790 gestorben, und ein Jahr vorher begann **in Frankreich die Revolution, welche nun fünfund-zwanzig Jahre lang maßgebenden Einfluß auf Deutschland hatte.** Österreich und Preußen waren gezwungen, zu gemeinsamer Abwehr französischer Angriffe zusammenzustehen, und die nationale Bewegung kam vorläufig ins Stocken. Drei Koalitionskriege, 1793 bis 1797, 1798 bis 1801 und 1805, brachten dem Reiche schwere Verluste. Im **Frieden von Basel, 1795**, und **Campo Formio** ging das ganze linke Rheinufer verloren, und die Friedensschlüsse von **Lunéville, 1801**, und **Preßburg, 1805**, bestätigten diese Verluste. Österreich aber verlor Italien. Für ihre Verluste hielten sich

**Die Französische  
Revolution  
und Napoleon**

die beiden Großmächte Preußen und Österreich gemeinsam mit Rußland schadlos durch die **zweite und dritte Teilung Polens 1793 und 1795**, ein Verfahren der Selbstbereicherung, das die deutschen Groß- und Mittelstaaten 1803 durch den **Reichsdeputationshauptschluß** auf das gesamte Reichsgebiet anwendeten und zahllose kleine Fürsten, Grafen, Herren und Reichsstädte zugunsten der größeren Territorien mediatisierten, der Reichsunmittelbarkeit beraubten, d. h. einfach verschluckten. Der **Zusammenbruch Österreichs, 1805, hatte die formelle Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806 zur Folge**, dieses Reiches, das seit den Tagen **Ottos des Großen** dem deutschen Volke seine unglückliche Form aufgezwungen hatte.

Nach den unglücklichen Schlachten von Jena und Auerstedt war auch **Preußen für den Untergang reif**. Im Frieden von Tilsit mußte es sein ganzes, westlich der Elbe gelegenes Gebiet an Napoleon abtreten, der es als Königreich Westfalen seinem Bruder Jérôme übergab (Residenz Kassel). Der französische Kaiser stellte **neben die beiden Großmächte Österreich und Preußen den Rheinbund, das dritte Deutschland, "la troisième Allemagne"**, in welchem die deutschen Mittel- und Kleinstaaten vereinigt waren. Es gehörten ihm an vor allem das Königreich Westfalen und die zu Königreichen beförderten Staaten Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden, welches ein Großherzogtum geworden war. Und dieser Rheinbund war mit Frankreich aufs engste verbündet. Es schien, als sollten scharf und tief die alten Trennungslinien zwischen den drei geographischen und historischen Mittelpunkten deutscher Geschichte aufs neue gezogen werden.

Niemand hätte es für möglich gehalten, daß Preußen sich von seiner Katastrophe erholen könnte, am allerwenigsten die Franzosen. **Und dennoch kam es zur Erhebung**. Anderthalb Jahrhunderte großer Geschichte hatten genügt, um im Staate der Hohenzollern eine derart starke sittliche Willenskraft groß werden zu lassen, daß sie nicht nur den magnetischen Anziehungspunkt für die edlen Geister ganz Deutschlands bildete, sondern es diesen auch sehr erleichterte, ihren Willen dem Volke, der breiten Masse aufzudrücken. Aus der Fülle der großen Ereignisse aus jener Zeit seien nur einige genannt: die Errichtung des humanistischen Gymnasiums, die Begründung der Universität Berlin, die Bauernbefreiung, die Selbstverwaltung der Städte, die Gewerbefreiheit, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Jedes Einzelwesen wurde befreit, alle sittlichen Kräfte des Volkes wurden gelöst und auf ein großes, edles Ziel gerichtet: die Befreiung. Als dann Napoleon 1812 in Rußland von seinem Schicksal ereilt wurde, trug Preußens emsige reorganisatorische Tätigkeit ihre Früchte. Mit Österreich und Rußland zusammen - England schloß sich später auch an - führte der preußische Staat die **siegreichen Befreiungskriege**, welche Napoleons Sturz brachten und durch den **Wiener Kongreß 1815** beendet wurden. Preußen verlor zwar große Teile der Gebiete aus der zweiten und dritten polnischen Teilung, erhielt aber Zuwachs am Rhein und in der nördlichen Hälfte Sachsens. Sein Gebiet war auf etwa 280 000 Quadratkilometer angewachsen, wurde aber durch den welfischen und wettinischen Besitz zwischen Weser, Elbe und Saale geteilt.

**Befreiungskriege**

**Indem Preußen gegen Napoleon seine Stärke und seinen Lebenswillen bewiesen hatte, tat es einen weiteren Schritt zur Herbeiführung eines nationalen Deutschen Reiches**. Noch aber beanspruchte Österreich die Führung in Deutschland, und Preußen, das immer noch ein absolutistischer Staat war, hatte ohne den Beistand und erklärten Willen seines Volkes nicht die Kraft, Österreich die Führung streitig zu machen. Das Reich war nicht mehr, und es mußte irgendeine neue Form des politischen und nationalen Zusammenschlusses gefunden werden. **Durch die Bundesakte vom 8. Juni 1815 war der Deutsche Bund geschaffen worden**, der die gemeinsame Politik Preußens, Österreichs und der anderen deutschen Staaten bestimmen sollte. Die Existenz des Deutschen Bundes, **1815 bis 1866, beherrscht die dritte Periode in der Geschichte des neuen Reiches**.

Der **Deutsche Bund umfaßte ein Gebiet von 630 100 Quadratkilometern** und hatte im Osten die Grenze von 1466, die mit dem Odergebiet zusammenfällt. Die drei preußischen Provinzen Posen, West- und Ostpreußen gehörten ihm nicht an, und im Westen war Belgien, das mit den Niederlanden vereinigt worden war, ausgeschieden. Elsaß-Lothringen war französisch geblieben, aber Luxemburg schloß sich dem Bunde an. Schleswig war ausgenommen, und von den habsburgischen Ländern fehlten Galizien, Ungarn und Italien. Ein

**Der Deutsche Bund**

Kaiserreich, Österreich, fünf Königreiche, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, achtundzwanzig Monarchien und vier freie Reichsstädte gehörten zum Bunde.

Interessant war die **Kräfteverteilung**, die folgendermaßen aussah:

Österreich:	197 573	qkm Umfang mit	9 120 000	Einwohnern
Preußen:	185 496	" " "	7 617 000	"
Rest:	247 031	" " "	12 431 500	"
Zusammen:	630 100	qkm Umfang mit	29 168 500	Einwohnern

**Das Volk jedoch war mit dieser Regelung der deutschen Frage nicht einverstanden** und wollte selbst tatkräftig an einer befriedigenden Lösung mitarbeiten.

**Reaktion und Revolution**

Es entspann sich nun der **Kampf zwischen Reaktion und Revolution**, der schließlich um 1850 mit der Begründung konstitutioneller Monarchien endete. Die Fürsten wollten an ihrem Absolutismus festhalten, während das gebildete Volk Verfassungen und nationale Einheit forderte. Als ein Hort der Reaktion bildete sich das **Österreich der Habsburger** heraus, und so vollendete sich der Gang seines Schicksals. **Wie das Haus Habsburg sich dreihundert Jahre zuvor der geistlichen Freiheit, der Reformation widersetzte und deswegen 1648 seiner Macht im Reiche entkleidet wurde, so war es im neunzehnten Jahrhundert ein Gegner der politischen Freiheit und mußte deshalb an jeder Teilnahme bei Wiederaufrichtung des neuen Reiches 1866 verzichten.** 1648 und 1866 waren die beiden Etappen der Befreiung Deutschlands vom Hause Habsburg, es waren aber gleichzeitig die beiden Etappen der Vollendung Preußens - und aus beiden, dem absteigenden südlichen und dem aufsteigenden nördlichen Entwicklungsgänge, **bildete sich das nationale Deutsche Reich 1871.**

Als Träger des Verfassungsgedankens und der Reichsidee kam vor allem die **akademische Jugend** in Frage, die an den Befreiungskriegen teilgenommen hatte. Das fortschrittliche **Großherzogtum Sachsen-Weimar** verkündete bereits 1816 eine Verfassung. Hier fand auch 1817 auf der Wartburg bei Eisenach das Burschenfest statt, und im folgenden Jahre entstand an der ebenfalls weimarischen Universität Jena die "Allgemeine Deutsche Burschenschaft". Da kam die tragische Komplikation: 1819 wurde Kotzebue, ein Knecht der Reaktion, durch den Studenten Sand ermordet. Jetzt faßten unter Österreichs Führung die Regierungen die Karlsbader Beschlüsse. Durch die harten Maßnahmen der Obrigkeit erreichte die "revolutionäre" Bewegung zunächst ihr Ende, bis, angestachelt durch die französische Julirevolution 1830, neue Ausbrüche erfolgten: 1832 Hambacher Fest, 1833 Frankfurter Putsch. Zwar machte sich nun die 1833 dem Deutschen Bunde angegliederte Bundeszentalkommission durch ihre "Demagogenverfolgungen" äußerst unbeliebt, aber immerhin erhielten die Königreiche Sachsen und Hannover ("Staatsgrundgesetze") eine Verfassung. Als 1837 Ernst August den hannoverischen Thron bestieg, versuchte er, die Verfassung zu beseitigen. Sieben mutige Professoren der Universität Göttingen, unter ihnen Dahlmann und **Grimm**, standen treu zur Verfassung und protestierten. In Preußen wurde 1847 aus den einzelnen Provinzialständetagen der erste Vereinigte Landtag gebildet.

**Die französische Revolution 1848**

**Da brach im Februar 1848 die Revolution in Paris aus.** Mächtig war der Widerhall, den sie in Deutschland auslöste, besonders da die jetzt hervortretende, vom französischen und russischen Nihilismus (Bakunin) geschaffene und tief ins Kleinbürgertum und Proletariat hineingreifende radikal-revolutionäre Strömung hauptsächlich in Berlin und Wien bis zu Barrikadenkämpfen schritt. In Baden und Württemberg wurden liberale Ministerien gebildet. Die gemäßigte, akademisch begründete nationalpolitische Strömung hatte die Oberhand. Sie berief das **Frankfurter Parlament**, das vorzugsweise aus Gelehrten (z. B. **Arndt, Uhland, Grimm, Dahlmann** u. a.) bestand, während Landwirtschaft und Gewerbe nur schwach vertreten waren. Wenn dieses, von den Regierungen boykottierte Parlament nichts leistete, soll man es nicht schmähen. Es hat dennoch seine historische Bedeutung und seinen Anteil an der Reichsgründung, denn es verkündete kühn die Forderung, **daß man ein Deutsches Reich unter Ausschluß Öster-**

**reichs gründen müsse, wenn das Haus Habsburg sich weiterhin weigere, den Wünschen des Volkes entgegenzukommen.** Diese unter Heinrich von Gagerns Führung bald vorherrschende sogenannte "kleindeutsche" Richtung mußte mit zwingender Notwendigkeit ihre deutschen Hoffnungen an Preußen knüpfen, und so wurde dem Hohenzollern **Friedrich Wilhelm IV.** die deutsche Kaiserkrone 1849 angeboten. Doch der König, der am 5. Dezember in seinem Staate die oktroyierte Verfassung verkünden ließ, lehnte ab, und am 18. Juni 1849 ging das Parlament auseinander.

Friedrich Wilhelm IV., beeinflußt von den Frankfurter Ideen, wollte auf eigene Faust die verfassungsmäßige Einigung Deutschlands herbeiführen und gründete zu diesem Zwecke 1849 mit Sachsen und Hannover das "**Dreikönigsbündnis**", die Union. Trotzdem Sachsen und Hannover aus Eifersucht gegen Preußen bald wieder ausschieden, berief Preußen 1850 ein Unionsparlament nach Erfurt, das jedoch bald auf unbestimmte Zeit vertagt wurde und nicht wieder zusammentrat. Österreich zwang nun Preußen in der Olmützer Punktation, sämtlichen Unionsplänen zu entsagen. Der Deutsche Bund wurde wieder zum Leben erweckt, und die revolutionäre Ära hatte ihr Ende erreicht.

Inzwischen hatte der Deutsche Bund den mißglückten Versuch unternommen, **Schleswig zu gewinnen.** Christian VIII. von Dänemark hatte in seinem "offenen Brief" verlangt, daß Schleswig, entgegen der Zusage Christians I. 1460, daß die beiden Elbherzogtümer Schleswig und Holstein auf ewig ungeteilt bleiben sollten, insofern mit Dänemark vereinigt werden sollte, als auch hier die weibliche Erbfolge in der Regierung, wie in Dänemark, gültig sein sollte. Dieses Dekret bedeutete aber ein Auseinanderreißen beider Herzogtümer, und der Deutsche Bund warf sich zu deren Beschützer 1848 auf. Aber infolge innerer Zwietracht wurde der Krieg verloren. 1850 mußte Preußen zugleich im Namen des Deutschen Bundes zu Berlin Frieden schließen mit Dänemark, worin die Elbherzogtümer den Dänen ausgeliefert wurden. Das Londoner Protokoll von 1852 verschaffte diesem Frieden die Garantie der Großmächte.

Die Entwicklung der deutschen Dinge befriedigte niemand, und **Friedrich Rückerts** Sehnsucht nach der Wiederkehr Kaiser Friedrich Barbarossas aus dem Kyffhäuser, um das Deutsche Reich aufzurichten, blieb unerfüllt, denn noch flogen die alten Raben deutscher Zwietracht um den ehrwürdigen Berg. Doch **auf einem Gebiete wenigstens bahnte sich die Einigung Deutschlands an: auf wirtschaftlichem.** 1818 hatte Preußen ein Zollgesetz erlassen. Zehn Jahre später schlossen Bayern und Württemberg einen Zollbund, Preußen und Hessen taten dasselbe, während sich unter Sachsens Führung Hannover, Braunschweig, Bremen und Frankfurt zum Mitteldeutschen Handelsverein verbanden. Am 1. Januar 1834 schließlich trat der Preußisch-Süddeutsche Zollverein unter Ausschluß Österreichs in Kraft, dem sich in den nächsten Jahren die mitteldeutschen Staaten anschlossen.

**Otto von Bismarck, der märkische Landjunker, trieb eine weise Politik.** Von ihm strahlte eine Energie aus, die bereits in den fünfziger Jahren Preußen vorbereitete, die politische Führung Deutschlands zu übernehmen. Die in Olmütz geschaffene Grundlage nahm er als gegeben hin, denn eine vielleicht mit Waffengewalt versuchte Änderung mußte von vornherein in ihrem Erfolg mindestens als zweifelhaft angesehen werden. Deswegen war es das Richtige, wenn man sich Österreich erst einmal auf dem Schlachtfelde schwächen ließ. Das Reich der Habsburger wurde in den Krimkrieg, 1853 bis 1856, und in den italienischen Krieg, 1859, verwickelt. Preußen blieb neutral und **wehrte Napoleons III. Wünsche ab**, der sich schon lange auf die Rolle des lachenden Dritten freute und sich für seine gehabten Mühewaltungen durch "Kompensationen" auf linksrheinisch-deutschem Gebiete zu entschädigen gedachte. Auch durchkreuzte Bismarck den Plan des argwöhnisch gewordenen Österreichs, auf dem Fürstentag zu Frankfurt 1863 eine Reform des Deutschen Bundes durchzuführen und 1864 einen österreichisch-deutschen Zollverein zu begründen.

Trotz schwerer Konflikte zwischen Bismarck und den Liberalen wurden den **Dänen im siegreichen Kriege von 1864 die beiden umstrittenen Elbherzogtümer abgenommen.** Als der preußische Ministerpräsident zwei Jahre später, in seinem eigenen Lande grimmig gehaßt und angefeindet, zum **siegreichen Entscheidungskampfe gegen Österreich** auszog, gewann er die öffentliche Meinung

Deutschlands durch ein höchst revolutionäres, den Tagen von 1848 entlehntes Mittel, er verhiess die Einberufung eines auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählten Nationalparlamentes. Süddeutschland, Sachsen und Hannover fochten für Österreich. **Der maßvolle Friede von Prag brachte Österreich keine territorialen Verluste, sondern nur die Bedingung, aus dem Deutschen Bunde auszuscheiden.** Preußen selbst rundete sich ab, indem es Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main annektierte. Sein Gebiet hatte jetzt einen Umfang von 350 000 Quadratkilometern. - Das Ereignis von 1866 war ein Gottesurteil. Das Haus Habsburg, das vierhundert Jahre das Reich in Zwietracht und Unfrieden regiert hatte, das Geschlecht auf Geschlecht die nationalen Hoffnungen des Volkes enttäuscht hatte, war als unfähig und unwürdig ausgeschlossen worden, bei der Neugestaltung des Reiches mitzuwirken. Das Ergebnis war für die Deutschen, die von dieser Dynastie beherrscht wurden, ein hartes Schicksal, waren sie doch nun politisch getrennt von ihren Brüdern im alten Reichsgebiet. Bismarck suchte zwar später durch seine Bündnispolitik die Kluft zu überbrücken; aber der Fluch von Millionen vergangener Geschlechter, der auf dem Hause Habsburg lastete, traf vierzig Jahre später in voller Schwere auch das Deutsche Reich.

**Das neue  
Kaiserreich**

Die Eifersucht Österreichs gegen Preußen, die solange hemmend auf die Erfüllung des Reichswillens eingewirkt hatte, war beseitigt, und Bismarck konnte ungesäumt die Arbeit der Reichsgründung beginnen. **So wird die vierte Periode, 1867 bis 1918, erfüllt von dem neuen Deutschen Reiche auf der Höhe seiner Macht unter dem Kaiserzepter der preussischen Hohenzollern.** Zunächst gründete Bismarck den Norddeutschen Bund, dessen 1867 zusammengetretener Reichstag nach dem versprochenen Wahlrecht gewählt worden war. Die Einigung mit Süddeutschland erfolgte zunächst auf wirtschaftlicher Basis durch Schaffung eines Zollparlamentes, 1868, und durch Abschluß geheimer Militärbündnisse, bis der infolge der Neubesetzung des spanischen Thrones durch Frankreichs Herausforderung ausgebrochene Deutsch-Französische Krieg 1870 die günstige Gelegenheit zur Proklamation des Deutschen Kaiserreiches am 18. Januar 1871 in Versailles brachte. **Der König von Preußen vereinigte von nun an als Deutscher Kaiser Nord- und Süddeutschland. Preußen aber blieb die Stütze, der Eckstein des Reiches.** Das Reich umfaßte 540 000 Quadratkilometer, da Elsaß-Lothringen den Franzosen wieder abgenommen worden war, und fast zwei Drittel dieser Fläche gehörten zu Preußen.

Wenn auch die Einigung Deutschlands vom Volke mit großer Genugtuung aufgenommen wurde, so wurde doch von vielen **das betonte Gottesgnadentum des Kaisers als ein dem deutschen und protestantischen Geiste Fremdes empfunden.** Wohl hatte die Gnade Gottes den jahrhundertlangen Traum der Deutschen erfüllt, aber nach der Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts war es nicht angebracht, dem Gottesgnadentum jenen barocken Sinn des absolutistischen Friedrich unterzulegen, als er sich am 18. Januar 1701 in Königsberg zum König von Preußen krönte. Auch die Zeiten Friedrich Wilhelms IV. waren unwiederbringlich dahin. Wohl hing im Dichten und Trachten des Volkes ein romantischer Schimmer über der Sehnsucht nach der Kaiserherrlichkeit der Hohenstaufen, aber mit dem Augenblicke seiner Verwirklichung trat der Kaisergedanke in die rauhe Wirklichkeit eines nüchternen Zeitalters, das sich eher für ein Berufskaisertum als für ein Gottesgnadenkaisertum erwärmen konnte. Nach alledem, was ich oben über das Wesen des deutschen Königtums in der ersten Epoche deutscher Reichsgeschichte gesagt habe, entsprach die von Bismarck bereits in dem Ausdruck "Deutscher Kaiser" ausgeprägte nüchterne Auffassung am ehesten dem im innersten Kern republikanischen Wesen der Deutschen. Die Tatsache, daß es dem dritten Kaiser nicht gelang, gewisse romanische und romantische Schlacken aus der Zeit des Absolutismus von der Vermischung mit der Kaiserwürde fernzuhalten, war immerhin ein gewichtiger Grund, daß ein großer Teil unseres Volkes, nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch das liberale Bürgertum, bei dem Gedanken an das "Kaisertum von Gottes Gnaden" fröstelte, ja offen oder geheim darüber spottete. -

**Innere Erschütterungen, von Preußen herkommend, blieben dem jungen Reiche nicht erspart.** Der Kampf mit der katholischen Kirche, der **Kulturkampf**, zog sich in seinen verschiedenen Etappen anderthalb Jahrzehnte hin: 1872 bis 1887, und verstimmte den katholischen Teil der Bevölkerung gegen den protestantischen

**Innere Kämpfe  
im neuen Reich**

König von Preußen, der zugleich Deutscher Kaiser war. Aus ihm entsprang das Gesetz über die Aufhebung des Jesuitenordens 1872 und das Zivilengesetz vom Oktober 1874. Ein zweiter innerer Gegner erwuchs der Monarchie in der **sozialistischen Bewegung**, welche, den nationalen Einschlag Lassalles beiseite-schiebend, ganz in das radikale Fahrwasser des Marx und Engels und ihrer Epigonen, Bebel und Liebknecht, geriet. Nach zwei Attentaten auf **Kaiser Wilhelm I.** am 11. Mai und 2. Juni 1878 wurde das Sozialistengesetz geschaffen, das 1880, 1884 und 1888 verlängert wurde. Ein großer Streik im Ruhrgebiet 1889 wurde gegen Bismarcks Willen von der Regierung durch weiteres Entgegenkommen beigelegt. Aber neben dieser Abwehr feindlicher Einflüsse leistete das Reich unter Bismarcks Leitung **eine gewaltige Aufbaugesetzgebung**, von der außer den Justizgesetzen 1876 und dem Reichsmilitärsgesetz 1880 besonders die den Arbeiterschutz betreffenden Gesetze zu nennen sind: 1883 Gesetz über die soziale Krankenversicherung, 1884 über Unfallversicherung, 1889 über Alters- und Invalidenversicherung. Für die "Reichslande" Elsaß-Lothringen wurde 1872 die deutsche Universität Straßburg eröffnet. Die innere Kolonisation in den ehemals polnischen Provinzen Posen und Westpreußen wurde durch das Ansiedlungsgesetz von 1886 außerordentlich belebt. Seit 1882 erwarb das Reich auch **überseeische Kolonien**. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hatte sich gegründet. 1884 wurden **Südwestafrika, Kamerun und Neuguinea** unter Reichsschutz gestellt, 1885 **Ostafrika**. Aber die Welt war bereits vergeben und verteilt, und so kam es, daß Deutschlands Kolonialreich weit hinter demjenigen Englands und Frankreichs zurückblieb.

#### **Friedenspolitik**

In der Erkenntnis der inneren Spannungen, Schwächen und Feindschaften war **Bismarcks Außenpolitik ganz ausschließlich auf die Erhaltung des Friedens gerichtet**. Eine 1875 auftauchende Kriegsgefahr im revanchelüsteren Frankreich wurde glücklich überwunden. Im Berliner Kongreß, drei Jahre später, fiel Deutschland die Rolle des Schiedsrichters in Osteuropa zu, wodurch sich Rußland verstimmt zeigte. 1879 wurde das Österreichisch-Deutsche Bündnis geschlossen, das 1882 durch Italiens Zutritt zum Dreibund erweitert wurde. Nachdem bereits 1881 ein Vertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland zustande gekommen war, wurde 1887 der Rückversicherungsvertrag mit Rußland abgeschlossen. Allerdings gelang es Bismarck nicht, einen ähnlichen Vertrag mit England zu erreichen. Durch ein kluges Bündnissystem mit Rußland, Österreich und Italien suchte der Kanzler dem jungen Reiche nicht nur Schutz vor Frankreichs Angriffslust zu verschaffen, sondern ihm auch die Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu ersparen. Am 20. März 1890 wurde Bismarck entlassen.

Die neue **Phase der deutschen Geschichte** wurde innenpolitisch durch das große Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1890 eingeleitet. Ein zweites bedeutendes Ereignis war die Einführung des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches im Juli 1896. Kaiser Wilhelm II., der 1888 die Regierung übernommen hatte - sein Vater Friedrich hatte nur drei Monate nach dem Tode Kaiser Wilhelm I. am 9. März 1888 regiert -, wandte seine Sorgfalt besonders der **Kriegsflotte** zu. Ihr Ausbau begann 1897, als **Tirpitz** zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes berufen und nachdem 1895 der Nordostseekanal eröffnet worden war. Da die Sozialdemokratie im Reichstag unter Bebels und Liebknechts Führung stark angewachsen war, hatte die Regierung bei Gesetzesvorlagen über Heer und Flotte mit starken Widerständen der oppositionellen Parteien: Sozialdemokratie, Freisinn und Zentrum zu kämpfen.

#### **Der Friedenswille des deutschen Kaisers**

**Die äußere Politik war nach wie vor auf die Erhaltung des Friedens gerichtet**, wenn auch mit untauglichen Mitteln. Kaiser Wilhelm II. mag viele Fehler begangen haben, in einem Punkte steht er rein vor der Geschichte da: **er war unschuldig am Weltkrieg und seinem Ausbruch**. Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages trieb Rußland seit 1891 in die Arme Frankreichs. Durch das Krüger-Telegramm des Kaisers an den aufständischen Burenführer wurde England erbittert. Dies fühlte sich noch besonders durch die deutschen Flottenverstärkungen bedroht, so daß am 11. September 1897 die *Saturday Review* geradezu schreiben konnte: *Germaniam esse delendam*. Trotzdem lehnte Deutschland 1900 den russischen Vorschlag ab, dem englischen Vorgehen in Südafrika gemeinsam entgegenzutreten. Nachdem das Reich 1897 **Kiautschou** besetzt hatte, beteiligte es sich 1900 mit den anderen Mächten an

der Niederwerfung des Boxeraufstandes in China. 1904 bis 1906 wurde ein Herero-Aufstand in Deutsch-Südwestafrika unterdrückt.

**Friedenswille  
trotz Zickzack-Kurs**

Den Zickzackkurs der deutschen Politik nahm das Ausland zum Vorwand, um sich gegen Deutschland und seinen Verbündeten, Österreich-Ungarn, zusammenzuschließen. **Aber die Gründe lagen viel tiefer:** Frankreichs Haß, Rußlands Panlawismus und Englands Angst führten diese drei so verschiedenartigen und von so viel Gegensätzen gegeneinander beherrschten Großmächte im Vernichtungswillen gegen das junge und starke Deutsche Reich zusammen. Das Jahr 1904 brachte die englisch-französische Verständigung über Ägypten und Marokko und den Abschluß eines Bündnisses beider Mächte, der Entente Cordiale, welche der englische König Eduard VII. 1908 durch Hinzuziehung Rußlands zum Dreiverband erweiterte. Der "Panthersprung" nach Agadir am 1. Juli 1911 rief in Paris große Erregung hervor, die noch durch eine kriegsdrohende Rede Lloyd Georges in London am 21. Juli geschürt wurde. Im folgenden Jahre bildete sich unter Rußlands Protektorat der gegen die Türken und Österreich gerichtete Balkanbund, und trotzdem um die gleiche Zeit der Dreibund erneuert wurde, hatte sich bereits seit 1902 Italien Frankreich zugewendet. **So war im Jahre 1912 die Einkreisung und Isolierung der verbündeten Mächte Deutschland und Österreich tatsächlich beendet.**

**Der Weltkrieg**

Die **beiden Balkankriege 1912 und 1913** hatten vorläufig örtlichen Charakter und richteten sich gegen die Türkei. Jedoch in der Linie ihrer Fortsetzung lag die **Er mordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand in Serajewo am 28. Juni 1914**, wodurch am 1. August 1914 **der Weltkrieg gegen Deutschland und seine Verbündeten** entfesselt wurde. Trotz der **unvergleichlichen deutschen Heldentaten auf allen Kriegsschauplätzen** schien der im Jahre 1915 einsetzende Stellungskrieg den Kampf ins Unabsehbare zu verlängern. Alle Kräfte des **von den Feinden blockierten und dem Hunger preisgegebenen** Volkes wurden aufs äußerste angespannt. Da durch den russischen Krieg die Kräfte Polens freigeworden waren, sahen sich Deutschland und Österreich gezwungen, am 5. November 1916 das Königreich Polen zu errichten. Am 2. Dezember 1916 nahm der Deutsche Reichstag das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst an. Ein Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 wurde höhnisch von der Entente abgelehnt, man wollte Deutschland durch die Blockade aushungern und in den Zusammenbruch treiben.

Am 21. November 1916 war **Kaiser Franz Joseph von Österreich-Ungarn** gestorben. Sein Nachfolger **Kaiser Karl** war schwach und unreif und stand unter dem Einfluß seiner Gemahlin Zita von Bourbon und Parma und deren Mutter, der Herzogin von Parma. Das Haus Parma war ententefreundlich und verleitete den Kaiser zu Sonderfriedensbestrebungen, zu Abfall und Verrat an seinem deutschen Bundesgenossen. **So brachte die Jahreswende 1916-1917 zugleich den Wendepunkt des Weltkrieges zu Deutschlands Ungunsten.**

Im Januar 1917 wurde, viel zu spät, der uneingeschränkte **U-Boot-Krieg** angekündigt, wodurch sich die Vereinigten Staaten von Amerika zum Eintritt in den Krieg gegen Deutschland veranlaßt sahen. Frankreich, England und Rußland indessen vereinbarten die Aufteilung des linksrheinischen Deutschland. Die Kerenski-Revolution in Petersburg am 14. März brachte Deutschland keine Erleichterung, da die Menschewiki den Krieg nach wie vor fortsetzten. Das Starkwerden der inneren Kriegsgegner, der Demokratie, des Zentrums, der Sozialdemokratie, fand seinen Ausdruck in der am 19. Juli 1917 im Reichstag angenommenen Resolution eines Friedens der Verständigung und Versöhnung der Völker. Zwar brachte die bolschewistische Revolution Anfang November in Rußland der deutschen Westfront vorübergehende Erfolge, jedoch nach diesem kurzen Hoffnungs-schimmer ging es seit dem Juli 1918 rapide bergab. Die innere Front war schon längst zusammengebrochen, jetzt brach auch das letzte Bollwerk des Deutschen Reiches, die militärische Front, zusammen, nachdem Deutschlands Bundesgenossen bereits die Waffen niedergelegt hatten. Der Zusammenbruch des Heeres riß auch die Monarchie in seinen Strudel, und am 10. November floh der Kaiser nach Holland. Deutschland war Republik, und eine neue Periode seines mit Leiden und Qualen reichsegneten Daseins hub an: die **Geschichte unserer Zeit.**



## **1. Teil: Die Revolution, ihre Entstehung und Folgen 1916-1922**

### **1. Kapitel: Der Zusammenbruch des Kaiserreiches und die deutsche Revolution.**

Anfang August 1914 brach **der Weltkrieg** aus, die gewaltigste Katastrophe, die je über Europa dahingebraust ist. Einmütig erhob sich das deutsche Volk gegen den gewaffneten Angriff aus Ost und West. Auch die Sozialdemokratie, durchdrungen von der Größe des weltgeschichtlichen Augenblickes, legte ein rückhaltloses Bekenntnis zu Kaiser und Reich ab. Sie erkannte, daß in diesen Zeiten jedes Parteigekänk schweigen mußte und unterging in dem allgemeinen Sturm der Entrüstung und Begeisterung, daß es nur demjenigen schadete, der es heraufbeschwor. Noch nie seit vierzig Jahren stand die Monarchie fester in Deutschland, als im August 1914. Es schien, als habe in der deutschen Sozialdemokratie der Geist Lassalles gesiegt. Doch eine kleine Schar stand damals schon abseits: **Karl Liebknecht** und sein Gefolge, die intransigenten, **unentwegten Marxisten**.

**Kriegsausbruch  
und Karl Liebknecht**

Auch sie begrüßten den Ausbruch des Großen Krieges, aber in ihrer Weise. Nach der Lehre von Karl Marx ist jeder Krieg der beste Nährboden für die soziale Revolution. Durch die bis zur Erschöpfung gesteigerte Anspannung aller Kräfte, die den bisherigen Staat in seiner Existenz schützen wollen, erhalten diejenigen Kräfte, die über die Zertrümmerung des "Klassenstaates" zur sozialen Freiheit gelangen wollen, ein notwendiges Übergewicht. Je länger ein Krieg dauert, um so mehr wächst die Macht der Sozialrevolutionäre. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und ihre wenigen Anhänger waren die gelehrigen Schüler von Karl Marx. Auch sie gedachten nach dem Rezept zu verfahren, welches die Pariser Kommune im Deutsch-Französischen Kriege und die Petersburger Anarchisten im Russisch-Japanischen Kriege angewandt hatten, nämlich nach der militärischen Niederlage die Monarchie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu verkünden. Das war ein Ziel in weiter Ferne, und dennoch glaubte die kleine Schar der deutschen Revolutionäre schon jetzt an seine Erreichung.

**Liebknechts Kampf  
mit der Sozialdemokratie**

Am 3. August 1914 hielt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Sitzung ab, in der sie mit 78 gegen 14 Stimmen die Bewilligung der Kriegskredite beschloß. Im Reichstagsplenum jedoch fand nur Liebknecht den Mut, gegen die Kriegsanleihe zu stimmen. **In dem nun einsetzenden Kampfe Liebknechts gegen die Sozialdemokratie liegen die Wurzeln für den Zusammenbruch des Kaiserreiches.** Vergeblich versuchte Liebknecht im Rahmen der Sozialdemokratie bereits Ende August 1914 große Versammlungen unter der Parole "Gegen jede Annexion, für den Frieden" zu veranstalten. Er kam öffentlich nicht zu Worte. Er war darauf angewiesen, unterirdische Propaganda zu treiben. Er begann damit bei den Jugendlichen, die sich, besonders in Niederbarnim und Neukölln, zu oppositionellen Gruppen zusammenschlossen und ihre Ideen, auf der Schreibmaschine vervielfältigt, verbreiteten.

Als im November 1914 die zweite Kriegsanleihe über fünf Milliarden aufgelegt werden sollte, erklärte die deutsche Sozialdemokratie sich damit einverstanden, in der gleichen Weise wie beim erstenmal. In der Plenarsitzung des Reichstags vom 2. Dezember stimmte Liebknecht, der Unentwegte, wiederum als einziger Abgeordnete gegen die Anleihe. Er begründete seine Haltung folgendermaßen: Es handle sich nicht um einen deutschen Verteidigungskrieg, sondern um einen imperialistischen Krieg zum Schutze der Hochfinanz und des Militarismus, hervorgerufen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei. "Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen." Ende Dezember begann die Richtung Liebknecht auch mit der internationalen Sozialdemokratie in Verbindung zu treten. Auf Veranlassung der Independent-Labour-Party in London lieferten Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring ihre bekannten Weihnachtsbriefe dem Labour-Leader, die auch in Deutschland illegal verbreitet wurden.

Anfang Februar 1915 wurde Liebknecht militärisch eingezogen, und am 18. Februar wurde Rosa Luxemburg verhaftet. Der Vormarsch im Westen war zum Stillstand gekommen, der zermürbende Stellungskrieg hatte begonnen. Die erste Begeisterung in Deutschland war verraucht, sie war in

breiten Schichten des deutschen Volkes nüchterner, ja zaghafter Betrachtungsweise gewichen, die sich infolge der unaufhörlich aufs neue erscheinenden endlosen Verlustlisten täglich befestigte und verstärkte. Jetzt gewannen auch die Stimmen **bürgerlicher Pazifisten** an Bedeutung, unter denen die bekanntesten die Professoren Sieper, Quidde, Schücking, Förster und Nikolai waren. Unmerklich, aber sicher begann jetzt auch die auf den Plan tretende **bürgerliche Demokratie** das Kaiserreich zu erschüttern.

**Zwiespalt im deutschen Volk:  
bürgerliche Pazifisten und  
Ruf nach dem Siegfrieden**

Gegen die Bedenken des pazifistisch-demokratischen Bürgertums und die Hetzereien der Radikalsozialisten richteten am 10. März 1915 **sechs Verbände**, der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Zentralverband Deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Hansabund und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, an den Reichstag eine Eingabe, in der sie den einmütigen Willen Deutschlands zu einem **die Zukunft sichernden Siegfrieden** forderten. Eine ähnliche Adresse überreichte der Alldeutsche Verband am 5. Mai dem Reichskanzler, und die sechs Verbände schlossen sich dieser Kundgebung des Alldeutschen Verbands an den Reichskanzler am 20. Mai an. Auch die Sozialdemokratie bewilligte wieder am 20. März die Kriegskredite, während Liebknecht und Rühle sie ablehnten und die auf dreißig Abgeordnete angewachsene Opposition vor der Abstimmung den Reichstag verließ. Die Mehrheit unter Führung Eberts, Scheidemann und Davids erklärte offen ihren Willen zur Verteidigung des Vaterlandes und sprach den Wunsch nach einem Frieden ohne Annexionen aus. Sie wurde kräftig unterstützt durch die von Legien geführten Gewerkschaften. Die Minderheit dagegen, an deren Spitze Liebknecht, Ledebour, Bernstein und Haase standen, verweigerten jede Unterstützung des imperialistischen Krieges. Die Differenz schnitt bereits derart tief in das sozialdemokratische Parteileben ein, daß Haase den Vorsitz der Fraktion niederlegte und Ebert ihm folgte.

Die **Kriegserklärung Italiens** verschärfte die Gegensätze im bürgerlichen wie im sozialdemokratischen Lager. Die deutsche Regierung, welche vom **Reichskanzler Bethmann-Hollweg** geleitet wurde, war trotz der von ihr geübten Zensur schwach und hinfällig. Außerstande, den inneren Widerständen und Gegensätzen, wenn es sein mußte, mit Machtmitteln entgegenzutreten, war sie auch den außenpolitischen Vorgängen nicht gewachsen. Sie gab den Habsburgern zwar nicht nach, als diese das eroberte Kongreßpolen der Donaumonarchie unter der Herrschaft des Erzherzogs Karl Stefan angliedern wollten, versuchte aber, Polen, unter Voraussetzung seiner Selbständigkeit, beiden Mächten anzuschließen. Noch vertrat Bethmann-Hollweg am 19. August im Reichstag die Idee eines starken und siegreichen Friedens, noch bewilligte am folgenden Tage die Sozialdemokratie, abermals gegen die Stimmen Liebknechts, die dritte Kriegsanleihe, aber unter dem Drucke **der Blockade und des Hungers** und der grauenhaft anwachsenden Zahl der Blutopfer war es unvermeidlich, daß die **Friedenssehnsucht** stärker und anspruchsvoller hervortrat. Im August 1915 gründete sich in Berlin der "**Bund Neues Vaterland**", größtenteils aus pazifistischen Gelehrten bestehend, der sich für einen Kompromißfrieden einsetzte. Einen Monat später tagte die Internationale Konferenz der kriegsgegnerischen Sozialisten in Zimmerwald (Schweiz), um über die Revolutionierung der kriegführenden Staaten unter Ausnutzung der vorhandenen Kriegsmüdigkeit zu beraten.

Wenn auch Bethmann-Hollweg am 9. Dezember 1915 noch einmal den Standpunkt der Regierung darlegte und für einen Frieden eintrat, welcher Deutschland politische, militärische und wirtschaftliche Garantien brächte, mußte die Regierung erleben, daß am 20. Dezember bereits zwanzig sozialdemokratische Abgeordnete gegen die vierte Kriegsanleihe stimmten.

Es fehlte gewiß nicht an Publizisten, deren Namen einen guten Klang hatten und welche den **Zielen der Regierung für einen Siegfrieden** gute Dienste leisten konnten, wenn diese sich ihrer bedient hätte. Da waren die Professoren Harnack, Schäfer, Wilamowitz, Sombart, welche die Kraft der Nation gegen die Gewalttaten der Feinde zu sammeln versuchten. Professor Delbrück forderte ein großes Kolonialreich, und Naumann und Rohrbach propagierten die Idee des geschlossenen Mitteleuropas. Aber diese geistigen Bewegungen waren zu zersplittert, ihnen fehlte die großartige Direktive, die wuchtige Sammlung, um sie wirksam zu machen im Kampfe gegen die Kriegsgegner. Die Regierung, zaghaft und ängstlich, ohne Schwungkraft, ohne einen Schimmer jener imposanten

nationalen Gewissenlosigkeit wie die französische, nahm sich dieser Wortführer eines siegreichen Frieden nicht an und unterstützte insofern indirekt die Friedensprediger. Durch diese Haltung verursachte die Regierung ihrerseits die zwangsläufige Entwicklung der Dinge, die zum Zusammenbruch des Kaiserreichs führte. -

***Liebknachts Zerwürfnis  
mit der Sozialdemokratie***

**Liebknecht wurde am 12. Januar 1916 aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen**, weil er "fortgesetzt gegen die Beschlüsse der Fraktion handelt". Er begründete jetzt die revolutionären "Spartakusbriefe", die in Abständen von ein bis drei Wochen erschienen und, mit Schreibmaschine hergestellt, hektographisch vervielfältigt wurden. Infolge einer vorzüglichen Organisation wurden diese illegalen Schriften über das ganze Reich bis in die kleinen Provinzstädte hinein verteilt. Mit hemmungsloser Leidenschaft griff Liebknecht hierin die Sozialdemokratie an und brandmarkte sie als Verräterin des Proletariats und der Revolution, während er den rücksichtslosen internationalen Kampf gegen die Bourgeoisie als Ziel seines Strebens hinstellte. - Der 24. März 1916 brachte eine weitere Etappe auf dem Wege zur Revolution: **unter der Führung Haases traten achtzehn Abgeordnete, welche die Politik der Bewilligung der Kriegskredite nicht mehr mitmachen wollten, aus der Sozialdemokratischen Fraktion aus** und schlossen sich zur "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" zusammen.

Bethmann-Hollweg stellte zwar wieder am 5. April im Reichstage die Kriegsziele Deutschlands auf und verlangte Sicherheiten im Osten und Westen, aber seine trockene und philiströse Art war nicht dazu geeignet, Eindruck zu erwecken, ganz besonders nicht, da um jene Zeit der fürchterliche und aussichtslose Kampf um Verdun Hekatomben deutsche Männer verschlang. Um so eindrucksvoller und wirkungsvoller dagegen war die jetzt im großen Stile einsetzende Revolutionierung der Massen durch Liebknecht und seine Anhänger. Mit Handzetteln und Flugblättern wurde eine intensive Propaganda getrieben, und in Berlin wie in anderen deutschen Städten, Dresden, Pirna, Jena, Hanau u. a., **kam es**

***Erste Erhebung  
des Proletariats***

**am 1. Mai zu großen Demonstrationen gegen Krieg, Hunger und das Hinopfern der Soldaten an der Front.** Besonders zahlreich beteiligten sich Frauen und Jugendliche. In Berlin, wo 55 000 Munitionsarbeiter und -arbeiterinnen streikten, ereigneten sich auf dem Potsdamer Platz Zusammenstöße mit der Polizei. Karl Liebknecht, der Führer der Masse, brachte den Ruf aus "Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung!" Er wurde verhaftet und vom Kriegsgericht zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Dies war sozusagen der erste Blitz aus einer heraufziehenden Unwetterwolke. Die Erhebung des Proletariats zeigte der deutschen Monarchie ganz offen vor aller Welt die Gefahr, in der sie schwebte. Aber sie besaß weder die innere Kraft noch die materiellen Hilfsmittel, um den revolutionären Dämon zu bannen. Der Hunger war der beste Bundesgenosse derjenigen, die nun offen den Aufruhr verkündeten. In Leipzig, Berlin, Charlottenburg, Braunschweig, Magdeburg, Koblenz, Osnabrück und vielen anderen deutschen Städten gab es im Mai und Juni Hungerdemonstrationen, die von Ausschreitungen gegen die Lebensmittelläden begleitet waren und unter der Losung standen: "Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!" Zwar konnte die Regierung dieser im Anfangsstadium befindlichen revolutionären Bewegung durch den verschärften Belagerungszustand Herr werden, aber positive Erfolge hatte sie damit nicht zu verzeichnen.

Mit Hochdruck arbeiteten die revolutionären Organisationen in ganz Deutschland. In den Betrieben, auf den Straßen und in den Versammlungen bediente man sich der Propaganda von Mund zu Mund. Man nahm Fühlung mit den Ersatztruppen, die an die Front geschickt wurden; unter den Verwundeten, die in zahllosen Scharen aus den beiden großen Schlachten vor Verdun und an der Somme nach Deutschland kamen und in Lazaretten und Genesungsheimen Aufnahme fanden, wurde eifrig agitiert. Die Feinde versorgten das Heer an der Front mit revolutionären Flugblättern. Mit Flugzeugen, Grabenmörsern, Granaten wurden seit Mitte 1916 die in Deutschland verbotenen Broschüren und Schriften hinter die deutsche Front geschleudert und dort verteilt. Ende Juni brach **der erste große Munitionsarbeiterstreik in Berlin und Braunschweig** aus, der nur durch Lohnerhöhung beigelegt werden konnte. In Berlin befanden sich 55 000 Arbeiter im Ausstand.

Und was hatte in dieser Zeit die deutsche Regierung zu tun? Sie hatte sich mit Österreich **über die Gründung der erblichen und konstitutionellen Monarchie Polen** zu einigen (11./12. August). Während die Fackel des Aufruhrs entzündet wurde und das aufgeregte Revolutionsgeschrei durch die Straßen hallte, hatte die weltfremde Bürokratie der Regierungsmaschine nur Hirngespinnsten nachzujagen, die außerhalb der unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes lagen. Nicht eine Tat der Größe und der inneren Befriedung hat die kaiserliche Regierung jener Zeit aufzuweisen. Anstatt heilsame Ventile zu öffnen und das Volk durch Entgegenkommen zu gewinnen, die Agitatoren durch staatsmännisches Handeln zu entwaffnen, stützte man sich theoretisch auf den Burgfrieden, praktisch auf den Belagerungszustand, die Polizei und die Zensur. Alles, was getan wurde, um den nationalen Willen zum Sieg aufrechtzuerhalten, ging von privater Seite aus. Im Juli 1916 wurde ein "**Deutschnationaler Ausschuß für einen ehrenvollen Frieden**" gegründet, der die lahme und brüchige Politik Bethmann-Hollwegs hinsichtlich der Kriegszielfrage unterstützen sollte, und der "Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden", 1915 von Dietrich Schäfer ins Leben gerufen, trat Mitte Juli mit derselben Tendenz an die Öffentlichkeit. Aber gegenüber dem sich jetzt anbahnenden elementaren Kampfe der politischen Anschauungen zeichnete sich die Regierung durch Lethargie, durch Ohnmacht aus. Auf der ganzen Welt fand sich zu jener Zeit keine kläglichere Staatsmaschine als die kaiserlich deutsche unter den Händen eines Bethmann-Hollweg.

**Bethmann-Hollwegs  
lahme Politik**

Ende August (29. August) wurde **Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Chef des Generalstabes des Feldheeres und General Ludendorff zum Ersten**

**Berufung  
Hindenburgs**

**Generalquartiermeister** ernannt. Diese beiden Männer, besonders der letztere, brachten eine ungewöhnliche Energie mit, die alsbald die schwache Reichsregierung in ihren Bann zu ziehen und zu beherrschen begann. **Das Hindenburgprogramm** bewirkte auf allen Gebieten der Rüstungsindustrie verstärkte Leistungen, und am 2. Dezember nahm der Reichstag das **Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst** an, das jeden deutschen Mann vom 17.-60. Lebensjahr zum Hilfsdienst fürs Vaterland verpflichtete. Das Volk fühlte die feste Hand über sich, denn es herrschte gewissermaßen ein Zustand militärischer Diktatur. Gleichzeitig begann sich bei den maßgebenden Stellen die Einsicht durchzusetzen, daß das Ende und der Ausgang dieses Krieges nicht abzusehen sei und daß man etwas unternehmen müsse, um unnötige Opfer an Kraft und Menschenleben zu ersparen. Zum erstenmal machten die verbündeten Mittelmächte, veranlaßt durch die Oberste Heeresleitung, den Feinden ein **Friedensangebot** (12. Dezember), ein politisch kluger, militärisch, nach Abbruch der Offensive von Verdun nicht ganz so kluger Schritt. Immerhin gab die höhnische Ablehnung dieses Angebotes durch die feindlichen Regierungen dem deutschen Kaiserreich wieder ein moralisches Machtmittel gegenüber den pazifistischen und revolutionären Strömungen im eigenen Volke in die Hände.

Und in der Tat war seit der Befehlsübernahme durch Hindenburg und Ludendorff im deutschen Volke eine gewisse Beruhigung eingetreten. Der schwache Bethmann-Hollweg verschwand ganz im Hintergrunde, und der schlimme, lange Rübenwinter 1916/17 ging trotz Hunger und Kälte ohne merkbare Erschütterung an Deutschland vorüber.

Doch fieberhaft arbeiteten die **Spartakusleute**. In Hunderttausenden von Exemplaren verbreiteten sie in diesem Winter illegal die Broschüre "Imperialistischer Sozialismus oder proletarischer Klassenkampf?", welche scharf und unzweideutig das Wesen und die Aufgabe des Klassenkampfes herausarbeitete. Praktische politische Erfolge wurden jedoch nicht erzielt.

Da kam der große Anstoß von draußen, der die militärische Autorität der beiden Feldherren im Lande erschütterte und bereits im Frühjahr 1917 den endgültigen Zusammenbruch

**Der Wendepunkt des Weltkrieges:  
das verhängnisvolle Frühjahr 1917**

des Kaiserreiches ideell einleitete: die **Kerenskirevolution in Petersburg**. Hier sahen die Aufrührer das praktische Beispiel einer Revolution, das ihren Mut zu neuen Taten anfeuern mußte. Am 14. März dankte der Zar ab, und die sozialistische Revolution Rußlands war geglückt.

Inzwischen hatte sich auch die **außenpolitische Lage Deutschlands verschlechtert**. Infolge der

deutschen Ankündigung des **uneingeschränkten U-Boot-Krieges** am 31. Januar waren die Vereinigten Staaten offen in den Krieg gegen Deutschland eingetreten. Schließlich kam noch hinzu, daß der **neue Herrscher von Österreich-Ungarn, Kaiser Karl**, der dem am 21. November 1916 verstorbenen **Franz Joseph** auf dem Throne gefolgt war, geradezu deutschfeindlich und politisch unsicher war, da er auf eigene Faust, hinter dem Rücken der deutschen Regierung, Friedensangebote an Frankreich machte (23. März), worin er offen erklärte, er sei zur Preisgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich bereit. Die allgemeine Lage des deutschen Kaiserreichs war bedenklich, zumal auch militärische Mißerfolge, an der Aisne und in der Champagne, eintraten.

Es war das furchtbarste Frühjahr, welches das deutsche Volk und seine Regierung erlebten. Ein erbarmungslos grimmiger Winter zog sich bis gegen das Ende des April hin. In der Heimat gab es nur erfrorene Kohlrüben, mit denen die Städter ihren Hunger stillen konnten. Die Sterbeziffern der im vorgerückten Alter Stehenden nahmen erschreckend zu. Tag für Tag fielen Tausende und aber Tausende auf dem Schlachtfelde, während ihre geängstigten Angehörigen in der Heimat hungerten und froren. Ein neuer Feind war gegen Deutschland aufgestanden: Amerika, ein Bundesgenosse war dabei, Verrat zu üben: Österreich-Ungarn. In Rußland rollte eine Revolution ab, die ein gleiches Ereignis für Deutschland in den Bereich der Möglichkeiten rückte. Noch tastete man in Deutschland selbst die Monarchie nicht an, aber seit diesen Frühjahrstagen trug sie den Todeskeim in sich. Das sollte sich bald zeigen.

Auf den Rat Bethmann-Hollwegs versuchte **Kaiser Wilhelm II.** noch einmal selbst, bestimmenden Einfluß auf den Gang der deutschen Dinge zu gewinnen, die Stimmung in seinem Lande zu seinem Gunsten zu beeinflussen. In seiner Osterbotschaft vom 7. April versprach er den Preußen Abschaffung des gänzlich überlebten Dreiklassenwahlrechts. Dieser Akt war nur eine matte Nachahmung Bismarckischer Politik aus der Zeit von 1866, und kam noch dazu reichlich spät, ja zu spät; die Ereignisse waren schon viel zu weit fortgeschritten, als daß sie noch durch dieses Versprechen wesentlich beeinflußt werden konnten.

Unter dem Einfluß der **russischen Revolution** setzte in der **radikalsozialistischen Bewegung** seit Ende März die Konzentration ein. Es konsolidierten sich Gruppen, die geschlossen nach außen hin agitierten. Am 31. März rief die Zeitung *Arbeiterpolitik* zur Gründung einer linksradikalen Partei auf, die aus dem Zusammenschluß der Gruppe "Internationale" (Spartakus), der Gruppe "Internationale Sozialisten Deutschlands" (I.S.D.) und der "Bremer Linksradikalen" entstehen sollte. **So trennte sich auf dem Parteitag zu Gotha (9. bis 11. April) die "Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands" von der Sozialdemokratie und schloß sich organisatorisch dem "Spartakusbund", der Kampftruppe, an.**

**Begründung der U.S.P.D.**

Wenige Tage später brachen neue Streiks in Berlin, Leipzig und anderen Orten aus, die sich gegen Herabsetzung der Brotration und Einführung der Hilfsdienstpflicht richteten. "Friede, Freiheit, Brot!" war die Losung. Der Streik in der Rüstungsindustrie nahm einen bedeutenden Umfang an, allein in Berlin beteiligten sich an ihm über 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Man verlangte vom Reichskanzler Einführung von Arbeiterräten nach russischem Muster. Die Regierung konnte den Streik nur dadurch beilegen, daß sie versprach, den Mitarbeiter Barths, Richard Müller, der inzwischen zum Heere eingezogen worden war, wieder zu entlassen!

**Sozialistenkongreß**

Ende Mai 1917 tagte in Stockholm der **Sozialistische Friedenskongreß**, auf dem die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands vertreten waren, während die Entente-regierungen ihren Sozialisten die Teilnahme verweigert hatten. Die Organisation lag in den Händen eines holländisch-skandinavischen Komitees. Die Mehrheitssozialisten waren vertreten durch Ebert, Scheidemann, David, Legien und Hermann Müller. Sie sprachen sich für einen Frieden ohne Annexion und Entschädigungen aus. **Scheidemann kam zu der Überzeugung, daß der Friede nur möglich sein würde, wenn Deutschland vollständig demokratisiert würde.** Das war die welthistorische Wendung, der erste offene Vorstoß gegen das Kaiserreich. Die Mehrheitssozialisten rückten offensichtlich von der kaiserlichen Politik ab, welcher sie bis zu diesem Zeitpunkt im großen

ganzen gefolgt waren. Eine verhängnisvolle Aussicht lag in den Worten Scheidemanns: die deutsche Sozialdemokratie war unter Umständen entschlossen, gegen die kaiserliche Regierung Frieden zu schließen. Die Unabhängigen Haase, Ledebour, Kautsky und Bernstein gingen über den Friedensvorschlag der Mehrheitssozialisten hinaus und erklärten sich mit einer Entschädigung an Belgien und einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen einverstanden. Beide Parteien wünschten von der Regierung eine Erklärung, die den Weg zum Frieden bereiten sollte.

### **Czernins Geheimbericht**

Aber noch etwas anderes hatte sich inzwischen ereignet: die Herzogin von Parma, Schwiegermutter Kaiser Karls, hatte einen äußerst pessimistischen **Geheimbericht des Grafen Czernin** über die Lage Österreichs vom 12. April, der nur für die deutsche Oberste Heeresleitung bestimmt war, um diese nach dem Wunsche Kaiser Karls einem mit Opfern verbundenen Verständigungsfrieden für die Mittelmächte geneigt zu machen, in Abschrift dem Zentrumsabgeordneten Erzberger übergeben. Dieser bekehrte sich plötzlich nicht nur vom glühenden Annexionismus zum Verzichtfrieden, sondern beging außerdem die Indiskretion, den Bericht über die Schweiz in die Hände der Entente gelangen zu lassen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß hierdurch die Siegeszuversicht der Feinde erheblich gesteigert, die moralische Stellung der deutschen Monarchie aber aufs heftigste erschüttert wurde.

### **Erzberger**

**Matthias Erzberger**, der jetzt als maßgebender Mann die politische Bühne Deutschlands betrat, wurde für die nächsten drei Jahre einer der einflußreichsten Männer der deutschen Geschichte. Am 20. September 1875 zu Buttenhausen geboren, widmete er sich dem Volksschullehrerberuf und stand seit 1896 im Dienste der katholischen Presse. Achtundzwanzigjährig wurde er in den Reichstag gewählt. Dort bekämpfte er die deutsche Kolonialpolitik und wurde so zum Urheber der Reichstagsauflösung von 1906. Er war der Führer des linken Zentrumsflügels, trat aber während des Weltkrieges für Annexionen ein. Seit dem Regierungsantritte Kaiser Karls nahm Graf Czernin Beziehungen zu Erzberger auf, und dieser kompromittierte in Österreichs Interesse das Deutsche Kaiserreich in der oben angegebenen Weise. Als nun gar in Stockholm die deutschen Mehrheitssozialisten unter dem Eindrucke der russischen Revolution und der fortschreitenden inneren Zersetzung Deutschlands umgefallen waren, erkannte er mit scharfem Blick, daß die Partei Scheidemanns sein bester Bundesgenosse im Kampfe um die Parlamentarisierung der deutschen Regierung und um die Herbeiführung eines demokratischen Friedens sein würde. Schrieb doch Scheidemann am 12. Juli 1917 in seinem Tagebuch: "Je größer die Not wird, um so höher steigt die Macht des Reichstages gegenüber der Regierung." Und das zeigte sich bereits am folgenden Tage, denn **die Entlassung des unfähigen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg ist ebenso sehr auf Grund einer von der Heeresleitung gestellten Forderung (Oberst Bauer) wie auf Verlangen der Parteiführer erfolgt, deren treibende Kraft vor allem Erzberger war.**

### **Friedensresolution**

Kaum eine Woche darauf, am 19. Juli, nahm der Reichstag mit 214 Stimmen des Zentrums, des Freisinns und der Sozialdemokratie gegen 116 Stimmen und 17 Enthaltungen der Unabhängigen eine **Friedensresolution** an, die von Erzberger formuliert worden war und besagte, der Reichstag erstrebe einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker, ohne Annexionen und Entschädigungen. Von diesem Tage an hatten die Mehrheitsparteien des Reichstages, die Sozialdemokratie, Zentrum und Freisinn, das Heft der Regierung in Händen, und das kaiserliche Regime war an den Rand eines Abgrunds geschoben, in den man es bei passender Gelegenheit stürzen konnte, wenn der Krieg noch lange dauerte.

### **Marinerevolte**

In dieser kritischen Zeit versuchten auch die Linksradikalen eine Aktion in die Wege zu leiten. Die revolutionäre Agitation in der Marine trieb ihre ersten Blüten. In langer, mühseliger Arbeit war es gelungen, unter den Marinesoldaten eine revolutionäre Geheimbündelei zu schaffen, die von Reichstagsabgeordneten der U.S.P.D. (Dittmann, Haase) organisiert und geleitet wurde. Vom "Prinzregent Luitpold" und "Friedrich der Große" breitete sich die Bewegung aus auf "Pillau", "Kaiserin", "Helgoland", "König Albert", "Großer Kurfürst", "Kronprinz", "Westfalen", "Ostfriesland", "Schwaben", "Zieten". Die bei der Marine geschaffene revolutionäre Geheimorganisation zählte bereits im Juli 1917 gegen 10 000 Mitglieder. Der Unabhängige Haase erklärte später, daß schon seit Anfang 1915 systematisch für die Revolution der Flotte gearbeitet worden sei. Er war

Vorsitzender des Seemannsbundes und ließ von der Löhnung täglich 50 Pfennige zur Unterstützung der Revolution abführen. Revolutionäre Flugblätter wurden verfaßt, gedruckt und verteilt. Haase selbst wurde dafür zum Tode verurteilt. Aber das Urteil wurde nicht an ihm vollstreckt.

Seit Mitte 1917 setzte auf den Schiffen die Sabotage ein: auf "Prinzregent Luitpold" wurden die Akkumulatoren beschädigt, auf "Pillau" setzte eine Fahnenflucht großen Stiles ein; auf einem andern Schiff in Wilhelmshaven plante man, am 31. August 1917 die Türme über Bord zu werfen. Dies sollte das Zeichen zum Losschlagen sein, das man ursprünglich schon im Sommer 1917 vorhatte. Die Matrosenmeuterei wurde rechtzeitig entdeckt und unterdrückt, zwei Haupträdelsführer, Reichpietsch und Köves, wurden standrechtlich erschossen, die übrigen bekamen Freiheitsstrafen.

Noch einmal versuchte der **Papst Benedikt XV.** am 1. August eine Friedensvermittlung. Speziell sondierte er nach England hin, aber es war unschwer vorauszusehen, daß bei den inzwischen in Deutschland eingetretenen Ereignissen die Versuche ergebnislos verlaufen mußten.

Die Gruppe derjenigen, die nach wie vor auf dem Standpunkte eines siegreichen Friedens verharrten, schmolz mehr und mehr zusammen. Eine letzte Zusammenfassung dieser Kräfte sollte durch die Gründung der "**Deutschen Vaterlandspartei**" bezweckt werden (2. September 1917), die über den Parteien stehen, keine innenpolitischen Streitfragen behandeln, sondern die ganze Energie des Volkes nur nach außen, auf den siegreichen Abschluß des Krieges konzentrieren wollte. Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und **Admiral Tirpitz** standen an der Spitze. Doch auch dieser Schritt kam zu spät. Die kaiserliche Regierung hatte nicht die Macht und den Mut mehr, sich auf die von den Minderheitsparteien getragene Bewegung zu stützen, ja, die Vaterlandspartei wurde geradezu von den maßgebenden Stellen boykottiert, nachdem die erste kleine Revolution vom 19. Juli gelungen war.

**Vaterlandspartei**

Es unterliegt keinem Zweifel, daß schon **im Sommer 1917 die Macht des deutschen Kaiserreichs vollständig zerrüttet war.** Das Volk hatte sich in drei große Lager gespalten, ein kaisertreues, dessen Ausdruck die Vaterlandspartei war; ein demokratisches auf der Grundlage der Mehrheitsparteien vom 19. Juli, und ein radikal-proletarisches, das in der Unabhängigen Sozialdemokratie und dem Spartakusbund organisiert war. Das demokratische Lager, das den Reichstag und die Regierung beherrschte, war das machtvollste und stärkste; in seinem Kampf gegen das kaiserliche System war ihm die revolutionär-proletarische Bewegung ein willkommener Bundesgenosse; die Kraft der Kaisertreuen war im Sinken begriffen, während die Stärke der Linksradiكالen mehr und mehr zunahm. Das Kaisertum hatte sich ganz und gar auf die Armee zurückgezogen, mit ihr stand es, mit ihr fiel es. Und es war nur eine Frage der Zeit, wie lange diese Stütze noch hielt; denn das Trommelfeuer der Feinde und die revolutionäre Agitation hatten auch hier, besonders unter dem Nachwuchs, starke moralische Erschütterungen hervorgerufen.

**Schwäche der Regierung**

Wer nach den Ursachen fragt, die den im Sommer 1917 schon deutlich erkennbaren Zusammenbruch des Kaiserreiches herbeiführten, kann nicht umhin, **die Schuld daran ganz allein der kaiserlichen Regierung beizumessen.** Der unselige Zwiespalt zwischen der auf Sieg und Eroberung gerichteten konservativen Heeresleitung und der auf Frieden und Verzicht eingestellten Zivilregierung Bethmann-Hollwegs hatte seit Monaten jeden harmonischen Ausgleich verhindert, der allein in der Masse des Volkes einen Widerhall gefunden hätte. Das kaiserliche Regierungssystem war eingestellt auf Erzwingung äußerer militärischer Erfolge mit unzulänglichen inneren politischen Mitteln. Bethmann-Hollweg hatte liberale Traditionen. Bei einem festen und ehrlichen Charakter sind sie keineswegs ein Fehler. Bethmann aber, der instinktiv den Mangel seiner Führerqualitäten fühlte, mußte eine geradezu verlogene Politik treiben, indem er sich einerseits den Kriegszielen der Heeresleitung beugte und so den rechten Zeitpunkt versäumte, ehrliche Friedensverhandlungen anzuknüpfen, andererseits aber im stillen die Bewegung des Verzichtfriedens und der Pazifisten begünstigte und alle zivilen Elemente, welche die Heerespolitik unterstützten, abwies. **Der Kardinalfehler aber lag beim Kaiser selbst, der nicht den Mut und die Stärke besaß, diesen ungesunden Verhältnissen ein Ende zu machen.** Selbst von seiner Allgewalt überzeugt, war er im Grunde unselbständig, wandelbar und äußeren Einflüssen ausgesetzt. Er

fügte sich seinen Generalen, aus Furcht, durch etwaigen Widerspruch Zweifel gegen seine militärischen Fähigkeiten erwecken zu können, er fügte sich dem tyrannischen Bethmann, aus Furcht, von diesem beim Volke angeschwärzt zu werden. Er hatte nicht die Kraft, sich von der Herrschaft der Generale und des Reichskanzlers zu befreien. Die Zivilregierung wurde durch die Sozialdemokratie im Verein mit dem Zentrum tatsächlich schon im Jahre 1917 gestürzt.

### ***Bolschewistische Revolution in Petersburg***

Der Ausbruch der **bolschewistischen Revolution** Anfang November 1917 in Rußland führte auch in Deutschland den Kampf um die Macht zwischen Kaisertum und Demokratie in ein neues Stadium. Dem militärischen Zusammenbruche Rußlands maß die **deutsche Heeresleitung** größte Bedeutung bei. Sie konnte die an der Ostfront frei werdenden Truppen im Westen einsetzen und mit einem solchen Aufgebot von Soldaten und Kanonen eine Frühjahrsoffensive vorbereiten, daß man unter allen Umständen mit einem siegreichen Kriegsende rechnen mußte. In Brest-Litowsk wurde den Sowjetrussen der Friede diktiert (3. März), und in Frankreich nahm der letzte, blutige Akt des Weltkrieges seinen Anfang. Nach all dem, was sich bisher in Deutschland zugetragen hatte, konnte von dem Kaiser und seinen Heerführern die politische Bedeutung der Frühjahrsschlacht nicht hoch genug bewertet werden. Es ging ja nicht nur darum, außenpolitisch die Feinde Deutschlands zu zerschmettern, sondern es galt, dem Deutschen Kaiser seine im Innern Deutschlands verlorene Macht wiederzuerobern. Die Armee war das einzige Werkzeug in seiner Hand, das seine Position noch retten konnte. Es war ein furchtbares Spiel mit doppeltem Einsatz, das der Kaiser spielen mußte, es war ein blutiger Verzweiflungskampf um sein Dasein, den er mit dieser "Kaiserschlacht" entfesselte: in Frankreich sollte Berlin zurückerobert werden. Alle Eingeweihten wußten es: am Ausgang der Kaiserschlacht hing das Schicksal der Monarchie! -

### ***Verschärfung der Gegensätze Anfang 1918***

In gleicher Weise vermehrten aber auch **die radikalen Revolutionäre** in Deutschland, ermutigt durch den Sieg des russischen Bolschewismus, ihre Anstrengungen. Abgesehen davon, daß man planmäßig die im Osten stehenden Truppen durch bolschewistische Propaganda zersetzte, sie zur Fahnenflucht und Meuterei ermunterte, um sie sittlich und seelisch unfähig für die Kämpfe im Westen zu machen, holten die Spartakisten zugleich zu einem schweren Schläge im Innern Deutschlands aus. In Wien brach Mitte Januar 1918 ein großer Streik in der Rüstungsindustrie aus. Der Funke sprang auf München über, wo ihn besonders Kurt Eisner zu heller Flamme entfachte. Eisner hatte die Lage klar erfaßt: er wußte, daß nicht Hunger und Brot und Angst vor der Niederlage Gründe für diese Erhebung waren, sondern einzig und allein der Wille, die März-Offensive und Brest-Litowsk zu verhindern. Schwächung des deutschen Kampfwillens und der deutschen Kampfkraft war das Ziel: dem deutschen Kaiser sollte die Möglichkeit genommen werden, seine durch das Parlament erschütterte Stellung mit Waffengewalt wieder zu befestigen.

In **München** waren Eisner und seine Helfer aus den Unabhängigen Sozialdemokraten eifrig am Werke. Flugblätter wurden verteilt, eine rege mündliche Agitation wurde entfaltet. In einer Versammlung der U.S.P.D., die am 27. Januar in den Kolosseumbierhallen stattfand, erklärte Eisner, die Stunde sei gekommen, und es sei jetzt Zeit, nicht nur den Willen zu bekunden, sondern zur Tat zu schreiten. Ein in den nächsten Tagen ausbrechender Massenstreik sei das Mittel zum Zweck. Am folgenden Tage sprach Eisner in einer Metallarbeiterversammlung. Er rief zum Massenstreik auf, indem er zugleich das deutsche Heer in gewissenlosester Weise schmähte. Eine Hetzversammlung jagte die andere. Als roter Faden zog sich durch all die Reden immer nur der eine Gedanke, die deutsche Frühjahrsoffensive durch Streiks unmöglich zu machen. In Flugblättern wurden schwarz auf weiß verwegene Aufforderungen gestellt: Stürzt die Kapitalisten, stürzt sie recht bald! Holt eure Männer und Söhne nach Hause zu euch! Am 31. Januar brach der Streik in den Münchener Kruppwerken, am folgenden Tage in den Bayrischen Flugzeugwerken aus.

Inzwischen hatten sich auch in **Berlin** politisch schwerwiegende Ereignisse abgespielt. Die Sozialdemokraten mußten, nachdem sie im Mai und Juli 1917 ihre eigene Politik begonnen hatten, unter allen Umständen zu verhindern suchen, daß der Deutsche Kaiser den Krieg mit der bevorstehenden Frühjahrsschlacht gewinnen und ihnen in Berlin als doppelter Sieger entgegentreten konnte. Man

sprach es noch nicht offen aus, aber man wünschte es von Herzen: Kaiser Wilhelm II. mußte in Frankreich Reich und Krone verlieren. Dies Ziel zu erreichen, war der ausbrechende Streik ein höchst willkommenes Hilfsmittel. Andererseits war es den Sozialdemokraten bei der ungeheuren Wichtigkeit der Dinge, die sich anbahnen konnten, klar, daß sie unbedingt die Führung in der Hand behalten mußten. Es durfte nicht sein, daß die Unabhängige Konkurrenz, wenn sich tatsächlich Erfolge zeigten, sich als Volksbefreier und Friedensbringer bezeichnen konnte. Das hätte zur Folge gehabt, daß die Massen der Sozialdemokratie in das unabhängige Lager abgewandert wären, und die Dinge hätten sich dann ähnlich abgespielt wie in Rußland. Aus Prestige Gründen durfte man also den Unabhängigen keine Erfolge gönnen.

So kam es, daß die Sozialdemokratie, fortschreitend auf dem von ihr im Mai 1917 beschrittenen Wege, **offen das Banner gegen das Kaiserreich** entfaltete. Sie mußte es tun, wenn sie sich nicht selbst opfern wollte, entweder dem siegenden Kaiser oder den siegenden Unabhängigen. Am 22. Januar erklärte demzufolge der sozialdemokratische Vorsitzende Friedrich Ebert in der vertraulichen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages: "Die Sozialdemokratische Partei begrüßt das Vorgehen der Arbeiterschaft Österreich-Ungarns mit größter Sympathie und erklärt sich mit ihr in aller Form solidarisch. Wir bringen zum Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterschaft ebenso entschlossen ist, die letzte und äußerste Kraft einzusetzen, um die Forderung der Annexionisten zurückzuschlagen und einen Frieden der Verständigung und des Rechts zu erringen." Als dieser Ausspruch drei Tage später im *Vorwärts* veröffentlicht wurde, wirkte er wie ein direkter Aufruf zum Streik. Die Zahl der Streikenden, die bisher etwa 60 000 betrug, stieg binnen kurzem auf das Zehnfache. Am 28. Januar brach der Streik aus. Ebert trat mit Scheidemann nach zwei Tagen der Streikleitung bei, und mit seiner Zustimmung wurde ein Flugblatt herausgebracht, das zur Teilnahme am Streik aufforderte und von der Regierung verlangte: bessere Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes und Gewährleistung des freien Vereins- und Versammlungsrechtes und des Rechtes auf freie Meinungsäußerung in der Presse, Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten geheimen Wahlrechts in Preußen und Abschluß eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Am 31. Januar hatte sich im Treptower Park eine zahlreiche und aufgeregte Arbeitermasse eingefunden, vor welcher Ebert, der Sprecher der Sozialdemokratie, eine Rede hielt, in der er sich zu den Forderungen der Streikenden bekannte, sie als gerecht bezeichnete und zum Schluß die Streikenden aufforderte, im Streik zu verharren unter Hinweis darauf, daß sie an den in anderen Großstädten streikenden Arbeitern einen Rückhalt hätten. - Die Sozialdemokratie griff offen zum Mittel des Landesverrats, sie mußte es ihrer ganzen Einstellung nach jetzt tun, um ihre machtpolitischen Ziele zu erreichen. Die deutsche Rechtsprechung hat noch fast sieben Jahre später, als Ebert schon längst Reichspräsident war, ihn auf Grund der Januarvorgänge 1918 des Landesverrats bezichtigt.

**Januarstreiks**

Wie ein Präriefeuer raste das **Streikfieber** im Februar durch Deutschland. In Hamburg, Kiel, Nürnberg, Fürth, Magdeburg und Halle, in Danzig, Sachsen und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet strömte die Arbeiterschaft auf die Straße und lähmte die Armee durch Einstellung der Munitionsarbeit. Erregte Aufrufe steigerten die Leidenschaft des Volkes: "Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Hoch die Republik Deutschland! Hoch der Sozialismus!" Solche und ähnliche drohenden Forderungen wurden laut. 600 000 Arbeiter befanden sich im Streik. In den Fabriken wurden **Arbeiterräte** gebildet, welche die politische Organisation durchzuführen hatten. - Doch noch einmal hatte die kaiserliche Regierung die Kraft, die eiserne Faust zu erheben: sie griff energisch durch und zog 50 000 streikende Berliner Arbeiter, die als Reklamierte in den Munitionsfabriken am besten bezahlt und ernährt wurden, kurzerhand zum Heeresdienst an die Front ein. Diese Maßnahme half, zitternd kehrten die übrigen Streikenden an ihre Maschinen zurück und nahmen still die Arbeit wieder auf. Die Machtprobe war noch einmal zuungunsten der Sozialdemokratie entschieden. -

**Wilsons 14 Punkte**

Den inneren Ansturm der Streikrevolutionäre vermochte die kaiserliche Regierung abzuschlagen. Weniger mächtig aber war sie in der Abwehr eines von außen kommenden

politischen Angriffs. Am 8. Januar hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, ein **Programm der 14 Punkte** verkündet, das mit psychologischer Sicherheit ein Echo auf die Reichstagsentschließung vom 19. Juli war und also bei der pazifistischen Reichstagsmehrheit auf fruchtbaren Boden fallen mußte. Die kaiserliche Regierung erklärte, nur die ersten fünf Punkte annehmen zu können: Abschaffung der Geheimdiplomatie, Freiheit der Meere, Wirtschaftsfreiheit, Rüstungsverminderung und schiedsrichterliche Schlichtung kolonialer Streitigkeiten, während sie in der russischen und polnischen Frage keine Einmischung der Ententestaaten zulassen wollte und die Belgien, Elsaß-Lothringen, Österreich-Ungarn und die Türkei betreffenden Punkte ablehnte.

Es stand zu Beginn des Jahres 1918 nicht gut um das deutsche Kaiserreich. Die Mitte, welche sich auf Wilsons vierzehn Punkte stützte, und die Linke, welche bolschewistische Ziele verfolgte, bildeten eine breite Front gegen das Kaisertum und seine Regierung, die nur noch im kämpfenden Heere und in der kleinen Gruppe der Vaterlandspartei einen Rückhalt besaß. Immer klarer wurde es den Führern der Armee, daß alles, die gesamte Zukunft des Reiches und der Monarchie, vom Ausgang der **Frühjahrsschlacht** abhing, die am 21. März, vormittags vier Uhr, mit voller Wucht ihren Anfang genommen hatte. In der Tat standen die Dinge für die Deutschen nicht ungünstig. Der Captain Wright vom Großen Hauptquartier der Alliierten schildert die Wirkung der deutschen Märzoffensive folgendermaßen:

### ***Deutsche Frühjahrsschlacht und ihr Ende***

"So drangen denn die Deutschen im Laufe der Kampfwoche immer weiter nach Amiens vor, die Fetzen der Goughschen Armee vor sich hertreibend. Gelang es ihnen, Amiens zu erreichen, so waren die französischen und britischen Heere getrennt, denn an der Somme unterhalb Amiens war keine wirkliche Verbindung mehr möglich. War erst die Spaltung geglückt, so konnte Ludendorff Atem schöpfen, seine aus hundert Divisionen bestehende Operationsmasse erst gegen den einen, dann gegen den andern Gegner schleudern und entweder die erschöpften und dezimierten Engländer den Kanalhäfen zujagen oder die ungeheuer ausgedehnte Front der Franzosen aufrollen. Ende der Woche fanden daher heftige Debatten in London, Paris und Versailles statt. Die schlimmsten Möglichkeiten wurden ins Auge gefaßt, verzweifelte Entschließungen gefaßt. Man traf Vorbereitungen zur Räumung von Paris. Spät in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag telephonierte Clemenceau an den Präsidenten der Republik, er möge sich darauf gefaßt machen, mit der Regierung nach Bordeaux flüchten zu müssen. Berechnungen wurden aufgestellt, ob es möglich sei, den Rest der britischen Armee nach England hinüberzuretten. Der Verlust von Amiens konnte den Verlust des Krieges nach sich ziehen: noch einmal winkte der Sieg den Deutschen in unmittelbarer Nähe."

Der französische Armeeführer General Mangin urteilte ähnlich:

"Jeder der Heerführer dachte an die Rettung seiner Armee, für die er unmittelbar verantwortlich vor seinem Lande ist. Am 24. März gab General Pétain die Direktive: Vor allem den festen Zusammenhang der französischen Armeen aufrechterhalten..., dann, wenn möglich, Verbindung mit den Engländern halten. Marschall Haig schrieb am 25. März aus Abbéville, daß die Trennung des englischen und französischen Heeres nur eine Frage der Zeit sei und daß er sich vorbereite, sich zurückzuziehen, indem er die Häfen des Kanals decke... Also, die englischen Armeen werden nach Westen, nach dem Meere, zurückgehen, die französischen nach Süden... die tödliche Trennung wird sich vollenden, und der Weg nach Paris wird offen sein. Das Unglück steht unmittelbar bevor, weil kein gemeinsamer Führer vorhanden ist."

Jedoch gelang es der deutschen Heeresleitung nicht, den mit großartiger Wucht eröffneten Angriff bis zur Durchbrechung der feindlichen Front fortzuführen. Ende März erlahmte der Elan, da der Nachschub an Menschen und Material in dem wüsten Kampfgebiet auf schier unüberwindliche Hindernisse stieß. Munitionsmangel, die Folge des Januarstreiks, machte sich bemerkbar. In den nächsten drei Monaten tobten furchtbare Schlachten bei Armentières, bei Soissons und Reims, an der Marne und in der Champagne. Da trat der große Wendepunkt ein: am 18. Juli ging der franzö-

sische General Foch, dem in der Stunde der höchsten Not im März das Oberkommando über sämtliche alliierte Truppen übertragen worden war, bei Soissons mit mächtigen Tankgeschwadern gegen die deutsche Front vor. Von jetzt an trafen harte Schicksalsschläge das deutsche Heer. Bei Soissons wurden unsere Truppen überrannt. Am 8. August, nach kurzer Artillerievorbereitung und abermals unter Masseneinsatz von Panzerwagen, erlitten sie zwischen Avre und Somme eine schwere Niederlage.

***Der militärische  
Zusammenbruch***

Unter dem Eindruck dieser Katastrophen begann sich die **bolschewistische Zersetzung des Frontheeres** zu zeigen. Die unablässigen Wühlereien und Aufforderungen zu Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung zeitigten jetzt Erfolge. Scharenweise ließen sich Deutsche gefangennehmen oder sie ergriffen, ohne wirklichen Widerstand geleistet zu haben, die Flucht und riefen der feuernenden Artillerie "Streikbrecher" zu. Die Güte des Heeres hatte sich durch den Ersatz, der durch die blutigen Frühjahrskämpfe nötig geworden war, stark vermindert. Junge Fabrikarbeiter, die im Geiste von Spartakus seit Jahren erzogen worden waren und nun ihre gutbezahlte, gefahrlose Tätigkeit in der Heimat mit dem harten Dienst an der Front vertauschen mußten, von Rußland ausgelieferte deutsche Kriegsgefangene, denen systematisch bolschewistischer Geist infiziert worden war, und Heeresverbände, die an der ruhigen russischen Front gestanden hatten, befanden sich plötzlich mitten in schrecklichen Höllenschlachten. Der Grad der Zuverlässigkeit war da nicht gerade sehr groß. Gehorsamsverweigerungen häuften sich, Urlauber kehrten nicht an die Front zurück, Überläufer verrieten den Feinden die deutschen Stellungen. Tag für Tag regnete es revolutionäre Flugblätter, die geschickt in das Heer geschmuggelt wurden, ohne daß die Offiziere etwas davon merkten: "Gleiche Löhnung, gleiches Essen, und der Krieg wär' längst vergessen!" "Das heilige Ziel unseres Kampfes soll sein: eine freie und glückliche deutsche Republik!" "Kameraden, aufgewacht und erkennt eure Macht!" - Das letzte Bollwerk vor dem Kaiserthron, das Frontheer, wankte, und mit ihm die Monarchie.

***Friedenswille der  
Obersten Heeresleitung***

Die Oberste Heeresleitung gab unter diesen Umständen alle Hoffnung auf endgültigen Sieg auf. Im Großen Hauptquartier fanden am 13. und 14. August ernste und schwerwiegende Besprechungen statt. Die Feldherren und die Spitzen der Zivilregierung waren sich einig, daß ein siegreiches Kriegsende nicht mehr vorauszusehen sei. Man könnte nur noch darauf rechnen, die Front zum Stehen zu bringen und sich defensiv zu verhalten. Unmittelbare Besorgnisse seien nicht vorhanden, da die deutschen Heere noch tief in Feindesland stünden. Der Kaiser erteilte dem Staatssekretär v. Hintze den Auftrag, die **Königin der Niederlande um Friedensvermittlung** anzugehen. Jedoch dieser Schritt wurde verzögert, da Österreich-Ungarn am 15. August durch den Grafen Burian im Großen Hauptquartier entgegen den deutschen Vorschlägen erklären ließ, es nehme keine neutrale Vermittlung an, diese würde zu lange dauern, es verlange direkte Verhandlungen mit dem Feindbund. Andererseits wartete der Reichskanzler, Graf Hertling, auf den "geeigneten Moment", um Friedensverhandlungen anzuspinnen, den er dann für gekommen erachtete, wenn sich die Offensive der Alliierten totgelaufen habe.

Die Königin der Niederlande war bereit, Anfang September eine Aussprache mit den Feinden herbeizuführen. Ihre Bemühungen scheiterten am Widerstande Wiens. Dies wollte sich die Rolle des Friedensstifters nicht von andern nehmen lassen. Kaiser Karl telegraphierte an Kaiser Wilhelm, er lehne die neutrale Vermittlung ab und halte an Burians Vorschlage fest. "Die Verantwortung, daß die Vermittlung nicht zur Ausführung kam, liegt nicht bei der Obersten Heeresleitung, sondern bei Graf Burian und vornehmlich bei der Unfähigkeit unseres Auswärtigen Amtes, in dieser wichtigen Frage die Führung an sich zu nehmen, statt sie Österreich zu überlassen." So schrieb Ludendorff am 13. August 1919.

***Beginnender  
Zusammenbruch***

Die **Bankrotterklärung Österreichs** am 14. September, der Zusammenbruch Bulgariens eine Woche später zeigten auch Deutschland, daß es am Ende seiner Kraft stand. Das deutsche Kaisertum lag in den letzten Zügen. Am 24. September forderte die Sozialdemokratische Partei Bekenntnis zum sofortigen Friedensschluß, Wiederherstellung und Entschädigung der eroberten Gebiete, gleiches Wahlrecht für alle Bundesstaaten, Bildung einer vom Vertrauen des Volkes abhängigen parlamentarischen Regierung. Erzberger aber schrieb ein Buch

über den Völkerbund und propagierte Wilsons Ideen darüber in Deutschland. -

Am 30. September erklärte Ludendorff, die Feindseligkeiten müßten eingestellt werden. Am gleichen Tage trat der Reichskanzler Graf Hertling zurück. Der Kaiser gab einen Erlaß über die Parlamentarisierung des Reiches heraus. "Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung", hieß es darin.

Am 2. Oktober schilderte der Beauftragte der Obersten Heeresleitung, Major Frhr. v. d. Bussche, den Parteiführern des Reichstages die militärische Lage. Der Mangel an Soldaten, der Zusammenbruch der Verbündeten, die Übermacht der Feinde zwängen ihn zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr bestehe, dem Feinde den Frieden abzuwingen. "Deshalb darf keine Zeit verloren werden. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und den Gegnern Gelegenheit geben, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen. Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensaussichten wie für die militärische Lage haben. Weder Heer noch Heimat dürfen irgend etwas tun, was Schwäche erkennen ließe. Im Gegenteil, Heimat und Heer müssen fester noch als bisher zusammenhalten. Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will. Sollte dieser Fall eintreten, dann wird das Durchhalten des Heeres entscheidend von der festen Haltung der Heimat und dem Geist, der aus der Heimat zum Heere dringt, abhängen." - Major v. d. Bussche predigte tauben Ohren. Die Mehrheit des Reichstages hatte kein Interesse mehr, welchen Frieden zu erlangen dem deutschen Kaiser noch möglich war. -

### **Prinz Max von Baden und die Vorfriedensverhandlungen**

Am 3. Oktober wurde **Prinz Max von Baden zum Reichskanzler** ernannt. Er bildete auf Grund des kaiserlichen Erlasses die **erste parlamentarische Reichsregierung**. Dieser war Präsident der Badischen Ersten Kammer und als Liberaler Anhänger einer Demokratisierung der Reichsverfassung. Er stellte sich auf den Boden der Juliresolution und versprach eine vollständige Wiederherstellung Belgiens. Die baltischen Staaten Litauen und Polen sollten selbst ihr Schicksal bestimmen. Er erklärte die Übereinstimmung der Gedanken Wilsons mit denen der neuen Regierung und der überwältigenden Mehrheit des Volkes. Das Reichskabinett bestand lediglich aus Vertretern der Mehrheitsparteien, es befanden sich darin die Sozialdemokraten Bauer und Scheidemann, die Zentrumsabgeordneten Erzberger, Groeber und Trimborn und die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, Haußmann und Payer. Die Gedanken und Kräfte der Mitte hatten restlos gesiegt, das Kaisertum hatte auf der Plattform der parlamentarischen Zivilregierung bedingungslos kapituliert.

Die Hauptaufgabe der neuen Regierung war die **Herbeiführung des Friedens**. Es war keine Zeit zu verlieren, die Lage an der Westfront wurde immer verzweifelter, der revolutionäre Druck im Innern immer stärker. Sechs Wochen hatte die kaiserliche Regierung gezögert, den entscheidenden Schritt zu tun, jetzt mußte er unter viel ungünstigeren Bedingungen erfolgen.

### **Waffenstillstandsgesuch**

Am 5. Oktober sandte die neue Regierung ein **Waffenstillstandsgesuch an Wilson ab, unter rückhaltloser Anerkennung der 14 Punkte** als Grundlage für die Friedensverhandlungen. "Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen." Jetzt sah die Gesamtheit des deutschen Volkes, wo man stand. Sie erkannte plötzlich klipp und klar die Niederlage der Armee, die man vorher nicht mitgeteilt hatte, und brach seelisch zusammen. Nur bei einigen wenigen zuckte noch einmal das großartige Aufleuchten nationaler Begeisterung empor, bei den Führern der Deutschen Vaterlandspartei, welche mit Ludendorff die *levée en masse*, die Volksbewaffnung, den Aufstand der gesamten Nation zum Schutze der deutschen Freiheit und Ehre forderten. Das sollte die wankende Front stützen, so wie es Major v. d. Bussche am 2. Oktober vorgeschlagen hatte. Aber ihr Ruf verhallte ungehört. Zwar verhandelte am 10. Oktober der preußische Kultusminister mit Wissen und Willen des Reichskanzlers mit Vertretern

der Vaterlandspartei, der Sozialdemokratie und anderer Verbände über die Frage der Nationalbewaffnung, aber ein Ergebnis kam nicht zustande, da über die Hälfte der Versammelten gar nicht mehr an Nationalverteidigung dachte, sondern den Frieden wollte.

### Vorfriedensverhandlungen

Seit dem deutschen Waffenstillstandsgesuch vom 5. Oktober rissen die **Verhandlungen zwischen Berlin und Washington** nicht mehr ab. Nachdem die deutsche Regierung die 14 Punkte anerkannt hatte, ging Wilson einen Schritt weiter. In seiner Antwort vom 8. Oktober forderte er **sofortige Räumung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete. Deutlich gab er zu verstehen, daß er nicht mit der kaiserlichen Regierung, sondern mit dem Volke Frieden schließen wolle.** Darauf antwortete Prinz Max am 12. Oktober, die deutsche Regierung sei mit den Räumungsvorschlägen einverstanden. Außerdem sei die gegenwärtige Regierung, welche die Verantwortung für den Friedensschritt trage, durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages gebildet. Jetzt verlangte Wilson am 14. Oktober **sofortige Einstellung aller kriegerischen Handlungen**, die von den Deutschen grausam und brutal ausgeführt würden und, als notwendige Konsequenz hiervon, **"Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, ihre Herabsetzung zur tatsächlichen Machtlosigkeit"**. Gemeint war mit der "Macht" das auf das Militär gestützte Kaisertum. Wilson forderte also Vernichtung der kaiserlichen Macht oder wenigstens deren parlamentarische Beschränkung und militärische Schwächung durch Abrüstung. Von den zufriedenstellenden Bürgschaften, welche das deutsche Volk in dieser Richtung zu geben imstande sei, hänge die weitere Behandlung der Friedensfrage ab. Die gegen Deutschland verbundenen Regierungen müßten unzweideutig wissen, "mit wem sie es zu tun haben". Das hieß mit andern Worten: Noch habe der Kaiser die Macht über das Heer, und solange dieser Zustand bestehe, könne die Welt nicht an aufrichtige Friedenswünsche Deutschlands glauben. Indirekt, aber hartnäckig, arbeitete der Präsident auf die **Abdankung des Kaisers** hin und belebte die diesbezüglichen Wünsche der Sozialdemokratie mit neuem Eifer. - In diesen Tagen schrieb der *Vorwärts*: "Deutschland soll - das ist unser fester Wille - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztmal siegreich heimgebracht zu haben."

Am 20. Oktober teilte die deutsche Regierung Wilson mit, daß dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt werde, wonach zur **Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung** erforderlich sei.

"Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu", hieß es in der deutschen Note, "die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist es gewesen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist."

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruhe aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen stehe und deren energische Fortführung verlange. Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, werde somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgehe von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß getragen werde von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Durch das Nachgeben der deutschen Regierung fühlte sich Wilson ermutigt, weitere Forderungen

zu stellen. In seiner dritten Note vom 23. Oktober erklärte er, ein Waffenstillstand sei nur diskutabel, wenn die Gegner Deutschlands in der Lage wären, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen. Die Alliierten müßten außerordentliche Sicherheiten verlangen. Es liege auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel habe, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen, daß der "beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik" ungeschwächt sei, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liege, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen seien. "Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie **nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen.**" Am 26. Oktober nahm der Reichstag die Verfassungsänderungen an: Bei Erklärung des Krieges und bei Friedensschluß sollte in Zukunft die Zustimmung des Bundesrates und Reichstages erforderlich sein; der Reichskanzler solle zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen; in Abänderung der Artikel 53, 64 und 66 der Reichsverfassung solle die Militärgewalt der Zivilregierung, d. h. der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers unterstellt werden. Bereits am 27. Oktober kabelte Prinz Max nach Washington:

"Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich im deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat."

Nachdem hierauf Ludendorff zurückgetreten und Groener zu seinem Nachfolger ernannt worden war, vollzog der Kaiser das vom Bundesrat angenommene Gesetz am 28. Oktober. **So hatte Kaiser Wilhelm II., Schritt für Schritt zurückweichend, unter dem Druck seiner äußeren und inneren Gegner auch den letzten Rest seiner Macht geopfert, sein letztes Machtmittel, das Heer.** Aber auch das genügte noch nicht.

Durch Wilsons Forderungen wuchs **innerhalb der Sozialdemokratie machtvoll die Bewegung gegen den Kaiser.** Man sah in ihm nur noch das einzige Hindernis, das sich jahrelang dem Frieden entgegengestellt hatte. Es lag ja offensichtlich und klar in Wilsons Gedankengängen zutage: der Kaiser mußte abdanken, und zwar auch als König von Preußen. Und in diesem Punkte fand zum zweiten Male, wie schon beim Januarstreik, eine merkliche Annäherung der Mehrheitssozialisten an die Unabhängigen statt.

**Sozialdemokraten  
gegen den Kaiser**

Die **Linksradi-kalen** arbeiteten mit Hochdruck. Am 7. Oktober hatte in Gotha eine Tagung der revolutionären Spartakusgruppe stattgefunden, auf der sie ihren Zusammenschluß mit den Linksradi-kalen vollzog. Hier wurden ganz offen und unzweideutig die Richtlinien für die bevorstehende Revolution nach sowjetrussischer Art festgelegt. Die Macht im Staate sollte gänzlich in die Hände der Revolutionäre gebracht werden, die dann die Diktatur des Proletariats errichten sollten, wie dies in Rußland geschehen war. Arbeiter- und Soldatenräte sollten zu diesem Zwecke gebildet werden. Eine reguläre proletarische Verfassung wurde hier festgelegt.

Besondere Unterstützung erhielten die Linksradi-kalen durch einen in Revolutions-sachen bewährten Fachmann, den **Sowjetbotschafter Joffe** in Berlin, der den deutschen Umstürzlern mit Rat und Tat zur Seite stand und sie reichlich mit Agitationsmaterial belieferte.

**Vorbereitung der Revolution  
durch Liebknecht**

Am 21. Oktober wurde **Karl Liebknecht** aus dem Zuchthaus entlassen. Er kam gerade zur rechten Zeit, um mit Nachdruck die **Bewaffnung der Arbeiterschaft** durchzuführen. Mit frenetischer Begeisterung feierten die Spartakusleute die Befreiung ihres Führers, ihres Helden. Ein Zug von 20 000 Menschen mit roten Fahnen zog durch die Straßen Berlins, "Es lebe die Revolution!", "Hoch Präsident Liebknecht!" rufend. Von

Liebknecht und seinen Freunden war ursprünglich der 4. November als Beginn der politischen Revolution vorgesehen. Man wollte mit einem Schläge das Volk überrumpeln. Der Termin wurde verschoben, da die Polizei den Plan erfahren hatte. Doch es sollte anders kommen. Die von Liebknecht zielbewußt vorbereitete politische Revolution wurde durch das vorzeitige Ausbrechen von Matrosenmeutereien vereitelt.

Die **deutsche Flottenleitung** plante einen Vorstoß gegen die englischen Streitkräfte im Kanal und an der englischen Küste, um den schwerbedrängten nördlichen deutschen Flügel des Landheeres zu entlasten. Die Hochseeflotte sollte auf hoher See eine Bereitschaftsstellung einnehmen. Unter den verhexten Mannschaften verbreitete sich das Gerücht, die Flotte solle zur Vernichtungsschlacht gegen England geführt werden. **Am 28. Oktober verhinderte die Mannschaft das Ausfahren des Linienschiffes "Markgraf"**. Die Besatzungen weiterer deutscher Linienschiffe schlossen sich den Meuterern an. Sie faßten folgende EntschlieÙung: "Greift der Engländer uns an, so stellen wir unseren Mann und verteidigen unsere Küsten bis zum Äußersten, aber wir selbst greifen nicht an. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht, andernfalls wird Feuer ausgemacht." Das dritte Geschwader wurde nach Kiel geschickt, auf den Linienschiffen "Großer Kurfürst" und "Friedrich der Große" wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Meuterer wurden zum Teil nach Wilhelmshaven gebracht.

Am letzten Oktobertage begab sich Kaiser Wilhelm von Berlin ins Große Hauptquartier nach Spa. Aber in Spa fehlte jede politische Beratung und zu sagen hatte er dort auch nichts mehr. Der Kaiser fuhr hinter die Front nach Flandern, verteilte Dekorationen und feuerte die Mannschaften zum Aushalten an, während in Berlin und Norddeutschland immer lauter die furchtbaren Donner eines heraufziehenden Gewitters grollten.

Am 1. November fand in der **Kieler Stadthalle** eine Versammlung statt, eine Deputation wurde entsandt, welche sofortige Freilassung der Gefangenen fordern sollte. Der Gouverneur von Kiel, Admiral Souchon, empfing diese, weigerte sich aber, zu verhandeln. Als am nächsten Tage eine Kompanie den Befehl erhielt, Ansammlungen der Meuterer zu zerstreuen, gehorchte sie nicht.

Zu ernstern Zusammenstößen kam es am Sonntag, dem 3. November. Matrosen hielten Versammlungen ab, die Arbeiter sympathisierten mit ihnen. In aufrührerischen Reden forderte man die Befreiung der Verhafteten. Ein Demonstrationzug mit den roten Fahnen an der Spitze begab sich unter Hochrufen auf die Republik zur Marine-Arrestanstalt, wurde aber durch ein Kommando von etwa fünfzig Ingenieur aspiranten und Maaten zerstreut. Hierbei gab es acht Tote und neunundzwanzig Verwundete. Das erste Blut des Bürgerkriegs war geflossen. Am Montagmittag, dem 4. November, erklärte der Gouverneur von Kiel seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit den Matrosen. Deren Abordnungen versammelten sich im Gewerkschaftshause und stellten ein Programm ihrer Wünsche auf, welches u. a. enthielt: Anerkennung des inzwischen gebildeten Soldatenrates, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Grußpflicht, Gleichheit der Offiziere und der Mannschaften in der Verpflegung, Aufhebung des Offizierskasinos, Freigabe der wegen Gehorsamsverweigerung Verhafteten und Strafflosigkeit der nicht auf das Schiff zurückgekehrten Mannschaften. Außerdem wurde gefordert vollständige Rede- und Preßfreiheit, Unterlassung der Briefzensur und Unterbleiben jeglicher Schutzmaßnahmen, die mit Blutvergießen verbunden wären. Die Flotte sollte unter keinen Umständen auslaufen. Der Schutz des Privateigentums sollte vom Arbeiter- und Soldatenrat übernommen werden, diejenigen Offiziere, die sich nicht den Beschlüssen des Soldatenrates fügten, sollten sofort ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst quittieren.

**Matrosenmeuterei  
in Kiel**

**Der Aufstand in Kiel hatte jetzt die gesamte Flotte ergriffen.** Auf allen Schiffen wurde die rote Flagge gehißt. Die Garnison Kiel schloß sich den Aufständischen an. Eine Abordnung der Matrosen überreichte dem Gouverneur von Kiel die Forderungen ihrer Kameraden, Admiral Souchon bewilligte sie. Auch an diesem Tage floß Blut. Die Offiziere des Linienschiffes "König" widersetzten sich dem Hissen der roten Fahne. Die Kriegsflagge verteidigend, wurden drei von ihnen niedergeschossen. Zu einer kurzen Schießerei kam es in den ersten Nachmittagsstunden im Kasernement Wik.

Doch bald schloß sich die Werftdivision der aufständischen Torpedodivision an. Die gesamte Garnison Kiel ging zu den Rebellen über. Truppen, die von auswärts zur Unterdrückung herangezogen wurden, machten gemeinsame Sache mit den Meuterern. Der Soldatenrat hatte alle Gewalt an sich gerissen. Die Anführer telegraphierten nach Berlin, Haase und Ledebour sollten kommen. Das Telegramm wurde abgefangen, und statt der Unabhängigen trafen am Abend des 4. November der Demokrat Haußmann und der Mehrheitssozialist Noske ein, um Bericht zu erstatten und die Bewegung nicht in das radikale Fahrwasser gleiten zu lassen. Männer mit roten Abzeichen empfingen sie auf dem Bahnhof. Noske erkannte die Situation: die Marineleitung konnte nicht mehr der von den Unabhängigen und Spartakisten angezettelten Meuterei Herr werden: **aus der Meuterei wurde eine Revolution.**

Am 5. November wurde der Sowjetbotschafter **Joffe** wegen revolutionärer Propaganda aus Deutschland ausgewiesen. Wie so viele **Anordnungen aus der letzten Zeit des Kaiserreichs, kam auch diese zu spät.** Es war der Regierung seit Wochen bekannt, daß Joffe während seiner Berliner Amtstätigkeit drei- bis vierhundert Kuriere aus Moskau und Petersburg empfangen habe. Wo sie geblieben waren, wußte kein Mensch. Mit Unterstützung russischer Gelder wurden Waffen gekauft und an die deutschen Spartakusleute verteilt. Da kam ein Zufall der saumseligen kaiserlichen Regierung zu Hilfe: am 4. Oktober entfielen einer beschädigten Kurierkiste auf Bahnhof Friedrichstraße in Berlin Flugblätter, die zu Revolution und Meuchelmord aufreizten. Was nützte die nachträgliche Feststellung, daß die Sowjetbotschaft in Berlin aufs engste mit spartakistischen Organisationen in Berlin, Duisburg, Köln, Solingen, Stuttgart und Düsseldorf zusammengearbeitet hatte? In der letzteren Stadt hob man sogar ein richtiges Bolschewistennest unter russischer Führung aus.

Die Revolution wurde von Kieler Matrosen auch in **Hamburg und Lübeck entfacht.** Am Nachmittag des 5. November, einem Dienstag, entwichen 150 Militärgefangene in Hamburg aus der Kaserne in der Bundesstraße. Am Abend sprach der Unabhängige Dittmann vor einer Versammlung, die von vielen Tausenden besucht war. Am nächsten Mittwochmorgen entwaffneten die Kieler Revolutionäre die Hamburger Polizei, die keinen Widerstand leistete. Ein Oberst, der Befehl zum Feuern gab, wurde erschossen. Aber nur langsam schloß sich die Arbeiterschaft, die vorwiegend mehrheitssozialistisch war, dem Aufruhr an. Schließlich kam doch ein Zusammenarbeiten zustande. Ein Arbeiter- und Soldatenrat wurde eingesetzt.

Leichter war die Sache in **Lübeck.** Eine Marineabteilung forderte die Garnison auf, sich den Forderungen des Kieler Soldatenrates anzuschließen. Ein Soldatenrat wurde gebildet, der nun das Regiment in der Stadt hatte.

Auch in **Bremen** setzten die Matrosen einen Arbeiter- und Soldatenrat ein. In den Kasernen bemächtigten sich die Soldaten der Kommandogewalt. Jedoch die Arbeiterschaft hielt sich zurück. In **Brunsbüttel** besetzte ein Geschwader von vier Linienschiffen die Schleusen des Nordostseekanals und bildete einen Soldatenrat.

**Am Abend des 5. November hatte die Revolution, von Kiel ausgehend, sich über die beiden holsteinischen Küstengebiete bis nach Rostock und Schwerin**

**Ausbreitung  
der Revolution**

**verbreitet.** Widerstandslos kapitulierten die örtlichen Gewalten, weil sie auf keine Unterstützung von seiten der schwachen kaiserlichen Regierung hoffen durften. Und dennoch hätte nur ein wenig Aktivität genügt, um die schwankende Arbeiterschaft Bremens und Hamburgs verfassungstreu zu halten. Aber der Kaiser, anstatt sich persönlich ins Aufruhrgebiet zu begeben und zu beschwichtigen, vertrieb sich die Zeit mit der Verteilung Eiserner Kreuze.

**Vorbereitung des  
Waffenstillstandes**

An jenem 5. November, da die Flammen der Revolution immer weitere deutsche Gebiete ergriffen, traf eine Note der Vereinigten Staaten ein, wonach die **Eröffnung der Waffenstillstandsverhandlungen angekündigt wurde.** Wilson stützte sich auf ein Memorandum, das ihm die alliierten Mächte nach Kenntnis des deutsch-amerikanischen Notenwechsels übermittelt hatten und das folgenden Wortlaut hatte:

"Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Verei-

nigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnliche sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen zuläßt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten. Ferner hat der Präsident in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll."

Wilson erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden und hatte im Einverständnis mit den alliierten Regierungen **Marschall Foch beauftragt, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.**

Damit waren die Verhandlungen über den "Vorfrieden" abgeschlossen: Der Weg für den Abschluß des Waffenstillstandes war frei. Welch grausames Wehe aber enthielten all die Bedingungen, welche Wilson als Voraussetzung für die Einstellung des Krieges in seinen Noten aufgestellt hatte! **Räumung und Befreiung der besetzten Gebiete, Sturz der kaiserlichen Macht und Abrüstung, Wiederherstellung der verwüsteten Landstriche und Wiedergutmachung aller Kriegsschäden, soweit sie die Zivilbevölkerung betroffen hatten, Abtretung Elsaß-Lothringens, Errichtung Polens!** Das Furchtbare aber war dabei, daß den Deutschen jede Rechtsgrundlage entzogen wurde, auf der sie etwa verhandeln konnten, denn aus jedem Satze Wilsons klang es deutlich heraus: **Deutschland ist schuld am Weltkriege.** Der amerikanische Präsident stand völlig im Banne dieser von Frankreich, Belgien und England in die Welt gesetzten und von der ungeschickten Politik Bethmanns unterstützten Lüge.

**Das deutsche Volk andererseits stand völlig im Rausche der revolutionären Ideen.** Es war verblendet und erkannte nicht, was seiner von Seiten der Gegner wartete. Ja noch mehr, es war verblendet durch die **Doktrinen der Sozialdemokratie**, die im Gefühle ihres Sieges die Behauptung aufstellte, wenn das deutsche Volk erst die Waffen niedergelegt habe, dann werden die Sozialisten der feindlichen Länder sich mit den deutschen Sozialdemokraten verbinden und verbrüdern! Dann würden nicht die Regierungen Englands, Frankreichs usw. mit der deutschen Regierung einen imperialistischen Frieden schließen, der, das sah man wohl ein, für Deutschland eine ungeheure Katastrophe bedeuten würde, sondern die Völker würden einen Frieden des Verzichts auf gegenseitige Annektionen und Kontributionen schließen. **Die Zeit der nationalen Feindschaften sei zu Ende, die Zeit der internationalen Verständigung und Versöhnung sei angebrochen.** Gewiß sei die kaiserlich deutsche Regierung schuld an diesem schrecklichen Kriege, aber das Volk habe nichts gemein mit dieser Regierung und könne auch nicht für deren Schuld haftbar gemacht werden. - Das waren die Argumente, mit denen die Führer der Mehrheitsparteien sich und die Massen betörten, und unter den Auspizien des Völkerfriedens und der Völkerversöhnung betrieb die Sozialdemokratie den **Sturz des an allem Unglück schuldigen Kaiserreiches**, indem sie die Triebkräfte der militärischen Meuterei auf das politische Gebiet hinüberleitete. Erst wenn das Volk im unbeschränkten Besitze der Macht sei, so glaubte man, könnten erfolgreiche Waffenstillstandsverhandlungen angebahnt werden. Die Feinde, die das Kaiserreich vernichten wollten, würden der Republik Deutschland Wohlwollen beweisen. -

**Sozialdemokratische Hoffnungen**

Am 7. November wurde Noske zum Gouverneur von Kiel gewählt. Neben ihm stand der "Oberste Soldatenrat des Befehlsbereichs der Ostseestation". Sämtliche militärische Forderungen der Matrosen waren erfüllt. Von der Küste aus drang die Revolution an diesem und dem folgenden Tage nach

dem **Herzen Deutschlands** vor. In Hannover, Köln, Braunschweig, Magdeburg, Leipzig, Dresden entstanden Arbeiter- und Soldatenräte. Noch trug die Bewegung den Charakter einer rein militärischen Meuterei, sie war ausgegangen von den Unabhängigen und Spartakisten, und die **Mehrheitssozialdemokratie** hatte nur halben Anteil an ihr. Als nun aber einmal die Revolte losgebrochen war, waren die Mehrheitssozialisten weit entfernt, sie gewaltsam zu unterdrücken. Ihr Ziel war es lediglich, die Bewegung in ihre eigenen politischen Bahnen zu lenken, den Radikalen die Zügel aus der Hand zu nehmen und den militärischen Aufruhr, den sie als gegebene Tatsache hinnahmen, ihren Zielen, d. h. der Erzwingung der **Abdankung des Kaisers** und des sofortigen Friedens, dienstbar zu machen.

**Forderung  
der Abdankung  
des Kaisers**

Unter dem Eindruck der ersten Kieler Ereignisse hatte schon am 28. Oktober Scheidemann einen Brief an Prinz Max von Baden geschrieben, worin er sowohl als Mitglied des Kabinetts wie im Namen der Sozialdemokratischen Partei die **Abdankung des Kaisers** forderte. Als die Wirren der ersten zehn Tage vorüber waren und die Sozialdemokratie erkannte, daß sie die Lage beherrschte, wurde sie sich des in ihre Hand gegebenen Machtmittels der Revolution voll bewußt und ging rücksichtslos gegen den sich weigernden und von seinen Generalen unterstützten Kaiser vor. Am 5. November forderte das Kieler *Volksblatt* den Rücktritt des Kaisers. Zwei Tage später überreichte Scheidemann dem Prinzen Max von Baden ein Ultimatum, in dem die Sozialdemokratie forderte, daß die Versammlungsverbote für diesen Tag aufgehoben würden, Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten würden, die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit, d. h. parlamentarisch, umgestaltet würde, der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt werde und die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis zum 8. November mittags bewirkt werden sollte, um das letzte Hindernis für den Abschluß des Waffenstillstandes zu beseitigen. Von der Erfüllung dieser Forderungen machten die Sozialdemokraten ihr weiteres Verbleiben in der Regierung abhängig. Die ersten vier Forderungen wurden ohne Schwierigkeiten von der Regierung erfüllt. Um so mehr konnten die Mehrheitssozialisten jetzt ihre ganze politische Energie auf den fünften Punkt konzentrieren. Ohne alle Umstände zeigten sie dem Volke und der Regierung, daß das Schicksal Deutschlands in ihrer Hand lag, und daß die ganze Verantwortung dafür, ob es sich zum Guten oder Bösen wende, einzig und allein in dem Entschlusse des Kaisers ruhe. Sie machten Prinz Max gegenüber kein Hehl daraus, daß sie unbedenklich aus der Regierung austreten und mit den Radikalen gemeinsam vorgehen würden, wenn der Kaiser nicht abdanken würde. Die drohende Gefahr eines Bürgerkrieges stieg empork, und die Verantwortung dafür wurde vor aller Öffentlichkeit auf den Kaiser abgewälzt.

Mit meisterhaftem Geschick nutzte die Sozialdemokratie am 8. November ihre starke Stellung aus. Mächtig im Bewußtsein ihrer Kraft, hatte sie es in der Hand, **der bürgerlichen oder der proletarischen Republik zum Siege zu verhelfen**. Daß sie unbedenklich eine Verbindung nach links eingehen würde, hatte sie schon im Januarstreik bewiesen. Schonungslos ging sie über die Persönlichkeit des schwachen Kaisers hinweg, frei, nach keiner Seite gebunden. Sie bändigte die Aufrührer und mahnte zur Besonnenheit. Sie hatte den Reichskanzler in der Hand und knetete ihn nach ihrem Willen. Scheidemann drohte, daß die Führer nicht mehr die Massen zügeln könnten, wenn der Kaiser seine Abdankung verweigere. Das machte Eindruck auf Prinz Max von Baden. Der Termin der Abdankung wurde nicht eingehalten, noch aber bannten die Mehrheitssozialisten die revolutionäre Energie der Straße, einerseits, um nicht einen Kampf zu entfesseln, in dem sie möglicherweise zeitweilig die Macht verlieren konnten, andererseits, um das Druckmittel auf den Reichskanzler nicht zu verlieren, dessen Eindruck bekanntlich vor der Anwendung stärker als hinterher ist. Die Sozialdemokratie wollte den Blutpreis für die Republik so tief wie irgend möglich herabdrücken. Vor allem aber wollten die Mehrheitssozialisten nicht durch ihren Austritt aus der Regierung die in Gang gekommenen **Waffenstillstandsverhandlungen** gefährden; denn gerade deren Abschluß allein konnte der ganzen revolutionären Bewegung in den Augen Deutschlands und aller Welt eine moralische Berechtigung geben. Um des Friedens willen hatte die Flotte gemeutert und um des Friedens willen mußte Maß gehalten werden, und gerade um des Friedens willen mußte das Kaiserreich zerbrochen werden.

**Forderungen der  
Sozialdemokratie**

So erließ der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion am 8. November in Berlin **folgenden Aufruf**:

"Arbeiter, Parteigenossen! Ein Teil der von uns gestern aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden. Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Die sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung.

Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht.

Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage.

Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung.

Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen.

Sonnabend vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen. Arbeiter, Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub um wenige Stunden. Eure Kraft und Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub."

**Ereignisse in  
München**

Die Wogen der Erregung gingen hoch in Berlin an jenem 8. November, und, wie dies Bulletin ahnen läßt, war es den Mehrheitssozialisten nicht ganz leicht, die Geister zu bannen. Verschärft wurde diese Situation durch **die Ereignisse, die sich in der Nacht vom 7. zum 8. November in München abgespielt hatten**. Hier war am 7. November die Revolution ausgebrochen und hatte die Flucht König Ludwigs III. veranlaßt. Kurt Eisner, ein gelehrter Jude und ehemaliger *Vorwärts*-Redakteur, hatte, trotzdem die Mehrheitssozialisten in Bayern die stärkeren waren, bereits seit Januar 1918 die Politik der Unabhängigen in Wort und Schrift gepredigt. Infolge einer während des Streiks gehaltenen Rede wurde er wegen Hochverrats verhaftet und mit Gefängnis bestraft, aber im Oktober wieder freigelassen. Er verfügte über umfangreiche Mittel, zum größten Teile ausländisches Geld. Von Oktober bis Mitte November 1918, in knapp sieben Wochen, zahlte er, wie aus Papieren seines Nachlasses hervorging, 165 Millionen Mark für revolutionäre Zwecke aus! Mit Tatkraft ging er also an die Durchführung seiner Ideen, und **in Bayern hatte die Bewegung gleich von Anfang an den Charakter einer politischen Revolution**. Schon am 5. November hatte Eisner in einer großen Versammlung auf der Theresienwiese öffentlich erklärt: "Ich setze meinen Kopf zum Pfande: in zweimal vierundzwanzig Stunden ist Bayern eine Republik!" Wiewohl drei Regierungsstellen diese Äußerung bekannt war, unternahmen sie nichts. Sie mißtrauten dem Militär und der Polizei; untätig ließ man den Dingen freien Lauf. Am 7. November 8 Uhr abends erschienen plötzlich der Vorsitzende des Ministerrates und der Innenminister beim König und eröffneten ihm, man müsse noch in der Nacht mit einem Sturm auf die Residenz rechnen. Die Majestäten und die Prinzessinnen-Töchter sollten sofort München verlassen. Die Abreise und ihr Ziel müsse streng geheimgehalten werden. Zuverlässige Truppen seien nicht mehr vorhanden. Der greise Fürst, der in dieser Weise überrumpelt worden war, konnte nichts weiter tun als diesem Rate folgen. Zu gleicher Zeit sprach Eisner in einer Massenversammlung, in der man Abdankung des Kaisers, Verteidigung der Armee auf die Verfassung und vollständige Demokratisierung Deutschlands forderte. Ein großer Demonstrationzug bewegte sich durch die nächtliche Stadt, die Garnison schloß sich ihm an. König Ludwig III. hatte bereits München verlassen, als die Schloßwache entwaffnet wurde. "Nieder mit dem Kaiser, hoch die Republik!" wurde gerufen. Auf dem

Max-Josephs-Platz wurde zu den Fenstern der Residenz hinaufgegrölt, "runter mit dem Millibauern, 'runter mit der Topfenresl!" Ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wurde gebildet, dessen Vorsitzender, Eisner, unverzüglich die Absetzung der Dynastie Wittelsbach verkündete. Das Volk hatte die Macht der Zivil- und Militärbehörden gestürzt und die Regierung selbst in die Hand genommen. Hier in Bayern war der entscheidende Schritt geschehen, die monarchische Tradition zuerst zerschnitten und der Führer der Unabhängigen, Kurt Eisner, hatte die Republik proklamiert.

Der Umschwung in Bayern, der am 8. November in Berlin bekannt wurde, brachte auch dort den Stein ins Rollen. Während die Mehrheitssozialisten durch ihr Manifest die Erregung der Bevölkerung öffentlich zu beruhigen suchten, waren sie nun um so mehr entschlossen, gemeinsam mit den Unabhängigen vorzugehen, falls bis zum nächsten Morgen der Kaiser nicht endgültig abgedankt hätte; denn nach den Münchener Vorgängen konnten sie die Frist ihres Austrittes aus der Regierung bis zum Abschluß des Waffenstillstandes unmöglich einhalten, wenn nicht offener Bürgerkrieg in Berlin und im Reiche ausbrechen und sich zugleich gegen sie selbst richten sollte.

**Der 9. November war da. Der Kaiser hatte nicht abgedankt. Die Unabhängige Sozialdemokratie rief den Generalstreik aus.**

**Der 9. November**

Die Mehrheitssozialisten schlossen sich an. Ihre Minister traten aus der Regierung aus. Die Straßen waren von Menschenmassen angefüllt. In den Kasernen agitierten Sozialisten und bestimmten die Soldaten, im gegebenen Augenblicke nicht zu schießen. Der Kanzler erfuhr dies und gab einen Erlaß heraus, wonach das Militär von der Waffe keinen Gebrauch machen sollte. Er wollte den Truppen das offene Überschwenken zu den Revolutionären ersparen. Seit zehn Uhr verhandelten Mehrheitssozialisten und Unabhängige über die Bildung einer neuen Regierung in Reich und Preußen. Das vierte Jägerbataillon, das von Naumburg zur Unterdrückung der Unruhen nach Berlin gebracht worden war, ging zu den Revolutionären über. Die Ersatztruppen des Alexander-Garde-Regiments folgten, dann das Gardefüsilieregiment, die zweite Batterie Jüterbog. Schließlich standen sämtliche Regimenter, mit Ausnahme der Gardeschützen, auf seiten der Aufständischen.

**Eine sozialdemokratische Abordnung, von Ebert und Scheidemann geführt, begab sich zum Reichskanzler Prinz Max von Baden.**

**Abdankung  
des Kaisers**

Sie erklärte, das Volk wünsche die Leitung seiner Geschicke selbst zu übernehmen. Sie wies darauf hin, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes hinter ihr stände, daß der größte Teil der Garnison sich mit dem Volke vereinigt hätte. Der Kanzler fragte, ob Ebert die Verantwortung für Aufrechterhaltung der Ruhe übernehmen könne. Ebert bejahte. Jetzt teilte der Kanzler mit, er habe aus Spa ein Telegramm erhalten, das die **Abdankung des Kaisers** ankündigte. Außerdem verzichtete Prinz Max formell zugunsten Eberts auf den Kanzlerposten. Hierauf begab sich Scheidemann zum Reichstagsgebäude und proklamierte von der Freitreppe aus die Deutsche Republik: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!" So war das Deutsche Kaiserreich am 9. November 1918 mittags ein Uhr zur Republik geworden. In dem Widerstreit der elementaren Gewalt und der Vernunft hatte die Vernunft gesiegt. Im letzten Augenblicke hatte Prinz Max das Wohl einer großen Nation über das Wohl eines einzelnen Mannes gestellt, der nichts mehr bedeutete: er hatte die Abdankung des Kaisers und Königs verkündet, obwohl das kaiserliche Telegramm nur mitteilte, daß Wilhelm II. zwar als deutscher Kaiser, nicht aber als König von Preußen abgedankt habe. Es war ein Verfassungsbruch, geboren aus der Erkenntnis einer Staatsnotwendigkeit.

**Deutschland  
als Republik**

Der **Kaiser** hatte bis zum 7. November jeden Versuch, ihn zur Abdankung zu bewegen, zurückgewiesen. Die Ereignisse in Bayern und die äußerst pessimistischen Berichte aus Berlin erschütterten einigermaßen die Stimmung im Hauptquartier. Am 8. November erwog Wilhelm II., um seinem Volke den Bürgerkrieg zu ersparen, um "Blutvergießen zu verhindern", der Kaiserwürde zu entsagen, nicht aber als König von Preußen abzudanken, in diesem Sinne telegraphierte er an Prinz Max. Er glaubte nicht an die Republik und meinte, mit der Niederlegung der Kaiserwürde seine Gegner zu befriedigen. Er hatte kein Telegramm an Prinz Max gesandt, das seine vorbehaltlose und vollkommene Abdankung ankündigte. Trotz seines großen Zornes war der ratlose Kaiser gezwungen, nun die Konsequenzen zu ziehen. Seine Ratgeber erkannten unter den auf sie einstürmenden pessi-

mistischen Eindrücken klar die Lage, in der sich das Kaisertum befand, sie erteilten ihrem Herrn einen Rat, der unter den obwaltenden Umständen als der einzig staatspolitisch kluge Entschluß zu bezeichnen ist: sie rieten ihm, das neutrale Holland aufzusuchen. **Verlassen von seinem Volk, verlassen von seinem Heer überschritt am 10. November morgens fünf Uhr Kaiser Wilhelm im Auto die holländische Grenze als ein Flüchtiger, gefolgt von einer kleinen Schar Getreuer.**

So endete die Kaiserherrlichkeit dieses Monarchen, der im tiefsten Grunde unselbständig und furchtsam war. Ohne die gehaltvolle Tatkraft seiner Vorfahren, ohne die Zivilcourage seines Großvaters, der 1862 bereit war, das Schicksal Karls I. von England zu teilen, wagte er nicht, dem Gang der Dinge entgegenzutreten. Er ließ die Ereignisse treiben und ließ sich von ihnen treiben, bis er im Strudel unterging. Unbemerkt ging er von dannen. Sein Weggang erweckte weder bei seinen Gegnern Interesse, denn sie konnten nichts mehr von ihm fordern, alles hatten sie ihm schon genommen, noch bei seinen Freunden übermäßige Trauer, denn sie waren in langen Jahren durch seine Schwäche enttäuscht worden. Am 28. November erklärte er in aller Form seinen Verzicht auf den deutschen und preußischen Thron, der Kronprinz ließ seine diesbezügliche Erklärung am 1. Dezember folgen.

**Das historische Dokument des kaiserlichen Thronverzichts** hat folgenden Wortlaut:

"Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie mir als Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben! Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhaber der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich und unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und begedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.

gez. Wilhelm."

Auf diese Weise sanktionierte der verbannte Kaiser nachträglich den Schritt seines Reichskanzlers Prinz Max von Baden. -

Die Ereignisse der deutschen Revolution sind auf knapp zwei Wochen zusammengedrängt. Und dennoch gab es eine Fülle von Momenten, welche zum Zusammenbruch des Kaiserreichs führten. Durch den Krieg, seine Opfer und Entbehrungen, hatte die in der deutschen Sozialdemokratie schlummernde radikal-revolutionäre Tendenz neues Leben und neue Nahrung bekommen. Dem ersten Ansturm des Spartakus im Frühjahr 1916 folgte ein Jahr darauf ein verstärkter Angriff, der im Januar 1918 in noch größerem Umfange wiederholt wurde und schließlich im Oktober-November eine reguläre Meuterei in Flotte und Heer entfesselte. In Wahrheit haben die Linksradiكالen (Unabhängige) den Kaiser gestürzt, als sie sein letztes Machtmittel, die Armee, zerbrachen. Die Mehrheitssozialisten hatten den parlamentarischen Weg der Entthronung des Kaisers beschritten. Sie behielten sich die Handlungsfreiheit nach zwei Seiten vor; solange die Verfassungsfragen im Parlament entschieden wurden, standen sie zu den bürgerlichen Demokraten, sobald aber die Möglichkeit einer Entscheidung durch Aktion des Volkes auftauchte, hielten sie sich zu den Linksradiكالen, so im Januar und im November 1918. Nie aber gaben sie die Führung aus den Händen, und darin lag ihre zukünftige Stärke. Die bürgerlich-demokratischen Parteien spielten die Rolle der Trabanten der Sozialdemokratie. Ihnen blieb nichts bei dem Umsturz zu tun übrig, als durch den zu ihnen gehörigen Reichskanzler Prinz Max von Baden einen Verfassungsbruch begehen zu lassen, um die Ausrufung der Republik zu ermöglichen. -

Das Zusammenspiel dieser Kräfte in gemeinsamer Front gegen den Kaiser führte schließlich zu den Ereignissen des 9. November. Das Gelingen des Umsturzes setzte voraus, daß die Macht der Kaiser-

lichen Regierung gebrochen war. Die dauernde Spannung zwischen Oberster Heeresleitung und Zivilregierung unter Bethmann-Hollweg brachte eine innenpolitische Schwäche der Kaiserlichen Regierung mit sich, wodurch sich die revolutionären Kräfte erst voll entfalten konnten. Schritt für Schritt wurde der Kaiser seiner Macht und seiner Rechte beraubt, bis ihm nur die einzige Möglichkeit blieb, durch ein siegreiches Kriegsende seine Autorität wiederzugewinnen. Als diese Hoffnung fehlgeschlagen war, blieb ihm nur noch widerstandslose Kapitulation vor der Revolution übrig. So vollzog sich in Deutschland der Übergang vom Kaiserreich zur Republik für die Mehrheit des Volkes als etwas Selbstverständliches, schon längst Erwartetes.



## 2. Kapitel: Der Übergang.

Als Prinz Max von Baden sein Amt niedergelegt hatte, erließ **Friedrich Ebert** folgende Proklamation:

"Mitbürger! Der bisherige Kanzler hat mit der Zustimmung aller seiner Minister mir die Leitung der Geschäfte übertragen. Ich werde in Gemeinschaft mit den Parteien eine Regierung bilden. Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Ziel muß sein, dem deutschen Volke so schnell wie möglich den Frieden zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu sichern. Mitbürger! Ich bitte euch dringend, Ruhe und Ordnung zu wahren."

Die Berliner Ereignisse wirkten auf das ganze Reich, die Fürsten verließen ihre Hauptstädte, ohne Blutvergießen errang die Sozialdemokratie die Macht, Soldatenräte bildeten sich in allen Truppenteilen der Front und der Heimat, überall entstanden Arbeiterräte.

**Ebert forderte die Unabhängigen auf, sich gleichmäßig an der Regierungsbildung zu beteiligen.** Allerdings verspürten diese keine große Lust, mit den Mehrheitssozialisten zusammen zu arbeiten, und besonders unversöhnlich zeigte sich bei den Verhandlungen der intransigente **Ledebour**. Liebknecht war inzwischen mit seinem Anhang zum kaiserlichen Schloß gezogen, hatte dort die rote Fahne gehißt und von einem Fenster aus eine Ansprache ans Volk gehalten. Jetzt betrat er das Verhandlungszimmer mit diktatorischer Geste und bestimmte: "Alle Exekutive, Legislative und Gerichtsbarkeit gehört den Arbeiter- und Soldatenräten." Daraufhin forderte Scheidemann eine Entscheidung der Unabhängigen, ob sie sich an der Regierungsbildung beteiligen wollten oder nicht.



Wels vor den Soldatenräten im Reichstag, Ende 1918. Photo Scherl.

Im Laufe des Nachmittags ernannten diese unter der Voraussetzung, daß das Kabinett nur aus sozialdemokratischen Beauftragten bestehen dürfe, drei Mitglieder aus ihrer Mitte: Haase, Dittmann und den ganz links stehenden doktrinären Metallarbeiter Barth. Die Spartakisten wiesen das Angebot, einen Vertreter zu nominieren, schroff zurück. So wurde der "**Rat der Volksbeauftragten**" gebildet aus den Mehrheitssozialisten Ebert, Scheidemann, Landsberg und den Unabhängigen Haase, Dittmann, Barth.

*Der Rat der  
Volksbeauftragten*

Neben diesem aber stand, als Inhaber der eigentlichen Regierungsgewalt, ein "**Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte**". Dieser wurde aus den Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die am Abend des 9. November im Reichstag zu ihrer ersten Sitzung zusammentraten. Ihren Beschluß, am nächsten Nachmittag eine Regierung zu bilden, machten sie rückgängig, nachdem der Rat der Volksbeauftragten konstituiert war und von diesem die Bedingung angenommen worden war, **daß alle politische Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegen solle**. Ebert, Scheidemann und Liebknecht sprachen vor den 3000 Delegierten, und mit besonders stürmischer Freude wurde Eberts Mitteilung aufgenommen, daß beide sozialdemokratische Parteien eine gemeinsame Regierung gebildet hätten. Es zeigte sich, daß bei der überwältigenden Mehrheit der Unabhängigen der Wille bestand, die infolge des Krieges entstandene Trennung von den Mehrheitssozialisten wieder aufzugeben. Der Wille nach einer **demokratischen Republik** beseelte diese Leute. Nur eine kleine intransigente Mehrheit unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stand abseits: sie erstrebten die bolschewistische Diktatur des Proletariats. Von dieser Seite ging das an jenem 9. November verteilte spartakistische Flugblatt aus, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, die Regierungssozialdemokraten zu boykottieren, da sie die Revolution vier Jahre lang verraten hätten und fortfahren würden, sie zu verraten.

*Vollzugsrat der  
Arbeiter-  
und Soldatenräte*

**Drei Tage hatte die deutsche Revolution gedauert: vom 7. - 9. November. Innerhalb zwölf Stunden war sie entschieden** und hatte sie gesiegt. Nüchtern, ohne große Schwierigkeit und ohne viel Blutvergießen vollzog sich dies historische Ereignis. Mittags erklärte Prinz Max von Baden die Abdankung des Kaisers, und Scheidemann proklamierte die Republik, um Mitternacht hatten sich die beiden sozialdemokratischen Parteien zu gemeinsamer Regierung gefunden. Die Entwicklung dieser zwölf Stunden war durchaus friedlich, ohne jede Machtprobe, fast geschäftsmäßig abgelaufen. Die Revolution war dem deutschen Volke wie eine überreife Frucht, die nicht erst gepflückt zu werden brauchte, in den Schoß gefallen.

Soweit das **Bürgertum** nicht aktiv an dem Umsturz beteiligt war, sah es teilnahmslos der Entthronung des Kaisers zu, weil es fieberhaft auf das Ende des Krieges wartete. Soweit noch nationale, machtpolitische Energien lebendig waren, beschränkten sie sich auf den Adel und einen verschwindenden Teil des Bürgertums, zersplittert und in verschiedenen Richtungen laufend, jahrelang enttäuscht durch das Verhalten des Kaisers, durch seine Flucht geradezu entmutigt. Kaum ein Zwölftel des Volkes mag in jenen Tagen hetzender Wirrnisse daran gedacht haben, den Gang der Ereignisse aufzuhalten. Die **linksradikale Seite** verfügte zwar über eine hohe Aktivität - denn der Zusammenbruch der Marine und der Armee war vorwiegend ihr Werk - aber über eine immerhin verschwindende Anhängerschar ohne straffe Organisation und Disziplin. In drei Heeressäulen marschierte das deutsche Volk seiner Zukunft entgegen: eine starke Mitte, die Frieden nach innen und außen wollte, etwa 50 Millionen des Volkes umfassend, eine Rechte, die einen starken und sicheren Staat wünschte, kaum mehr als insgesamt 7 Millionen Anhänger zählend, und eine Linke, den Umsturz und die Diktatur des Proletariats vorbereitend, aber nur kaum 3 Millionen Anhänger stark.

Die wichtigste Sorge der neuen Regierung galt vor allem dem **Abschluß des Waffenstillstandes**. Hiervon hing überhaupt ihr Bestand, ihre Zukunft ab. Aus ihrem Gelöbnis, den Frieden herbeizuführen, leitete sie allein das Recht und die Rechtmäßigkeit ihrer Existenz ab. Der Waffenstillstand mußte also zwangsläufig abgeschlossen werden, um jeden Preis. Die neue Regierung mußte zeigen, daß sie imstande war, der Welt den Frieden zu geben, wozu sich die kaiserliche Regierung als unfähig erwiesen hatte. Ein Frieden der Versöhnung würde geschaffen werden, und alle Völker, einschließlich des deutschen, würden sich im

*Der Waffenstillstand*

Völkerbunde zum Weltfrieden zusammenfinden. Kein Mensch in Deutschland dachte daran, daß die Ententestaaten ihren Sieg bis zur vollständigen Niederschmetterung Deutschlands ausnutzen würden, am allerwenigsten die neue Regierung. Die Deutschen glaubten, nach den jahrelangen Täuschungen, die ihnen aufgetischt worden waren, auch in Frankreich und England stehe die Revolution nahe bevor, und die Regierungen dieser Länder mußten auf die Stimmung ihrer Völker Rücksicht nehmen, die allen Ernstes zu einer Verbrüderung mit dem deutschen Volke schreiten würden.

**In dieser hoffnungsfrohen Stimmung hatte sich bereits vor dem Umsturz die deutsche Waffenstillstandskommission an die Front begeben, von Erzberger geführt.** Man vermied es ängstlich, bei dieser Reise das Große Hauptquartier zu berühren. Erzberger betrachtete bereits am 8. November die Abdankung des Kaisers als vollzogen. In Begleitung des ehemaligen Pariser Militärattachés, Generals von Winterfeldt, passierte die Kommission an diesem Tage die feindlichen Linien und traf im Walde von Compiègne mit der von Marschall Foch geführten feindlichen Kommission zusammen. Es wurde den Deutschen erklärt, daß Verhandlungen von vornherein ausgeschlossen seien. Es gäbe nur Annahme oder Ablehnung der Bedingungen, die ein höchst grausames Diktat darstellten. Bis spätestens 11. November, mittags elf Uhr, mußte sich die deutsche Kommission zu einem Ja oder Nein entscheiden haben.

Diese **Waffenstillstandsbedingungen** verlangten von Deutschland in der Hauptsache folgendes: Frankreich, Belgien und Elsaß-Lothringen mußten bis spätestens 26. November mittags elf Uhr geräumt sein. Truppen, die sich nach diesem Zeitpunkt noch in diesen Gebieten befinden, sollten als Gefangene interniert werden. 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer und 2000 Flugzeuge waren sofort abzuliefern. Bis zum 6. Dezember mußte das linke Rheinufer geräumt sein. Mainz, Koblenz und Köln würde in einem Umkreis von 30 km Durchmesser von den Verbündeten besetzt werden. Auf dem rechten Rheinufer war eine 30-40 km tiefe neutrale Zone zu schaffen. Deutschland hatte die Besatzungstruppen zu unterhalten. **Die in Deutschland inhaftierten Kriegsgefangenen** waren freizugeben, ohne daß die Alliierten die gleiche Forderung erfüllten. Die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest wurden aufgehoben. 5000 Lokomotiven, 150 000 Wagen, 5000 Kraftwagen und die elsass-lothringischen Eisenbahnen mußten ausgeliefert werden. Der Bestand der belgischen Bank, das russische und rumänische Gold war zurückzuerstatten. Ostafrika sollte bedingungslos aufgegeben werden. Sämtliche U-Boote werden ausgeliefert. 6 Panzerkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer und 50 neueste Zerstörer waren sofort abzurüsten und in neutrale oder, falls keine ge-



*Der Waffenstillstandswald von Compiègne.  
Photo Scherl.*

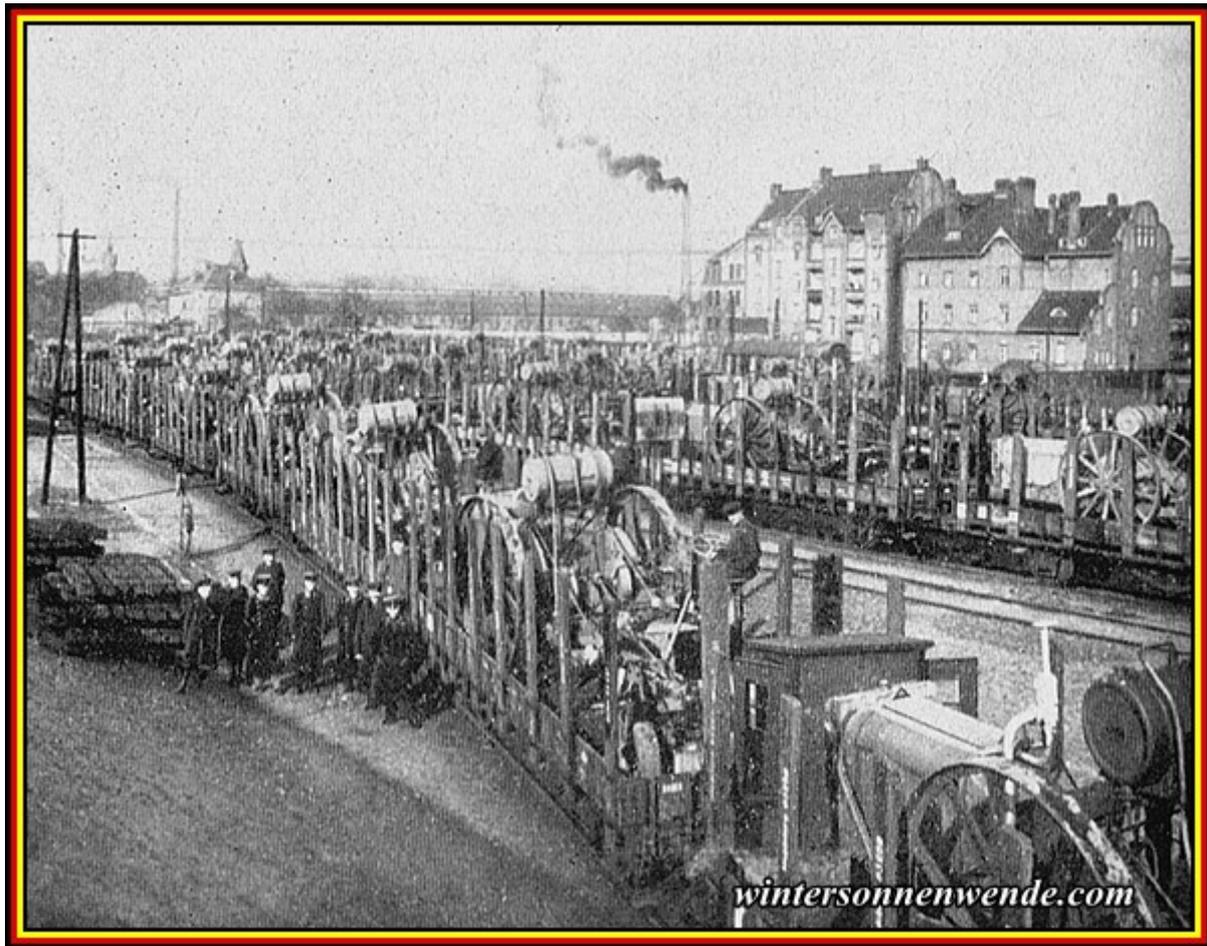


*Das tragische Denkmal im Wald zu Compiègne.  
Photo Scherl.*



*Versailles: Ablieferung deutscher Lokomotiven.  
Photo Scherl.*

eignete vorhanden waren, in interalliierte Häfen zu überführen. Die Durchfahrt durch das Kattegat sollte freigegeben werden. **Die Blockade** blieb weiter bestehen. Der Waffenstillstand dauerte sechs- unddreißig Tage.



*Versailles: Deutsche Landmaschinen für Frankreich. Photo Scherl.*

Das waren die Bedingungen, die Erzberger entgegennahm. Sie sahen erheblich anders aus als das, was man aus Wilsons Versprechungen erhofft hatte. Es handelte sich nicht mehr um allseitigen Verzicht auf Entschädigungen und Annexionen, sondern um **regelrechte Kapitulation eines durch eine schwere Niederlage gedemütigten Deutschland vor unerbittlichen Feinden trotz des Sturzes der Monarchie**. Verhandeln ließen diese nicht mit sich. Ablehnung bedeutete weiteres Vorrücken der Alliierten, Verlängerung des Krieges. Vor allem aber hätte eine Ablehnung den Sturz der neuen Regierung durch die Spartakisten zur Folge gehabt. Es blieb also nur Annahme übrig. Das Volk und die Regierung wollten Frieden haben, und wenn es sein mußte, um jeden Preis, das Volk, weil es des Krieges müde war, die Regierung, weil sie sich behaupten wollte und mußte.

**So blieb Erzberger nichts weiter übrig, als anzunehmen.** Am 11. November morgens fünf Uhr zwanzig Minuten westeuropäischer Zeit unterzeichnete er im Salonwagen des Marschalls Foch die Waffenstillstandsbedingungen. Um elf Uhr westeuropäischer Zeit war der Weltkrieg zu Ende. **Unter furchtbaren moralischen und materiellen Opfern für Gegenwart und Zukunft liquidierte die deutsche Republik die Politik des deutschen Kaiserreiches.** Es war ein nebelfeuchter Novembertag, nicht sehr kühl. In den französischen und belgischen Städten wurden um die Mittagsstunde die Glocken geläutet. Die Luft war still, wie schon seit Jahren nicht, denn die Kanonen schwiegen. Die Glockenklänge schwebten durchs Land, weithinein ins deutsche Heer. Den Feinden kündeten sie Sieg, den Deutschen Niederlage. Ein tiefer Zwiespalt der Empfindungen erschütterte die Herzen der deutschen Armee. Die einen atmeten auf, daß nun der Friede komme, während den anderen, die sich bis zuletzt den Sinn für nationale Größe und Freiheit bewahrt hatten, ein bitteres Weh die Seele durchschnitt. Das deutsche Heer, von den Belgiern gehöhnt, gelästert und hinterrücks beschossen, strebte dem Rheine zu. Der **Generalfeldmarschall von Hindenburg** war in jenen Tagen der am

allertiefsten gedemütigte Deutsche. Aber sein unerschütterlicher Charakter wuchs über alle irdische Not hinaus. Im Grunde seiner Seele das erbärmliche Verhalten des Kaisers, wenn nicht bewußt, so doch instinktiv mißbilligend, wandte er sich von diesem ab und stellte sich in den Dienst der deutschen Pflicht. Mit Würde entledigte er sich dieser Aufgabe. Er leitete den Rückzug der deutschen Millionarmee, so daß er sich geordnet vollziehen konnte und nicht noch ein großer Teil des Heeres in Gefangenschaft geriet, wie es die Folge eines ungeordneten und planlosen Zurückflutens gewesen wäre. Das deutsche Heer trat von der Weltbühne ab, nicht in regelloser Flucht, sondern in Anstand und Würde; den nachdrängenden Feind im Rücken, überschritt es den Rhein, mit verhüllten Fahnen, 1 700 000 Deutsche, die den Heldentod im Weltkrieg gefunden hatten, hinter sich lassend.



*Deutsche Truppen überschreiten im November 1918 den Rhein bei Ehrenbreitstein. Photo Scherl.*



*Rückkehr letzter deutscher Truppen aus dem Elsaß über den Rhein, November 1918. Photo Scherl.*

Als der Waffenstillstand unter Dach und Fach gebracht worden war, **ging die Berliner Regierung unverzüglich dazu über, die durch den Krieg der Bevölkerung auferlegten Fesseln zu lösen.** Am 12. November erließ der Rat der Volksbeauftragten folgendes Manifest:

**Erste Verordnungen der neuen Regierung**

"An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.

5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.

6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.

7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben.

8. Die Gemeindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalsarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht."

Dieses Regierungsprogramm brachte einerseits den Abbau aller Kriegsverordnungen, andererseits aber wurde klar, daß die Regierungsabsichten der Mehrheitssozialisten mehr auf eine Vereinigung mit dem demokratischen Bürgertum als mit den Linksradiكالen hinstrebten. Die Spartakisten fühlten sehr wohl diese Tendenz, und so wuchs auch im Rate der Volksbeauftragten die innere Spannung, da ein Teil der Unabhängigen den Linksradiكالen nahestand. Es lag in der Luft, daß zwischen den Mehrheitssozialisten und Spartakisten bald scharfe Auseinandersetzungen um den endgültigen Besitz der Macht stattfinden mußten.



*Liebknecht spricht zu den Spartakisten. Photo Scherl.*

**Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stellten am 18. November ihre Forderungen in der *Roten Fahne* auf:** Arbeiter- und Soldatenräte, Räteparlament, Rote Garde, Konfiskation des Großgrundbesitzes: "Verwirklichung des letzten Zieles des Sozialismus." Der Unabhängige Polizeipräsident Eichhorn hatte sich mit einer starken Prätorianergarde umgeben und erweckte dadurch das Mißtrauen der Mehrheitssozialisten. Der zu ihnen zählende Berliner Stadtkommandant Otto Wels

stellte nun eine republikanische Bürgerwehr auf, und am 21. November kam es zwischen beiden bewaffneten Haufen zur Schießerei. Die Spartakisten drohten in ihrer Wut: "Wer der Sozialrevolution im Wege steht, wird in Stücke gerissen."

**Am 25. November trat eine Reichskonferenz der Länderregierungen** zusammen, in der Erzberger und Solf einen sehr düsteren Bericht über die auswärtige Lage entwarfen. Eine schreckliche Enttäuschung war dem Ergebnis des 11. November gefolgt. Eisner erhob schwere Anklagen gegen die Regierung und erklärte, diese außenpolitischen Bedrängnisse kämen lediglich daher, daß die Regierung mit Männern wie Erzberger und Solf zusammenarbeite, die schon unter der alten Regierung hervorgetreten seien. Er verlangte die Entlassung Solfs, welcher Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, und am 20. Dezember wurde dieser durch Graf Brockdorff-Rantzau ersetzt, der bis dahin Gesandter in Kopenhagen war. Eine linksradikale Forderung auf sofortige Sozialisierung wurde abgelehnt, dagegen beschloß man **möglichst schnelle Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung**. "Bis dahin sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Vertreter des Volkswillens."



*Spartakisten im Berliner Tiergarten.  
Photo Sennecke.*

Die Linksradikalen waren sehr unzufrieden mit dem Ergebnis; sie wünschten die Wahl zur Nationalversammlung so lange wie möglich hinauszuzögern, damit erst die alte Militär- und Beamtenhierarchie gebrochen wurde und der Sozialismus nicht durch Reaktion und Gegenrevolution gefährdet werde. Eine starke Agitation der Linksradikalen setzte ein, die darauf hinauslief, die Mehrheitssozialisten aus der Regierung zu verdrängen und schließlich die Diktatur des Proletariats zu errichten und die Wahl des Parlamentes gänzlich zu vereiteln.

Während dieser internen Auseinandersetzung hatten **polnische Truppen am 18. November Grenzorte der Provinz Posen okkupiert**. Die deutsche Regierung begann Verhandlungen anzuknüpfen, die von dem pazifistischen Unterstaatssekretär Helmuth von Gerlach geführt wurden, und die deutschen Truppen wurden zum großen Teile zurückgezogen. Dies hatte später den Verlust der Provinz zur Folge.

**Seit Mitte November befanden sich die alliierten Truppen im Vormarsch auf den Rhein**. Die Franzosen besetzten Mülhausen (14. November), Metz (17. November), Saarbrücken (18. November). Afrikanische und indische Truppen versuchten sogar am 24. November widerrechtlich einige Orte der Pfalz zu besetzen. Grausam und rigoros verfuhrten die neuen Herren gegen das Deutschtum im Elsaß, Haus und Hof und alle Habe mußten die Deutschen zurücklassen, als Geächtete und Bettler unter schimpflicher Behandlung wurden sie über den Rhein geschickt oder interniert, in den Forts von Straßburg. Am 8. Dezember sperrten die Franzosen die deutsche Universität Straßburg und entließen sämtliche Professoren ohne Gehalt und Pension. Anfang Dezember erreichten die feindlichen Truppen das Rheinland. Am 6. zogen die Engländer in Köln, am 8. in Bonn ein. Die Belgier okkupierten am 10. Rheydt, und vier Tage später waren Mainz und Wiesbaden in französischer Gewalt. Unter eisiger Zurückhaltung, ja mit drohenden Mienen empfing die Bevölkerung die Sieger, und nur zu den englisch-amerikanischen Streitkräften bahnten sich mit der Zeit bessere Beziehungen an.

Aus den Waffenstillstandsverhandlungen war den deutschen Vertretern deutlich klar geworden, **daß die Alliierten die ganze Schuld am Weltkriege auch auf das republikanische Deutschland abwälzen wollten**. So unsinnig an und für sich diese Ansicht war, so war sie doch im Laufe von vier Jahren durch zielbewußte Propaganda geradezu zu einem unumstößlichen politischen Glaubensbekenntnis des Auslandes geworden. Zudem war ja im ersten revolutionären Übereifer von der Sozialdemokratie "An Alle" gefunkt worden, daß Deutschland um Verständigung bitte und sich als Allein-

**Alliierter und  
polnischer Vormarsch**

schuldiger am Weltkrieg erkläre. Die Sozialdemokraten Molkenbuhr und Müller hatten den Funkspruch unterzeichnet, der in der Absicht gegeben war, die ehemalige kaiserliche Regierung zu kompromittieren, ohne daß man sich über die bedenklichen Folgen klar wurde, die ein solches Eingeständnis bei den Feinden hervorrufen mußte. Am 29. November richtete die deutsche Regierung an die Regierungen von England, Frankreich, Belgien, Italien und den Vereinigten Staaten eine Note, in der sie die Einsetzung einer neutralen Kommission zur Klärung der **Kriegsschuldfrage** vorschlug. Sämtliche kriegführenden Mächte hätten ihr vollständiges Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Der Schritt war sinnlos nach Molkenbuhrs Funkspruch und hatte keinen Erfolg. England antwortete erst am 7. März.

### Wachsende Spannung in Berlin

In Berlin stieg unterdessen die politische Spannung immer höher. Am 5. Dezember kam es, als Truppen durch die Straßen marschierten, zu einer Schießerei, bei der vierzehn Spartakisten getötet wurden. Unvermeidlich trieben die Dinge zum Höhepunkt, zur Entscheidung. **Am 16. Dezember trat der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zusammen**, der mit ungeheurer Mehrheit die Teilnahme Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs an den Beratungen ablehnte. Der Kongreß bewies wiederum, daß die Arbeiter- und Soldatenräte im allgemeinen auf der Seite der Mehrheitssozialisten standen, nur wenige Spartakisten waren unter seinen Mitgliedern. Die Linksradikalen inszenierten große Massendemonstrationen und erzwangen am 18. einer Deputation "im Namen von 250 000 Arbeitern" den Eintritt in den Kongreß. Sie erhoben hier schwere Anschuldigungen gegen die Regierung. Schließlich wurde ein Kompromiß angenommen: **Der Kongreß, der die gesamte politische Macht Deutschlands verkörperte, übertrug dem Rate der Volksbeauftragten alle legislative und exekutive Gewalt bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung.**



*Maschinengewehre und Drahtverhau gegen Spartakisten am Hallischen Tor zu Berlin 1918.  
Photo Sennecke.*

Der Kongreß richtete ferner einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte ein, zur Beaufsichtigung des deutschen und preußischen Kabinetts, deren Mitglieder er ernennen und entlassen konnte. - Der Zentralrat, bestehend aus 27 Mitgliedern, von denen 9 den Arbeiter- und Soldatenräten angehörten, war ganz und gar mehrheitssozialistisch, da die Unabhängigen die angebotenen Sitze ausgeschlagen hatten. Es war der Theorie nach die oberste Instanz des Reichs, in der Praxis regierten die Volksbeauftragten mit diktatorischer Gewalt. Es wurde beschlossen, das stehende Heer durch eine Miliz abzulösen, deren Offiziere durch Soldaten gewählt und durch Soldatenräte kontrolliert wurden. **Am 19. Dezember stimmte der Reichskongreß dem Vorschlag der Regierung zu, Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 auszuschreiben.**

Die Spartakisten waren sehr rührig. Mit unerhörtem Fanatismus predigten sie Kommunismus und Klassenkampf und organisierten bewaffnete rote Garden. Sie waren fest entschlossen, die Macht der Regierung in die Hände zu bekommen, ehe die Nationalversammlung gewählt wurde. Sie wollten nach russischem Vorbild die proletarische Diktatur errichten; an ein Volksparlament war dann nicht mehr zu denken, wenigstens nicht im demokratischen Sinne.

### Weihnachtskämpfe

Ein Anlaß, diese Aktionen in die Wege zu leiten, fand sich für die Linksradikalen sehr bald. **Die Beaufsichtigung des kaiserlichen Schlosses war der in den Marställen untergebrachten Marinodivision anvertraut**, deren Entwaffnung der Stadtkommandant von Berlin, Wels, forderte, da die Matrosen viele Gegenstände des Schlosses entwendeten. Diese waren einverstanden, verlangten aber Weiterzahlung ihrer Löhnung, was jedoch verweigert wurde. Wels wurde im Schlosse gleichsam wie ein Gefangener zurückgehalten, während ein Teil der Matrosen zum Kanzlerpalais zog. General Lequis erhielt nun Befehl, die Matrosendivision aus dem Schlosse zu entfernen. Als sein Ultimatum unbeantwortet blieb, eroberte er am frühen Morgen des 24. De-



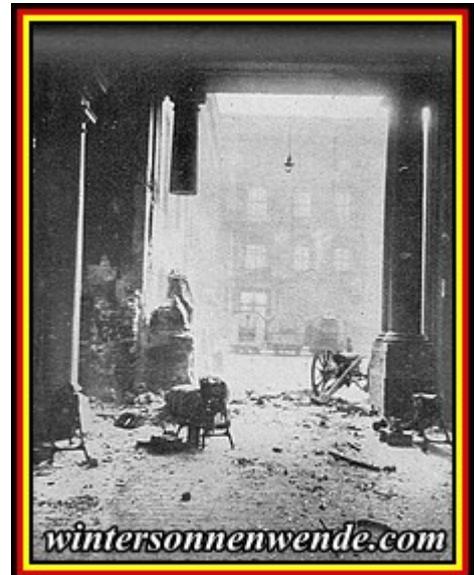
*Regierungstruppen gegen Kommunisten, die den Marstall in Berlin besetzt haben. Photo Scherl.*

zember das Schloß, wobei es dreißig Tote gab. Die Unabhängigen vermittelten einen Waffenstillstand, und die Matrosen zogen ab. Zum erstenmal hatte ein General auf die Aufrührer geschossen. Das Ereignis vollendete den Bruch zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Die Mehrheitssozialisten erkannten, daß eine Zusammenarbeit mit den Unabhängigen auf die Dauer nicht möglich sei. Allein aber konnten sie sich nicht mehr von diesen befreien. Da riefen sie die alte kaiserliche Armee zu Hilfe, und nur auf sie gestützt, konnten Ebert und Scheidemann die Wendung von der bolschewistischen Diktatur zur bürgerlichen Demokratie vornehmen.

Barth sympathisierte ganz offen mit den Matrosen und beschuldigte die Mehrheitssozialisten, sie hätten das Blutvergießen verschuldet, was diese natürlich energisch ablehnten. Auch Haase und Dittmann sahen in den Vorgängen des 24. Dezember eine Gefahr für die Revolution, und so erklärten diese am 29. Dezember ihren Austritt aus der Regierung. An ihre Stelle traten die beiden Mehrheitssozialisten Noske und Wissell. **Das Tisch-**

**tuch zwischen Mehrheitssozialisten und Linksradikalen war zerschnitten.** Während sich die nun rein mehrheitssozialistische Regierung der bürgerlichen Demokratie zuwandte, rüsteten die Spartakisten offen zum Entscheidungskampfe gegen die Machthaber. Das Reichskabinettt bestand aus Ebert (Inneres), Scheidemann (Äußeres), Noske (Heer und Marine), Landsberg (Finanzen) und Wissell (Sozialpolitik). Ebert und Scheidemann führten den Vorsitz. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sollten die Geschäfte des Reichs von dieser Regierung geführt werden.

**Die außenpolitische Lage verschlechterte sich immer mehr.** Am 13. Dezember trafen Erzberger



*Der Schloßhof zu Berlin am 24. Dezember 1918.*

*Photo Scherl.*

und Foch in Trier zusammen. Der französische General erhob Vorwürfe, daß Deutschland mit den Ablieferungen im Rückstand sei, demgegenüber beklagte sich Erzberger, daß die Frist zu kurz sei und die Nahrungsmittelzufuhr noch nicht begonnen habe. Der Waffenstillstand wurde um einen Monat verlängert. Auch die Aktivität der Polen nahm wieder zu. Schon seit Mitte November wühlten in Posen und Oberschlesien polnische Elemente gegen Deutschland. Am 15. Dezember brach dieser neue, eigentlich noch gar nicht existierende Staat die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab. Die Weihnachtsfeiertage benutzten die Polen zur Vorbereitung der Überwältigung und Entwaffnung der noch in Posen stehenden deutschen Truppen. Dies geschah nach zweitägigen blutigen Straßenkämpfen am 27. und 28. Dezember, deren geistige Urheber die Polen Dmowski und Paderewski waren. Am folgenden Tage besetzten die Polen Gnesen. So bahnten sie sich den Weg zur militärischen Besetzung der infolge der Novemberverhandlungen Hellmuth von Gerlachs fast ganz von deutschen Truppen entblößten Provinz, die im Laufe des Januars erfolgte.



24. Dezember 1918: Zerschossenes Hauptportal des Königlichen Schlosses zu Berlin. Photo Scherl.

Am Ende des Jahres 1918 befand sich Deutschland in einer trostlosen Lage. Zwar war die Entwicklung der Revolution bereits soweit gediehen, daß die Regierungsgewalt ausschließlich in den Händen der Mehrheitssozialisten lag, die ihrerseits die Verbindung mit dem demokratischen Bürgertum statt mit den linksradikalen Spartakisten anstrebten, aber **das Heraufziehen eines Bürgerkrieges** wurde immer deutlicher und offensichtlicher, und an seiner Erbitterung war kein Zweifel nach allem, was man bisher von Liebknecht und seinen Anhängern erfahren und vernommen hatte. Nach den harten Waffenstillstandsbedingungen war auch von den Westmächten keine Gnade zu erwarten, während im Osten der polnische Feind mitten im Lande stand. Je wilder das deutsche Volk von den Fiebern des Bürgerkrieges geschüttelt wurde, um so zufriedener war man draußen, in Frankreich und England, in Polen und Rußland. -

### Drohender Bürgerkrieg



### 3. Kapitel: Innere Erschütterungen, äußere Bedrängnis.

Auch das **Bürgertum** begann sich politisch zu festigen und zu organisieren, lediglich zu dem Zwecke, den Ausschreitungen der Spartakisten, die von Gewalttaten und Plünderungen begleitet wurden, entgegenzutreten. In Wünsdorf und Döberitz bildeten sich Ende 1918 Freikorps aus Offizieren und Soldaten, welche die Absicht hatten, den neuen Staat gegen sämtliche spartakistische Angriffe zu verteidigen. Der Gedanke einer Gegenrevolution tauchte nirgends ernstlich auf, weil, wenn man wirklich an die Wiederherstellung der Monarchie gedacht hätte, kein geeigneter Prätendent aufzufinden war. Es wäre ja für diesen Zweck, der Tradition des Kaiserreichs zufolge, nur ein Hohenzoller in Frage gekommen. Aber die öffentliche Meinung war infolge des Krieges zu sehr gegen das Fürstengeschlecht eingenommen, als daß eine Bewegung für die Wiedererrichtung des hohenzollernschen Kaisertums Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Eine aussichtslose Bewegung einzuleiten, wäre von vornherein ein Wahnsinn gewesen und unterblieb daher.

### Stellung des Bürgertums

Für den **rechten Flügel des deutschen Volkes** gab es nur eine Aufgabe: **gemeinsam mit der Demokratie gegen die spartakistischen Umsturzversuche anzukämpfen**, die Ruhe und Ordnung unter der bestehenden Regierung gegen die Diktaturgelüste des Proletariats zu schützen. Darüber hinaus sollten auch die hohen idealen Werte gepflegt werden, die besonders bei den Frontsoldaten in vierjähriger Kriegszeit in edler, selbstverleugnender Weise zur Ausbildung gelangten: Pflichterfüllung und Kameradschaftstreue. Ohne Ansehen der Person, des militärischen Dienstgrades, der politischen Parteistellung oder des bürgerlichen Berufes sollten alle diese jetzt zersplitterten Kräfte des Frontheeres wieder gesammelt werden zum Zwecke der politischen und kulturellen Wiederauf-

richtung Deutschlands und des deutschen Volkes. Diese Gedanken bewegten den Magdeburger Franz Seldte, als er am **1. Weihnachtsfeiertage 1918 mit einigen anderen Frontsoldaten den "Stahlhelm" gründete, jene Organisation, die sich in den nächsten Jahren über ganz Deutschland verbreitete und zum mächtigsten und gefürchtetsten Gegner der Spartakisten wurde.**

In allen größeren Städten Deutschlands machten sich ähnliche Bestrebungen bemerkbar, die sich zumeist unter dem Namen von "**Bürgerwehren**" oder "Einwohnerwehren" zusammenfanden. Sie beschränkten sich dann nicht bloß auf Frontsoldaten. **Der Januar 1919 führte die Sozialdemokratie endgültig an die Seite dieser bürgerlichen Selbstschutzorganisationen zur gemeinsamen Bekämpfung des spartakistischen Gegners.**



*Ledebour spricht nach den Kämpfen vom 24. Dezember 1918 gegen den Bruderkrieg. Photo Scherl.*

Eichhorn, der Mitglied der Unabhängigen und Polizeipräsident von Berlin war, hatte seine Mithilfe bei der Unterdrückung des Matrosenaufstandes verweigert. Daraufhin entthob ihn der sozialdemokratische Stadtkommandant Wels seines Postens am 4. Januar. Jetzt wandte sich Eichhorn an Liebknecht und Ledebour, und alle drei forderten die Massen auf, **die Regierung zu stürzen**. Der Generalstreik wurde am folgenden Tage ausgerufen und eine Massendemonstration in der Siegesallee abgehalten. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren die Seele der Bewegung. Ihr Handeln war letzten Endes nur darauf gerichtet, die verhaßten Verräter der Revolution, Ebert, Scheidemann, Noske und all die andern, zu beseitigen. Der tiefere Sinn der ganzen Bewegung war überdies, die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Karl Radek, ein fanatischer Sendbote der russischen Bolschewisten, goß unentwegt Öl ins Feuer. Am Abend wurde das Zeitungs-viertel besetzt. Man pro-klamerte die Absetzung der Volksbeauftragten und setzte einen "Revolutionsausschuß" ein. Ver-handlungen zwischen den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, die durch Vermittlung gemäßiger Unabhängiger geführt wurden, verliefen ergebnislos. Die Spartakisten waren nicht zu bewegen, die *Vorwärts*-Druckerei herauszugeben. Sie ergingen sich in wüsten Schmähungen gegen die Mehrheitssozialisten, und die vorläufige Reichsregierung war ihres Lebens nicht mehr sicher. Die Lage war ernst.

***Beginn der  
"Spartakuswoche"***

Die **Regierung** wußte, daß die Soldaten, die Matrosen und die Berliner Polizei unzuverlässig waren. Wenn sie sich in dieser Lage behaupten wollte, mußte sie also wieder wohl oder übel ihre **Zuflucht nehmen zu den Offizieren der alten Armee**, welche die berufenen Träger der monarchi-

schen Tradition waren. Sie tat es und, indem sie ihre Macht auf das alte Offizierkorps stützte, das nicht nach parteipolitischen Sonderinteressen fragte, sondern als etwas Selbstverständliches seine Pflicht zur Erhaltung des Vaterlandes tat, **führte die Regierung den entscheidenden Wendepunkt in der deutschen Revolution herbei: dem zerschlagenen Deutschland ward die neue welthistorische Aufgabe zuteil, trotz seiner Revolution der Hort westeuropäischer Kultur gegen russischen Bolschewismus zu werden.** Diese Aufgabe konnte nur dadurch erfüllt werden, daß sich die monarchische und sozialdemokratische Bewegung unter Verzicht auf ihre parteipolitischen Sonderinteressen zur Bekämpfung des Spartakismus vereinigten. Von republikanischem Staatsbewußtsein war in jenen Tagen kaum die Rede. General Maercker schreibt: "Die Rettung der Regierung kam von einer Seite, von der ihre Mitglieder es ebensowenig erwarteten wie erwünschten, nämlich von dem Offizierkorps."

### **Niederwerfung der Spartakisten**

**Der Rat der Volksbeauftragten erteilte Noske die Aufgabe, den in Berlin ausgebrochenen spartakistischen Aufstand zu unterdrücken.** Noske wurde zum Oberbefehlshaber der Regierungstruppen ernannt. Einen General wollte man nicht mit der Niederwerfung der Linksradiكالen beauftragen, da hierdurch die Gegensätze wesentlich verschärft und der Bürgerkrieg erheblich erbitterter geworden wäre. Es war ein klug berechneter Schachzug der Regierung, daß sie einen Zivilisten und Sozialdemokraten an die Spitze stellte, und zwar den Mann, der sich in den kritischen Novembertagen als Mittelsperson das Vertrauen der Arbeiterschaft erworben hatte. Und ebenso klug und diplomatisch handelte Noske, indem er sich der Heeresorganisation der alten Armee bediente. Er wußte, daß seine neue Stellung staatsmännischen Scharfblick, zielbewußte Energie und politischen Takt erforderte, und er besaß diese drei Gaben in hohem Maße. "Irgend jemand muß der Bluthund sein, ich werde mich der Verantwortung nicht entziehen." Mit diesen "Worten übernahm er seinen Posten, von der Regierung berufen, durch den Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat bestätigt.

**Mit Hilfe der Offiziere stellte Noske Freikorps auf, die sich aus angeworbenen Offizieren und Soldaten zusammensetzten und in dieser Gestalt eine politisch zuverlässige und militärisch geschulte Truppe gegen links bildeten.** Außerdem befehligte Noske die regulären Truppen der Mark Brandenburg. Sein Hauptquartier verlegte er aus der Reichshauptstadt heraus und begann, durch einen Generalstab erfahrener Offiziere beraten, planmäßig mit der Niederwerfung der Auführer, die sich in heftigen, tagelangen Straßenkämpfen in Berlin abspielte. Die Räume des *Vorwärts* wurden am 11. Januar gestürmt, und von den dort anwesenden 300 bewaffneten Insurgenten wurden 7 erschossen. Am folgenden Tage wurde das Polizeipräsidium mit allen Künsten der Kriegführung, mit schweren Maschinengewehren, Minenwerfern und Haubitzen belagert und schließlich durch die Gardefüsiliere erstürmt. Ein Stadtteil nach dem andern mußte in blutigen Kämpfen den Spartakisten entrissen werden. Am 13. Januar war der Kampf, der eine Woche gedauert hatte, zu Ende, und die Spartakisten mußten sich wohl oder übel damit abfinden, daß sie die Besiegten waren und von den Regierungstruppen entwaffnet wurden. Zwei Tage später wurden die beiden Führer der Linksradiكالen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die geflohen waren, aufgegriffen. Liebknecht benutzte eine Panne des Autos, in dem er abtransportiert wurde, zur Flucht und stach dabei einen Soldaten nieder. Seine Wächter schossen auf ihn und trafen ihn tödlich. Am selben Abend wurde Rosa Luxemburg in das Untersuchungsgefängnis überführt. Auf der Straße wurde sie erkannt und von der über das von ihr angerichtete Unheil maßlos erbitterten Menschenmenge gelyncht. Die Spartakisten behaupteten, ihre Führer seien von Angehörigen der Gardekavallerieschützendivision vorsätzlich erschossen worden, worüber es später zu einem Prozeß kam. Karl Radek, der ebenfalls geflohen war, konnte nicht mehr gefaßt werden.



**Berliner Polizeipräsidium  
nach Spartakusherrschaft.  
Photo Sennecke.**



6. Februar 1919: Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in Weimar. Photo Scherl.

Die "Spartakuswoche" spielte sich nur in Berlin ab, aber es herrschte während dieser Zeit in den anderen Teilen des Reichs, besonders in den Industriebezirken, eine bis zum äußersten gesteigerte Spannung. Spartakistische Putschversuche in **Düsseldorf** und **Dortmund** verliefen ergebnislos, auf dem **Leipziger Hauptbahnhof** kam es am 9. Januar zu einem Zusammenstoß, der vier Tote und neun Verwundete brachte. Ein Transport von Regierungstruppen, der für Berlin bestimmt war, wurde entwapnet und nach seinem Demobilmachungsorte zurückgeleitet. Jedoch der erste Mißerfolg der Regierungstruppen in Berlin hätte große Gebiete Deutschlands schon damals in die Wirren eines blutigen Bürgerkrieges gestürzt. So aber konnte, ganz gegen die Absicht der Spartakisten, **die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden**. Die Marschroute der neuen Republik wurde nun auch durch das Volk im demokratischen Sinne festgelegt. Es zeigte sich, daß die Mehrheitssozialdemokraten 11½ Millionen Stimmen, also 40 Prozent aller Stimmberechtigten überhaupt, erhielten, während die beiden Rechtsparteien, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, welche die Revolution im Prinzip verurteilten, nur zusammen 4½ Millionen Stimmen erzielten. Als Bundesgenossen der Sozialdemokratie waren ferner die 6 Millionen Zentrumswähler und die 5½ Millionen bürgerliche Demokraten aufgetreten, während die Unabhängigen nur mit 2,3 Millionen Stimmen, als zweitkleinste Partei, aus dem Wahlkampf hervorgingen. Insgesamt hatte sich das deutsche Volk mit 23 Millionen Stimmen für die neue gemäßigte bürgerlich-sozialistische Republik erklärt. Dieses überwältigende Ergebnis war das Resultat einer zehnwöchigen mehrheitssozialistischen Politik, die für sich beanspruchte, nicht nur den Krieg beendet, sondern auch die Spartakisten niedergeworfen zu haben.

**Am 6. Februar trat im Nationaltheater zu Weimar die Nationalversammlung zusammen.** Man mied als Sitz des Parlamentes das unsichere Berlin, um sich nicht einer unverhofften Überrumpelung durch die Spartakisten auszusetzen. Man wählte das klassische Weimar, um der neuen Republik zugleich eine Art Kulturstempel aufzudrücken. Die Mehrheitssozialisten hatten 163 Sitze inne, die Demokraten 77 und das Zentrum 88, das

*Beginn der  
National-  
versammlung*



*Einführung Friedrich Eberts als Reichspräsident durch die Nationalversammlung am 11. Februar 1919. Photo Scherl.*



*Philipp Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums. Photo Scherl.*



*Matthias Erzberger. Photo Scherl.*

waren 328 Stimmen für die Republik, während der linke Flügel 22, der rechte 63 (Deutschnationale 42, Deutsche Volkspartei 21) zu beanspruchen hatte. Der Rat der Volksbeauftragten stellte der Versammlung seine Ämter zur Verfügung, und die republikanische Koalition beauftragte Scheidemann unverzüglich mit der Bildung der neuen Regierung. Am 10. Februar wurde das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt angenommen (Notverfassung), wodurch das staatsrechtliche Ende der Revolution herbeigeführt wurde. Am folgenden Tage wählte die Versammlung mit 277 Stimmen gegen 102 und bei 41 Enthaltungen Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten.



*1919: Reichspräsident Ebert bei den heimgekehrten Truppen. Photo Scherl.*

**Scheidemann bildete am 13. Februar seine Regierung.** Sie bestand aus 7 Mehrheitssozialisten:



**Briefmarken der Republik:  
die sogenannten "Arbeitermarken"  
1922. [Photo Scherl?]**

Scheidemann (Ministerpräsident), Bauer (Arbeit), Wissell (Wirtschaft), Noske (Reichswehr), Landsberg (Justiz), Schmidt und David; drei Demokraten: Preuß (Inneres), Schiffer (Finanzen) und Gothein; drei Zentrumsanhängern: Giesberts, Bell und Erzberger und zwei Parteilosen: Brockdorff-Rantzau (Auswärtiges) und Koeth.

**Regierung  
Scheidemann**

Das Programm war ein Kompromiß aus bürgerlicher und sozialistischer Demokratie mit unverkennbarem Übergewicht bürgerlicher Tendenzen. Es wurde gefordert: nach außen hin schleuniger Friedensschluß auf der Grundlage Wilsonscher Ideen, Ablehnung eines Gewaltfriedens, Wiederherstellung der Kolonien, sofortige Rückgabe der Kriegsgefangenen, Teilnahme am Völkerbund, Abrüstung, Abschaffung der Geheimdiplomatie und obligatorische Schiedsgerichte. Im Innern sollte durchgeführt werden: Demokratisierung der Verwaltung, des Heeres und der Schule, Hebung der Volksbildung, Staatsaufsicht über Berg- und Elektrizitätswerke, die Schaffung von Lohnkammern und Besteuerung der Kriegsgewinner. Es war

ein umfassendes Programm, welches wenigstens versuchte, den Wünschen des Volkes gerecht zu werden. Nur die extreme Linke und die Rechte lehnten von vornherein ihre Mitarbeit ab.

**Bald aber zeigte sich, daß der Spartakismus noch nicht zerschmettert am Boden lag, sondern aufs neue sein Haupt erhob.** Es nahten schwere Monate innerer Erschütterung und furchtbaren Blutvergießens. Da die von den Unabhängigen verlangte

**Aufstand in Kiel**

**Bewaffnung der Arbeiterschaft in Kiel** abgelehnt wurde, brach hier am 6. Februar ein Generalstreik aus, der aber schon am nächsten Tage mit Waffengewalt unterdrückt wurde. Sechs Zivilisten und ein Matrose fanden dabei den Tod. Den Aufrührern wurden die Waffen abgenommen, in deren Besitz sie sich unrechtmäßigerweise gesetzt hatten. Im **Ruhrgebiet** war seit Mitte Januar die linksradikale Bewegung nicht zur Ruhe gekommen. Die Bergleute und Hüttenarbeiter riefen einen Generalstreik aus und setzten eine aus Mehrheitssozialisten und Kommunisten bestehende Neunerkommission ein, die energisch Sozialisierung der westfälischen Bergindustrie und Erhöhung der Löhne forderte.

**Aufstände im Ruhrgebiet  
und Mitteldeutschland**

Am 12. Februar kam es zu Straßenkämpfen in Duisburg. Die Gegensätze verschärften sich immer mehr, da ein großer Teil der besonnenen Arbeiterschaft sich nicht unter die spartakistische Diktatur fügen wollte. Mitte Februar hatte der Generalstreik das ganze Ruhrgebiet und Westfalen erfaßt, und die Insurgenten schossen auf ihre arbeitswilligen Kollegen. In Mülheim wurde die Polizei entwaffnet, und in erfolgreichen Straßenkämpfen, in deren Verlauf die Waffenläden geplündert wurden, befestigte sich die Herrschaft des Terrors. In Düsseldorf besetzten die Aufrührer die Druckereien, während sie in Gelsenkirchen entwaffnet werden konnten. Am 17. Februar stürmten die Spartakisten den Bahnhof in Elberfeld, der am nächsten Tage von Regierungstruppen zurückerobert werden mußte. Der Kampf des Militärs war nicht so leicht und einfach, denn seine Gegner waren mit Kanonen, Mörsern und Minenwerfern wohl versehen. Das dem Landgrafen von Hessen gehörige Schloß Philippsruhe bei Hanau wurde geplündert (19. Februar). Auch Hamborn, das bisher noch ruhig war, schloß sich am 20. Februar dem spartakistischen Generalstreik an, der in wahnwitziger Erbitterung in einen Kampf gegen Menschen und Maschinen ausartete. Doch schon am 21. war es den Truppen gelungen, den Streik zu brechen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, den Insurgenten wurden die Waffen abgenommen, der Neunerausschuß wurde aufgelöst. Hamborn kapitulierte am 27. Februar, am folgenden Tage besetzten die Regierungstruppen Düsseldorf.

**Unterdessen drängte die Spannung in Mitteldeutschland zur Entladung.** Die Reichsregierung hatte sich geweigert, das kommunistische Betriebsrätegesetz anzuerkennen und die sofortige Sozia-

lisierung der Betriebe durchzuführen. Es waren Versprechungen gemacht worden, die nun nicht eingelöst wurden. Infolgedessen brachen Revolten aus, die durch den Streik der spartakistischen Eisenbahner begünstigt, besonders in den Städten gefahrdrohend anwuchsen.

### **Aufstand in Halle**

**Halle** war das Zentrum der Bewegung, und hier enthüllte der Bolschewismus sein wahres Gesicht. Hier bestand seit dem Dezember eine aus Arbeitern und Matrosen gebildete Sicherheitswehr, die sich als unzuverlässig erwies. Deswegen wurde aus der Mitte des Bürgertums heraus eine Bürgerwehr geschaffen. Als am 25. Februar der Generalstreik aus dem oben angegebenen Grunde einsetzte, begann die Sicherheitswehr mit der Bewaffnung des Lumpenproletariats, der Arbeitsscheuen, Arbeitslosen und Verbrecher, und der Halbwüchsigen. Sogar zweifelhafte Weiber hantierten mit Gewehren. Auf dem Markte fanden Zusammenrottungen vieler Tausender statt, und aufrührerische Ansprachen wurden gehalten. In den Straßen stauten sich die Menschen, in der Hauptsache lichtscheues Gesindel. Die bürgerlichen Zeitungen wurden am Erscheinen verhindert, ihre Druckereien besetzt und zum Teil zerstört, nur die nach der radikalen Linken tendierende sozialdemokratische Zeitung wurde ausgegeben. In allen Stadtteilen ratterten die Maschinengewehre, um das Bürgertum einzuschüchtern. An Straßenkreuzungen günstig gelegene Häuser wurden mit Bewaffneten besetzt und mit Maschinengewehren ausgerüstet. Als Antwort auf den spartakistischen Generalstreik traten die Behörden, vor allem Post und Telegraph, und die Ärzte und Kaufleute in einen Proteststreik ein. Sämtliche Geschäfte ruhten, die Fabriken lagen tot, die Läden waren geschlossen. Drei Tage verliefen in höchster Spannung. Die Stadt stand unter dem Terror der Straße. Erst am 1. März, als die Kunde von den anrückenden Truppen des Generals Maercker die Stadt durchflog, brach der Aufruhr offen aus. Allenthalben kam es zu Straßenkämpfen. Mit bestialischer Roheit wurde der Oberstleutnant von Klüber vom Pöbel gemordet. Man schleppte den Unglücklichen an die Saale, warf ihn in den Fluß und schoß solange auf ihn, bis er getroffen unterging, einen roten Fleck auf dem grauen Flusse zurücklassend. Die am Nachmittag einrückenden Truppen wurden in den Gebäuden, die sie besetzt hatten, regelrecht belagert und beschossen. Nach Einbruch der Dunkelheit plünderte der zügellose Mob die Warenhäuser in den Geschäftsstraßen der inneren Stadt. Haus für Haus wurde verheert, und die Stadt bot am nächsten Morgen einen wüsten Anblick ausgeraubter und zertrümmerter Läden. Mehrere Tage, bis zum 6. März, tobten hartnäckige Straßenkämpfe, die beiden Parteien zahlreiche Opfer kosteten. Auf beiden Seiten tackten die Maschinengewehre, dröhnten die Handgranaten. Die Insurgenten waren gut bewaffnet, aber ihnen fehlte die Disziplin und der persönliche Mut. Sie hatten zahlreiche Zivili-



*Verkehrsstreik in Berlin, Anfang 1919. Photo Scherl.*

sten in ihren Reihen, die vom Gebrauch der Waffen und der Kriegsmittel keine Ahnung hatten, aber sie besaßen vorzügliche Ortskunde, über welche die Ordnungssoldaten nicht verfügten. Schließlich wurden die Regierungstruppen des Aufruhrs Herr und entwaffneten die Insurgenten. Diese aber saßen meilenweit im Lande herum, und daher wurde die Tätigkeit der Truppen sehr erschwert.

Auch in **Leipzig** wurde am 26. Februar der Generalstreik proklamiert, anlässlich der Ermordung Eisners in München. In der Nacht zum 27. besetzten Matrosen den Leipziger Hauptbahnhof und legten allen Verkehr still. Wie in Halle, antwortete auch hier das Bürgertum mit dem Proteststreik.

**Aufstand in Leipzig**

**In Berlin kam es zu wesentlich blutigeren Kämpfen als im Januar während der "Spartakuswoche".**

Aus wirtschaftlichen Gründen proklamierten die beiden sozialdemokratischen Parteien den Generalstreik, und die Spartakisten wollten diesen auf Nahrungsmittelzufuhr, Wasser, Elektrizität und Gas ausdehnen. Infolgedessen zogen sich die Mehrheitssozialisten vom Streik zurück. Aber lichtscheues Gesindel füllte die Straßen und plünderte ein Warenhaus am Alexanderplatz. Die Marinedivision wurde zu Hilfe gerufen, verwickelte sich aber in einen wüsten Kampf mit der Polizeitruppe von Wels. Auf beiden Seiten griffen Zivilisten ein, und im Osten der Stadt erstanden Barrikaden. Mit Kanonen, Handgranaten und Flugzeugen rückten die Freikorps der Regierung vor, und es wurde allenthalben mit rücksichtsloser Grausamkeit gekämpft. Die Insurgenten, zersplittert und ohne Leitung, unterlagen. Mehr als 1000 Opfer hatte der Kampf gekostet. Am 11. März war der Generalstreik im Reiche beendet.

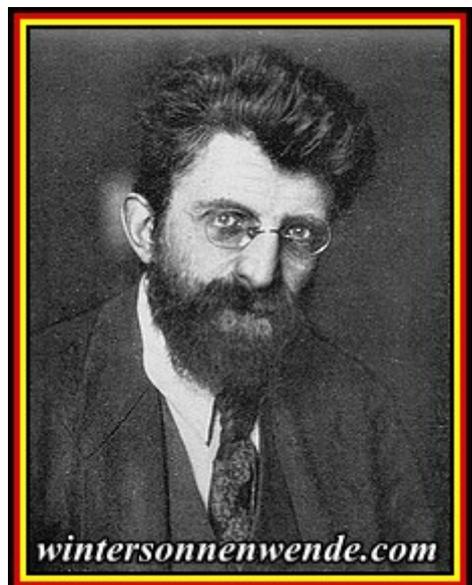
**Aufstand in Berlin**

**Von allen Seiten, auch von der bürgerlichen Demokratie, wurden schwere Vorwürfe gegen Noskes eiserne Faust erhoben.** Man beschuldigte ihn, daß er gelassen die Grausamkeiten seiner reaktionären Offiziere geduldet habe, daß er die Revolution hinterrücks ermordet habe. Man nannte ihn einen Bluthund und Arbeitermörder, und in der Tat hatte die radikale Arbeiterschaft jetzt aufgehört, den Gang der Politik zu bestimmen. Diese Beschuldigungen waren jedoch unbegründet. Die Insurgenten, welche gegen das Militär aufgehetzt waren, benahmen sich im Kampfe mit beispielloser Roheit und Erbitterung, während ihnen jeder kriegerische Mut fehlte, und die erregten Truppen mußten ihrerseits scharf zupacken, um abzuschrecken und sich Autorität zu verschaffen. Die Spartakisten hatten den Kampf mit den Waffen herausgefordert und führten ihn in ihrer Weise, sie hatten daher kein Recht, sich über seine Schärfe zu beklagen.

**Doch in Süddeutschland gärte es weiter.** Der Unabhängige Eisner, der zwar ein Gegner der Mehrheitssozialisten war, sich aber andererseits auch nicht mit den Spartakisten identifizierte, war am 21. Februar ermordet worden. Aus Rache wurden dafür zwei bürgerliche Landtagsabgeordnete ermordet und der mehrheitssozialistische Führer Auer verwundet. Der Landtag, der eine bürgerliche Mehrheit hatte, wurde gesprengt, und der Mehrheits-

**Räteregierung  
in München**

sozialist Hoffmann bildete mit den Unabhängigen eine reine sozialistische Regierung. Am 3. April forderte eine Versammlung der Mehrheitssozialisten in Augsburg die Ausrufung der Räterepublik, und **am 7. April wurde in München durch Mehrheitssozialisten und Unabhängige die Sowjetrepublik verkündet**, worauf Hoffmann mit seinem Ministerium nach Bamberg floh. Die Räteregierung ging tatkräftig ins Zeug, sie erließ Sozialisierungsgesetze (8. April) und entwaffnete das Bürgertum (12. April). Zwar war ihr Machtbereich nur klein und reichte kaum über die Grenzen Münchens hinaus, denn fast das gesamte bayrische Land hielt zur Hoffmann-Regierung. Die Garnison stürzte die neuen Machthaber am 13. April, aber schon am folgenden Tage gingen diese siegreich aus den Straßenkämpfen, begleitet von spartakistischen Plünderungen, hervor. Und nun ging die Regierung in die Hände radikalster Kommunisten über: Mühsam, Toller, Sontheimer, Egelhofer, unterstützt von den russischen Bolschewisten Leviné und



*Erich Mühsam, Spartakist.*

Axelrod. Am 15. April wurde in München der Generalstreik proklamiert, und während preußische, bayrische und württembergische Truppen ihre Kreise immer enger zogen, entwickelte sich in der von aller Welt abgeschlossenen Stadt der furchtbarste Terror. Die bayrische Hauptstadt war vollkommen in der Hand der Roten Garde. Die bürgerliche Presse war stillgelegt. Bürgerliche Versammlungen waren verboten. Haussuchungen nach Lebensmitteln wurden vorgenommen, Geiseln verhaftet, Gelder erpreßt. Zehntausend bewaffnete Arbeiter standen bei Dachau. Der erste Zusammenstoß bei Freising am 17. war für die Regierungstruppen erfolglos und verlustreich.

Von Tag zu Tag stieg der Terror in München. Ankommende Lebensmittelzüge wurden für die Rote Arbeiterwehr beschlagnahmt, während das Bürgertum hungerte. "Was tut's, wenn auch auf einige Wochen weniger Milch nach München kommt! Die Milch erhalten ja doch nur zumeist die Kinder der Bourgeoisie, an ihrem Leben haben wir kein Interesse, es schadet nichts, wenn sie sterben, aus ihnen werden ja doch nur Feinde des Proletariats!" So argumentierte Leviné im Münchener Hofbräuhaus vor seinen Anhängern. Die Eroberung Rosenheims durch die Rote Armee am 18. verlief sehr blutig. Zehn Geiseln wurden verhaftet und erschossen. Unter Tollers Führung wurde den Regierungstruppen nach schwerem Kampfe mit Geschützen und Maschinengewehren Dachau entrissen. Auch Freising war fest in den Händen der gut organisierten Rätearmee. Bis zum 25. brachte diese Kaufbeuren, Schongau, Starnberg und Kochel in ihre Gewalt. Doch während an diesem Tage die Truppen der Regierung Landshut eroberten, kam es in Nürnberg zu Unruhen. In Augsburg fanden schon seit vier Tagen Straßenkämpfe statt. In dem nicht aufständischen Teile des Landes wurden Freikorps organisiert, und am 29. April gelang es den regulären Truppen, Starnberg, Dachau, Freising, Wasserburg und Gars zu besetzen. Am folgenden Tage waren sämtliche Zugangsstraßen um München herum von Regierungstruppen besetzt. Da ließen die Kommunisten im Luitpoldgymnasium zwei gefangene Regierungssoldaten und acht Münchner Bürger, Mitglieder eines deutschvölkischen Bundes, die sie als Geiseln verhaftet hatten, erschießen. Und an diesem Tage brach infolge inneren Zwistes die Macht der Räteregierung zusammen. Am Abend wurde an die Regierung Hoffmann telegraphiert, man wünsche Frieden, aber die Truppen dürften München nicht betreten. Die Antwort lautete: "Bedingungen unannehmbar, legt Waffen nieder! Jeder Widerstand ist nutzlos." Am folgenden Tage zogen die Truppen, von bewaffneten Bürgern unterstützt, unter schweren Kämpfen in München ein. Nach hartnäckigen Gefechten wurden an den beiden folgenden Tagen auch Rosenheim und der Vorort Giesing genommen.

Am 4. Mai waren die Kämpfe abgeschlossen, die insgesamt etwa 800 Todesopfer gefordert hatten. Ein schweres Strafgericht wurde über die Aufrührer verhängt. Die Führer der Bewegung wurden standrechtlich erschossen. Die Erbitterung der Truppen über die heimtückische und hinterlistige, die grausame und blutige Kampfweise der Kommunisten ging so weit, daß aus Irrtum und Verblendung auch 21 Mitglieder eines katholischen Gesellenvereins niedergemacht wurden. Am 7. Mai kehrte die Regierung Hoffmann nach München zurück. Es wurden Selbstschutzorganisationen aus Freiwilligen gebildet, und durch die Schrecken der



*Juni 1919 in München: Fliegerabwehrgeschütze vor dem Sendlinger Tor. Photo Sennecke*



*12. Juni 1919: Freiwilligen-Einzug in München nach Befreiung von der Räteherrschaft. Photo Scherl.*

Rätezeit bewogen, entwickelte sich München in der Folgezeit zum Hauptstützpunkt der monarchischen Bewegung.

### Räteregierung in Braunschweig

Das Beispiel Bayerns wirkte auf **Braunschweig** zurück. Am 9. April wurde hier der politische Generalstreik ausgerufen und die Räteverfassung eingeführt. Das Bürgertum und die Beamten antworteten mit dem Proteststreik. General Maercker erhielt den Auftrag, Ordnung zu schaffen. Am 15. eroberten seine Truppen Helmstedt. Die Braunschweiger Räteregierung fühlte sich ihrer Sache nicht sicher und wollte mit dem General in Magdeburg Verhandlungen anknüpfen. Es wurde jedoch kein Ergebnis erzielt, und zwei Tage später besetzten die Truppen kampflos Braunschweig.

Auch in **Sachsen** kam es zu blutigen Unruhen, wenn auch in beschränktem Umfang. Am 12. April entwickelten sich in Dresden Straßenkämpfe, die von den Kriegsbeschädigten angezettelt waren. Da der mehrheitssozialistische Kriegsminister Neuring diesen eine Erhöhung ihrer Bezüge verweigerte, holte man den Unglücklichen mittags aus seinen Amtsräumen, warf ihn in die Elbe und tötete ihn durch Gewehrsalven, als er sich durch Schwimmen retten wollte. In **Hamburg** wurden am 18. April die Lebensmittelspeicher des Hafenviertels geplündert.

Als der Sommer ins Land zog, waren allerorts die seit sechs Monaten das Volk beunruhigenden revolutionären Erhebungen niedergeschlagen. Die Sache der Spartakisten und Kommunisten scheiterte daran, daß sie sich verzettelte, keine gemeinsame Führung hatte. Es wurden Aufstände hervorgerufen, die lokal isoliert waren und zeitlich aufeinanderfolgten, anstatt daß ein gewaltiger Schlag überall gleichzeitig ausgeführt wurde. Diese Verzettelung ermöglichte es der an und für sich kleinen Wehrmacht, bald hier, bald dort energisch und mit ganzer Kraft zuzupacken, während sie sich andererseits verzettelt hätte, wenn die Insurgenten überall gleichzeitig losgeschlagen hätten. Immerhin trugen die Kämpfe dazu bei, das Selbstbewußtsein der kleinen Truppe erheblich zu stärken. Die Regierung war jedenfalls von nun an mehr auf ihren Schutz bedacht. Es wurden jetzt **in großzügender Weise Freikorps und Selbstschutzformationen organisiert, und die großen Streiks hatten gelehrt, daß man sich auch gegen sie sichern müsse**. So wurde die "**Technische Nothilfe**" ins Leben gerufen, welche von den Insurgenten als Streikbrecherkolonne bezeichnet wurde. Noske aber wurde von den intransigenten Revolutionären mit tiefem Groll verfolgt. Man warf ihm vor, daß er den Tod von 15 000 Arbeitern auf dem Gewissen hätte, daß er der kapitalistischen Bourgeoisie zum Siege verholfen, ja daß er die monarchische Reaktion gegen die Republik gefördert und gekräftigt hätte.

In der Tat hatte sich Noske durch seine siegreichen Kämpfe eine derartige Achtung und Macht errungen, daß er nur noch einen Schritt zu tun brauchte, um die Militärdiktatur einzuführen; seine Truppen standen hinter ihm. Aber er tat diesen Schritt nicht, den viele hofften und viele fürchteten. Deutschland war fürs erste beruhigt in dem Sinne, in welchem einst Cäsar Gallien "beruhigte".



Frühjahr 1919: Regierungstruppen befreien Braunschweig von der Spartakistenherrschaft. Photo Scherl.



Verhaftung eines Kommunisten bei den Unruhen in Hamburg 1919. Photo Scherl.

### Freikorps, Technische Nothilfe, vorläufiges Reichswehrgesetz

Während sich das deutsche Volk mit Eifer und Energie in diesen kritischen Zeiten bemühte festzustellen, wer der stärkere der beiden feindlichen Brüder sei, Mehrheitssozialisten oder Spartakisten, stellten sich in Weimar die Parteien mit langatmigen Programmen vor und versäumten nicht die günstige Gelegenheit, sich einander die Schuld am Kriege, an dessen unglücklichem Ausgang und an den inneren Wirren vorzuwerfen. Beunruhigt durch die Aufstände in Mitteldeutschland, verabschiedete die Versammlung am 6. März das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr auf demokratischer Grundlage, 135 000 Mann stark, wobei die bestehenden Freiwilligenorganisationen weitgehend berücksichtigt werden sollten. Nach außen hin war allerdings die Tätigkeit der Nationalversammlung nicht so glücklich, wie im Innern die Tätigkeit der Regierungsparteien bei der Unterdrückung des Aufruhrs. Von den Programmpunkten ihrer Außenpolitik konnte die Regierung Scheidemann nicht einen verwirklichen.

### **Der polnische Krieg**

**Die erste Sorge der Nationalversammlung galt der Beendigung des polnischen Krieges.** Die Polen hatten, wie schon erwähnt, sich im Dezember und Januar der ganzen Provinz Posen, Teile von Westpreußen und Schlesien bemächtigt. Mit den wenigen Truppen des Feldheeres, die Hindenburg noch zur Verfügung standen und die nicht durch die Spartakistenunruhen in Anspruch genommen waren, vermehrt durch Freiwilligenformationen, wehrte sich das Reich gegen die polnischen Angriffe. Hindenburg, der die Demobilmachung der deutschen Millionearmee in zwei Monaten in Ruhe und Ordnung durchgeführt hatte, soweit davon die Rede sein konnte, entzog sich auch jetzt nicht seiner vaterländischen Pflicht und übernahm die Leitung des ostdeutschen Grenzschutzes. Am 21. Januar wurde das Hauptquartier nach Kolberg verlegt.

**Die Nationalversammlung schloß am 6. Februar einen vorläufigen Waffenstillstand mit den Polen,** wonach diese fast im gesamten Besitz der Provinz Posen blieben, während Oberschlesien gegen polnische Banden gehalten wurde. Jedoch die Polen kehrten sich nicht an die Abmachungen und überfielen hinterrücks die deutschen Truppen. Hindenburg leitete eine Offensive ein, die auf der ganzen Front in Westpreußen und Posen siegreich verlief, am 11. Februar aber abgebrochen wurde, da innerhalb der deutschen Truppen Meinungsverschiedenheiten über den Soldatenrat ausgebrochen waren! Am 16. Februar dekretierte die Entente endgültig Waffenruhe zwischen Deutschland und Polen; es wurde eine Demarkationslinie festgesetzt, die den Polen die von ihnen fast ganz besetzte Provinz Posen überlieferte. Zwar versuchten die Polen immer wieder, den deutschen Grenzschutz anzugreifen, aber da, wo es zu Plänkeleien und Gefechten kam, wurden sie schnell zum Rückzuge gezwungen.

### **Verlängerung des Waffenstillstandes**

**Am 16. Januar wurde auf einer Übereinkunft Erzbergers mit Foch der Waffenstillstand um einen Monat verlängert, und die Alliierten verschärfen die Bedingungen.** Deutschland mußte sich zur Lieferung von 53 000 landwirtschaftlichen Maschinen verpflichten. Erzberger bat um einen Präliminarfrieden und baldige Rücksendung der Gefangenen. Der Franzose gab eine gewundene Antwort, er werde die beschleunigte Heimbeförderung der Kriegsgefangenen "befürworten". Von deutscher Seite wurde ferner beantragt, die Einfuhr von Lebensmitteln freizugeben und die Blockade aufzuheben, um das Ernährungselend des deutschen Volkes, besonders die Unterernährung der Kinder, Frauen und Alten, zu beheben. Großmütig gewährte der Franzose diesen Wunsch - auf Kosten eines neuen großen Opfers von deutscher Seite: **Deutschland mußte auch seine Handelsflotte ausliefern!**

"Um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und des übrigen Europas sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alle nötigen Maßnahmen treffen, um während der Dauer des Waffenstillstandes die ganze deutsche Handelsflotte der Kontrolle und der Flagge der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten, denen ein deutscher Delegierter beigegeben ist, zu unterstellen, diese Vereinbarung greift in keiner Weise der endgültigen Verfügung über diese Schiffe vor. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten können, falls sie dies für nötig erachten, die Bemannung teilweise oder ganz ablösen. Für die Verwendung dieser Schiffe wird eine angemessene Vergütung gewährt, die durch die alliierten Regierungen festgesetzt wird."

So lautete das Diktat des Generals Foch. War das nicht eine neue verschleierte Form der Blockade?

Deutschland konnte sich nicht selbst ernähren, es war auf Einfuhr angewiesen. Man nahm ihm jetzt die Schiffe und damit die Möglichkeit, Lebensmittel einzuführen. Auf Gnade und Ungnade mußte das deutsche Volk seine Ernährung in die Hände der Sieger legen, die jederzeit die Zufuhr sperren, Millionen dem Hunger preisgeben konnten, wenn Deutschland Miene machte, die Waffenstillstandsverhandlungen oder die künftigen Friedensbedingungen abzulehnen.

**Es kamen nun Verhandlungen über die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in Fluß, deren Abschluß die Unterzeichnung des Lebensmittelabkommens von Spa am 8. Februar bildete. Hiernach verpflichteten sich die Ententestaaten,** Deutschland gegen Gold und fremde Devisen mit Lebensmitteln zu beliefern. Die Erfüllung des Abkommens aber machten sie abhängig von der Annahme und Ausführung der Bedingungen, die sie dem Deutschen Reiche wegen der Abgabe der Handelsflotte auferlegt hatten und noch weiterhin auferlegen wollten. Da jedoch noch keine Aussichten auf einen Präliminarfrieden bestanden, sah sich Deutschland gezwungen, am 16. Februar noch einmal um Verlängerung des Waffenstillstandes nachzusuchen. Frankreich nützte auch diese Gelegenheit aus, um die Erfüllung neuer Forderungen vom Deutschen Reiche zu erzwingen.

In dieser dritten und letzten Zusammenkunft Erzbergers mit Foch in Trier wurde zunächst vereinbart, den Waffenstillstand für eine kurze, unbefristete Dauer zu verlängern. Die Alliierten waren berechtigt, ihn mit einer Frist von drei Tagen kündigen zu dürfen. Den Deutschen wurde aufgegeben, sofort die Feindseligkeiten gegen Polen einzustellen. Es wurde eine Demarkationslinie zwischen Deutschland und Polen festgelegt, wodurch den Polen die fast ganz besetzte Provinz Posen ausgeliefert wurde. Über die Annahme oder Ablehnung dieser Forderung kam es in der deutschen Regierung zu scharfen Auseinandersetzungen. Graf Brockdorff-Rantzau, der Minister des Auswärtigen forderte summarische Ablehnung der neuen Bedingungen, da sie weit hinausgingen über die ursprünglichen Waffenstillstandsabmachungen. Demgegenüber wurde auf die Zwangslage hingewiesen, in der sich das Reich befand, denn eine Ablehnung hätte den sofortigen Einmarsch der Alliierten in Deutschland und neue Blockade zur Folge gehabt.

**In Trier erhob Erzberger abermals die Forderung nach Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen in den Ententeländern.** Er wies darauf hin, daß bereits bis zum 10. Dezember 1918 von Deutschland rund 350 000 Kriegsgefangene nach Frankreich und England ausgeliefert worden seien, während von der Seite der Alliierten noch nichts hierin getan sei. Doch Foch blieb unerbittlich, er erklärte sich nur bereit, den alliierten Regierungen Deutschlands Bitte vorzulegen und 2000 Schwerkranke und Verwundete **der in französischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten** auszuliefern.

Während sich das deutsche Volk im blutigen Kampfe um parlamentarische oder rätediktatorische Regierungsweise zerfleischte, erkannte die deutsche Regierung mit Entsetzen den **furchtbaren Haß, mit dem Frankreich von Monat zu Monat die Waffenstillstandsbedingungen verschärfte.** Nicht mehr in der Lage, sich tatkräftig gegen den rachsüchtigen Feind zur Wehr setzen zu können, mußte sie, wenn auch unter Protest, so doch Schritt für Schritt den französischen Forderungen zustimmen, um dem Volke die schlimme Qual einer feindlichen Besetzung zu ersparen. Noch aber hoffte man auf Wilson, daß er Deutschland nicht ganz zu Boden treten lassen werde. Wie sich bald zeigte, war auch diese Hoffnung trügerisch. Die Sozialdemokratie und mit ihr die deutsche Regierung, litten vom November 1918 bis zum Juni 1919 an einer ganz unverständlichen Verkennung der Weltlage. Die doktrinären Anschauungen und Berechnungen der Sozialdemokratie hatten das gesamte Weltbild in einen gewissermaßen maschinellen Ablauf eingeordnet, der letzten Endes in der Herrschaft und Verbrüderung der Sozialisten aller Länder gipfelte. Diese Schlußfolgerungen materialistischer Zwangsläufigkeit ließen aber einen Faktor vollkommen außer acht: jene Summe nationaler Imponderabilien, jener ethischen Werte, die bei Deutschlands Gegnern stärker entwickelt waren als die sozialistischen Doktrinen; das war die Ursache jener ungezählten Leiden, die in den folgenden Jahren über das deutsche Volk hereinbrachen. Infolge dieser ungeheuren Falschrechnung wurde die aus der Revolution hervorgegangene demokratische Außenpolitik Deutschlands nicht eine Quelle des Friedens, sondern unsäglicher Qualen.

Am 14. Februar hielt Graf Brockdorff-Rantzau in der Nationalversammlung eine Rede, in der er sich bitter beklagte über die schonungslose Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen durch die Alliierten. Deutschland habe die Niederlage auf sich genommen in dem ehrlichen Willen, die ihm gestellten Bedingungen zu erfüllen. Es sei bereit, mitzuhelfen am Wiederaufbau Frankreichs und der Welt und sich den von Wilson formulierten Forderungen zu unterwerfen, aber vergewaltigen lasse es sich nicht! Deutschland wünsche aufrichtig den Frieden und unterstütze die Völkerbewegung, aber es begehre seine Handelsflotte und seine Kolonien zurück. Es verzichte auf alle Gebietserweiterungen, wünsche aber, daß auch Frankreich und Polen ihm nicht Teile seines Landes entreißen. Elsaß-Lothringen sollte das Recht der Selbstbestimmung haben. "Für uns begehren wir nur **Deutsch-Österreich**; dazu wird die Konferenz ihre Sanktion ganz gewiß nicht versagen." Wir sind besiegt, aber nicht entehrt!

**Österreichischer  
Anschlußwille**

Diese Rede, aus welcher der ganze Stolz eines durch Übermacht Bezwungenen herausklang, wurde mit gewaltigem Beifall von der Versammlung aufgenommen. So düster die Wolken im Westen standen, leuchtete doch schon ein neues, großes und schönes Ziel dem deutschen Volke, das zu erreichen es sich von jetzt an bemühen mußte: **die Bahn war frei zu einer Vereinigung mit den deutschen Brüdern in Österreich**. Das Haus Habsburg stand nicht mehr hindernd im Wege, und der großdeutsche Traum eines verflornten Jahrhunderts konnte nun Wirklichkeit werden! Mit begeisterter Einstimmigkeit, die in allen deutschen Herzen einen freudigen Widerhall auslöste, nahm daher die Nationalversammlung am 21. Februar folgenden Antrag über den Anschluß Deutsch-Österreichs an:

"Die Nationalversammlung nimmt mit lebhafter Genugtuung von dem Beschlusse Kenntnis, mit dem die Vertreter der stammverwandten Deutsch-Österreicher ihre Zugehörigkeit zum deutschen Gesamtvolke bekundet haben. Sie bestätigen den deutsch-österreichischen Brüdern, daß über die bisherigen Grenzen hinweg die Deutschen des Reichs und die Deutschen in Österreich eine untrennbare Einheit bilden, und sprechen die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die von den beiderseitigen Regierungen einzuleitenden Verhandlungen recht bald zu festen staatlichen Formen führen und die Zusammengehörigkeit in einer von allen Mächten der Welt anerkannten Weise ihren Ausdruck finden möge."

Einen neuen Lebensinhalt, ein neues Ziel hatte das deutsche Volk in seiner düsteren Gegenwart gefunden, es leuchtete ihm ein Stern in die Zukunft.

**Aber in Frankreich und England war ein Dämon am Werke, der alles zu verhindern suchte, was dem niedergeschmetterten deutschen Volke seelischen Trost und körperliche Genesung bringen konnte.** Und dieser grausame Geist der Rache holte zu einem neuen Schlage gegen das schwer getroffene Deutschland aus: **am 7. März endlich antwortete die englische Regierung** auf die am 29. November ergangene Note des Rates der Volksbeauftragten, worin diese Einsetzung einer neutralen Kommission zur Feststellung der Kriegsschuld vorschlugen. Hochmütig abweisend, unversöhnlich hart lautete die Antwort:

**Deutsche Kriegsschuld**

"Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unnötig sei, auf den deutschen Vorschlag irgendeine Antwort zu geben, da nach Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt worden ist."

Mit nüchternen Worten sagte es der Engländer: **Deutschland ist schuldig am Weltkrieg**, es bedarf keiner weiteren Erörterung, und die Folgerungen waren ebenso nüchtern und klar: das schuldige Deutschland hat wieder gutzumachen, was es zerstört hat, und muß bestraft werden, auf daß es sich bessere! Es war der erste Blitz aus schwarzen Wolken, der den Geist des kommenden Friedens ahnen ließ.

Die Ahnungsvollen in Deutschland erhoben ihre Stimme, und mit stiller Duldung der Regierung wurden **in vielen deutschen Städten Versammlungen und Demonstrationen gegen den bevorstehenden "Gewaltfrieden"** abge-

**Bewegung gegen  
den drohenden  
Gewaltfrieden**

**halten**, und ein Schwur von vielen Hunderttausenden gellte zum Himmel empor: "Lieber tot als Sklave!" Man erwog schon Möglichkeiten eines neuen Krieges, eine Erhebung, wie sie 1813 losbrach. Doch das Volk war zu zermürbt und zerrissen, als daß es durch den Ruf nach Einheit und Freiheit wieder in Waffen vereint werden konnte. Noch tobte der Bürgerkrieg, noch waren die spartakistischen Gewalten nicht niedergeschlagen. Und die Unabhängigen erklärten, Grenzen seien weniger wichtig als Brot. Den Verlust Elsaß-Lothringens und Nordschleswigs wollte Deutschland noch auf sich nehmen, aber an die Opfer im Osten hatte es noch nicht zu denken gewagt.

**Zwar dem Ruf nach Brot gab die Entente Gehör. Am 14. März wurde in Brüssel ein neues Abkommen (ähnlich dem von Spa) getroffen über Finanz-, Lebensmittel- und Schifffahrtsfragen.** Deutschland sollte monatlich 370 000 Tonnen Lebensmittel gegen Goldzahlung und Devisen erhalten, dafür aber sollte die Auslieferung der Handelsflotte durchgeführt werden.

Nachdem nun Mitte April Deutschland die **polnische Armee des Generals Haller durch sein Gebiet hatte von Frankreich nach Polen** transportieren müssen - dies geschah auf drei Wegen: von Stettin durch Pommern, durch Ostpreußen und auf dem Landwege von Koblenz - Kassel - Frankfurt - Halle über Leipzig - Kottbus - Kalisch -, **lud Clemenceau am 18. April die deutsche Friedensdelegation auf den 25. April nach Versailles zur Friedenskonferenz ein.** Es wurde gleich angekündigt, daß eine mündliche Diskussion der Friedensbedingungen nicht zugelassen sei. Darauf antwortete die deutsche Regierung, dann genüge es ja für diesen Fall, wenn zwei Sekretäre zur Entgegennahme der Urkunde geschickt würden. Aber die Alliierten verlangten Bevollmächtigte zur Unterschrift, und Deutschland mußte gehorchen, denn die französischen Regimenter warteten auf den Augenblick des Vormarsches. Also traf am 29. April die deutsche Friedensdelegation in Versailles ein. Sie bestand aus dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Graf Brockdorff-Rantzau, dem Reichsjustizminister Dr. Landsberg, dem Reichspostminister Giesberts, Präsident der preußischen Landesversammlung Leinert, Dr. Karl Melchior und dem pazifistischen Rechtsgelehrten Professor Dr. Schücking.



#### **4. Kapitel: Versailler Friedenskonferenz und Friedensdiktat, Scapa Flow, Erhebung des rheinischen Separatismus.**

**An den Friedensverhandlungen hatte das deutsche Volk keinen Anteil gehabt.** Es wurde vor eine vollendete Tatsache, ein *fait accompli*, ein Diktat gestellt. Und dennoch muß in einer deutschen Geschichte auch die historische Genesis der Friedenskonferenz und des Friedensvertrages behandelt werden.

**Am 4. Dezember hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, Amerika verlassen**, um sich zu den in Paris stattfindenden Friedensverhandlungen zu begeben. Am 13. Dezember traf er hier ein. Noch am 2. Januar war er unerschütterlich entschlossen, einen Frieden auf der Grundlage **seiner vierzehn Punkte** zu schaffen. "Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und der Versklavung lehne ich ab. Wir haben die vierzehn Punkte zur Grundlage des Friedens gemacht und werden an ihnen festhalten", erklärte er. Am 18. Januar wurde die Friedenskonferenz eröffnet. **Ein buntes Völkergermisch hatte sich versammelt**, und hochdramatisch ging es her. Da sah man neben den Franzosen, Engländern, Italienern, Polen, Tschechoslowaken, Serben, Belgiern und Griechen die Japaner und Chinesen, die Vertreter sämtlicher amerikanischer Staaten, Mulatten aus Cuba, Neger von Liberia und Nikaragua und Siamesen - nur die Deutschen und ihre ehemaligen Verbündeten fehlten.

**Doch in der Heerschar der Friedensbeflissenen gab es nur drei Männer, welche handelten und verhandelten: Wilson, Clemenceau, Lloyd George.** Deshalb nannte Tardieu, der Verfasser

**Wilson, Lloyd George,  
Friedensdiktator Clemenceau**

des Friedensvertrages, die Verhandlungen einen *dialogue a trois*. **Unter diesen dreien wieder herrschte mit diktatorischer Gewalt der rührige Clemenceau**, er gab der Konferenz die Richtung, er machte aus dem Frieden der Alliierten ein Diktat Frankreichs gegen Deutschland. Clemen-

ceau wurde unterstützt durch das ganze französische Milieu, durch die machtvoll aufgezugene Agitation der französischen Presse. Es war in der Tat ein gewaltiger Kampf der Geister: mit dämonischer Kraft zwangen die Franzosen alle Andersdenkenden, selbst Wilson, vor ihnen die Waffen zu strecken.

**Clemenceau**, dieser fanatische Greis von 73 Jahren, hatte die ganze Entwicklung des französischen Revanchegedankens in all seinen Stadien miterlebt, jetzt stand er am Ziele seiner Wünsche, die er ein halbes Jahrhundert in die Tat umzusetzen bemüht war. Er war es, der kalten Blutes die furchtbaren Massenerschießungen im französischen Heere im Mai 1917 inspirierte, als das französische 16. Armee-korps und andere Truppenteile meuterten. Er war es, der, als er am 20. November 1917 das Präsidium und Kriegsministerium übernommen hatte, vor der Deputiertenkammer erklärte: "Alle Schuldigen vor das Kriegsgericht! Keinen Pazifistenfeldzug mehr, keine deutschen Umtriebe mehr! Weder Verrat noch Halbverrat!" Vor ihm als dem unsichtbaren Diktator zitterten die französischen Defaitisten und Pazifisten, denn er brandmarkte sie als Verräter. Er ließ am 14. Januar 1918 den Abgeordneten Caillaux wegen Flaumacherei und verdächtigen Beziehungen zu den Defaitisten verhaften. Er ließ am 7. August 1918 den früheren französischen Innenminister Malvy wegen Begünstigung geheimer Friedenspropaganda verbannen. Duval, der Leiter der friedensfreundlichen Zeitung *Bonnet rouge*, wurde erschossen, weil Clemenceau es wünschte. Dieser grausame Mann ging über Leichen und watete durch Blut, und sein eiserner Wille zwang im wahrsten Sinne des Wortes den Sieg an Frankreichs Fahnen.



Versailles: Lloyd George, Orlando, Clemenceau, Wilson. Photo Scherl.

Der ehemalige **italienische Ministerpräsident Nitti** schildert ihn folgendermaßen:

"Clemenceau war sein ganzes Leben lang von einem furchtbaren Zerstörungsgeist beseelt. Jahrelang hat er nichts weiter getan, als mit hartnäckiger Verbissenheit Regierungen gestürzt und Menschenschicksale zertrümmert. In spätem Alter selbst zur Regierung gekommen, ließ er nun seinen wilden Kampfgeist sich austoben. Kein Staatsmann empfindet heftigere Abneigung gegen Kirche und Sozialismus: diese beiden moralischen Mächte stoßen seinen individualistischen Geist in gleicher Weise ab. Ich kenne keinen Staatsmann, der eine so besondere, so persönlich gefärbte Gedankenwelt hat: er ist und bleibt der Mann der antiken Demokratie. Keiner war im Krieg geeigneter als er, an die Spitze eines Ministeriums der nationalen Verteidigung zu treten: Kampf nach innen, Kampf nach außen mit der gleichen Empfindung, der gleichen Leidenschaft. Ein einziges schien ihm nötig, um den Feind zu schlagen: nicht wanken im Hasse, Ausharren im Bewußtsein des Sieges, und es gab niemand, der sich hierfür besser geeignet hätte, der so die Glut zu schüren wußte. Aber als es nach dem Kriege galt, den Frieden dauerhaft zu festigen, da war wohl niemand so wenig an seinem Platze wie er. Er kannte nur seinen Haß gegen Deutschland, er kannte nur die Notwendigkeit, den Feind zu vernichten, ihn jeder Lebenskraft zu berauben, ihn zu unterjochen. Bei seinem hohen Alter konnte er seine Probleme nicht mehr auf die lange Bank schieben; schnell, kurz entschlossen mußte die Vernichtung des Feindes durchgeführt werden, mußte man ihm die Quelle seines Reichtums verstopfen, sie zerstören. Zum Unterschiede von seinen Mitarbeitern, war Clemenceau weder Nationalist noch Imperialist; aber tiefer als alle anderen trug er den Haß gegen Deutschland im Herzen. Raube ihm Fruchtbarkeit, Ordnung, Lebenskraft, das war sein kategorischer Imperativ."

**Clemenceau hielt es für selbstverständlich, daß Frankreich Sühne für Waterloo und Sedan erhielt.** Zerstückelt mußte das Reich werden, sein Volk mußte dezimiert werden, durch Hunger, durch Bürgerkrieg, das war alles gleich. In Deutschland sind zwanzig Millionen Deutsche zuviel! Die Furcht vor der überlegenen Bevölkerungszahl Deutschlands plagte ihn.

## Frankreichs Streben nach der Rheingrenze

Frankreichs nächstes und hauptsächlichstes Ziel auf der Friedenskonferenz war die **Gewinnung der Rheingrenze**. Bereits während des Weltkrieges, am 4. Februar 1917, schloß Doumergue im Auftrage Frankreichs mit dem Zaren von Rußland einen Vertrag, der für Frankreich folgende Forderungen enthielt:

1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. Die Grenzen werden erweitert werden wenigstens bis zum Umfange des früheren Herzogtums Lothringen und werden nach den Wünschen der französischen Regierung festgestellt werden, wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers in das französische Territorium einverleibt würde.
3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die nicht mit Frankreich vereinigt werden, werden von Deutschland ganz abgetrennt und politisch wie wirtschaftlich unabhängig. Sie werden ein selbständiges und neutrales Staatswesen bilden und solange von französischen Truppen besetzt gehalten, bis Deutschland endgültig alle Bedingungen und Garantien des Friedensvertrages vollständig erfüllt hat.

Dieser Doumergue-Vertrag wurde in England nicht ernst genommen und erweckte in Deutschland Hohngelächter. Nichtsdestoweniger legte **Paul Cambon am 26. November 1918** der englischen Regierung die Forderungen Frankreichs vor, welche lediglich eine Wiederholung des Doumergue-Vertrages darstellten. Marschall Foch ging in seiner Note vom 27. November 1918 sogar noch weiter: er bespöttelte die Neutralisierung des Rheinlandes als eine Schimäre, forderte direkt die Rheingrenze für Frankreich und die Wehrhaftmachung der sieben Millionen Rheinländer im Dienste Frankreichs gegen Deutschland. Foch faßte den Rhein auf als "unentbehrliche Grenze der europäischen Kultur, *et par là, de la civilisation*". Politiker und Generäle waren sich darin einig, daß die Grenze Frankreichs bis an den Rhein vorgeschoben werden müsse. Die Franzosen legten in der Zeit vom 26. November 1918 bis 12. Mai 1919 nicht weniger als fünf Pläne vor, wonach sie das deutsche Rheinland vom Reiche lösen und in autonome Republiken unter Frankreichs Protektorat auflösen wollten, oder wenn das nicht erreicht wurde, zum mindesten die Rheingebiete mit einer dauernden französisch-belgischen Besatzung belegen wollten. Hierzu gaben aber weder Wilson noch Lloyd George ihre Zustimmung. Diese beiden Staatsmänner boten Frankreich am 14. März als Ersatz einen Garantievertrag gegen etwaige deutsche Angriffe an. Nun verzichtete die französische Regierung am 17. März auf die dauernde Besetzung und wollte sie auf dreißig Jahre beschränken, während die Alliierten nur eine fünfjährige Besetzungsdauer für ausreichend hielten.

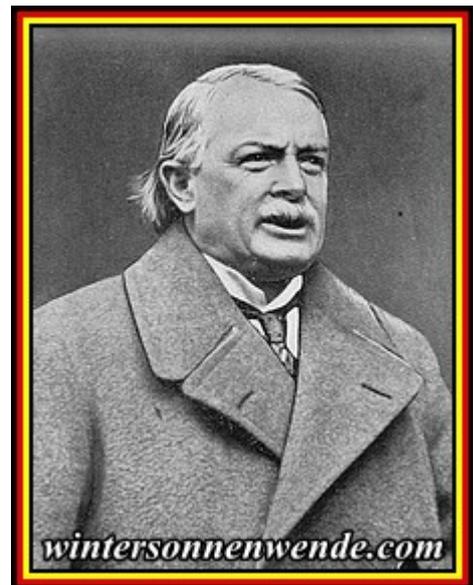
## Lloyd Georges Denkschrift

**Am 25. März 1919 hatte Lloyd George der Pariser Konferenz eine Denkschrift überreicht, wo er zur Mäßigung riet.** Er sei ein entschiedener Gegner des Planes, vom Deutschen Reiche mehr Deutsche loszureißen, als unbedingt erforderlich sei. Die Alliierten sollten keine unannehmbaren Bedingungen stellen, dadurch würde die deutsche Regierung gestürzt und der Bolschewismus würde sich ausbreiten. "Die größte Gefahr, die ich in der jetzigen Lage erblicken kann, liegt darin, daß Deutschland imstande sein könnte, sein Schicksal in die Hand der Bolschewisten zu legen, seine Reichtümer, seinen Geist, seine großartige Organisationskraft diesen revolutionären Fanatikern zur Verfügung zu stellen, die von einer Eroberung der Welt durch den Bolschewismus träumen, und zwar durch Waffengewalt. Diese Gefahr ist kein leeres Phantom. Die jetzige deutsche Regierung ist schwach; sie genießt keine Achtung; ihre Autorität ist gering; dennoch hält sie sich; ihr Gehen hieße den Spartakismus rufen, für den Deutschland noch nicht reif ist." Und diese Angst vor dem deutschen Bolschewismus bewog den englischen Staatsmann, zu einem gerechten, umsichtigen Frieden mit Deutschland zu raten und es in den Völkerbund aufzunehmen.

## Entwaffnung und Wiedergutmachung

Die **Entwaffnung Deutschlands** führte ebenfalls zu Differenzen unter den Alliierten. Am 12. Februar war unter Vorsitz des Marschalls Foch ein Ausschuß gebildet worden, der sich mit der Frage der deutschen Entwaffnung zu beschäftigen hatte. Hier wurde ein Plan festgelegt, der folgendes bestimmte: die gemeinen Soldaten des deutschen

Landheeres sollten nach dem Los oder nach irgendeinem anderen Prinzip ausgehoben und nicht länger als ein Jahr dienen, die Gesamtstärke des deutschen Heeres dürfe 180 000 Mann nicht überschreiten. Hiergegen wandte sich **Lloyd George**. Er könne nicht einsehen, warum man Deutschland das Geschenk einer so großen Wehrmacht mache. Sein Gesichtspunkt sei der: Deutschland dürfe nicht ermächtigt werden, eine Armee zu unterhalten, die stärker als diejenige Englands sei. Denn nach dem vorgelegten Plane verfüge Deutschland schon nach fünf Jahren über fast eine Million ausgebildeter Soldaten. Er arbeitete einen Plan aus und legte ihm am 7. März vor. Danach durfte die deutsche Armee 200 000 Soldaten umfassen, aber für alle Grade müsse eine Mindestdienstzeit von zwölf Jahren festgesetzt sein. Hiermit waren nun wieder **Foch und Clemenceau** nicht einverstanden. Eine deutsche Armee von 200 000 Mann mit zwölfjähriger Dienstzeit sei eine Cadreformation, ein Grundstock, der mit Leichtigkeit ein Volksheer ausbilden könne und insofern furchtbar sei. Sie verlangten unter diesen Umständen eine Herabsetzung auf 100 000 Mann. Am 10. März schon wurde der Kompromiß geschlossen, den Foch folgendermaßen formulierte: "Wenn die Regierungen das Prinzip des langfristigen Dienstes annehmen wollen, ist es unerlässlich, um die Gefahr zu vermindern, welche in meinen Augen eine dauernde Armee mit langfristiger Dienstzeit bedeutet, deren Effektivbestand herabzusetzen auf 100 000 Mann." So hatte Lloyd George dem deutschen Volke statt des Volksheeres das Söldnerheer mit zwölfjähriger Dienstzeit verschafft und Foch die deutsche Heeresstärke auf 100 000 Mann herabgedrückt.



*David Lloyd George. Photo Scherl.*

Doch Schritt für Schritt gelang es der Überredungskunst **Clemenceaus, Wilson und Lloyd George** für seine Forderungen zu gewinnen. Am 7. April stimmten die beiden Staatsmänner der vollständigen Wiedergutmachung der Schäden an Gut und Menschenleben zu; am 10. wurde die Abtretung der Kohlengruben im Saarbecken und die Errichtung eines internationalen Regimes in diesem Gebiete angenommen; am 17. die Kontrolle der deutschen Bewaffnung beschlossen; am 20. stimmte Wilson der Besetzung des Rheinlandes zu, Lloyd George schloß sich zwei Tage später dieser Forderung an. Clemenceau hatte es durchgesetzt, daß nicht die von England und Amerika vorgeschlagene fünfjährige Besetzungsdauer im Vertrage aufgenommen wurde, sondern eine fünfzehnjährige mit drei Räumungsfristen in drei Zonen nach fünf, zehn und fünfzehn Jahren. Am 24. wurde von Lloyd George und Wilson die belgische Priorität für die Wiedergutmachungen anerkannt; am 27. April wurde der Sicherheitspakt gegen Deutschlands Angriff beschlossen. Es war, wie Tardieu sagt, eine Kompromißlösung zustande gekommen, "nicht die, welche wir im Februar vorschlugen, d. h. die Abtrennung, auch nicht die, welche die Alliierten am 14. März anboten, d. h. das ganz, allgemeine Versprechen militärischer Hilfe bei einem deutschen Angriff, sondern eine Lösung, welche aus einer Verbindung der ersten und zweiten besteht, alle wesentlichen Garantien der ersten sichert und den unschätzbaren Vorteil der unmittelbaren englischen und amerikanischen Hilfe hinzufügt".

Ähnlich verhielt es sich mit der Behandlung der **Wiedergutmachungsfrage**. Ursprünglich sollte Deutschland nach dem Sinne des mit Wilson geführten Notenwechsels (des "Vorfriedensvertrages") lediglich die der Zivilbevölkerung zugefügten Schäden wieder gutmachen. Doch die Alliierten beabsichtigten von Anfang an, von der Beschränkung der Schadensersatzforderung auf Zivilschäden abzugehen. Noch im Februar beauftragte Wilson seine Vertreter, öffentlich einem Vorgehen entgegenzutreten, "welches unvereinbar ist mit dem, was wir in voller Überlegung die Feinde erhoffen ließen und was wir heute ehrenhalber nicht abändern können, nur deswegen, weil wir die Macht dazu haben". Lloyd George vermittelte nun zwischen den weitgehenden französischen Forderungen und Wilsons Standpunkt und schlug vor, die Pensionen in die Wiedergutmachungsforderungen mit einzubeziehen. Hierdurch wuchs der angelsächsische Anteil an den Reparationen wesentlich, da England selbst und seine Kolonien nur geringe Zivilschäden erlitten hatten, und Wilson fand sich

bereit, die Pensionen für die Kriegsverletzten und die Kriegshinterbliebenen mit einzubeziehen. Als die juristischen Berater Wilsons auf die Unlogik seines Verhaltens aufmerksam machten, fuhr er sie an: "Zum Teufel mit der Logik! Ich beziehe die Pensionen doch ein!" Auf diese Weise wurde die Deutschland auferlegte pekuniäre Last verdreifacht gegenüber den ursprünglichen Forderungen Wilsons auf Wiedergutmachung der Zivilschäden! -

Noch am Abend des 6. Mai glaubte die Mehrzahl der deutschen Delegierten in Versailles an einen Frieden, wie ihn Wilson in Aussicht gestellt hatte. Leinert tat den Ausspruch: "Der 7. Mai wird meinen Glauben an das Weltgewissen rechtfertigen."

**Am 7. Mai endlich wurde dem Grafen Brockdorff-Rantzau das Dokument überreicht**, welches, wie Tardieu sagt, sich hielt "auf einer mühsam erreichten Mittellinie zwischen den hartnäckig auseinanderstrebenden Auffassungen". Die Übergabe fand im Trianon-Palace-Hotel statt, wo die Deutschen untergebracht waren.

**Graf Brockdorff-Rantzau in Versailles**

Eine bedrückende Feierlichkeit breitete sich in dieser schicksalsschweren Stunde über die Versammlung. Gesandte aus allen Ländern der Welt waren versammelt. Schwarze Anzüge, bunte Uniformen, mit Orden übersät. Nichts rührt sich. Verschlossene Gesichter mit steinernen Mienen und starren Augen. Eisiges Schweigen, alles Ablehnung. Todesernst beherrscht diese Stunde des Unheils.

Vor dem **Grafen Brockdorff-Rantzau** liegt ein dickes, weißes Buch: "*Conditions de Paix*". Der Graf ist blaß vor innerer Erregung. Er wirft seine schwarzen Handschuhe auf das fluchwürdige Buch und beginnt, ohne sich von seinem Sitze zu erheben:

"Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, der uns hier entgegentritt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Weltkriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen zwölf Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf erst mit der Ermordung des Erzherzogs begann. In den letzten fünfzig Jahren hat der Imperialismus die internationale Lage aller europäischen Staaten chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung wie die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker haben zu der Krisis beigetragen. Die russische Mobilisierung gab die Entscheidung in die Hand der militärischen Gewalten."



**Graf Brockdorff-Rantzau.**  
*Photo Scherl.*

"Die öffentliche Meinung bei unseren Gegnern hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Wir sind nicht hierhergekommen, um die Verantwortung der Männer, die den Krieg leiteten, oder etwaige Frevel wider das Völkerrecht zu leugnen. Wir wiederholen die Erklärung: Belgien ist Unrecht geschehen, und wir wollen es wieder gutmachen. Aber in der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Wenn man gerade von uns Buße verlangt, so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Wir hatten sechs Monate zu warten, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg. **Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zugrunde gingen**, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem der Sieg errungen war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen. Das Maß der

Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert, und wir wiederholen die Forderung."

"Bei dieser Konferenz, wo wir allein stehen, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist. Die Alliierten haben auf den Machtfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Panier geschrieben. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns, bindend geworden. Sie verlangen von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer, aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihnen, und keine Nation wird sie ungestraft verletzen dürfen. Als nächstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Die Verpflichtung hierzu haben wir anerkannt und sind entschlossen, sie durchzuführen. Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne zusammenzubrechen. Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbarsten Unheil der Weltgeschichte den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen. Nur wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird dieses Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben. Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrühren. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar."

Brockdorff-Rantzau wiederholte in dieser Ansprache im wesentlichen das, was er am 14. Februar in der Nationalversammlung ausgesprochen hatte. Der englische Historiker Gooch sagt, daß mancher der Zuhörer aus den deutschen Ausführungen so etwas wie demütigen Trotz herausgehört habe, aber die Rede sei geschickt darauf angelegt gewesen, den Ton roher Selbstgerechtigkeit wie auch unaufrechter Bußfertigkeit zu vermeiden. Aber die deutschen Angriffe auf Frankreich, soweit solche aus der Rede herauszulesen waren, prallten an der ehernen Stirn Clemenceaus ab. Nachdem Graf Brockdorff-Rantzau geendet, erhob sich der Franzose und fragte in kühlem, geschäftsmäßigem Tone: "Wünscht sonst noch jemand das "Wort?" Niemand meldete sich. "Dann schließe ich die Versammlung." Man war über die deutschen Ausführungen zur Tagesordnung übergegangen. Es war nur eine diplomatische Formalität gewesen, daß man den Deutschen angehört hatte.

Dem **Friedensvertrag** war die **Völkerbundsakte** vorangestellt. Mitglieder dieses Völkerbundes sollten die Ententestaaten und die Neutralen sein, soweit sie ihren Beitritt erklärten. Andere Staaten konnten aufgenommen werden, wenn die Bundesversammlung mit zwei Drittel Stimmenmehrheit die Zulassung genehmigte. Als Bundessitz wurde Genf bestimmt. Die Einladung zum Beitritt erging an alle anderen Staaten Europas, Amerikas und Asiens, jedoch waren die Mittelmächte und Sowjetrußland ausgeschlossen. Dieser Völkerbund war unter Frankreichs diktatorischem Einfluß zu einer Fortsetzung und Erweiterung der Entente geworden, zu einem Instrument der Macht und des Krieges, nicht des Friedens, wie Wilson wollte. Aus diesem Grunde blieben die Vereinigten Staaten diesem neuen Gebilde fern.

### **Der Friedensvertrag**

**In 440 Artikeln wurden sodann die Verpflichtungen aufgeführt, welche Deutschland zu erfüllen hatte.** Sämtliche überseeische Kolonien wurden dem Reiche genommen. Außerdem sollten vom **Reichsgebiet** sofort, **ohne jede Abstimmung, abgetrennt werden: Elsaß-Lothringen** an Frankreich, **Moresnet, Eupen** und **Malmedy** an Belgien, die Provinzen **Westpreußen** und **Posen**, sowie **Oberschlesien** und **Teile der Provinz Pommern** an Polen und das **"Memelland"** an die Alliierten. Diese Gebietsverluste betrug etwa 67 000 qkm. Danzig wurde zur freien Stadt erklärt. Volksabstimmungen wurden nur zugelassen in drei Zonen Nordschleswigs, auf einem Gebiet von 5300 qkm. Das Saargebiet wurde auf die Dauer von 15 Jahren der Regierung des Völkerbundes unterstellt, nach Ablauf dieser Frist sollte dort eine Volksabstimmung stattfinden. Jedoch alle Kohlengruben des Saarbeckens und der Westpfalz sollten sofort an Frankreich abgetreten werden, Deutschland mußte sich verpflichten, sie zurückzukaufen, falls die Abstimmung zu seinen Gunsten ausfällt.

Mit interalliierten Truppen besetzt wurde das linke Rheingebiet mit den Brückenköpfen Köln, Koblenz und Mainz auf vorläufig 15 Jahre und das Saargebiet. Die Räumung des Rheingebietes wurde in drei Etappen nach fünf, zehn und fünfzehn Jahren vorgesehen, aber von der Erfüllung der anderen Verpflichtungen durch Deutschland abhängig gemacht. Die Räumung des Saargebietes wurde vom Ausfall der Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren abhängig gemacht. Die Besatzungskosten mußte Deutschland übernehmen.



*Französische Tanks vor dem Kölner Dom.  
Photo Scherl.*



*Englische Wache auf der Hohenzollernbrücke  
in Köln. Photo Scherl.*



*Schottländer auf der Hohenzollernbrücke  
in Köln. Photo Scherl.*



*Franzosen auf dem Mainzer Hauptbahnhof.  
Photo Scherl.*

Im Artikel 80 mußte Deutschland die **Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs** anerkennen und auf jede Vereinigung mit diesem kerndeutschen Lande verzichten, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes seine Zustimmung erteilt.

Auf dem **linken Rheinufer** und in einer **50 km breiten neutralen Zone östlich des Rheins** wurde Deutschland verboten, Befestigungen und Garnisonen anzulegen oder zu unterhalten. Die **allgemeine Wehrpflicht** mußte abgeschafft werden. Das Heer sollte auf 100 000 Mann (7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen) beschränkt werden und aus Berufssoldaten bestehen, von den sich Unteroffiziere und Gemeine zu zwölfjähriger, Offiziere zu 25jähriger Dienstzeit verpflichten sollten. Generalstab, Kriegsakademie und Militärschulen sollten aufgelöst werden. Es wurde verboten, daß sich Schulen, Universitäten, Krieger-, Schützen- und Sportvereine mit militärischen Dingen befaßten. Schwere Artillerie, Flugzeuge, Luftschiffe, Kampfwagen und Panzerzüge durften nicht im Heere verwendet werden. Waffen, Munition und anderes Kriegsgerät durfte nur unter Kontrolle der Alliierten hergestellt werden. Alles Kriegsmaterial, das nicht genehmigt wurde, mußte abgeliefert werden. Es waren alle Vorkehrungen verboten, die zur Durchführung einer Mobilmachung dienten.

Die **Kriegsmarine** wurde auf 6 Linienschiffe, 6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote

beschränkt, alle anderen Schiffe waren auszuliefern, der Bau von U-Booten wurde verboten. Es durften nicht mehr als 1500 Offiziere und 15 000 Mannschaften eingestellt werden. Der Nordostseekanal wurde für die Kriegs- und Handelsschiffe aller Nationen geöffnet, Kiel wurde zum offenen Hafen erklärt. Die Befestigungen und Häfen Helgolands mußten zerstört werden.

Eine **interalliierte Überwachungskommission** wurde eingesetzt, die sich in Deutschland aufhielt und die Durchführung der Abrüstungsbestimmungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft überwachte. Die Kosten dieser Kommission hatte Deutschland zu tragen.

Besonders schmachvoll und entehrend waren für Deutschland die sogenannten "Strafbestimmungen". Ein **Gerichtshof** sollte eingesetzt werden, vor welchem Kaiser Wilhelm II. und die "Kriegsverbrecher" abgeurteilt werden sollten. Zu diesem Zwecke sollte die niederländische Regierung um Auslieferung des ehemaligen Kaisers ersucht werden.

Deutschland mußte anerkennen, **daß es allein am Kriege schuld gewesen sei**. Artikel 321 bekam folgende Fassung: "Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

**Deutschland mußte sich verpflichten, alle Kriegsschäden in Belgien und Frankreich wieder gutzumachen**, alle Pensionen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene zu zahlen und Belgien 5 Milliarden Franken nebst 5 Prozent Zinsen zurückzuerstatten. Die Höhe der Schäden sollte ein Wiedergutmachungsausschuß bis zum 1. Mai 1921 festsetzen. Die Schuldsomme mußte innerhalb 30 Jahren getilgt werden. Es sollten sofort 20 Milliarden Goldmark, später noch 80 Milliarden gezahlt werden. Der Wiedergutmachungsausschuß sollte seinen Sitz in Paris haben und aus je einem Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten und abwechselnd einem Vertreter Belgiens, Japans oder Serbiens bestehen. Er sollte die gesamte Schadenrechnung Deutschlands sowie das Schuldenzahlungsverfahren feststellen und deshalb mit ausgedehnten Vollmachten ausgerüstet werden. Er sollte z. B. das Recht haben, Steuererhöhungen zu fordern, neue Einnahmequellen zu erschließen, Abstriche im Haushalt des Reiches und der Länder zu erlangen usw. Das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands sollte in erster Linie für die Kriegsentschädigungen arbeiten.

Durch die **Gebietsverluste** büßte Deutschland von seiner jährlichen Förderung ein an Zinkerz 75 Prozent, an Eisenerz 74,8 Prozent, an Steinkohle 28,3 Prozent, an Bleierz 7,7 Prozent, an Kali 4 Prozent; die Verluste der jährlichen Ernte betrug an Kartoffeln 19,7 Prozent, an Roggen 18,2 Prozent, an Gerste 17,2 Prozent, an Weizen 12,6 Prozent, an Hafer 9,6 Prozent. Durch die Wiedergutmachungen büßte die deutsche Wirtschaft weitere sehr erhebliche Teile ihrer Produktion ein. **Darüber hinausgehend forderte der Versailler Vertrag ferner von Deutschland zehn Jahre hindurch jährliche Kohlenlieferungen von ungefähr 40 Millionen Tonnen an Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg, außerdem Lieferungen von Farbstoffen, Maschinen, Fabrikeinrichtungen, Werkzeugen und Materialien** für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Ferner sollten an Frankreich und Belgien geliefert werden 140 000 Milchkühe, 4000 Stiere, 40 000 Färsen, 700 Zuchthengste, 40 000 Stuten und Stutenfüllen, 1200 Schafböcke, 120 000 Schafe, 10 000 Ziegen und 15 000 Mutterschweine. Die deutschen Patente und das deutsche Eigentum im Auslande wurden als verfallen erklärt.

**Die deutsche Handelsflotte sollte ausgeliefert werden:** alle Schiffe von 1600 Tonnen und darüber, die Hälfte der Schiffe von 1000-1600 Tonnen, je ein Viertel der Fischdampfer und anderer Fischerfahrzeuge. Deutschland mußte sich verpflichten, fünf Jahre hindurch auf deutschen Werften bis zu 200 000 Tonnen Handelsschiffe für die Ententeregierungen zu bauen. Der deutsche Flußfahrzeugpark mußte bis zu 20 Prozent abgeliefert werden. Die deutschen Überseekabel mußten den Alliierten abgetreten werden. Die deutschen Ströme Rhein, Mosel, Donau, Elbe, Oder und Memel wurden internationalisiert und dem Einfluß der alliierten Regierungen unterworfen.

Deutschland mußte handelspolitisch allen Ententestaaten auf die Dauer von fünf Jahren das **Meistbegünstigungsrecht** ohne Gegenseitigkeit gewähren, und die **deutsche Eisenbahn** mußte Vorzugsgütertarife einräumen.

Schließlich wurde Deutschland aufgegeben, die 1870/71 erbeuteten **französischen Fahnen** auszuliefern. Für die verbrannten Handschriften und Bücher der **Löwener Universität** mußte Ersatz geleistet werden. Sechzehn altniederländische Gemälde aus den Museen in Berlin und München, darunter das Flügelgemälde des Genter Altars, der Original-Koran des Kalifen Osman und der Schädel des Sultans Makaua aus Deutsch-Ostafrika sollten herausgegeben werden. -

**Das Ziel dieses Vertrages war, Deutschland territorial, militärisch und wirtschaftlich zu vernichten**, es dem politischen und wirtschaftlichen Chaos, dem Bürgerkrieg, auszuliefern. Gegen den Willen Englands und Amerikas hatte sich Frankreich durchgesetzt, welches auf seinen Bundesgenossen Polen hoffte, um die Durchführung des Vertrages von Deutschland zu erzwingen.

Unter der Wucht des Eindrucks, den dieses Dokument hervorrief, **war die deutsche Delegation im ersten Augenblicke zu einem glatten "Unannehmbar" entschlossen**. Aber eine Ablehnung hätte den unverzüglichen Vormarsch der alliierten Truppen in das wehrlose, zu jedem Widerstand unfähige Deutschland zur Folge gehabt. Deswegen machten die Deutschen von dem ihnen eingeräumten Rechte Gebrauch, ihre Bedenken gegen den Vertrag schriftlich niederzulegen. Da die zugestandene Frist von zwei Wochen sich als zu kurz erwies, wurde sie bis zum 29. Mai verlängert. An diesem Tage wurden die deutschen Gegenvorschläge, ein Band von 443 Seiten, den alliierten Vertretern übergeben.

### **Deutsche Gegenvorschläge**

**Graf Brockdorff-Rantzau erklärte zunächst, daß die Deutschen nach Versailles gekommen seien im Vertrauen, einen auf der mit Wilson vereinbarten Grundlage aufgebauten Friedensvorschlag zu erhalten**. Sie seien aber entsetzt gewesen über die Forderungen der Sieger, die für das deutsche Volk undurchführbar seien. Die Zumutungen dieses Vertrages gingen über die Kraft des deutschen Volkes, damit würde ein ganzes Volk sein eigenes Todesurteil unterschreiben. Deutschland sei bereit, seine Armee auf 100 000 Mann herabzusetzen und seine Flotte auszuliefern, wünsche aber, sofort als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Deutschland verzichte auch auf Elsaß-Lothringen, wünsche aber dort eine freie Volksabstimmung. Auch sei es zu Konzessionen gegenüber den Polen in Danzig, Königsberg und Memel, in Fragen der Weichselschiffahrt und des Eisenbahnverkehrs bereit. Es sei ferner bereit, 100 Milliarden Goldmark zu zahlen, davon 20 bis zum 1. Mai 1926, den Rest in unverzinslichen Jahresraten, jedoch nicht mehr als eine Milliarde in den ersten zehn Jahren. Es sei auch entschlossen, **seine ganzen Kolonien** dem Völkerbund zu unterstellen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt werde. Auch wolle es in den ersten fünf Jahren bis zu 20 Millionen Tonnen Kohle jährlich, in den nächsten fünf Jahren bis zu 8 Millionen Tonnen jährlich liefern für den Produktionsausfall der zerstörten Gruben Nordfrankreichs. Aber die deutsche Delegation fordere erneut eine neutrale Untersuchung über die Verantwortlichkeit am Kriege.

Im einzelnen wünschte die deutsche Antwort für Deutschland **Eintritt in den Völkerbund** und allgemeine Rüstungseinschränkung innerhalb zwei Jahren. Sie wandte sich gegen die Gebietsabtretungen im Osten, in Memel und Westpreußen, im **"polnischen Korridor"**. Der Verlust Oberschlesiens würde Deutschlands Wirtschaft und damit auch die Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen schwer gefährden. Es wurde ferner scharf gegen den Verlust der Kolonien protestiert, lediglich Kiautschou sollte geopfert werden. Zum Schlusse wurde angedeutet, daß, wenn Deutschland zur Verzweiflung getrieben würde, es sich dem Bolschewismus verschreiben würde.

Auf Wilson machten die deutschen Einwendungen keinen Eindruck, **um so mehr auf Lloyd George, der mit seinen britischen Kabinettskollegen aufs eifrigste wünschte, mit Deutschland Kompromisse zu machen**. Nichts fürchtete Lloyd George so sehr, als daß Deutschland durch den Friedensvertrag zum Bolschewismus getrieben würde. Die erste Hälfte des Juni brachte schwere Konflikte innerhalb des Rates der Alliierten, und **Tardieu** hat diese hochdramatischen Szenen beschrieben:

"Von Ende Mai an begann Lloyd George im Namen der britischen Delegation und seiner Regierung einen hartnäckigen Kampf gegen das im Geist Clemenceaus errichtete Vertragswerk. England, so erklärte er, wollte unter allen Umständen den Frieden und sei zu jeder Konzession bereit, um ihn endgültig abzuschließen. Man dürfe nicht durch zu harte Bedingungen einen Sturz der deutschen Regierung herbeiführen. 'Die Deutschen müssen unterzeichnen', rief er aus, 'wenn wir Zugeständnisse machen, werden sie den Vertrag annehmen. Wollen Sie für zwei oder drei Jahre einen Zustand schaffen, der weder Krieg noch Friede ist? Wenn Frankreich dies beabsichtigt, so ist das seine Sache. Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß England dazu nicht die Hand reichen wird.' - Lloyd George riet davon ab, Deutschland allzusehr zu entwaffnen. Er wollte ihm für die Zeit der inneren Unruhen ein Heer von 300 000 Mann zugestehen. Auch gegen die Wiedergutmachungsbestimmungen wandte er sich: 'Wir verlangen von Deutschland mehr, als es zahlen kann', erklärte er, 'überdies nennen wir keine Summe. Unsere Forderungen sind unbestimmt und unbegrenzt.'"

"Die Bedingungen, unter denen Deutschland der Eintritt in den Völkerbund gestattet wurde, bezeichnet er als zu hart. Je eher Deutschland in den Völkerbund eintrete, desto besser sei es; schon im Jahre 1920 müsse Deutschland zugelassen werden. Der britische Premier verlangte sogar, die Alliierten sollten die Verpflichtung übernehmen, die deutschen Grenzen zu garantieren. Man dürfe Deutschland auch kein Gebiet wegnehmen, selbst wenn dessen Bevölkerung mehrheitlich nicht deutsch sei, ohne eine Volksabstimmung. Vor allem in Oberschlesien müßten die Alliierten eine Volksbefragung anordnen, ohne sich um die polnischen Einwände zu kümmern. 'Wir haben Polen nichts versprochen. Wir sind es, die mit unserm Blut seine Freiheit erkaufte haben. Die Mitglieder der polnischen Kommission ergreifen in einer himmelschreienden Art und Weise für Polen Partei. Ich will nicht mit ihnen diskutieren. Die britische Armee würde sich weigern, den Krieg fortzusetzen, um Deutschland zur Unterzeichnung zu zwingen, wenn man trotz meinem Verlangen die Volksabstimmung verweigerte.'"

In ähnlicher Weise, berichtet Tardieu weiter, **habe sich Lloyd George gegen eine Besetzung des Rheinlandes gewandt**. Vom militärischen Standpunkt aus, habe er erklärt, sei die Besetzung unnützlich, politisch betrachtet sei sie gefährlich, und zudem werde sie soviel kosten, daß zehn Jahre lang die Kriegsgeschädigten in Frankreich und Belgien nichts von Deutschland erhalten würden.

"Clemenceau wurde von Lloyd George förmlich beschworen:

'Begnügen Sie sich mit einer dreijährigen Besetzung!... mit einer fünfjährigen! Geben Sie Ihre Einwilligung zu dem Versprechen, in drei Jahren die Frage von neuem zu prüfen!... in fünf Jahren?... oder noch später... an irgendeinem anderen Zeitpunkt? Aber um Gottes willen, versprechen Sie Deutschland etwas. Ändern wir diesen Vertrag ab. Meine Kollegen erklären, sie würden mich nicht zur Unterzeichnung ermächtigen, wenn diese Klauseln aufrechterhalten werden.'"

Unter der Beredsamkeit Lloyd Georges zeigte sich auch **Wilson zu einem Entgegenkommen in einigen Punkten bereit**. Er wollte nichts von einer Rheinlandbesetzung wissen und wünschte eine Volksabstimmung in Oberschlesien. Auch hätte er einige Änderungen in der Wiedergutmachungsfrage bewilligt, wenn er nicht über die Verteilung des deutschen Schiffsraums mit Lloyd George in Konflikt geraten wäre.

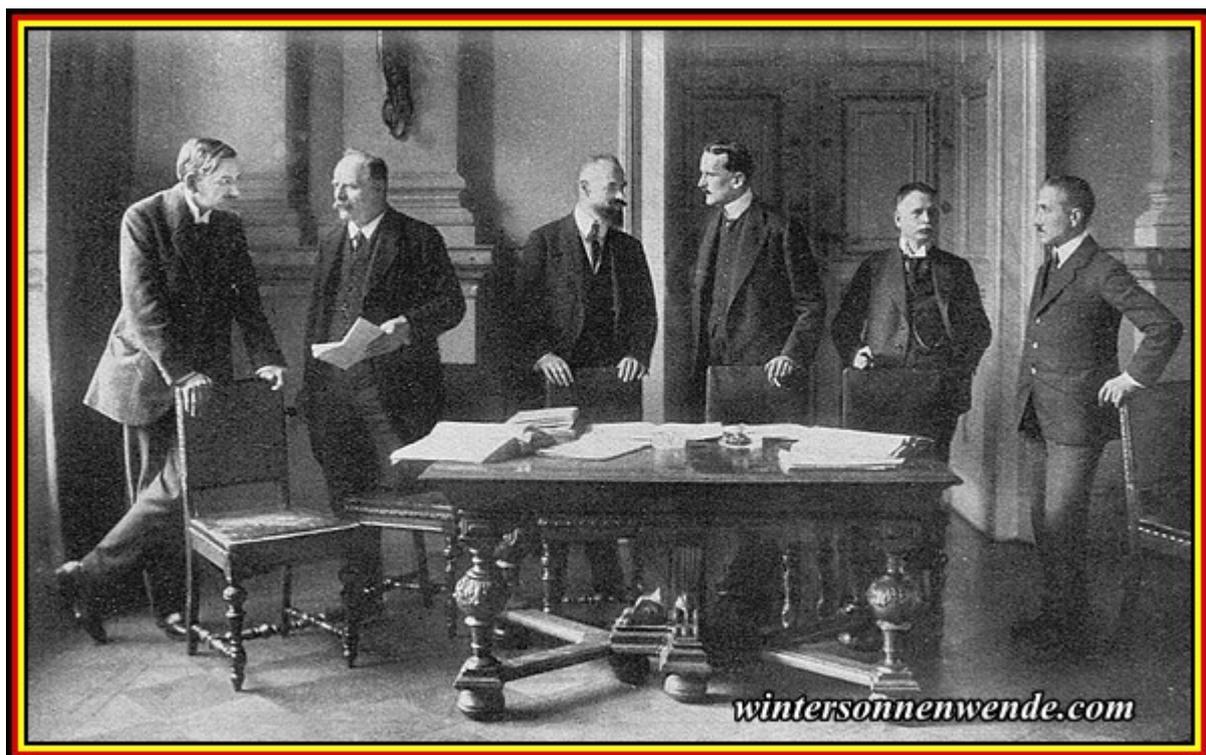
Allein **Clemenceau**, der wilde Hasser, blieb unerbittlich. Mit Hohn und Ironie beschämte er den Engländer und sagte, in einigen Tagen würden die Alliierten soweit sein, daß Deutschland ihnen die Friedensbedingungen diktiere. Nein, nein und nochmals nein! "Am Abend des 13. Juni ging Frankreich siegreich aus diesem titanenhaften Duell hervor."

So schließt der Bericht Tardieus.

**Am 16. Juni wurde die Antwort der Alliierten, 60 Seiten stark, der deutschen Abordnung aus-**

**gehündigt.** Einige wenige Änderungen nur waren unter Lloyd Georges Einfluß zustande gekommen. Das wichtigste Zugeständnis war die **Zulassung einer Volksabstimmung in Oberschlesien.** Sollte dieses Gebiet trotz Abstimmung polnisch werden, dann sollte Deutschland das Recht haben, fünfzehn Jahre unter den gleichen Bedingungen wie Polen Kohle zu fördern. Auch sollten die Interessen der Deutschen bei einer etwaigen Liquidierung ihres Eigentums geschützt werden. Außerdem wurde auf eine Volksabstimmung in der dritten, südlichen Zone Schlesiens verzichtet und der Rückkauf der Saarbergwerke erleichtert. Schließlich sagte man eine Revision der wirtschaftlichen Bedingungen zu, allerdings erst, wenn Deutschland in den Völkerbund aufgenommen worden sei. Alle anderen Forderungen wurden aufrechterhalten.

Es war der **französischen Öffentlichkeit** nicht verborgen geblieben, welche schweren politischen Kämpfe sich im Rate der Alliierten abspielten. Den Widerspruch Lloyd Georges führten die Franzosen auf die ablehnende Haltung der Deutschen zurück, und noch am 10. Juni hatte Graf Brockdorff-Rantzau einem Berichterstatter erklärt, die deutsche Delegation sei der festen Überzeugung, daß die deutsche Regierung den Vertrag auch in der jetzt vorliegenden Form ablehnen müsse. **Das französische Volk schäumte.** Er kam zu drohenden Zusammenrottungen vor dem Hotel der Deutschen, und die Polizei hatte Mühe, die Delegation vor der Gewalttat der erregten Masse zu schützen. Am Abend des 16. Juni reisten die Deutschen ab. Als sie den Kraftwagen bestiegen, der sie zum Bahnhof bringen sollte, brach ein wüstes Geschrei los. Die Delegierten wurden mit wilden Schimpfworten überschüttet. Wütende Fäuste reckten sich ihnen entgegen, und trotz der polizeilichen Schutzmaßnahmen wurden Steine gegen den Wagen geschleudert, wobei die Sekretärin des Delegierten Giesberts eine schwere Verletzung erhielt. -



*Die deutschen "Friedensdelegierten" für Versailles. Photo Scherl.*

**Auch in Deutschland brach eine gewaltige Erregung los, als Anfang Mai die erste Kunde von den Friedensbedingungen eintraf.** Das Volk erlebte eine furchtbare Enttäuschung. Wo sind die vierzehn Punkte Wilsons geblieben? wurde gefragt. Statt einen Verständigungsfrieden zu erhalten, sah Deutschland jetzt den brutalen Vernichtungswillen seiner Kriegsgegner klar vor Augen. In ohnmächtiger Wut tobte das Volk, das seine Waffen dem Feinde ausgeliefert hatte und nun wehrlos der Willkür erbarmungsloser Sieger preisgegeben war. Aufs bitterste enttäuscht waren die **Sozialdemokraten**, sie, die bisher den törichten Glauben hatten, es hänge nur von ihnen ab, um in einer Welt des Hasses und der Gewalt den uralten Satz, daß Macht vor Recht gehe, in sein Gegenteil zu verkehren. Noch einmal, wie in den

**Erregung  
in Deutschland**

Augusttagen 1914, war das unglückliche, vom Parteihader und Bürgerkrieg zerfleischte Volk einig von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. In allen Städten, bis in die kleinsten Orte hinein, veranstalteten die Parteien Protestkundgebungen gegen den Gewaltfrieden, die von vielen Tausenden besucht wurden. Ganz Deutschland von Ost nach West, von Nord nach Süd, hallte wider von der Erbitterung und Wut über den Betrug der Feinde. Das deutsche Volk war erwacht aus der Lethargie des Krieges, aus seinem Traum von der Völkerversöhnung, aber zu spät: "Unannehmbar und unerfüllbar", war die Losung.

### **Scheidemanns Rede**

**Am 12. Mai veranstaltete die deutsche Nationalversammlung in der Aula der Universität Berlin eine große Kundgebung gegen den Schmachfrieden.** Die Fahnen der studentischen Verbindungen trugen schwarzen Flor, und über der dichtgedrängten Versammlung schwebte der Geist stummer Trauer und verhaltenen Grimmes. Bittere Verzweiflung loderte in den Herzen. War das der Frieden, für den 2 Millionen deutscher Männer ihr Leben gelassen hatten? Der Ministerpräsident Scheidemann sprach. Mit flammenden Worten erhob er Einspruch gegen die Zerstückelung des Reiches. Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. Der Friedensvertrag, dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung der erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. Der Friedensbringer Wilson ist abgelöst durch den Kerkermeister Clemenceau. Scheidemann ging auf die einzelnen Forderungen des Vertrages ein. "Ich frage Sie, wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als deutscher -, nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?" So setzte man uns den Fuß auf den Nacken und strebe offen nach erbärmlicher Versklavung für Kind und Kindeskind. Der Redner betonte, daß von deutscher Seite Gegenvorschläge gemacht worden seien und auch in Zukunft gemacht würden, und wieder gipfelten seine Ausführungen in dem Ausrufe: Weg mit diesem Mordplan! Und Scheidemann wies auf die Stimmen der Vernunft hin, die sich in England und Italien und im sozialistischen Frankreich hätten hören lassen. "Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht. Ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt." Deutschland wolle den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, es wolle nicht, daß der Haß verewigt werde, und die leidenschaftliche, eindrucksvolle Rede schloß mit dem Ausrufe: "Dreimal Wehe über die, welche heute einen wahrhaften Frieden verzögern auch nur um einen Tag!" Aus der Stille der Versammlung klang hier und da ein Seufzer, ein Schluchzen, vielleicht waren es Männer und Frauen, die an den toten Sohn oder Bruder dachten; aber schweigend und mit Würde bändigten die Zuhörer die tobenden Gefühle in ihrer Brust.

**Es gab Kreise, die allen Ernstes an die Wiederaufnahme des Krieges dachten.** Ja es gab sogar nationale Schichten, die sich unbedenklich mit den Bolschewisten zum Kampfe gegen Frankreich verbündet hätten. Aber diese nationalbolschewistische Bewegung war klein und schwach. Vor allem große Teile des Heeres zogen neue Waffenentscheidungen der Unterschrift vor. **Inzwischen veranstalteten die Unabhängigen zum starken Leidwesen der Regierung Demonstrationen zur sofortigen Annahme.** Dagegen erklärten die Mehrheitssozialisten in ihren Kundgebungen, kein Mitglied der Regierung sei so unehrenhaft, Dinge zu versprechen, von denen es wisse, daß sie undurchführbar seien. "Wir wünschen einen Frieden auf der Grundlage der vierzehn Punkte. Wir sind zu Verhandlungen bereit. Wir tun unser Äußerstes, Verhandlungen zustande kommen zu lassen, die das, was der Welt allein Frieden bringen kann, nicht außer acht lassen dürfen."

**In der Regierung selbst kam es bald zu Meinungsverschiedenheiten.** Noske neigte anfangs zur Wiederaufnahme des Krieges, aber die Gefahr, daß dieser im Rheinland geführt werden würde, und die zahlenmäßige Schwäche der demobilisierten deutschen Armee gegenüber dem bis an die Zähne bewaffneten Feinde, die spartakistische Unsicherheit im Lande ließen ihn nach langen Be-

### **Meinungsverschiedenheiten in Deutschland**



**Scheidemann, Mai 1919 gegen das Versailler Diktat in der Aula der alten Bibliothek zu Berlin:  
"Die Hand müßte verdorren..." Photo Scherl.**

beratungen mit seinem Generalstabe zu dem Schlusse kommen: "Unser Volk ist so traurig verlumpt, daß wir unterzeichnen müssen." Die Mehrheit des Kabinetts, Demokraten und ein Teil der Sozialisten, darunter Scheidemann, stimmten für Ablehnung. Jedoch **Erzberger** stellte fest, welche Vorteile die Annahme bringen würde: Beendung des Krieges, Aufhebung der Blockade, Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, Beginn des Exportes, Rückkehr der Gefangenen, Sicherung der Reichseinheit, Besserung der Arbeitsverhältnisse und des Geldkurses und Verminderung reaktionärer und spartakistischer Putschgefahren. Dann entwickelte er die Folgen der Ablehnung: Vormarsch der Alliierten, Besetzung des Ruhrgebietes, Trennung von Nord- und Süddeutschland durch Besetzung der Mainlinie, Verschärfung der Blockade, Internierung der wehrpflichtigen Männer, Repressalien, Poleneinfall, Währungsverfall, Hungersnot, Bolschewismus, Auflösung des Reiches. Diese Beredsamkeit bestärkte auch Noske und David, einer Annahme zuzustimmen.

**Am 16. Juni traf das Ultimatum der Alliierten ein, welches Annahme der Friedensbedingungen innerhalb fünf Tagen forderte.** Unerschütterlich in ihrem Widerstand blieben die drei Demokraten, Brockdorff-Rantzau, Scheidemann und zwei andere Sozialdemokraten. Am 17. Juni wurde die Annahmefrist um zwei Tage verlängert. Das Kabinett arbeitete Tag und Nacht. In der Nacht vom 18. zum 19. Juni drängten die vier Sozialdemokraten und drei Zentrumsanhänger auf Annahme. Am 19. Juni stimmten in einer Fraktionssitzung der Sozialdemokraten 75 Abgeordnete für, 39 gegen die Annahme. Besonders eifrig für die Annahme sprachen Siegheimer, Hoch, Davidsohn und Hermann Müller. Sie setzten es durch, daß Fraktionszwang für die Abstimmung beschlossen wurde. Im Zentrum waren 60 Abgeordnete gegen die Annahme. Erzberger wies auf die Schrecken eines neuen Krieges hin, und die Fraktion fiel um. Auch hier wurde Fraktionszwang für die Abstimmung beschlossen. Man befragte die Minister der Einzelstaaten. Ihre Mehrheit war für Annahme. Da trat am 21. Juni die Regierung Scheidemann zurück: Scheidemann, Brockdorff-Rantzau, Preuß, Dernburg, Gothein und Landsberg schieden aus. Erzberger, als stellvertretender Ministerpräsident, bildete ein neues Kabinett, in welchem er die Finanzen und der Sozialdemokrat Hermann Müller das Äußere übernahmen. Die neue Regierung bestand aus sechs Sozialdemokraten und vier Zentrumsanhängern.

Am 22. Juni teilte die Regierung der Nationalversammlung mit, sie sei zur Unterzeichnung des Vertrages bereit, es müßten aber die Artikel

**Vorgänge in der  
Nationalversammlung**

über **die deutsche Kriegsschuld** und die Auslieferung deutscher Staatsangehöriger zur Aburteilung wegen Kriegsverbrechen fallen. An diesem Tage stimmte die Nationalversammlung der Annahme zu. 237 Stimmen des Zentrums, des größten Teiles der Sozialdemokraten und eines kleinen Teiles der Demokraten gaben ihr Ja ab, während die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, sowie der größere Teil der Demokraten und der kleinere der Sozialdemokraten mit 138 Stimmen ablehnten. Fünf Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Rechte wollte lieber mit Ehren untergehen, als die Gewalt und die Demütigung der Feinde ertragen, die Demokraten und Sozialdemokraten wollten durch passiven Widerstand die Friedensfreunde in den alliierten Ländern veranlassen, Schritte zu milderer Friedensbedingungen in die Wege zu leiten.

Nach Versailles wurde telegraphiert: "Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227-230 des Friedensvertrages zu übernehmen." Hart und unnachgiebig lautete die Antwort der Ententestaaten, sie forderte bedingungslose Unterzeichnung.

**Noch einmal, am 23. Juni, wurde der Versuch gemacht, die Regierung zur Ablehnung zu bewegen.** General Maercker, der mit dem Schutze der Nationalversammlung betraut war, erklärte, im Falle der Annahme würden die Offiziere des Heeres ihren Abschied nehmen, und der Schutz gegen die Anarchie sei nicht mehr da. Das war eine neue Komplikation, und es hatte den Anschein, als sollten die ganzen Erörterungen von vorn beginnen. Unter dem Eindruck der Mitteilung Maerckers bat die deutsche Regierung bei den Alliierten um eine Fristverlängerung von 48 Stunden, die aber abgelehnt wurde. Es wurde geantwortet, bis sieben Uhr abends müsse die Entscheidung der Annahme oder Ablehnung getroffen sein. Die Parteiführer traten zu einer Besprechung zusammen. Bei dieser Sitzung traf ein Telegramm des Generals Groener ein, in welchem Unterzeichnung verlangt wurde. Das bewies, daß ein Teil des Offizierkorps auch nach der Annahme im Dienste verbleiben würde, und stärkte der Regierung den Rücken. Jetzt fragte Erzberger die Führer der Opposition, ob sie bereit seien, die Regierung zu übernehmen, den Vertrag abzulehnen und den Krieg fortzusetzen. Die Frage blieb unbeantwortet. Die Nationalversammlung bestätigte nun im Wege einfacher Abstimmung die am Vortage der Regierung erteilte Unterzeichnungsvollmacht.

Zwanzig Minuten vor fünf Uhr nachmittags, kaum zwei Stunden vor Ablauf der Frist, ging folgendes Telegramm nach Versailles:

"Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten vier Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend, und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen."

**Annahme und  
Unterzeichnung**

Die Würfel waren gefallen, der Friedensvertrag war angenommen.

Der letzte Akt der erschütternden Tragödie spielte sich am 28. Juni im Schlosse zu Versailles ab. In ebendemselben Spiegelsaal, in dem 1871 durch Bismarck das deutsche Kaiserreich proklamiert worden war, unterzeichneten die deutschen Bevollmächtigten, der Reichsminister des Auswärtigen, Hermann Müller, und der Reichskolonialminister Dr. Bell den Friedensvertrag. Wir geben die Schilderung eines Augenzeugen (Rolf Brandt) wieder:

In der Mitte des Saales befindet sich die Tafel, an der die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte sitzen. Zu beiden Seiten, den Saal entlang, stehen die rotbezogenen, lehn-



**28. Juni 1919: Unterzeichnung des Friedensdiktales in Versailles. Photo Scherl.**

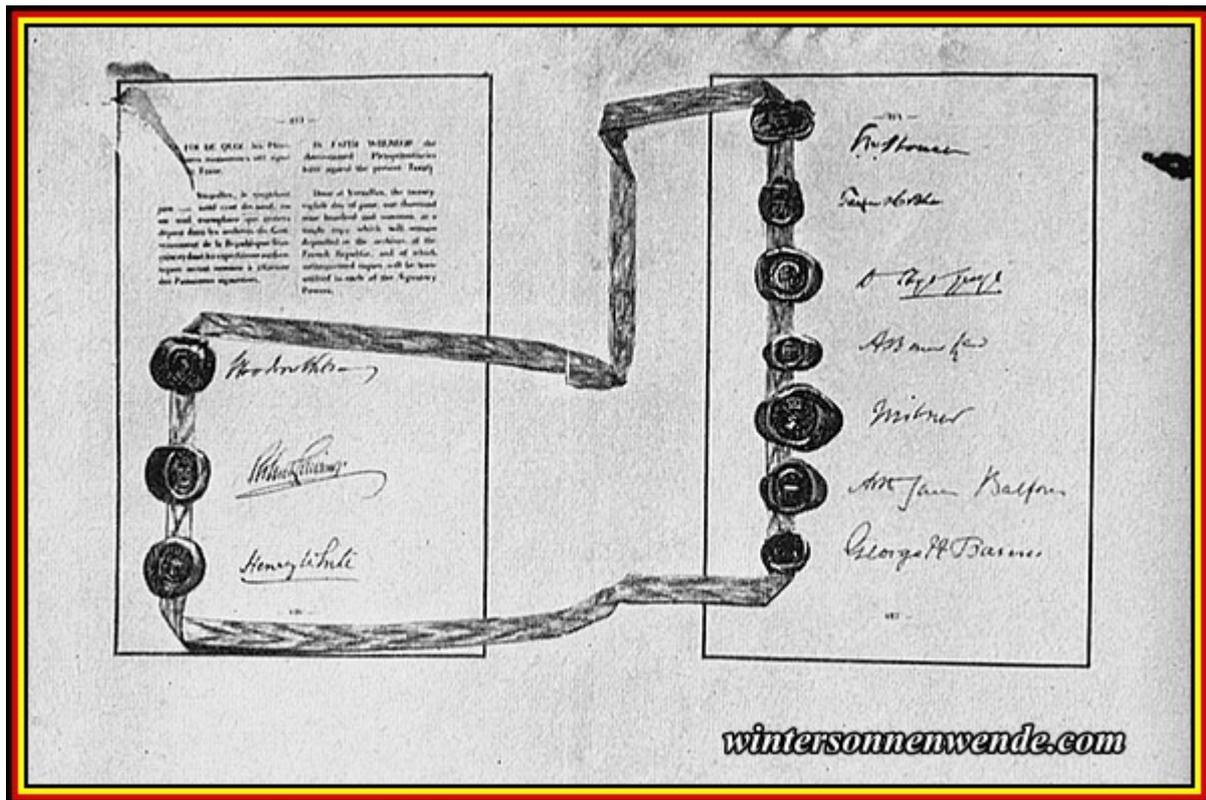
losen Bänke für die Zuschauer. Die Entfernung ist für die weiteren Reihen doch immer noch über dreißig Meter. Clemenceau soll mit den Veteranen reden, der Vorgang ist nicht zu erkennen, man steigt also auf die Bänke. Photographen erklimmen die Pfeiler, die Herren helfen ihren Damen zu den luftigen Standpunkten und bewahren sie sorgfältig vor dem Fall von den Pfeilernischen. Ein holländischer Kollege, dem die kurzen Röcke über den Kopf flattern, macht die Bemerkung: "Ich dachte, dies sei wenigstens eine diplomatische Handlung, nun ist es eine Wäschehandlung." Wilson, etwas nervös lächelnd, schreibt ununterbrochen Autogramme auf das Erinnerungsblatt, das zu diesem Zweck gezeichnet worden ist.

Die deutschen Beauftragten erscheinen. Sie begeben sich schweigend zu ihren Plätzen, und durch die Lücke, die durch das Leerbleiben der Stühle für die chinesische Delegation entstanden ist, kann man das in diesem Augenblick undurchdringliche Gesicht Hermann Müllers erblicken. Clemenceau erhebt sich, seine harte Stimme geht durch den Raum, aber das leise Sprechen auf den Bänken läßt das Gesprochene nicht zur Klarheit kommen: "Die Sitzung ist eröffnet. Zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und dem Deutschen Reich ist über die Bedingungen des Friedensvertrages das Übereinkommen getroffen worden; der Text ist fertiggestellt. Der Präsident der Konferenz hat schriftlich bestätigt, daß der Text, der unterzeichnet werden würde, mit dem Text der beiden Exemplare, die den beiden deutschen Delegierten zugestellt worden sind, übereinstimmt. Die Unterschriften sollen gegeben werden. Sie werden als eine unwiderrufliche Verpflichtung zu gelten haben, die erfüllt und in der Gesamtheit ihrer Bedingungen loyal ausgeführt werden wird. Unter diesen Voraussetzungen habe ich die Ehre, die deutschen Bevollmächtigten einzuladen, sich bereitzumachen, ihre Unterschrift zu geben."

Reichsminister Hermann Müller unterschreibt. Der Minister Bell folgt ihm. Drei Uhr zwölf Minuten.

Die Menge drängt gegen die Bänke, halblaute Worte dringen durch den Saal, aus der Mitte ertönen Rufe: "Stille!" Wilson, Lloyd George und Clemenceau ziehen vorüber, wie in einem seltsamen Reigen, ihre Gesichter sind merkwürdig starr, den Federhalter in der Rechten, treten sie an den Tisch und vollenden den schicksalsschweren Kreislauf, indem sie auf der anderen Seite zu ihren Plätzen zurückkehren.

Kanonenschüsse dröhnen. Es ist gegen vier Uhr. Der Vertrag ist von den Vertretern aller anwesenden Staaten gezeichnet. Die Wasser von Versailles beginnen zu springen.

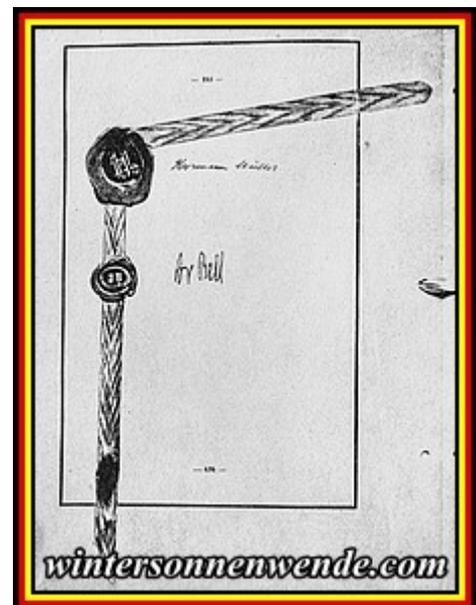


Die Unterschriften unter dem Friedensdiktat. Photo Scherl.

So wollte es Clemenceau. Er feierte seinen Triumph, indem er die Deutschen an der historischen Stätte ihres ehemaligen Sieges demütigte. Sein Werk, aus Haß gegen Deutschland geboren, säte eine neue Saat des Hasses gegen Frankreich.

Am 9. Juli nahm die Nationalversammlung das Gesetz über den Friedensschluß mit 208 gegen 115 Stimmen an. Reichspräsident Ebert ratifizierte es.

Das Drama fand seinen Abschluß genau fünf Jahre später, **nachdem es mit der Ermordung des österreichischen Erzherzog-Thronfolgers seinen Anfang genommen hatte.** "In dem uns vorgelegten Friedensdokument feierte eine sterbende Weltanschauung imperialistischer und kapitalistischer Tendenzen ihren letzten, entsetzlichen Triumph", hatte Brockdorff-Rantzau gesagt. **Und in der Tat bedeutete die Annahme des Vertrages eine Zeitwende.** Eine fünfzigjährige Entwicklung in Frankreich hatte ihre Vollendung erreicht. Für Deutschland begann ein neues Zeitalter. Es mußte beweisen, daß es die herkulische Kraft besaß, trotz dem über das deutsche Volk ausgesprochenen Todesurteil zu neuem Leben sich emporzurichten. -



Die deutschen Unterschriften unter dem Friedensdiktat. Photo Scherl.

Scapa Flow

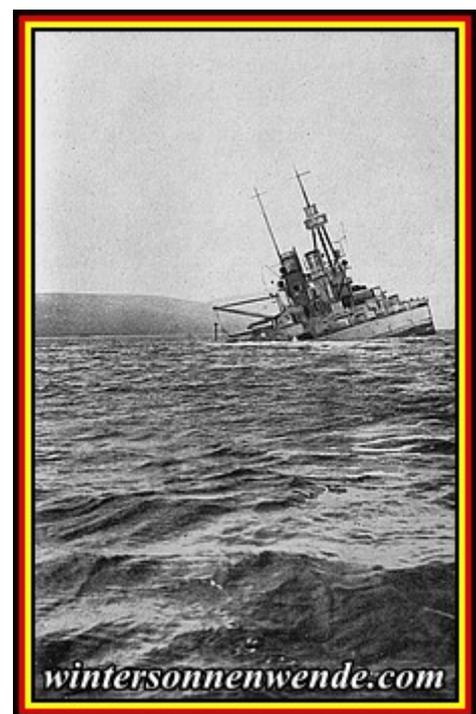
Während noch im deutschen Volke der erregte Meinungs austausch über Annahme oder Ablehnung der "Friedensbedingungen" in vollem Gange war, drang plötzlich die Kunde von einer heroischen Tat in diese düsteren Stimmungen: **Am 21. Juni hatte der Admiral von Reuter die in Scapa Flow internierte deutsche Kriegsflotte versenkt!** - Auf Grund der Waffenstillstandsbestimmungen waren an einem stillen, milden Spätherbsttage unter Admiral von Reuters Kommando zehn Linienschiffe, sechs große Kreuzer, acht kleine Kreuzer und 50 Zerstörer zu ihrer Schicksalsfahrt nach England von Wilhelmshaven ausgelaufen, um im Firth of Forth interniert zu werden.

Die Engländer bereiteten der stolzen deutschen Flotte tiefe Demütigungen. Gegen jedes Ritterlichkeitsgefühl verstoßend, funkte der Admiral Beatty am 3. Dezember 1918: Die deutsche Flagge ist niederzuholen und darf ohne Erlaubnis nicht wieder gehißt werden; an seine Marinesoldaten wandte sich der Engländer mit folgender Mahnung: "Erinnert Euch stets, daß der Deutsche ein anzuspießendes Vieh ist!" Die Schiffe wurden dann zur Untersuchung nach dem "geschützten" Hafen Scapa Flow gebracht. Dies war gegen alle Abmachungen, denn ursprünglich sollte die Flotte in neutrale Häfen überführt werden, und nur, wenn keine geeigneten zur Verfügung standen, in alliierten Häfen gebracht werden.



*Die deutsche Kriegsflotte in Scapa Flow. Photo Scherl.*

Aus der Überführung war eine Internierung geworden. Admiral von Reuter mußte unter diesen Umständen als Soldat mit dem Äußersten rechnen, mit der Versenkung der Schiffe. Es war ein alter Befehl, daß im Kriegsfall kein Seebefehlshaber ein Schiff in die Gewalt der Feinde fallen lassen durfte. Die Vorbereitungen für diese Tat waren sehr schwierig, da sie ganz geheim geschehen mußten. Man mußte anfangs mit einem Verrat von irgendeiner Seite der an Bord befindlichen Mannschaften rechnen, wenn die Versenkungsabsicht zu früh bekannt wurde. Der Admiral schaltete bei Reduzierungen der Mannschaft alle unzuverlässigen Leute aus und reinigte seinen Obersten Soldatenrat. Als der 21. Juni kam, wußte Reuter noch nichts von der Verlängerung des Waffenstillstandes um zwei Tage. Die Nachrichten, die er über englische Zeitungen von Deutschland erhielt, kamen spärlich und verspätet. So glaubte er, der Waffenstillstand laufe mittags um 1 Uhr ab und der Kriegszustand trete wieder in Kraft. Also entschloß er sich zur Versenkung der Schiffe. Um 12 Uhr 16 Minuten kenterte das erste große Schiff und sank schnell. Zehn Linienschiffe, fünf große und fünf kleine Kreuzer und 36 Torpedoboote versanken in den Fluten, **als letzter ging um 5 Uhr der große Kreuzer "Hindenburg" unter.** Stolz und unbesiegt sank die kai-



*Linienschiff "Bayern" wird von den deutschen Matrosen in Scapa Flow versenkt. Photo Scherl.*

serliche Flotte, eingedenk ihrer Tradition **vom Skagerrak.**



*Schlachtkreuzer "Hindenburg" am 21. Juni 1919 von deutschen Matrosen versenkt. Photo Scherl.*



*Hebung des Kreuzers "Hindenburg" durch die Engländer. 15. April 1926. Photo Scherl.*

Die Wut der völlig überraschten Engländer kannte keine Grenzen. Die englischen Drifter sausten zwischen den Rettungsbooten umher und schossen mit Pistolen, Gewehren und Maschinengewehren auf die in den Booten befindlichen oder im Meere schwimmenden Deutschen, trotzdem diese weit sichtbar die weiße Parlamentärflagge führten. Verschiedene Offiziere und Mannschaften wurden getötet. Ja, man zwang die Deutschen mit vorgehaltener Pistole zur Rückkehr auf die Schiffe, um dem Sinken Einhalt zu tun, während die Engländer selbst die sinkenden Fahrzeuge plünderten. In höchst unritterlicher Weise hielt der englische Admiral Fremantle am folgenden Tage dem Admiral von Reuter eine Rede, worin er sagte, die Tat laufe jedem Empfinden für Anstand und Ehre zuwider, sie sei eine verräterische Handlung, ein Treubruch, eine Schande für die, die sie begangen hätten. Niemand in der Welt, am allerwenigsten die Deutschen, würden für diese Tat ein Verständnis haben! Admiral von Reuter jedoch erklärte beim Verhör, es handle sich nicht um eine Sabotage des Friedensvertrages, sondern er sei überzeugt gewesen, daß die deutsche Regierung den Vertrag nicht angenommen habe und daß infolgedessen nach Ablauf der fünftägigen Frist der Kriegszustand wieder eingetreten sei. Er habe gehandelt wie im Kriege befindlich, und deshalb sei seine Tat nach Kriegsrecht zulässig und unstrafbar.



*"Lisboa" kehrt von Scapa Flow mit den deutschen Matrosen zurück. Photo Scherl.*

Die kühne Tat von Scapa Flow wurde in Deutschland mit begeisterter Bewunderung aufgenommen und reizte zu einer ähnlichen Tat. Als am Morgen des 23. Juni der Telegraph dem deutschen Volke die Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung verkündete, stürmte ein Trupp begeisterter Studenten, Offiziere und Gardereiter, von einer großen Menschenmenge gefolgt, in das Berliner Zeughaus, **riß die 1813 bis 1815 und 1870/71 eroberten Fahnen und Standarten von den Wänden und verbrannte sie feierlich vor dem Standbild Friedrichs des Großen.** Diese Trophäen sollten auf Grund des Friedensvertrages wieder ausgeliefert werden.

Was aber wollte dieser Ausbruch nationaler Leidenschaft besagen! Wohl erwog man in maßgebenden Kreisen den Gedanken einer neuen Waffenerhebung, aber man ließ ihn fallen, denn ein solches Beginnen hätte für Deutschland die Katastrophe bedeutet. Zu einem neuen Kriege gegen die erdrückende Übermacht Englands und Frankreichs hätte sich im Innern ein blutiger Bürgerkrieg der Spartakisten gesellt, und das deutsche Volk wäre rettungslos im Vernichtungstaumel untergegangen. Eine Erhebung war hoffnungslos, es war klüger, sich, wenn auch zähneknirschend, in das unver-

meidliche Schicksal zu fügen, das nun einmal die große Mehrzahl des Volkes selbst über sich heraufbeschworen hatte. Am 25. Juni legte der Generalfeldmarschall von Hindenburg das Kommando nieder. -

**Sonderbündler  
im Rheinland**

Im engsten Zusammenhang mit den Versailler Ereignissen stand die **Erhebung der rheinischen Separatisten** im Frühjahr 1919. Ende November 1918 rückten die alliierten Truppen zur Besetzung des Rheinlandes vor. Sie kamen, soweit französische und belgische Streitkräfte daran beteiligt waren, in der Absicht, nicht wieder hinauszugehen. Es war nichts anderes das Ziel Frankreichs, als das etwa 30 000 qkm große, linksrheinische Deutschland, Rheinland und Pfalz, vom Reiche zu trennen, und, wenn nicht zu annektieren, so doch in abhängige Vasallenstaaten zu verwandeln.

**Diese französischen Gelüste fanden Bundesgenossen an deutschen separatistischen Bestrebungen.** Bereits im Dezember 1918 brachte das Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* Pläne einer Unabhängigkeit des Rheinlandes und der Aufteilung Deutschlands in vier Republiken: eine Rheinrepublik, eine Donaurepublik, eine Nord-Ostsee-Republik und eine Zentralrepublik. Von Köln aus wurde der Schwerpunkt der separatistischen Bewegung in den ersten Monaten 1919 nach Wiesbaden verlegt, wo der ehemalige deutsche Staatsanwalt Dr. Dorten mit seinem dem Zentrum angehörigen Anhang die Bewegung leitete. Am 10. März 1919 nahm eine Versammlung in der Kasinogesellschaft zu Köln eine EntschlieÙung an, in der man die Erwartung aussprach, daß die zuständigen Stellen unverzüglich für die Gründung des westdeutschen Freistaates im Reichsverbande eine Volksabstimmung zulassen würden. Dorten, zum Generalbevollmächtigten in Köln ernannt, übergab diese EntschlieÙung den Vertretern der Alliierten in Köln, Koblenz und Mainz.

**Auf Grund dieser Ereignisse fand am 13. März in Weimar unter Scheidemanns Vorsitz eine Besprechung der Regierung mit den rheinischen Abgeordneten statt,** welche die Zukunft des Rheinlandes und der Pfalz behandelte. Nach ihrem Abschluß gab Scheidemann in der Nationalversammlung das Ergebnis bekannt. Es wurde betont, daß die Regelung der Rheinlandfrage eine rein innerdeutsche Angelegenheit sei und keinerlei Einmischung von außen bedürfe. Die Reichsregierung sehe in jedem Versuch der Loslösung links- und rechtsrheinischer Länder einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Vorstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätenprinzip. Die Regierung wisse sich völlig einig mit der heiligen Überzeugung der gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben wolle mit den eigennützigten Bestrebungen einzelner Personen. Die Regelung des Verhältnisses der rheinischen Lande zum Reiche sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Diese Frage könne nur im Rahmen der Reichseinheit gelöst werden. Eine endgültige Regelung könne erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. Unterstützt wurde die Reichsregierung in ihren Bestrebungen durch eine starke Bewegung gegen die Separatisten, die nun auch **von seiten der rheinischen Sozialdemokratie** einsetzte.

Doch nun nahmen sich die **französischen Besatzungsbehörden** der Sache an und erklärten den Separatistenführern, daß ihnen die rheinische Bewegung sympathisch sei. Die englischen Besatzungstruppen dagegen hatten sich von vornherein ablehnend gegen die Umtriebe verhalten. In der **Pfalz** hatte sich unterdessen unter der Führung des Chemikers Haas ebenfalls eine sonderbündlerische Richtung entwickelt, die aber von Wiesbaden aus bekämpft wurde. Mit Wissen und Genehmigung der Franzosen fand am 16. Mai im Hause Dr. Dortens zu Wiesbaden eine Besprechung Dortens mit den rheinischen Separatisten aus Aachen und Köln statt. Hiebei wurde folgendes Programm festgelegt:

**Die Pläne Dr. Dortens**

1. Verbleiben des Saargebietes und der Kreise Eupen und Malmedy bei Deutschland.
2. Verbleiben Danzigs bei Deutschland.
3. Regelung der Ostfragen in einer für Deutschlands Bedürfnisse günstigeren Form.
4. Belassung der Hälfte der geforderten Tonnage bei Deutschland.
5. Herabsetzung der Reparationsforderungen und Kriegsentschädigungen.

Dafür sollte erstens **eine Rheinische Republik als Bundesstaat errichtet werden**, die durch ihre wirtschaftliche Stärke und politisch-kulturelle Macht im Verein mit den anderen süd- und westdeutschen Staaten - gemeint ist auch Hannover - eventuelle deutsche Revanchepläne im Keime ersticken könne, und zweitens der Charakter der Bismarckschen Verfassung erhalten bleiben, d. h. das Gesandtschaftsrecht solle auch von der Rheinischen Republik ausgeübt werden. Man teilte diese Vereinbarungen dem französischen Hauptmann Rostand mit, der sie als "vernünftig" bezeichnete.

Es sollte nun eine **vorläufige Regierung** gebildet werden, welche in Weimar und Versailles anerkannt werden und eine Volksabstimmung einleiten sollte. Außerdem sollte sie an der Versailler Konferenz teilnehmen.

Hauptmann Rostand informierte den **französischen General Mangin**, der anfangs für die vorgeschlagene Lösung nicht zu haben war und einen vollkommen selbständigen Pufferstaat wünschte. Es kam zu einer persönlichen Unterredung zwischen Mangin einerseits und Dr. Dorten und Froberger andererseits, an deren Ende Mangin dem Plane Dortens zustimmte. Jedoch nach dieser Zusammenkunft mit dem Franzosen setzte plötzlich eine **starke Gegenbewegung von Köln** aus ein. Das Zentrum des nördlichen Rheinlandes lehnte die Zusammenarbeit mit Frankreich ab, und eine starke, in aller Öffentlichkeit geführte Bekämpfung Dortens begann.

**Die rheinischen Separatisten wurden durch die Sorge vor den Friedensbedingungen zu schnellem Handeln angespornt.** Sie fürchteten einerseits im Falle der Annahme durch Deutschland die fünfzehnjährige Besetzung, andererseits im Falle der Ablehnung die Möglichkeit, daß das Rheinland Kriegsschauplatz werden könne. Trotz der Kölner Widerstände beschlossen sie, am Himmelfahrtstage im Kaisersaal zu Aachen die "rheinische Republik" auszurufen. Die Reichsregierung war über die Vorgänge unterrichtet und erließ am 28. Mai eine Warnung, in der sie darauf hinwies, daß Bestrebungen zur Losreißung der Rheinlande vom preußischen Staate als Hochverrat mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden können. Jedoch diese Warnung hatte auf die Sonderbündler keinen Einfluß, da sie meinten, sie gingen von dem ihnen feindlichen Erzberger und den Sozialdemokraten aus, die in der rheinischen Bewegung eine Gefahr ihrer Einheitsstaatsideen erblickten. Die **Belgier indessen hatten inzwischen am 26. Mai Moresnet, Eupen, Malmedy, Herbesthal und Rören besetzt**, weil sie fürchteten, durch die Proklamierung der Rheinischen Republik die ihnen in Versailles zugesprochenen Gebiete zu verlieren.

### **Mißlungener Putsch**

Am 1. Juni teilte Dorten dem General Mangin die Ausrufung der Rheinischen Republik mit, der die Angelegenheit seinerseits mit der Proklamation absoluter Neutralität der Besatzungsbehörde beantwortete. In **Wiesbaden wurde die Regierung** errichtet, und Dr. Dorten versammelte sein Ministerium um sich. Es wurden Flugblätter verteilt, welche der Bevölkerung die Existenz der Rheinischen Republik anzeigten. Aber schon nach drei Tagen wurde die Regierung Dorten aus dem Wiesbadener Regierungsgebäude hinausgeworfen. Auch der Chemiker Haas in Landau war nicht untätig gewesen und rief gleichzeitig seine "Freie Republik Pfalz" aus. Jedoch schon Ende Juni fanden die beiden Schattenrepubliken im Rheinland und in der Pfalz ein klägliches Ende. Trotz eifrigster Agitation und Bemühungen war es der Dorten-Regierung nicht gelungen, die Sympathien der Bevölkerung zu gewinnen. Zudem verfügte Dorten und sein Anhang über keinerlei Geldmittel, so daß sie nicht einmal ihre "Minister" bezahlen, geschweige denn eine systematische politische Propaganda finanzieren konnten. Nach der Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland sank die Bewegung vorläufig ins Nichts zurück. Dorten hatte gehofft, daß die Regierung in Weimar ablehnen würde. In diesem Falle wollte Mangin den Rheinländern die Wahl geben, entweder die Regierung Dorten anzuerkennen oder unter Kriegsrecht gestellt zu werden. So aber ließ das französische Militär Dorten jetzt fallen, während Oberkommissar Tirard seine schützende Hand weiterhin über ihn hielt. Tirard setzte es durch, daß Dorten wieder freigelassen wurde, nachdem er von den deutschen Behörden wegen Hochverrats verhaftet worden war.



## 5. Kapitel: Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919.

Bereits am 20. Januar 1919 veröffentlichte der *Reichsanzeiger* einen **Entwurf zur neuen Reichsverfassung**, der von dem demokratischen Innenminister Preußens, Hugo Preuß, Professor für Verfassungsrecht an der Berliner Handelshochschule, ausging. Der Vorschlag zeichnete sich dadurch aus, daß eine **straffe Reichsgewalt** verlangt wurde, neben der die Einzelstaaten zur Bedeutungslosigkeit herabsanken. Das bisher föderalistische Deutsche Reich sollte ganz und gar unitarisch werden. Den bisherigen Bundesstaaten, die als "Gliedstaaten" bezeichnet wurden, sollte keine andere Aufgabe zukommen, als nur ausführende Verwaltungsorgane der Reichseinheit zu sein. Es war eine "kraftvolle Offensive zugunsten der Einheit".

### Entwurf einer Verfassung

Das Reich sollte allgewaltig über den einzelnen Bundesstaaten, auch über Preußen stehen. **Preußen** hatte bisher die Hegemonie im Reiche, und dieser Zustand ergab sich aus der historischen Tradition des Hohenzollernhauses. Da nun aber die Monarchie beseitigt sei, sei auch die Hegemonie Preußens nicht mehr aufrechtzuerhalten. "Der Fortbestand einer einheitlichen Republik von 40 Millionen Einwohnern innerhalb einer von ihr organisatorisch getrennten Republik von zusammen etwa 70 Millionen Einwohnern ist schlechthin eine staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit", hieß es in der beigegefügte Denkschrift. Die Hegemonie Preußens sollte beseitigt werden durch Auflösung dieses Staates in einzelne Gliedstaaten, die nach Wirtschafts-, Verkehrs-, Kultur- und Stammesgesichtspunkten durchgeführt werden sollte. Der preußische Staat sei zwangsmäßig zusammengeführt, kein einheitliches, organisches Ganze. Preuß übersetzte diese Ideen in die Sprache des Verfassungsrechts, indem er die Gliedstaaten mit dem Rechte ausstattete, Gebietsveränderungen durch Abtrennen oder Hinzufügung von Landesteilen vorzunehmen, wenn es durch eine Mehrheit in der Volksabstimmung der betreffenden Gebiete verlangt würde.

Das **Reich**, dessen Staatsoberhaupt nicht mehr gleichzeitig dasjenige Preußens sein sollte, sollte starke zentrale Befugnisse erhalten: alle Sonderrechte der Staaten bezüglich der Eisenbahn, Zölle, Post, Telegraphen usw. sollten beseitigt und in die Hände des Reiches gelegt werden. Außerdem mußte das Reich mit dem Rechte der direkten Besteuerung ausgestattet werden, die Probleme der Sozialisierung und Volksbildung lösen. Demgegenüber wünschte Preuß eine freiere Ausgestaltung der örtlichen Selbstverwaltung.

Bezüglich der Reichsorgane wurde gesagt, daß der echte Parlamentarismus zwei einander wesentlich ebenbürtige, höchste Staatsorgane voraussetze, sich jedoch vom Dualismus dadurch unterscheidet, daß sie nicht in unverbundener Grundsätzlichkeit nebeneinander bestünden, sondern daß die **parlamentarische Regierung** das bewegliche Bindeglied zwischen beiden bildet. Diese Staatsorgane sind der **Präsident** und das Parlament, der Ausdruck des Volkswillens, und als solcher oberste Regierungsaufsichts- und Gesetzgebungsinstanz. Das Parlament aber sollte, wie es in Frankreich der Fall ist, den Präsidenten wählen. Der Präsident sollte den Reichskanzler ernennen, dieser aber im Einvernehmen mit dem Präsidenten seine parlamentarische Regierung bilden.

Für die Gesamtpolitik der Regierung sollte der **Reichskanzler** verantwortlich sein. Jedoch in ihren einzelnen Ressorts würden die Minister freie Hand und selbständige Verantwortlichkeit besitzen. Der frühere Zustand, daß die Minister mehr oder weniger vom Reichskanzler abhängig waren, sollte durch ein kollegiales Zusammenarbeiten ersetzt werden.

Neben der Volksvertretung sei es auch nötig, ein Staatenhaus, einen **Reichsrat**, einzurichten. Denn der Natur einer föderativen Republik entspreche es, daß neben die Vertretung des gesamten Volkes als eine Einheit im Volkshaus auch die Vertretung der einzelstaatlichen Volksvertretungen im Staatenhause trete. Diese Instanz mußte aber gegenüber dem früheren Bundesrat stark eingeschränkt werden. Sie durfte nicht mit dem Rechte der Gesetzgebung ausgestattet werden, welches allein beim Parlament ruhe, sondern müsse ihren Schwerpunkt auf das Gebiet der Verwaltung verlegen; sie mußte gewissermaßen als Vermittlerin des Reichswillens zu den einzelnen Staaten auftreten und für die Durchführung der Gesetze sorgen. Denn die Staaten selbst besaßen ja nach dem Vorschlag nur noch den Charakter autonomer Verwaltungskörper.

Das Merkmal dieses Entwurfes war ein starker Konzentrationswille. Ausgehend von der demokratischen Theorie der Volkssouveränität, stattete man den Reichstag mit umfangreichen Rechten aus, die sich sogar bis auf die Wahl des Staatsoberhauptes erstreckten. Andererseits unternahm man einen kräftigen Vorstoß gegen den eigenartigen durch Stammes- und Staatstradition bedingten bundesstaatlichen Charakter des Reichs, indem man die Bundesstaaten in die Rolle unbedeutender Provinzen hinabdrücken wollte.

Man wollte das historisch Gewordene im deutschen Verfassungsleben von Grund aus verändern. Es sollte eine Verfassung geschaffen werden, ein vollkommener Neubau aus einem Gusse, in keiner Weise beschwert mit territorialen Hemmungen, die sich aus monarchischen oder dynastischen Interessen herausgebildet hatten. Aber in seiner Entschiedenheit, mit der Vergangenheit zu brechen, eilte Preuß dem Volksempfinden voraus, und so kam es, daß sein Entwurf in der Öffentlichkeit sehr stark angefeindet wurde. Man griff aufs heftigste die **Zerstückelung Preußens** an, denn das jahrhundertalte Selbstbewußtsein der preußischen Bevölkerung war mit Ausnahme Hannovers und des Rheinlandes doch zu stark entwickelt, als daß es gleichmütig der Zerlegung des Staates gegenübergestanden hätte. Andererseits entrüstete man sich über die vollkommene **Entrechtung der Bundesstaaten**, und der Widerstand gegen diese Forderung war besonders hartnäckig in Bayern. Hier im Süden machte man nach wie vor keinen Unterschied zwischen Preußen und dem Reich, und die Bayern empfanden aus alter Tradition den allmächtigen Reichswillen so, als sei es der allmächtige Preußenwille.

Hier überwogen noch die Stammesgefühle die Staats- und Reichsinteressen.

Die Regierung ließ einen **neuen Verfassungsentwurf** ausarbeiten, und dieser wurde am 21. Februar der Nationalversammlung vorgelegt. Es waren sechs Parteien, die in Weimar dem Reiche die Verfassung geben sollten.

**Die Parteien  
und die  
Verfassung**

Die **Deutschnationalen** hatten sich aus der alten konservativen Partei neugebildet. Sie waren von einem tiefen Schmerz über den Verlust der nationalen Macht erfüllt und wünschten grundsätzlich die Wiederherstellung der Monarchien. Sie wollten die Befugnisse des Reichspräsidenten erweitern und demgegenüber die Macht des Reichstages beschränken. Sie vertraten vor allem den Grundbesitz und erblickten in der Steuerhoheit des Reiches eine große Gefahr. Auch wollten sie nicht die christliche Volkserziehung opfern und widersetzten sich einer Trennung des Staates von der Kirche.

Die **Deutsche Volkspartei** war aus der früheren Nationalliberalen Partei hervorgegangen. Ihre Sorge galt zunächst dem Verluste des nationalen Vermögens. Sie verteidigten entschlossen die kapitalistische Wirtschaftsordnung gegen die Forderungen der Linken. Sie standen mit der Deutschnationalen Partei zusammen und schwächten erheblich die Einflüsse des Sozialismus.

Die **Demokraten**, ehemals Freisinnige, waren die aktivste Partei in der Entwicklung der Verfassungsfrage. Sie übernahmen die Vermittlung zwischen rechts und links und verfügten über talentvolle Redner: Preuß, Haußmann, Naumann, Schücking. Sie waren der parlamentarischen Monarchie, wie in England, zugänglich, nahmen aber die Republik als gegebene Tatsache hin und fühlten sich, nun da sie existierte, infolge der voraufgegangenen Ereignisse mit den Sozialdemokraten für ihre Verteidigung verantwortlich. Sie lebten in den Idealen von 1848 und sehnten sich nach dem Großdeutschen Reiche. Ihr Ziel war, die Geschichte Deutschlands von dem verständigen, ruhig erkennenden und handelnden Teile des Bürgertums bestimmen zu lassen. Sie stützten sich vor allem auf den Handwerkerstand, das Kleinbürgertum und die nichtsozialistische Arbeiterschaft, sowie auf Teile der Finanz- und Industrielwelt, die nicht der Volkspartei angehören konnten. Ihr Einfluß bei den Bauern war gering.

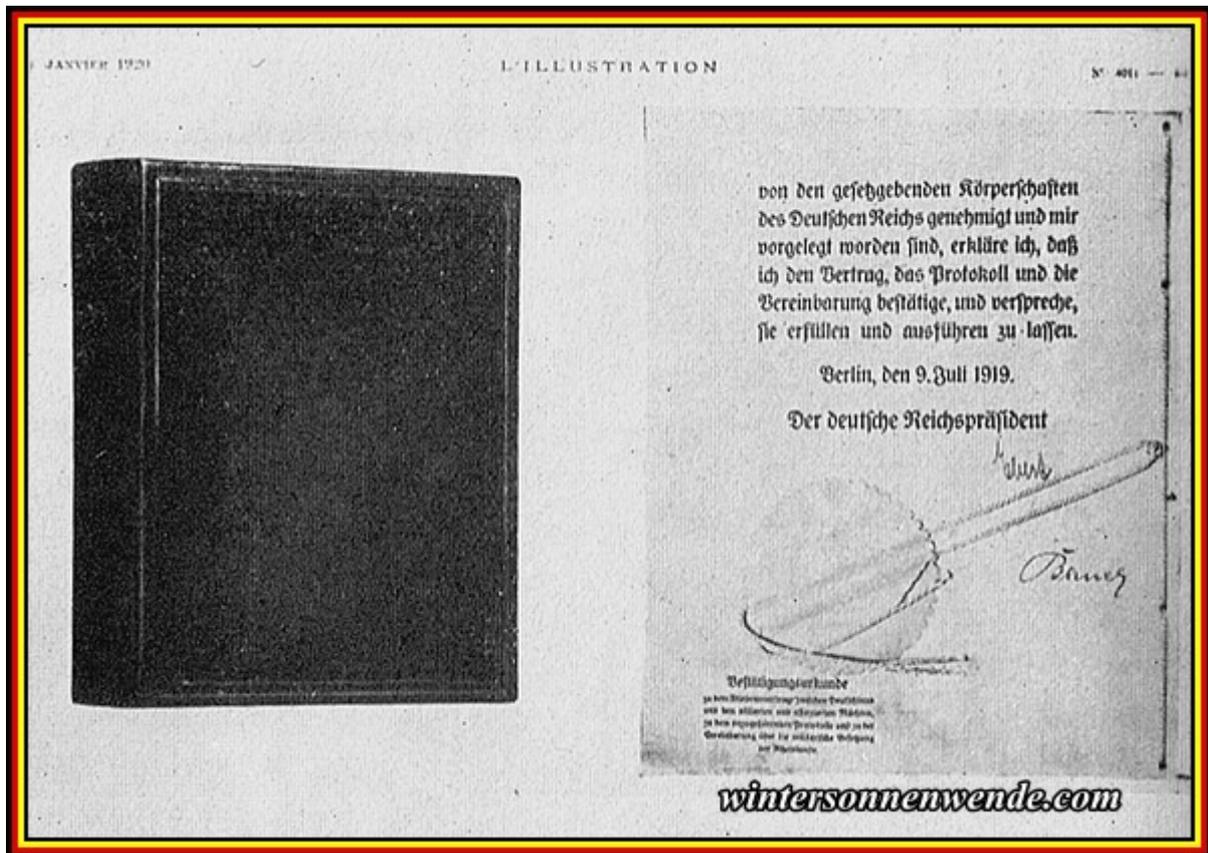
Das **Zentrum** vertrat die katholischen Interessen Deutschlands und zog die Republik dem hohenzollernschen Kaiserreiche vor. Eine Trennung der Kirche von der Macht des Staates war ihm sympathisch, da eine solche Maßnahme die Vorrechte der evangelischen Kirche beseitigte und ihr die katholische gleichberechtigt an die Seite stellte. Es begrüßte die Zentralisierungsmaßnahmen des Reiches, bedauerte aber sehr, daß dadurch das katholische Bayern geschwächt wurde.

Die **Mehrheitssozialdemokraten** begrüßten die Stärkung der Reichsgewalt gegen die Einzelstaaten und wollten den Einfluß des Reichstages auf Kosten der Macht des Reichspräsidenten stärken. Sie wollten dem Arbeiter größere Rechte in der Leitung des Wirtschaftslebens einräumen, erinnerten sich aber stets daran, daß sie seit Jahren Seite an Seite mit der bürgerlichen Demokratie und dem Zentrum für die parlamentarische Regierungsweise, und mit Erfolg, gekämpft hatten. Sie wollten Junkertum und Kirche von ihrer Vorherrschaft ausschließen und alle Standesvorteile beseitigen. Sie gaben dem Recht des Arbeiters auf Bildung und Aufstieg Ausdruck.

Die **Unabhängigen** hatten den geringsten Einfluß. Sie begnügten sich nicht mit dem politischen Wechsel von der Monarchie zur Republik, sondern verlangten die soziale Revolution. Sie hielten an der Räteregierung fest, stimmten aber mit der Mehrheitssozialdemokratie überein in der Forderung, die Macht des Reichstags zu erhöhen.

Am 24. Februar begann die Nationalversammlung die Verfassung zu beraten, am 31. Juli war sie damit zu Ende. Bei der Abstimmung wurde sie mit 262 Stimmen gegen 75 und bei einer Enthaltung angenommen. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Unabhängige hatten sie abgelehnt. **Am 11. August wurde die Verfassung durch den Reichspräsidenten verkündet.** Der Reichsministerpräsident Bauer wurde von ihm zum Reichskanzler ernannt. Die verfassunggebende Nationalversammlung hatte ihre Aufgabe erfüllt. Der Reichstag hatte von nun an an ihre Stelle zu treten. -

**Verkündung der neuen Verfassung**



*Die deutsche Reichsverfassung von Weimar, 11. August 1919. Photo Scherl.*

Die beschlossene **Verfassung** war nicht nur ein Kompromiß zwischen unitarischen und föderalistischen Tendenzen, sondern auch ein solcher zwischen den Parteien, zwischen kulturellen, territorialen und wirtschaftlichen Interessen. Sie zerfällt in zwei Hauptteile, deren erster in 108 Artikeln den **Aufbau und die Aufgaben des Reichs** behandelt, während die 57 Artikel des zweiten die **Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen** festlegt.

Der erste Abschnitt des ersten Hauptteils regelt das **Verhältnis zwischen Reich und Ländern**. "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Man

**Das "Reich" und die "Länder"**

vermied den Ausdruck Bundesstaat, wie auch den von Preuß geprägten Gliedstaat. Als Reichsfarben wurden nach der Tradition von 1848 Schwarz-Rot-Gold erklärt. Die Unabhängigen und ein Teil der Sozialdemokraten hätten lieber die rote Fahne gewünscht, aber die Mehrheit stand dem entgegen. Den Rechtsparteien kam man entgegen, in dem man die Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke festsetzte. Dem **Reich** steht die ausschließliche Gesetzgebung zu über die Beziehungen zum Ausland, das Kolonialwesen, die Staatszugehörigkeit, Freizügigkeit, Ein- und Auswanderung, Auslieferung, über die Wehrverfassung, das Münzwesen, Zollwesen, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen. Ferner hat das Reich die Gesetzgebung über das Recht, die soziale Fürsorge, Arbeitsrecht, Sozialisierung, den Handel, Gewerbe, Bergbau, Versicherungswesen, Eisenbahnen, Wasserstraßen und das Theater- und Lichtspielwesen. Auch das Recht, Steuern zu erheben, beansprucht das Reich, soweit es dazu gezwungen ist. "Reichsrecht bricht Landrecht." Es war eine Fülle von Machtbefugnissen, die dem Reich übertragen wurde, indem man den Bundesstaaten bedeutende Privilegien (Heer, Steuern, Eisenbahn, Kultur) fortnahm. Insofern hatte sich der Konzentrationswille des ersten Entwurfs auch hier durchgesetzt. Das Reich, dessen Geschick durch den Reichstag bestimmt wurde, rückte an eine so maßgebende innerpolitische Stelle, daß der Schöpfer der Verfassung glaubte, die Gewähr für eine einheitliche Leitung des deutschen Volkes an Stelle der bisher in den einzelnen Bundesstaaten vielseitig wirkenden verschiedenen politischen Strömungen gegeben zu haben. Das Bestreben, die Länder durch Zerschlagung zu beseitigen, herrschte nicht mehr vor. Artikel 18 läßt Gebietsveränderungen unter gewissen Umständen nach dem Willen der Bevölkerung zu. Gebietsveränderungen der Länder unterliegen dem Willen der Bevölkerung. Eine Volksabstimmung muß mindestens drei Fünftel der Stimmen, oder aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten für die Gebietsveränderung ergeben, wenn diese in Kraft treten soll. Und wenn nur Teile eines Regierungsbezirkes abgetreten werden sollen, muß die Bevölkerung des gesamten Bezirks befragt werden.

Der erste Abschnitt des ersten Hauptteiles, welcher die Beziehungen des Reiches zu den Ländern regelt, gab in der Folgezeit zu schweren Konflikten, namentlich zwischen Bayern und dem Reiche, Veranlassung. Die bayrische Regierung ergriff jede Gelegenheit, um gegen die in der neuen Verfassung ausgesprochene Entrechtung der Bundesstaaten vorzugehen.

### **Der Reichstag**

Das wichtigste, oberste und allein maßgebende Regierungsorgan des Reiches ist der **Reichstag**. Er verkörpert die gesetzgebende Gewalt des souveränen Volkes und ist die Vertretung der gesamten Nation. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen Männern und Frauen, die das zwanzigste Jahr vollendet haben, auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Der Präsident kann den Reichstag, jedoch nicht öfter als einmal aus demselben Grunde, auflösen. Die Verhandlungen sind öffentlich. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Der Reichstag bestimmt die innere und äußere Politik des Reiches, ihm ist die Regierung verantwortlich. Ja, er hat sogar das Recht, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, daß sie schuldhafterweise ein Reichsgesetz oder die Verfassung verletzt haben. Dennoch traten Ereignisse ein, die zur vorübergehenden Ausschaltung des Reichstages, der obersten Instanz, zwangen: im Herbst 1923 bis Anfang 1924. Späterhin, 1926, erwies sich der Reichstag vollkommen unfähig, ein Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung mit den ehemaligen Fürsten zustande zu bringen.

### **Der Reichspräsident und die Reichsregierung**

Der dritte Abschnitt handelt von dem **Reichspräsidenten und der Reichsregierung**. Von dem amerikanischen Volke entlehnte man die Wählbarkeit des Oberhauptes durch das gesamte Volk. Es wird auf sieben Jahre gewählt. Nach französischem Vorbilde richtete man sich bei der Zumessung der Rechte an das Oberhaupt. Er hat den Oberbefehl über die Armee, muß aber bei allen Anordnungen und Verfügungen über die Wehrmacht die Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder Reichswehrministers einholen. Er vertritt das Reich nach außen und hat die Macht, von den Ländern die Durchführung der Reichsbeschlüsse unter Umständen mit Waffengewalt zu erzwingen. Außerdem hat er das Begnadigungsrecht. Der Reichstag kann durch Volksabstimmung seine Absetzung herbeiführen und bedarf dazu einer Zweidrittelmehrheit. Der Reichskanzler wird vom Präsidenten ernannt. Er wählt seine Reichsminister aus, schlägt

diese dem Reichspräsidenten vor, und dieser ernennt sie. Die Reichsregierung, also Reichskanzler und Reichsminister, müssen das Vertrauen des Reichstags besitzen. Wird dieses versagt, muß die Regierung zurücktreten.

### Der Reichsrat

Der vierte Abschnitt legt die Befugnisse des **Reichsrates** fest. Er ist die Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches. Man hat ihn in seiner Zusammensetzung dem früheren Bundesrat nachgebildet, aber seine Rechte sind sehr geschmälert. Er ist eher eine beratende als gesetzgebende Instanz und letzten Endes vom Reichstag und Reichspräsidenten abhängig.

### Die Reichsgesetzgebung

Der fünfte Abschnitt befaßt sich mit der **Reichsgesetzgebung**. Die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstages eingebracht und vom Reichstag in dreimaliger Lesung beschlossen oder abgelehnt. Will die Reichsregierung eine Gesetzesvorlage einbringen, so bedarf sie der Zustimmung des Reichsrates. Der Reichsrat andererseits hat das Einspruchsrecht gegen vom Reichstag beschlossene Gesetze. Stimmt der Reichspräsident einem vom Reichstag beschlossenen Gesetze nicht zu, so kann er einen Volksentscheid beantragen. Der Volksentscheid ist der zweite, jedoch außergewöhnliche Faktor, gewissermaßen die *ultima ratio*, der Gesetzgebung neben dem Reichstag. Ein Volksentscheid kann außerdem herbeigeführt werden, wenn zwischen Reichstag und Reichsrat keine Einigung über einen Gesetzentwurf erzielt wird oder drittens, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegen eines Gesetzentwurfes, der ausgearbeitet sein muß, stellt. Bisher wurde der Volksentscheid zum Zwecke der Gesetzgebung zweimal von den Linksparteien herbeigeführt, beide Male mit negativem Erfolge. 1926 und 1928. Das erstemal handelte es sich um das von Sozialdemokraten und Kommunisten verlangte Gesetz über entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstenthümer, das zweitemal um die von den Kommunisten geforderte Ablehnung des Baues eines Panzerkreuzers. Verfassungsänderungen sind auf dem Wege der Reichsgesetzgebung möglich.

### Die Reichsverwaltung

In der **Reichsverwaltung**, welcher der sechste Abschnitt gewidmet ist, nimmt der Übergang der Eisenbahnen, Post, Wasserstraßen usw. auf das Reich einen breiten Raum ein. Reichsverteidigung und Kolonialwesen sind Sache des Reiches. Der letzte Abschnitt dieses Hauptteils behandelt in 7 Artikeln die Rechtspflege durch das Reich und verspricht Errichtung eines Staatsgerichtshofes.

Die Bestimmungen dieses Hauptteils der Reichsverfassung zeigen, wie sehr ihr Schöpfer bemüht war, die **gesetzgebende und ausführende Gewalt auf die einzelnen Instanzen zu verteilen**. Das unterste Glied der Stufenleiter der politischen Macht ist die Reichsregierung, lediglich das ausführende Organ, das für alle seine Handlungen übergeordneten Stellen verantwortlich ist. Über der Regierung, aber ohne große selbständige Befugnisse, steht der Reichsrat. Seine Befugnis, soweit sie Selbständigkeit gestattet, erstreckt sich im wesentlichen auf Vorschläge. An der Spitze der ausführenden Gewalten steht der Reichspräsident. Über allen aber thronet souverän und allmächtig der Reichstag, der nach dem Willen des Volkes zusammengesetzt ist und die gesetzgebende Gewalt verkörpert.

### Die Grundrechte der Deutschen

Der zweite Hauptteil setzt die **Grundrechte und Grundpflichten** der Deutschen auseinander. Hier finden sich manche Gedankengänge des Frankfurter Parlaments von 1848 wieder, vermischt mit Rechtsbestimmungen und Auszügen aus den Programmen der einzelnen Parteien. Der erste Hauptteil der Verfassung schafft den Volksstaat, der zweite errichtet den Rechtsstaat.

Der erste Abschnitt enthält die **Rechte der Einzelperson**. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Stand, Glaubensbekenntnis. Der Adel hat aufgehört, ein bevorrechteter Stand zu sein. Titel sind nur zulässig, wenn sie einen Beruf oder ein Amt bezeichnen, mit Ausnahme der akademischen Grade. Orden und Ehrenzeichen sind abgeschafft. Die Freiheit der Person ist unverletzlich, auch die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine unverletzliche Freistätte. Eine Zensur ist nur für Theater und Lichtspiele und zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur zulässig.

Im zweiten Abschnitt wird das **Gemeinschaftsleben** geordnet. Die Ehe ist die Grundlage des Familienlebens, doch uneheliche Kinder sollen in der gleichen Weise wie die ehelichen erzogen werden. Versammlungs- und Koalitionsrecht wird gewährt. Jeder Deutsche ist berufen, zum Wohle der Gemeinschaft auch ehrenamtlich mitzuarbeiten, und hat im Verhältnis seiner Mittel die öffentlichen Lasten zu tragen.

Vollkommene **Glaubensfreiheit** wird allen Bekenntnissen zugesichert im dritten Abschnitt, der sich mit Religion und Religionsgesellschaften beschäftigt. Eine Staatskirche gibt es nicht mehr, doch bleiben die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts und können Steuern erheben. Die Sonntagsruhe bleibt gesetzlich geschützt.

Der vierte Abschnitt umfaßt **Bildung und Schule**. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Die allgemeine Schulpflicht wird beibehalten, aber private Vorschulen sind aufzuheben. Ohne Unterschied des Standes sollen die Kinder die ersten drei Jahre in der Grundschule unterrichtet werden. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach, jedoch können auf Antrag der Erziehungsberechtigten von den Gemeinden bekenntnisfreie Schulen eingerichtet werden.

Im fünften Abschnitt schließlich kommt man zur **Regelung des Wirtschaftslebens**. Es kann nicht so sehr behauptet werden, daß hier die Revolution ihre deutlichsten Spuren hinterlassen habe, als vielmehr, daß die allgemeine Entwicklung des 20. Jahrhunderts dem Arbeiter nicht bloß politische Befreiung, sondern auch wirtschaftlichen Einfluß bringen mußte. Eine Milderung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit mußte herbeigeführt werden, aber für restlose Sozialisierung, eine der Hauptforderungen der Revolution, war doch nur ein kleiner Teil des Volkes zu haben. Infolgedessen gewährleistet die Verfassung das Privateigentum. Jedoch Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste. Die Fideikomnisse sind aufzulösen. Grundbesitz kann nur da enteignet werden, wo dies für Siedlungszwecke notwendig ist. Sozialisierung und Vergesellschaftung behält sich das Reich vor bei Betrieben, welche der Allgemeinheit dienen, z. B. Elektrizitätswerke, Kohlengruben, Privatbahnen, und soweit sie sich zur Sozialisierung eignen.

Der wichtigste Artikel dieses Abschnittes und zugleich der letzte der Reichsverfassung ist Artikel 165, welcher die gesetzliche Berechtigung der **Arbeiter- und Angestelltenräte** vorsieht. Um die Fassung dieses Artikels war schon Anfang März in Mitteldeutschland Blut geflossen, denn die Unabhängigen und Spartakisten verlangten die Herrschaft der Räte in der Wirtschaft, wie es in Rußland der Fall war. Jedoch die Reichsverfassung machte aus ihnen keine wirtschaftsbestimmenden Faktoren, sondern lediglich soziale und wirtschaftliche Interessenvertretungen. Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer und diejenigen der Unternehmer sollten sich zum Reichswirtschaftsrat vereinigen, welcher die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfe der Regierung zu begutachten hat. Schon **Bismarck** hatte, als er die soziale Gesetzgebung 1881 einleitete, für Preußen einen Wirtschaftsrat errichtet, der ihn sachverständig beraten sollte. Er bestand aus 75 Mitgliedern und trat viermal zusammen: 1881, 1882, 1884 und 1887. Jedoch gelang es dem Kanzler nicht, den Wirtschaftsrat auf das gesamte Reich auszudehnen. Jetzt wurde die Bildung eines Reichswirtschaftsrates durch die Verfassung gefordert, und insofern trug man der fortschreitenden industriellen Entwicklung Rechnung, welche die starren Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft im Inneren niedergerissen hatte.

**Charakteristik  
der Verfassung**

Unbeirrt vom Lärm der Straße und von den Bedrückungen der Gegner war die Verfassung zustande gekommen. Sie war eigentlich nur der **Abschluß einer Entwicklung, die im Sommer 1917 begonnen hatte**; die Revolution, soweit sie am Zustandekommen beteiligt war, hatte nur den Weg bereitet, der zum längst erstrebten Ziele führte, aber der Verfassung selbst nicht den Stempel aufgedrückt. Gewissermaßen als der dogmatische Ausdruck einer Ära, einer Epoche, erhob sich die Verfassung aus dem Wirrwarr sich bis auf den Tod bekämpfter Weltanschauungen. Wenn ein Einfluß der Zeitereignisse auf die Entwicklung der Verfassung maßgebend gewirkt hat, so war es der außenpolitische. Unter der Not von draußen erwuchs der Wille, das Reich fester denn früher zu einer Einheit zusammenzuschweißen: "Im Leid geboren", sagte der Demokrat Haußmann, "ist sie das Gesetz eines vom Feinde unterdrückten Volkes. Es ist daher notwendig, alle Kräfte der Na-

tion zu sammeln und die deutsche Einheit endgültig zu verwirklichen." Nur Bayern war unzufrieden und sehnte sich nach der Monarchie der Wittelsbacher, denn es hatte das meiste eingebüßt. -



*Verfassungsfeier in Berlin, 11. August 1922. Photo Scherl.*

Man hatte die Verfassung mit dem Nimbus von Weimar umgeben. Man hatte alle Beziehungen zur Stadt des **Soldatenkönigs** ausgelöscht, indem man um so mehr **Goethesche** Traditionen pflegte. So sollte die in Weimar geschaffene Verfassung gleichzeitig den Stempel kultureller Hochwertigkeit erhalten und dem Volke den Begriff einer Zeitenwende vermitteln. Jedoch dies letzte wurde nicht erreicht, denn die **Verfassung litt an einem Mißgeschick: sie kam zu spät!** Die Wucht der entsetzlichen Katastrophen, die, man möchte sagen, seit neun Monaten Tag für Tag auf die Nation herabgeprasselt waren, hatte sie stumpf gemacht gegen das Geschenk der Nationalversammlung. Nicht, wie in Amerika und Frankreich, stand das Siegesgefühl der Freiheit, sondern das Angstgefühl vor dem Vernichtungswillen der Feinde an der Wiege der Weimarer Verfassung. Das Volk fühlte nur zu sehr, daß die Bestimmungen der neuen Verfassung absolut ohnmächtig waren gegenüber dem ungeheuren Elend, das sich himmelhoch aufzutürmen begann. Auch die Behauptung, die Verfassung habe dem souveränen Volke seine Freiheit und seine Rechte wiedergegeben, war nur zur Hälfte berechtigt. In Wahrheit war das Werk von Weimar nur der Abschluß einer Entwicklung, die im Jahre 1917 begann, jener "Revolution von oben", welche die Parlamentarisierung der Reichsregierung einleitete und bereits im Oktober 1918 erhebliche Fortschritte gemacht hatte. Die Weimarer Verfassung ist kein Kind der Revolution. Sie lag auf der geraden Linie der parlamentarischen Ereignisse seit 1917, die eben zu durchbrechen jene Revolution vom November 1918 mit den ihr folgenden Erhebungen beabsichtigt hatte. Die historische Bedeutung der Weimarer Verfassung bestand darin, daß der Weg der Mitte, den Deutschland mit der Revolution vom 19. Juli 1917 eingeschlagen hatte, auch weiterhin eingehalten werden sollte.

Darum nahm das deutsche Volk die Weimarer Verfassung ohne besondere Teilnahme auf, andere Sorgen standen im Vordergrund. Die Linksradikalen höhnten zwar in giftigen Worten über das

Verfassungswerk und sahen in ihm einen Triumph der Reaktion, da sie nicht mit ihren Gedanken der Räteregierung durchgedrungen waren. Die Rechtsparteien dagegen bedauerten den Verlust der Monarchie und der Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot. Aber es war nur eine Pressefehde, die schnell verpuffte, denn die breiten Massen der deutschen Bevölkerung warteten auf die ersten sichtbaren Erfolge der Friedensunterzeichnung. Erst seit 1922 begann der Streit um die Verfassung die Gemüter im zunehmenden Maße zu beschäftigen.



## **6. Kapitel: Widerstände im Westen, Kriegsgefangene, "Kriegsverbrecher" und Rheinland.**

Zwar war am 12. Juli **die Blockade gegen Deutschland** aufgehoben worden, und die **Lebensmittelzufuhr** konnte ungehindert ins Reich stattfinden. Ein Wermutstropfen im Becher dieser Freude war allerdings, daß die Zwangswirtschaft auf vielen Gebieten noch aufrecht erhalten wurde, und daß das Geld nur noch ein Viertel seiner früheren Kaufkraft besaß. Politischen Wert besaß diese Maßnahme für die leitenden Stellen Deutschlands insofern, als die drohende Hungersnot, die für Volk und Regierung eine Katastrophe bedeutet hätte, abgewendet war und lediglich ein Zustand steigender Teuerung an ihre Stelle trat. Deren aber glaubte man durch Erhöhung der Löhne und Gehälter - "Anpassung an den Lebenshaltungsindex" nannte man es - und durch Verbilligungszuschüsse aus Reichsmitteln Herr zu werden. Zwar gab es viele, deren Geldbeutel es nicht mehr gestattete, ihre Lebensweise wie vor dem Kriege einzurichten, und sie waren unzufrieden. Aber eine psychologisch verständliche Beruhigung der Massen lag darin, daß durch das Erscheinen fremder Waren auf dem deutschen Markte sinnfällig demonstriert wurde, daß man nun alles wieder haben könne, "wie im Frieden". Nicht sosehr um der wirtschaftlichen Vorteile willen, als vielmehr ganz besonders wegen ihrer eigenen politischen Festigung und Beruhigung des Volkes, sehnte sich die deutsche Regierung nach Aufhebung der Blockade und begrüßte deshalb das Ereignis des 12. Juli mit Genugtuung.

Sie versäumte nicht, das deutsche Volk auf diesen ihren ersten außenpolitischen Erfolg hinzuweisen, und schuf sich auf diese Weise ein moralisches Gegengewicht gegen die starken Anfeindungen wegen der Versailler Unterschrift. Wichtiger als dies war im Augenblick für das Volk eine andere Frage, nämlich die nach der **Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen** aus den Ententeländern. "Der Krieg ist zu Ende, wir haben unterzeichnet, nun gebt unsere Brüder und Söhne und Männer wieder heraus!" Das war der Ruf, der täglich von nun an durch Deutschland schallte, von einem Ende zum anderen.

**Deutsche Forderung  
nach Heimkehr  
der Kriegsgefangenen**

Auch die **Nationalversammlung** konnte sich dem allgemeinen Volksverlangen nach der Heimkehr der Gefangenen nicht verschließen. Es war nicht nur eine Pflicht der Menschlichkeit, daß die Kriegsgegner die zurückgehaltenen Deutschen freigaben, nun, nachdem der Kriegszustand durch die Unterzeichnung in Versailles beendet war, sondern für Deutschland bedeutete dies geradezu eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Da der Friede mit seinen drakonischen Wirtschaftsbestimmungen angenommen war, konnte das Reich keine menschliche Arbeitskraft entbehren, mußte alle Kräfte aufs äußerste anspannen, um erfüllen zu können, wozu es sich verpflichtet hatte. Mit Nachdruck forderte deshalb die deutsche Nationalversammlung am 20. August in einer EntschlieÙung die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen durch die Ententeregierungen.

Der **Oberste Rat der Verbandsmächte** konnte sich dem deutschen Drängen nicht verschließen und veröffentlichte am 29. August folgende Note: "Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die verbündeten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudatieren. Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter angegliedert werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die verbündeten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, von der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regie-

rung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen." Nur Frankreich zeigte sich unnachgiebig: es bestand auf seinem Schein, dem Artikel 214 des Versailler Vertrages, wonach es erst nach Inkrafttreten des Friedens zur Heimsendung der kriegsgefangenen Deutschen verpflichtet war.

### **Los der Kriegsgefangenen**

**Das Los der in Frankreich internierten Deutschen war keinesfalls beneidenswert.** Sie waren untergebracht in hölzernen Baracken, durch deren Wände der Wind pfeff. Sauberkeit und Fürsorge für die Kranken war sehr mangelhaft. Sie wurden zu schweren Aufräumarbeiten in den Kriegsgebieten verwendet, unter deren Lasten die Älteren, die Schwächeren und die Kranken zusammenbrachen. Das Essen war dünn und ohne Kraft; weigerte sich jemand, aus Mangel an Kräften übertragene Arbeiten auszuführen, so wurde er auf besondere Hungerrationen gesetzt und oft mit Kolbenstößen oder Peitschenschlägen traktiert. Mehrere Deutsche sind an Vergiftung gestorben, die sie sich durch Transport von Gasgranaten, wozu sie verwendet wurden, zugezogen hatten.

Um sich von dem Los der Unglücklichen einen Begriff zu machen, soll der Ausschnitt aus einer deutschen Note vom 7. Januar 1920 an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin wiedergegeben werden. Hierin heißt es:

"Nach hier vorliegenden Nachrichten aus zuverlässiger Quelle herrschen in dem französischen Kriegsgefangenenlager Château Landon, achtzig Kilometer südöstlich von Paris, folgende Mißstände: die Kriegsgefangenen sind ohne Rücksicht auf ihren Dienstgrad in Holzbaracken zu hundert Mann untergebracht. Die Baracken sind kalt und undicht und bieten keinen Schutz gegen die Witterung, insbesondere dringt Regen ein. Heizvorrichtungen sind nicht vorhanden, ebensowenig Waschgefäße und Handtücher. Das Lagerstroh ist in neun Monaten einmal erneuert worden. Die Latrinen sind gesundheitsschädlich; nachts werden stinkende, undichte Holzkisten in jede Baracke gesetzt. Es herrscht Mangel an Kleidungsstücken und Wäsche. Alle vier Wochen wird ein ungenügendes, viel zu kleines Stück Seife ausgegeben. Infolgedessen werden die Kriegsgefangenen stark von Ungeziefer geplagt, zumal da keine Entlausung stattfindet und die Badegelegenheit unzureichend ist. Arzneimittel fehlen. Die Ernährung ist ungenügend: dreihundert Gramm meist verschimmeltes Brot täglich, dazu dreimal eine dünne, mit ganz wenig Speckwürfeln versehene Suppe aus madigen Bohnen. Durch einen vom Deutschenhaß beseelten Posten sind ein Kriegsgefangener erschossen und zwei erheblich verletzt worden, als sie zur Latrine gehen wollten."

Besonders schmachvoll war es, daß aus englischen und französischen Lagern gefangene Deutsche in die Kohlengruben Nordfrankreichs verschleppt wurden und dort nicht nur Arbeiten leisten mußten, die über ihre Kräfte gingen, sondern die geradezu lebensgefährlich waren.

Ebenso unwürdig behandelte **Polen** die kriegsgefangenen Deutschen. Bei ihrer Gefangennahme wurden sie gänzlich ausgeplündert: Hemden, Strümpfe, Handtücher, Hosen, Stiefel, Kämme, Seife nahm man ihnen. In engen, eiskalten unterirdischen Kellern wurden sie eingesperrt. Keine Decken, kein Eßgeschirr, keine Waschsüssel wurde ihnen gegeben. Die Nahrung war vollkommen ungenügend und bestand zum Teil aus verdorbenem Fleisch. Die geringsten Vergehen wurden mit entehrender Prügelstrafe geahndet.

Die deutsche Regierung suchte zwar durch **Vermittlung des Schweizer Roten Kreuzes** eine bessere Behandlung der Kriegsgefangenen zu erreichen; aber diese Schritte linderten die Leiden der Unglücklichen nur in geringem Maße! Die von frenetischem Siegestaumel berauschte französische Volksseele befand sich in einem Zustande schrankenloser Entfesselung. Das französische Volk hatte in den gefangenen Deutschen nie etwas anderes gesehen als untergeordnete Geschöpfe, als Tiere, und jetzt mehr denn je. Widerstrebend und ungenügend schützten die französischen Wachsoldaten die wehrlosen Deutschen vor den Beleidigungen und Beschimpfungen, vor den Steinwürfen und Bedrohungen des französischen Pöbels, ja es kam vor, daß sich die Wachsoldaten selbst daran beteiligten. Sollte das deutsche Volk diese Behandlung seiner Söhne, die mit Ehren gestritten hatten, ruhig hinnehmen?

***Heimbeförderung der  
Kriegsgefangenen  
durch England und Amerika***

**England und Amerika** begannen, im Verfolg der Note vom 29. August, bereits im September die Deutschen freizulassen. Am 1. September traf der erste Transport von 1000 Mann, welche die Engländer heimbeförderten, auf dem Bahnhof Köln-Deutz ein, und vom 17. September ab lieferte Amerika täglich 2000 Deutsche aus. Noch die Heimreise war diesen Soldaten ein Leidensweg. Solange sie durch belgisches Gebiet fuhren, waren sie den Angriffen und Beschimpfungen der Bevölkerung ausgesetzt. Sie wurden mit Steinen und Glasscherben beworfen, so daß 26 Teilnehmer verletzt wurden. Die deutsche Regierung sah sich aus diesem Grunde veranlaßt, in einer Note vom 8. Oktober an die belgische Regierung gegen das rohe Verhalten der Belgier Protest zu erheben. Am 11. Oktober begann auch Polen mit der Heimsendung der deutschen Gefangenen.

***Frankreichs Weigerung***

**Frankreich** weigerte sich nach wie vor hartnäckig, die deutschen Kriegsgefangenen eher auszuliefern, als es vertraglich dazu verpflichtet war. Lediglich die **Freilassung der Zivilinternierten** wurde durch das französische Außenministerium am 9. Oktober angeordnet. Am 9. November wandte sich die deutsche Regierung abermals an Frankreich mit dem Ersuchen, die deutschen Kriegsgefangenen herauszugeben. In der Note heißt es: Frankreichs zahlreiche Vertreter, die sich jetzt in Deutschland befänden und Gelegenheit hätten, die Stimmung im Lande zu ermitteln, könnten die französische Regierung darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß "die weit über die Kreise der Angehörigen der Kriegsgefangenen hinaus im ganzen deutschen Volke herrschende Erbitterung über die Hinauszögerung der Heimschaffung der Kriegsgefangenen aufs äußerste gestiegen ist. Das deutsche Volk kann die Haltung der französischen Regierung, die es als eine grausame Härte empfindet, nicht verstehen. Die Sorge, die Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt, wächst ständig, da es sich von Monat zu Monat in seiner Hoffnung auf die Wiederkehr seiner Söhne getäuscht sieht". Die deutsche Regierung fürchte diese Entwicklung um so mehr, als gleichzeitig die innere Gesundheit des Volkskörpers durch schwerste wirtschaftliche Krisen in Frage gestellt werde. Man brauche die wertvollen Arbeitskräfte, um den im Vertrag übernommenen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Unbarmherzig und grausam lehnte **Clemenceau** am 15. November mit höhnischen Worten das deutsche Ersuchen ab:

"Angesichts der planmäßigen Verwüstung aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nordfrankreichs darf die französische Regierung einer Abweichung vom Verträge zugunsten der deutschen Gefangenen in Frankreich nicht zustimmen. Die Gefangenen werden augenblicklich gerade dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abscheulichen Taten zu beginnen. Die wüste Behandlung der Bewohner der besetzten Gebiete und die schrecklichen Kränkungen, die den in deutsche Hand gefallenen unglücklichen französischen Familien zugefügt wurden, können nicht so bald der Vergessenheit überantwortet werden. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind so grausam verletzt worden, als daß eine Vergünstigung wie die von Ihnen erbetene von der französischen öffentlichen Meinung zugestanden werden könnte... Wenn unsere Verbündeten schon im Monat September mit der Heimschaffung der Gefangenen begonnen haben, so ist dies geschehen, weil die französische Regierung geglaubt hat, dem nicht widersprechen zu sollen. Keiner unserer Verbündeten ist in seinen Gefühlen und Interessen so tief verletzt worden, wie die Bewohner von Nordfrankreich. Wie würden diese Bewohner, die in tragischer Not zwischen den Trümmern ihrer Heimstätten umherirren, es aufnehmen, wenn die zu den ersten dringenden Arbeiten herangezogenen, übrigens materiell wie moralisch durchaus gut behandelten deutschen Gefangenen vor dem im Versailler Verträge festgesetzten Zeitpunkt, nämlich vor der endgültigen Ratifikation, d. h. dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages, Frankreich verließen?... Wir schulden Deutschland nichts als die genauen Erfüllungen des Vertrages, den es am Ende des erbarungslosen Krieges angenommen hat, - eines Krieges, den Deutschland den zivilisierten Völkern aufgezwungen hat."

Und in der Tat gab Frankreich die deutschen Kriegsgefangenen erst frei, nachdem am 10. Januar 1920 das Protokoll über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden unterzeichnet worden war. Am

Abend dieses Tages wurde der Befehl zur Heimbeförderung der kriegsgefangenen Deutschen unterzeichnet, und bis zum März kehrten diese, mit Ausnahme der Strafgefangenen in Avignon, nach Deutschland zurück.

### **Die "Kriegsverbrecher"**

Eine das deutsche Volk nicht minder bewegende Forderung der Entente beschäftigte sich mit der **Auslieferung der sogenannten "Kriegsverbrecher"**. Am 6. Oktober 1919 hatten England, Frankreich und Belgien der Friedenskonferenz eine Liste überreicht mit den Namen der deutschen Militärpersonen, deren Auslieferung verlangt wurde. Nur die Vereinigten Staaten reichten kein derartiges Schriftstück ein. Die deutsche Regierung erklärte, sie könnte keine Deutschen zur Aburteilung den anderen Mächten ausliefern, sie sei dazu gar nicht imstande. Denn eine Reichsregierung, welche den Gegnern diese Henkerdienste leistete, wäre von der Volksempörung hinweggefegt worden. Dagegen erklärte sie sich bereit, durch das Reichsgericht die angeblichen Verbrechen deutscher Soldaten im Kriege untersuchen zu lassen, was an und für sich schon eine große Demütigung bedeutete. Demzufolge nahm die Nationalversammlung am 18. Dezember 1919 folgendes Gesetz an:

"Bei Verbrechen oder Vergehen, die ein Deutscher im In- oder Auslande während des Krieges bis zum 28. Juni 1919 gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Vermögen begangen hat, ist das Reichsgericht für die Untersuchung und Entscheidung in erster und letzter Instanz ausschließlich zuständig. Der Oberreichsanwalt ist verpflichtet, nach deutschem Rechte strafbare Handlungen auch dann zu verfolgen, wenn die Tat im Ausland begangen und durch die Gesetze des Ortes, wo sie begangen ist, mit Strafe bedroht ist."

Nichtsdestoweniger bestanden die Gegner auf Erfüllung des Artikels 228, wonach Deutschland zur Auslieferung der "Kriegsverbrecher" an die Gerichte der Entente verpflichtet war. Am 25. Januar 1920 erklärte die deutsche Regierung, sie sei außerstande, diese Forderung zu erfüllen. Sie wolle vor dem Reichsgericht in Leipzig das Strafverfahren einleiten "gegen alle Deutschen, deren Auslieferung die Mächte zu verlangen beabsichtigen". Ja, Deutschland kam den Verbündeten noch weiter entgegen und schlug die Mitwirkung von Amtspersonen der betreffenden Ententestaaten vor. Am 3. Februar übergab der französische Ministerpräsident Millerand dem Führer der Deutschen Friedenskommission in Paris, Baron von Lersner, die Auslieferungsliste. Dieser verweigerte die Annahme, und nun wurde das Dokument an die französische Botschaft in Berlin geschickt mit der Weisung, es an die deutsche Regierung weiterzuleiten. Am 7. Februar wurde der deutschen Regierung dies Schriftstück überreicht. Dies war rechtlich und den Tatsachen nach sehr mangelhaft zusammengestellt und enthielt 895 Namen, worunter sich mehrere deutsche Fürsten, der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg, fast alle großen Heerführer, Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz, ferner U-Bootsführer, Offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften befanden. Als die Liste bekannt wurde, brauste ein Sturm der Empörung durch Deutschland. Die deutsche Regierung erklärte, schon der Versuch der Festnahme von Nationalhelden würde ihren Sturz herbeiführen. Die eindringlichen Vorstellungen Deutschlands bewogen schließlich eine in London für diesen Zweck tagende Konferenz zum Nachgeben. Die Alliierten erklärten sich am 13. Februar mit der Einleitung der Strafverfahren beim Reichsgericht einverstanden, lehnten aber die Mitwirkung von Ententevertretern ab und behielten sich das Recht vor, gegebenenfalls auf das Recht des Friedensvertrages zurückzugreifen und Auslieferung zur Aburteilung vor Ententegerichten zu fordern, wenn man mit der deutschen Rechtsprechung nicht zufrieden sei. In Ergänzung des Gesetzes vom 18. Dezember nahm die Nationalversammlung am 5. März 1920 ein weiteres Gesetz auf Drängen des Feindbundes an, worin bestimmt wurde, daß auf Verlangen der Entente auch in Fällen bereits erfolgter rechtskräftiger Entscheidung ein neues Verfahren vor dem Reichsgericht eingeleitet werden könne.

Die Forderung auf **Auslieferung des ehemaligen Kaisers** traf das deutsche Volk zwar nicht direkt, wurde aber in weiten Bevölkerungsschichten Deutschlands als ein Angriff auf die nationale Ehre empfunden. Der Artikel 227, welcher bestimmte, daß der ehemalige Kaiser vor einem internationalen Gerichtshof abgeurteilt werden sollte, war auf Betreiben Englands in den Versailler Vertrag aufgenommen worden, gegen den Willen der Vereinigten Staaten und Japans, während sich Frankreich gleichgültig ver-

### **Auslieferung des ehemaligen Kaisers**

hielt. In den Novemberwahlen Englands 1918 spielte die Bestrafung, ja sogar die Hinrichtung des früheren Kaisers eine bedeutende Rolle, und es entsprach durchaus der öffentlichen Meinung Englands, wenn der Monarch "wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge" unter öffentliche Anklage gestellt wurde. Es sollte ein Gerichtshof von fünf Richtern aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Japan, Frankreich und Italien ihn aburteilen. Am 28. Juni 1919 überreichte der französische Gesandte im Haag der niederländischen Regierung im Namen der Alliierten eine Note, in der man die Sorge aussprach, der Kaiser könne entfliehen, und mit List und Tücke den Niederlanden anbot, sie von der Verantwortlichkeit für die Person des Kaisers zu befreien. Jedoch die holländische Regierung wahrte sich die freie Ausübung ihrer Souveränitätsrechte und versicherte den Alliierten, sie dürften ohne Sorge um die Person des Kaisers sein.

Die Angelegenheit ruhte, bis am 15. Januar an die holländische Regierung das förmliche Ersuchen um Auslieferung erging, da man den Kaiser aburteilen wolle. Ein Verzeichnis seiner "Verbrechen" wurde beigefügt. Die Niederlande dagegen lehnten das Gesuch ab und erklärten, sie seien nicht an den Versailler Vertrag gebunden, da sie nicht an seiner Abfassung mitgewirkt hätten. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß eine Auslieferung weder den Staatsgesetzen noch der jahrhundertealten Überlieferung der Niederlande entsprechen würde. Einen Monat später, am 14. Februar, wiederholten die Alliierten ihre Forderung, hinter der "sechszwanzig gemeinsame Beauftragte des größten Teils der gesitteten Welt" ständen; mit ihrer Weigerung würden sich die Niederlande "außerhalb der Gemeinschaft der Welt" stellen. Ob denn die Bewachung sicher und zuverlässig sei? Es mußte mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß der Kaiser weiter "vom Schauplatze seiner Verbrechen" entfernt würde. Die Königliche Regierung der Niederlande wies daraufhin den Kaiser nach Amerongen in der Provinz Utrecht und den Kronprinzen auf die Insel Wieringen. Den Alliierten aber antwortete sie standhaft am 5. März, daß die Auslieferung dem "Recht und der Gerechtigkeit widerspräche" und durch die nationale Ehre verboten würde. Darauf erwiderten die Alliierten, daß die niederländische Regierung ganz allein die Verantwortung für ihre Handlungen tragen mußte.

Der Standhaftigkeit der niederländischen Regierung war es zu danken, daß der Welt das schmachvolle Schauspiel der Auslieferung und Verurteilung des letzten deutschen Kaisers erspart blieb. Ein Aufatmen der Erleichterung ging durch Deutschland. Hatte der Kaiser auch beim größten Teile des Volkes alle Sympathien eingebüßt, so wurde doch in der Auslieferungsfrage durch sein Schicksal das deutsche Ehrgefühl berührt.

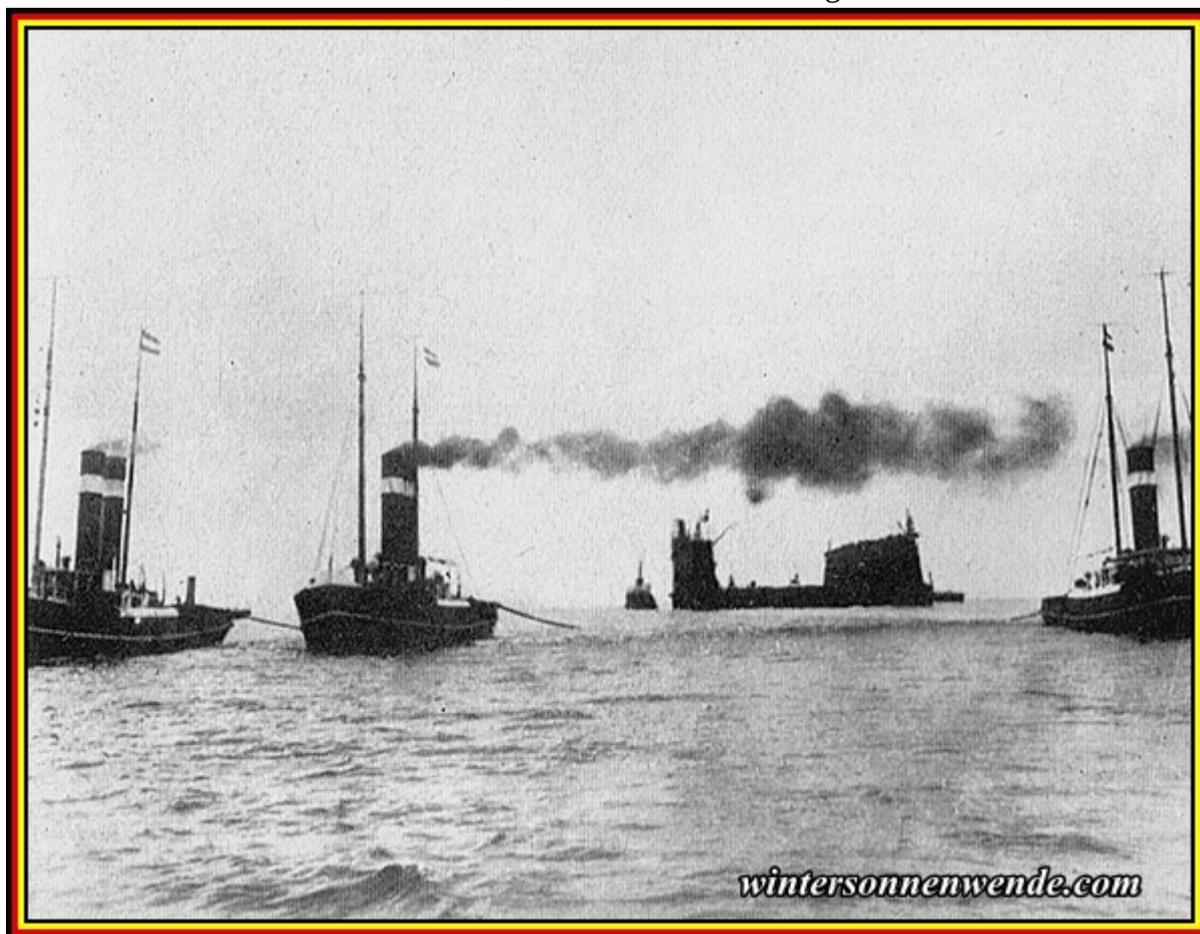
Die Ausführung der Friedensbedingungen über den Kaiser und die "Kriegsverbrecher" scheiterten am Widerstand der Niederlande und des deutschen Volkes. Erfolgreicher waren die Alliierten in der **Verhinderung der österreichischen Anschlußbewegung**. Artikel 80 des Versailler Vertrages besagte: "Deutschland erkennt Österreichs Unabhängigkeit an und wird sie streng in den von dem gegenwärtigen Vertrag festgesetzten Grenzen als unveräußerlich beachten, es sei denn mit Zustimmung des Völkerbundesrates." **Trotzdem die Westmächte stets das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Munde führten, drosselten sie hier dieses selbe Recht ab, als es Deutsch-Österreich für den seit rund hundert Jahren ersehnten Zusammenschluß mit Deutschland anwenden wollte.** Immerhin ließ Deutschland in seiner Verfassung vom 11. August 1919 die Möglichkeit des Anschlusses bestehen, und **im zweiten Absatz des Artikels 61 hieß es deshalb:** "Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme."

**Verhinderung des  
österreichischen  
Anschlusses**

Es war vorauszusehen, daß die **Alliierten** diesen Artikel nicht ungestraft hingehen lassen würden. Am Tage der Überreichung der Friedensbedingungen an Deutsch-Österreich in Saint-Germain, dem 2. September, **forderten sie Deutschland auf, den Artikel 61 der Reichsverfassung abzuändern.** Es nutzte nichts, daß die deutsche Regierung auf das doch von den Gegnern selbst so eifrig befürwortete nationale Selbstbestimmungsrecht hinwies, es nutzte nichts, daß die Deutsch-Österreichische Nationalversammlung bei Annahme des Friedens am 6. September gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation protestierte. Am 22. September mußte die Deutsche

Friedenskommission in Versailles ein Protokoll unterzeichnen, worin Artikel 61 Absatz 2 der Deutschen Reichsverfassung für ungültig erklärt wurde. Die Gegner Deutschlands nutzten ihre Macht dazu aus, auch in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, in das Recht seiner nationalen Selbstbestimmung, das man jedem kleinen und kleinsten Volkssplitter zuerkannte, hindernd einzugreifen. Deutschland mußte fühlen, daß es unfrei war. Ihm wurde die letzte Möglichkeit genommen, aus dem allgemeinen Zusammenbruch noch ein großes Ziel seiner Zukunft zu retten: die Vereinigung mit Deutsch-Österreich.

Für England und Frankreich war es selbstverständlich, daß die **Tat von Scapa Flow gesühnt werden mußte**. So begeistert sie von dem national empfindenden Teile des deutschen Volkes begrüßt worden war, so willkommen war sie den Alliierten, die Erfüllung neuer Forderungen von Deutschland zu erpressen. Am 1. November forderte die Entente die Auslieferung deutscher Schwimmdocks in Höhe von 400 000 Tonnen als Strafe für die Versenkung der deutschen Schiffe in Scapa Flow. So sollte der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, die ja bereits zum allergrößten Teile abgeliefert worden war, verhindert werden. Vergebens wehrte sich die deutsche Regierung, vergebens wies sie auf die Unmöglichkeit der Durchführung hin. **Clemenceau** erpreßte die "Zustimmung", die am 14. Dezember erfolgte, indem er von der Erfüllung die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen abhängig machte! Aber er ließ mit sich reden und "ermäßigte" die Forderung in der Weise, daß sofort 180 000 Tonnen auszuliefern waren, der Rest aber auf dreißig Monate verteilt werden sollte. -



*Reparation: Ablieferung eines deutschen Schwimmdocks. Photo Scherl.*

Besonders hart wurde Deutschland, wenn auch in seiner Gesamtheit nicht unmittelbar, so doch aber sieben Millionen seiner Bewohner, durch die **Besetzung des Rheinlandes** betroffen. Diese Besetzung sollte eine "Sicherheitsmaßnahme" dafür sein, daß Deutschland die Friedensbedingungen erfüllte, es hieß im Artikel 428 des Versailler Vertrages: "Als Sicherheit für die Ausführung des vorliegenden Friedens durch Deutschland werden die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte während eines Zeitraumes von fünfzehn Jahren, der mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Friedens beginnt, be-

setzt." Und bei getreulicher Erfüllung der Deutschland auferlegten Bedingungen sollte die Räumung in folgender Weise geschehen: Die Kölner Zone nach fünf Jahren, die Koblenzer Zone nach zehn Jahren, die Mainzer Zone und Kehl nach fünfzehn Jahren. Jedoch sind die Alliierten zur Verlängerung der Besetzung berechtigt, wenn ihrer Ansicht nach die Gefahr für einen unprovokierten Angriff Deutschlands nicht beseitigt ist. Auch kann die Besetzung erneuert werden, wenn Deutschland gar nicht oder nur teilweise seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen nachgekommen ist. Wenn dagegen Deutschland vor dem Ablauf von fünfzehn Jahren alle Verpflichtungen erfüllt habe, sollten die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden (Artikel 431).

Die Heere der Alliierten waren bereits, wie wir sahen, Ende 1918 in diese Gebiete eingerückt. Die **Engländer** besetzten die Kölner Zone bis Bonn, die **Amerikaner** die Koblenzer Zone, und die **Franzosen** stürzten sich auf den Mainzer Brückenkopf und das Saargebiet. Nachdem sich die anfängliche und durchaus erklärliche feindselige Spannung gelegt hatte, bahnten sich zwischen den Rheinländern einerseits und den Amerikanern und Engländern andererseits ein erträgliches Verhältnis an, indem sich beide Teile bemühten, dem anderen möglichst wenig Grund zu Reibereien zu geben. War doch Wilson von vornherein ein Gegner der Besetzung gewesen, und Lloyd George hatte nur gezwungenermaßen seine Einwilligung gegeben.

### *Die Franzosen im Rheinland*

Anders stand es mit den **Franzosen**. Sie kamen nicht nur als Sieger, sondern als Eroberer. Nun sie erst einmal das Rheinland betreten hatten, waren sie fest entschlossen, es nicht wieder zu verlassen, und begannen sich häuslich einzurichten. Unter ihren Gewalttaten und Zuchthausmaßregeln aber litt und seufzte die deutsche Bevölkerung. **Sie kamen, bis an die Zähne bewaffnet, mit einem unerschöpflichen Arsenal von Kanonen, Maschinengewehren, Panzerwagen und Flugzeugen, als zögen sie aus zur Unterwerfung einer aufsässigen Kolonie.** Die unglückliche Bevölkerung bekam alsbald die brutale Faust der Sieger zu spüren. Es war selbstverständlich, daß die Freiheit der Meinung, der Presse und der Versammlung beseitigt wurde. Ein bedeutungsloses Wort, achtlos hingeworfen, genügte, gegen den Sprecher einen schauerhaften Prozeß wegen Gefährdung der Besatzungstruppen einzuleiten. Die Rheinländer mußten es ruhig hinnehmen, wenn ein französischer Offizier friedliche Bürger mit der Reitpeitsche ins Gesicht schlug. Vor den Siegern mußten die Einwohner Ehrerbietungen machen, jeder Offizier mußte begrüßt werden. General Mangin ordnete sogar an (24. September 1919), daß die Regimentsfahnen und militärische Leichenzüge durch Hutabnehmen zu grüßen sind. Wenn die Nationalhymnen der Alliierten gespielt wurden, mußten sich die Zivilisten von ihren Plätzen erheben und schweigend entblößten Hauptes zuhören. Wer sich diesen Anordnungen widersetzte, wurde aufs barbarischste behandelt. **Die Strafmaßnahmen der Franzosen** waren von ausgesuchter Grausamkeit. Die Unglücklichen wurden gefesselt, mit Peitschenhieben und durch bissige Hunde zu Geständnissen gezwungen; die Zellen enthielten kein Bett, keine Pritsche, keinen Strohsack, auf dem harten, kalten Fußboden mußte nachts der Arrestant liegen. Die Verpflegung war unzureichend, ja menschenunwürdig. Tierisch rohe Wärter beschimpften und mißhandelten die Gefangenen. Da sich die französische Militärbehörde die Rechtsprechung auf allen Gebieten angemaßt hatte, konnten die Sieger ihren sadistischen Gelüsten im weitesten Umfange Spielraum gewähren. Die deutschen Männer aber, die im Donner des Großkampfes nicht gezittert hatten, zitterten jetzt, wehrlos der entfesselten Wut der Feinde preisgegeben.

### *Bedrückung der Rheinländer*

Mit der Rachsucht der Erinnyen ergriff die unbarmherzige französische Militärjustiz besonders **solche Rheinländer, die durch ihre nationale Gesinnung auffielen.** Da die Eisenbahner gegen die Ausrufung der rheinischen Republik durch Dorten Anfang Juni 1919 durch einen Proteststreik demonstriert hatten, verurteilte das französische Kriegsgericht von Mainz am 6. Juni 22 Eisenbahnarbeiter zu einer Gefängnisstrafe von insgesamt 33 Jahren 7 Monaten, worunter sich Einzelstrafen von einem halben Monat bis zu fünf Jahren befanden. Bei der Behandlung in französischen Gefängnissen bedeutete dies aber nichts anderes als ein langsames Zutodequälen. Es war ein stilles Heldentum, ohne Prunk und Schall, das diejenigen Unglücklichen trugen, die um ihrer Vaterlandsliebe willen die Wut der Franzosen auf sich lenkten.

Für die **deutschen Frauen** begann unter der Herrschaft der "ritterlichen Nation" eine Schreckenszeit. Die Neigung zum Sexualverbrechen ist für den Franzosen typisch, und um die Stimmung der Sieger auf diesem Gebiete zu charakterisieren, sei es erlaubt, die Übersetzung eines Gedichtes wiederzugeben, das in der Kriegszeitung des 75. französischen Infanterieregiments vom 31. März 1915 abgedruckt war:

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!  
Wenn unsre Soldaten trunken von Ruhm,  
Eure zitternden Knechte fangen;  
Wenn die Fanfaren des Siegs  
Den Tag der Rache verkünden.

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!  
Ihre blonden Strähnen  
Schleppen in Blut,  
Weg mit den Hüllen  
Am Tage der Rache!

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!  
Wir rächen die Mütter,  
Französische Mütter,  
Liebe von uns ist grausame Härte  
Am Tage der Rache...

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!  
Nie soll das Gedenken  
An uns ihnen schwinden:  
Nackt sollen sie tanzen  
Am Tage der Rache...

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!  
Unschuldige wählen,  
Unschuldige quälen  
Ist Lust unserm Lager  
Am Tage der Rache.

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!  
Wir dürsten nach Rache!  
Gott wird uns segnen,  
Der Gott der Franken,  
Am Tage der Rache!

Entfesselte Negerinstinkte primitivster Art, im vierjährigen Kampfe vom deutschen Volke ferngehalten, stürzten sich auf das Rheinland als eine willkommene Beute. Nicht nur, daß allerorts Bordelle für die Besatzungstruppen von den deutschen Behörden errichtet werden mußten, daß befohlen wurde, deutsche Frauen sollten den Franzosen dienen, überfielen die Soldaten auf der Straße, in den Anlagen und Parks der Städte deutsche Mädchen und vergewaltigten sie. Die Braut wurde von der Seite ihres Verlobten gerissen und ins Gebüsch verschleppt, während man den Mann mit Kolbenstößen und Fußtritten bis zur Ohnmacht mißhandelte. Viele Hunderte von Unzuchtsverbrechen haben sich auf diese Weise ereignet, Tausende von Deutschen wurden in dauerndes Unglück gestürzt.

Besonders taten sich hierin die **Kolonialtruppen** hervor, aus Negern und anderen Farbigen bestehend. Durch die ganze gesittete Welt ging ein Schrei der Empörung, der Verachtung und des Abscheus, als man erfuhr, Frankreich werde schwarze Truppen zur Besatzung verwenden. Man protestierte gegen die "Schwarze Schmach", gegen die Schamlosigkeit, daß ein Volk weißer Rasse gegen ein anderes Volk weißer Rasse schwarze Sklavenhalter verwenden wollte. Doch umsonst! **Mehr als 30 000 Neger wurden in das Rhein-**

***Die "Schwarze Schmach"***

**land und Saargebiet gebracht**, eine furchtbare Geißel deutschen Volkes und deutscher Kultur! Nicht gerührt durch das Stöhnen der Bevölkerung, taub gegen die Proteste der deutschen Regierung, taub gegen die Proteste der ganzen Welt peinigte Frankreich das besiegte Deutschland durch seine schwarzen Helfer, schändete Frankreich die Ehre der weißen Frau durch die zügellosen Triebe der Afrikaner. Ja, es wurde sogar angeordnet, daß diesen Negern Bordelle mit weißen Frauen unterhalten werden mußten. Der Betrieb in diesen Häusern war nicht mehr menschlich, sondern tierisch.



**Schwarze Schmach: Französische Neger in Koblenz. Photo Scherl.**

Diese Horden verübten tagtäglich alle nur irgend möglichen Schandtaten, die ein Menschenhirn nur ersinnen kann: Körperverletzungen, Mord, Tötung, Notzucht, Päderastie, Raub und Straßenraub. **Nitti** konnte mit Recht behaupten: "Zum Zwecke der äußersten Beschimpfung der Besiegten sind in dem Besatzungsheer die Vertreter der niedrigsten Rassen. So waren und sind die gebildetsten Städte Europas unter der Negergewalt, die die größten Verbrechen begangen hat; und die deutsche Bevölkerung ist ohne Not, nur aus Lust an Beschimpfung, körperlichen und moralischen Quälereien unterworfen, die seit Jahrhunderten in den zivilisierten Ländern unbekannt sind."

Aber es war nach dem ganzen Vorhaben Frankreichs nicht nur eine militärische Besetzung, die sich im Rheinland ausbreitete, es war mehr: **eine Invasion, eine Völkerwanderung**. Die französischen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten kamen mit Kind und Kegel, mit Mann und Maus, mit einem Troß von Gouvernanten, Groß- und Schwiegermüttern, Tanten und Mätressen, die alle von dem festen und unumstößlichen Willen beseelt waren, auf Deutschlands Kosten ein Herrenleben zu führen. Denn Deutschland hatte fürstliche Löhnungen zu zahlen. Ein einfacher Soldat, seines Zeichens Pferdeknecht oder Straßenkehrer, bekam einen Jahressold von rund 15 000 Goldmark, das war fast anderthalbmal soviel wie das Gehalt des höchsten deutschen Reichsbeamten, des Reichskanzlers, und fast doppelt soviel als das Gehalt eines deutschen Kommandierenden Generals! Welch fürstliche Dotationen aber erhielten erst die Generale! Ein französischer Besatzungsgeneral bekam jährlich an die 75 000 Goldmark, ein Engländer durfte den doppelten Betrag in Empfang nehmen! Die Zeiten von 1807 waren wiedergekehrt, da Napoleon mit vollen Händen deutsche Güter an seine Generale verschenkte. Darum hungerte und darbtete das deutsche Volk, damit seine Herren und Unterdrücker ihre Tage in Wohlleben und Überfluß verpassen konnten.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Familienanhang die zahlenmäßige Stärke der Besatzungstruppen noch wesentlich erhöhte. Ungefähr rund 150 000 reguläre Soldaten der Alliierten hatten das Rheinland überflutet und 220 Orte besetzt, während vor dem Kriege das Deutsche Reich in diesem Gebiet 70 000 Mann in 28 Garnisonen untergebracht hatte. Frankreich allein war mit etwa 110 000 Mann, von denen mehr als ein Viertel Schwarze waren, in 134 Orte eingefallen. Berücksichtigt man den Familienanhang, dann kam in dem von den Franzosen besetzten Gebiet auf 15 Deutsche 1 Franzose. Daß zu der Unterbringung derartiger Massen die Kasernen nicht ausreichten, war klar. Als Massenquartiere wurden Schulgebäude bevorzugt, um den deutschen Unterricht unmöglich zu machen. Die Offiziere wurden in herrschaftliche Wohnungen gelegt, welche mit fürstlichem Pomp ausgestattet werden mußten. Während die Deutschen wegen der Wohnungsnot in elende Löcher gepfercht wurden und hungerten, feierten die Sieger Orgien in Palästen.

**Man requirierte in den Orten Plätze, um neue Kasernen zu bauen**, man beschlagnahmte weite Strecken wertvollen Acker-

**Dragonaden und Requisitionen**

landes, um neue Exerzier- und Schießplätze einzurichten, man hielt Schießübungen ab, ohne sich darum zu kümmern, ob die Bevölkerung dadurch gefährdet würde. Man ließ sich viele Tausende kostspieliger Salons, Herrenzimmer, Speise-, Schlafzimmer und Küchen liefern, man forderte Klubsessel und Polstermöbel, Teppiche, kristallene Wein- und Sektgläser, kurz alles, was für einen kom-

fortablen und luxuriösen Haushalt nötig ist, für den einfachsten Leutnant so gut wie für den General. Man trieb das System der Dragonaden Ludwigs XIV. bis zur raffinierten Vollendung.

**Französische Schulen** wurden eingerichtet, unter dem Vorwande, den Kindern der Franzosen Unterricht zu erteilen, man wünschte, man forderte, daß auch die deutschen Kinder diese Schulen besuchten, um der Segnungen der französischen Kultur teilhaft zu werden. Man predigte unablässig den Rheinländern, wie gut sie es erst hätten, wenn sie sich von Deutschland gelöst und dem französischen Staate angeschlossen hätten. Dies zu erreichen, war ja der letzte Zweck der französischen Besatzung. Deshalb unterstützte das feindliche Oberkommando direkt und indirekt die deutschen Separatisten, Dorten und seine Anhänger.

Nicht weniger gewalttätig gebärdete sich die **belgische Besatzung**, die in allen ein gelehriger Schüler der Franzosen war. Die Belgier hatten den Westen des englischen und amerikanischen Abschnitts okkupiert und waren in einer Stärke von etwa 20 000 Mann erschienen. Auch sie kannten keine Rücksicht, keine Schonung. Sie befließigten sich, den Deutschen mit Zins und Zinseszins heimzuzahlen, was diese während der Besetzung Belgiens gesündigt haben sollten. Sie vergaßen, daß in Wahrheit der Krieg zu Ende war, und traten Menschenrechte und Menschenwürde mit Füßen. Es würde nur eine Wiederholung der von den Franzosen berichteten Taten sein, wollte man all die Demütigungen und Beschimpfungen Deutscher erzählen, die sich die Belgier zuschulden kommen ließen. Auch sie scheuten nicht davor zurück, kaltblütig brutaler, entehrender Gewalttat feigen Mord an unschuldigen, wehrlosen Rheinländern folgen zu lassen. -

### **Das Rheinlandabkommen**

Dies waren die Zustände, die zur Zeit der Friedensverhandlungen auf dem besetzten Rheinland lasteten. Als die Deutschen am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatten, hielten es die Alliierten für angebracht, den regel-losen Zustand der Willkür und der Gewalt mit einem Schein des Rechtes zu umkleiden. Und so wurde am gleichen 28. Juni das sogenannte **Rheinlandabkommen** unterzeichnet, das gewissermaßen die Ausführungsbestimmungen zu dem die Besetzung betreffenden Artikeln des Versailler Vertrages enthielt. Durch die 13 Artikel dieses Abkommens erhielt die Interalliierte Rheinlandkommission (Irko), die am 11. Juli in Versailles zusammentrat und aus vier Mitgliedern bestand, eine unbeschränkte Machtfülle. Die deutsche Souveränität wurde zwar anerkannt und die Besetzung als lediglich militärisch charakterisiert. Die Zivilverwaltung der Provinzen, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden sollte weiterhin durch deutsche Behörden ausgeübt werden, unter deutscher Gesetzgebung und unter der Reichsregierung bestehen bleiben. Aber die "Gewährleistung des Unterhaltes, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Besatzungsarmeen" gab der Irko das Recht, besondere Verordnungen zu erlassen; die subjektive Auslegung und Anwendung dieses Rechtes bedeutete in der Tat eine graduell nicht absehbare Einschränkung der deutschen Verwaltungshoheit. Die Kommission erhielt im besonderen die Befugnis, nach notwendigem Befinden die deutsche Verwaltung den Bedürfnissen und Verhältnissen der militärischen Besatzung anzupassen, und die deutschen Behörden waren verpflichtet, bei Strafe der Abberufung, sich nach allen erlassenen Verordnungen (Ordonnanzen) zu richten. Auch war die Irko berechtigt, so oft sie es für nötig hielte, den Belagerungszustand über das ganze Gebiet oder einen Teil zu verhängen. Die Irko bekam ferner das Recht, militärische Gebäude und die Draht- und Fernsprechanlagen zu benutzen, die Post- und Eisenbahnbeamten wurden dem Höchstkommmandierenden unterstellt, soweit Befehle zu militärischen Zwecken dies erforderten. Mannschaften und Unteroffiziere sollten grundsätzlich in Kasernen untergebracht werden, nur in außergewöhnlich dringlichen Fällen bestand ein Anspruch auf Privatquartiere. Da aber weder im Versailler Vertrag noch im Rheinlandabkommen ein Wort über die Stärke der Besatzungstruppen gesagt wurde, war der Begriff der Notwendigkeit dieser im Prinzip zugelassenen Dragonaden ein äußerst dehnbarer. Alles in allem erweckte das Rheinlandabkommen von vornherein den Eindruck, als decke es lediglich den Mantel des Gesetzes über bereits feststehende Einrichtungen.

Die deutsche Regierung erkannte das wahre Wesen des Abkommens und sprach in zwei Denkschriften vom 12. Juli ihre schweren Bedenken aus, **ob auch das Rheinlandabkommen geeignet sei, dem Deutschen Reiche und Volke die völkerrechtlichen Voraussetzungen der Besetzung zu gewährleisten.** Darauf antworteten die Alliierten am 29. Juli, daß die Bestimmungen des Abkom-

mens in versöhnlichem Geiste gehandhabt werden sollten und die Besetzung so wenig drückend als möglich für die Bevölkerung gestaltet werden solle, vorausgesetzt, daß Deutschland gewissenhaft den Friedensvertrag erfülle. Es wurde noch einmal betont, daß die deutsche Gesetzgebung nicht eingeschränkt werde, es sei denn, daß "die Sicherheit und die Bedürfnisse der alliierten Streitkräfte" dies verlangen würden, und die Verordnungen der Irko sollten nur die militärischen Interessen wahrnehmen. Es wurde sogar im vierten Paragraphen wörtlich gesagt: "Unbedenklich kann anerkannt werden, daß mit obigem Vorbehalt (Sicherheit der alliierten Streitkräfte) die Bevölkerung freie Ausübung ihrer persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte, religiöse Freiheit, Freiheit der Presse, der Wahlen und Versammlungen genießen wird, und daß die politischen, rechtlichen, administrativen und wirtschaftlichen Beziehungen der besetzten Gebiete mit dem unbesetzten Deutschland nicht gehemmt sein werden, ebensowenig wie die Verkehrsfreiheit zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland." Über die Stärke der Besatzungsarmeen wurde nur ganz unbestimmt gesagt, daß sich die Alliierten vorbehielten, die Effektivstärke der im besetzten Gebiete zu unterhaltenden Truppen noch mitzuteilen. Der Gerichtsstand der Besatzungssoldaten solle nicht an deutsche Staatsbürger gegeben werden, auch wenn Verbrechen der Soldaten gegen Deutsche vorliegen sollten. In Privatklegesachen sollten die deutschen Gerichte nach wie vor zuständig sein. Es bestehe nicht die Absicht, die politische und verwaltungsrechtliche Einteilung abzuändern. Die Finanzhoheit des Reiches und der Bundesstaaten werde man nicht antasten, bei Unterbringung von Truppen und Dienststellen werde man angesichts der Wohnungsnot "in versöhnlichem Geiste" vorgehen. Die Zensur der Presse, Briefe, Post und Telegraphie werde abgeschafft und die Agenten zur Beaufsichtigung deutscher Behörden würden nach Inkrafttreten des Friedensvertrages beseitigt werden. Die Rückkehrgesuche der Ausgewiesenen wolle man von Fall zu Fall in versöhnlichem Geiste prüfen. Beitreibungen (Requisitionen) würden nur in besonders begründeten Fällen stattfinden auf Grund eines Reglements, das "im Geiste der Billigkeit und Versöhnung" gehalten sei. Der öffentliche Unterricht bleibe Angelegenheit der deutschen Zivilverwaltung, und keinesfalls würde auf Anordnung der Besatzungsmächte fremdsprachiger Unterricht eingeführt werden. -

Am 2. August ernannte der Oberste Rat den **Oberbefehlshaber der französischen Truppen am Rhein zum obersten Befehlshaber**

***Neue Separatistenumtriebe***

**sämtlicher Besatzungstruppen, also auch der englischen, amerikanischen und belgischen.** Die **Separatisten** wußten, daß ihnen die Franzosen günstig gesinnt waren, und sie versuchten, trotz ihrer Niederlage im Juni, neue Aktionen. Bei den Engländern hatten die rheinischen Hochverräter weniger Glück. Am 22. August erließ der britische Militärgouverneur in Köln folgende Verordnung:

"Es wird hierdurch bekanntgegeben, daß, solange die britische Militärbehörde die Kontrolle über das von den britischen Truppen besetzte Gebiet ausübt, keine Änderung in der deutschen Verfassung dieses Gebietes erlaubt wird und daß keine neue Autorität ohne vorherige Genehmigung der britischen Militärbehörde anerkannt wird. Jede Person, die gegen diese Bekanntmachung verstößt oder einer solchen Handlung Hilfe leistet, setzt sich der Gefängnisstrafe oder der Ausweisung aus dem besetzten Gebiete oder beiden Strafen aus."

Um so rühriger und ungestörter konnten die Sonderbündler im südlichen Rheinland und in der Pfalz arbeiten. Am 29. August rief Haas in Ludwigshafen die freie pfälzische Republik aus, hatte aber ebensowenig Erfolg wie einige Wochen vorher. Auch im Rheinland setzte die Bevölkerung separatistischen Umtrieben geschlossenen Widerstand entgegen, so daß ein Führer der rheinischen Bewegung, der unabhängige Sozialdemokrat Smeets, sich am 24. September mit hochtönenden Worten schriftlich an die Regierungen der Alliierten wandte und sie bat, sie möchten die Loslösung der Rheinlande von Preußen herbeiführen. Trotzdem auch diese Bitte an taube Ohren gelangte, da ja England ein entschiedener Gegner war und jeden offiziellen Schritt Frankreichs zugunsten des Separatismus aufs nachdrücklichste gemißbilligt hätte, verfolgten die Sonderbündler zäh ihr Ziel weiter. Am 13. Oktober wandten sich die Ausschüsse für Errichtung einer rheinischen Republik an den Völkerbund und die Reichsregierung. Aber der Völkerbund unternahm nichts in der Angelegenheit, und die Reichsregierung vertagte die Prüfung des Falles *ad calendas graecas*, d. h. bis zur Räumung des Rheinlandes durch die Besatzungstruppen, um jede eventuelle Beeinflussung von

dieser Seite auszuschalten. Es gelang also der rheinischen Republik nicht, im Jahre 1919 geboren zu werden. Die Rührigkeit der Sonderbündler, die mit den Franzosen im Bunde waren, scheiterte am Widerstande der Rheinländer und der englischen Besatzung. -

Am Tage der Friedensratifikation, dem 10. Januar 1920, trat auch das Rheinlandabkommen in Kraft. Die **Interalliierte Rheinlandkommission erließ einen Aufruf an die Bevölkerung**, der seinem ganzen Inhalt nach einen Hohn darstellte auf die im Rheinland eingerissenen Zustände. Die Rheinlandkommission verbürgte sich gegenüber der rheinischen Bevölkerung dafür, daß das Rheinlandabkommen, "dessen besonders freiheitlicher Inhalt ohne Beispiel in der Geschichte ist", seinem Geist und seinem Wortlaut nach durchgeführt werde. Von den Gewalttätigkeiten der schwarzen und weißen Truppen rühmte der Aufruf: "Diese Truppen trugen über sich selbst den höchsten Sieg davon, indem sie seit mehr als zwölf Monaten der rheinischen Bevölkerung die Wohltaten der Ordnung, ihre Hilfe bei der Ernährung und das Beispiel ihrer Dienstzucht angeeignet ließen!" In ihrer Verantwortung für die öffentliche Ordnung, deren Aufrechterhaltung letzten Endes den Besatzungstruppen obliege, beabsichtige die Rheinlandkommission, der Bevölkerung die Gerechtigkeit, die Ausübung ihrer öffentlichen und privaten Freiheiten und die Entwicklung ihrer berechtigten Wünsche und ihres Wohlergehens zu gewährleisten.

### **Das Delegiertensystem**

Eine verhängnisvolle Folge des Abkommens aber war es, daß den deutschen Behörden in Regierung, Kreisen und Gemeinden ein **Delegierter** beigegeben wurde, der lediglich als Verbindungsmann zwischen der deutschen Verwaltung und der alliierten Besatzungsmächte gelten sollte, um ein glattes Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Während des Waffenstillstandes hatten die Besatzungsmächte den Landräten, Bürgermeistern und Regierungspräsidenten besondere Kontrolloffiziere, Agenten (*controlleurs* oder *administrateurs*), beigeordnet, um die deutsche Verwaltung zu überwachen. Nach dem gleichzeitigen Inkrafttreten des Friedensvertrages und Rheinlandabkommens am 10. Januar 1920 wurden zwar die Kontrolloffiziere beseitigt, statt ihrer aber "Kreis- und Bezirksdelegierte" als ständige Vertreter der obersten Besatzungsbehörde bei den deutschen Verwaltungsbehörden bestellt. Diese Beauftragten der Irko hatten offiziell kein Recht, in die deutsche Verwaltung einzugreifen, sondern nur darüber zu wachen, daß das öffentliche Leben im Rheinlande nicht die Sicherheit, den Unterhalt und die Bedürfnisse der Besatzungsarmeen gefährde. Sie entwickelten sich aber in der Folgezeit, soweit Franzosen in Betracht kamen, zu den furchtbarsten Tyrannen der Deutschen. Sie begründeten ein System widerlicher Spionage und Gesinnungsschnüffelei, welches unendliches Leid heraufbeschwor. Jeden, der ihnen politisch verdächtig vorkam, überantworteten sie der unbarmherzigen Militärjustiz, während sie nach Kräften die separatistischen Landesverräter förderten. Die Macht der Delegierten war unbeschränkt, sie gründete sich auf ungeschriebenes Gesetz, auf die Forderungen der französischen Politik. So waren es gerade die von der Irko nach Inkrafttreten des Rheinlandabkommens eingesetzten Delegierten, welche alle anderen völkerrechtlichen Bestimmungen des Abkommens illusorisch machten. Sie knebelten und knechteten die deutschen Behörden, daß von freier Selbstverwaltung keine Rede mehr war. Auf ihre Intentionen stützten sich zum allergrößten Teile die Ordonnanzen der Irko und die Maßnahmen der Militärbehörden. In aller Stille hatten sie eine große Aufgabe zu erfüllen: das Rheinland mit Gewalt französisch zu machen. Sechs Jahre seufzte das deutsche Volk unter der unsichtbaren, unwürdigen Knechtschaft dieser Träger französischer Expansionsgelüste.

### **Das Saargebiet**

Noch Schlimmeres hatte das **Saargebiet** zu ertragen. Gerade dieses war es, welches Frankreich begehrte und sich im Doumerguevertrag vom 4. Februar 1917 sichern ließ, wie wir bereits sahen. Die 1882 qkm an der Saar gehören zu den industriell wertvollsten Teilen Deutschlands und übten auf die Franzosen infolgedessen eine sehr starke Anziehungskraft aus. In bewegten Worten verkündete Clemenceau der Friedenskonferenz, daß die im Saargebiet wohnenden 150 000 Franzosen aufs innigste die Vereinigung mit der Heimat wünschten. Dies war aber eine Fabel, denn unter den 700 000 Saarländern waren kaum 100 Franzosen. Die französische Schwerindustrie, vor allem das *Comité des Forges*, unterstützte die machtpolitischen und strategischen Annexionsgelüste Clemenceaus durch wirtschaftliche Forderungen. Als Entgelt für die durch den Krieg zerstörten nordfranzösischen Bergwerke mußte das Bergwerksgebiet der Saar an Frankreich fallen. Lloyd

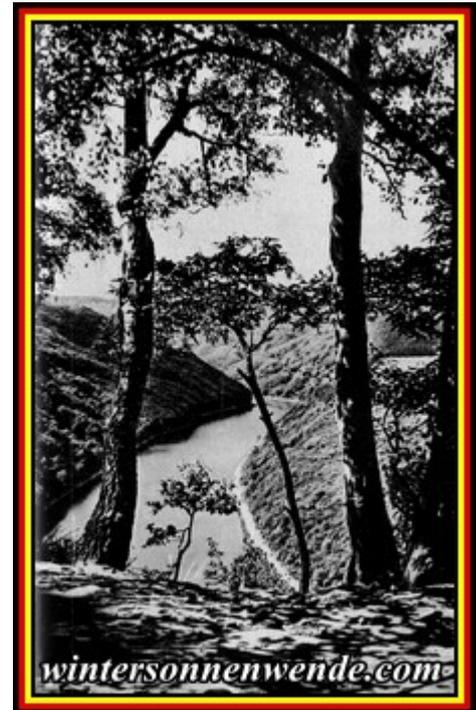
George charakterisierte einmal das letzte Ziel der französischen Schwerindustrie mit folgenden Worten: "Ein gigantischer, von Paris aus geleiteter Trust, von dem die gesamte europäische Industrie abhängig sein sollte, war der glänzende Traum der französischen Kapitalisten."

Wie in der Rheinlandfrage, so scheiterte auch die **restlose Annexion des Saargebietes** am Widerstand Englands und Amerikas. Aber unter dem zwingenden Hinweis auf die zerstörten französischen Bergwerke kamen die Alliierten ihrem französischen Bundesgenossen doch etwas mehr entgegen. Zwar wurde Deutschland im Versailler Vertrage verpflichtet, außer einer Jahresleistung von 7 Millionen Tonnen auch noch den Unterschied zwischen der jetzigen und der früheren Produktion der französischen Bergwerke bis zu 20 Millionen Tonnen zehn Jahre hindurch zu liefern. Aber das genügte den Franzosen nicht, indem sie erklärten, auch für die wiedergewonnenen lothringischen Eisenwerke Kohle zu benötigen. Die deutsche Antwort bemerkte, daß man ja auch diesem Verlangen entsprechen könne, indem die jährliche Förderung der Saarbergwerke von insgesamt 13 Millionen Tonnen Steinkohle zur Verfügung gestellt würde, ohne daß deshalb das Eigentumsrecht an diesen Gruben an Frankreich abgetreten zu werden brauche.

Kein Einwand, keine Widerrede half. Im Banne Clemenceaus, der immer mit dem Argument der zerstörten nordfranzösischen Bergwerke arbeitete, stimmten auch Wilson und Lloyd George schließlich zu, daß die Saarbergwerke "als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich als vollständiges und unbeschränktes Eigentum an Frankreich abzutreten seien". Frei von allen Schulden und Lasten, sowie mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht, sollte das Eigentum an Frankreich übergehen.

**Das Saargebiet wurde politisch von Deutschland getrennt, ohne mit Frankreich vereinigt zu werden.** Die Regierung des Landes wurde dem **Völkerbund übertragen**. Dieser ernannte eine Regierungskommission, gewissermaßen ein Direktorium, das aus fünf Mitgliedern bestand. Nur ein Mitglied durfte Deutscher sein, während das Übergewicht und der Vorsitz in den Händen Frankreichs lag. Eine Volksvertretung mit legislativen Rechten wurde nicht gebildet, so daß die Saarregierung absolute Herrscherin wurde - ein Ereignis, das in der neueren europäischen Geschichte einzig dasteht. Die Bevölkerung war politisch rechtlos und befand sich in einem Zustande des Helotentums. Das Recht wurde im Namen der Regierungskommission gesprochen, ein von ihr ernannter Gerichtshof hatte über Berufungen zu entscheiden. Erst fünfzehn Jahre nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages sollte die deutsche Bevölkerung durch Volksabstimmung entscheiden, ob sie deutsch bleiben oder französisch werden wolle.

Nichtsdestoweniger **begannen die Franzosen sofort, mit grausamem Despotismus das Volk zu quälen** und ihm französische Einrichtungen aufzuzwingen. Zölle wurden erhoben, die Kohlenpreise willkürlich festgesetzt, französische Schulen, Kranken- und Arbeiterkassen und Wohlfahrtseinrichtungen gegründet, französisches Geld wurde eingeführt, der Frank verdrängte die Mark. Arbeiter und Beamte, die sich weigerten, ihre Kinder in französische Schulen zu schicken, wurden drangsaliert, entlassen, dem Hunger preisgegeben. Zehntausend schwarze und weiße Franzosen überschwemmten das kleine Land und quälten und schändeten das Volk mit ihren bestialischen Gelüsten. Menschenleben galten nichts, Unschuldige fielen, hinterrücks von Franzosen ermordet. Werber für die französische Fremdenlegion verschleppten mit Genehmigung der französischen Behörde nichtsahnende Opfer in die Hölle Afrikas. Französische Lebensmittelschieber verkauften der Bevölkerung ihre Nahrungsbedürfnisse zu unverschämten Wucherpreisen und wurden durch Frankreich darin noch unterstützt, da der Markkurs willkürlich festgesetzt wurde. Und von Anfang an erklärten die Franzosen zynisch, sie würden kein Mittel unversucht lassen, um die Saarländer mürbe zu



*Die deutsche Saar: Bei Mettlach.  
Photo Scherl.*

machen, sie für "die Angliederung an Frankreich reif zu machen"; Hervé schrieb in seiner *Victoire*: "Fünfzehn Jahre lang werden wir die Saarländer bearbeiten, ihnen in jeder Richtung zusetzen, bis wir ihnen eine Liebeserklärung abzwängen."

Ein tiefer Groll zehrte an den Saardeutschen, aber sie waren außerstande, sich gegen das Gewaltregiment zu wehren. Doch es gärte und rumorte. Der Lebensmittelwucher, die Warenverschiebungen, die Willkürherrschaft, der Kohlenmangel, die Beschimpfungen wirkten zusammen, daß seit Ende September 1919 **Unruhen im Saargebiet** ausbrachen, die durch einen Metallarbeiterstreik eingeleitet wurden. Am 8. Oktober kam es zu größeren Streikunruhen in Saarbrücken, in deren Verlauf die Bevölkerung am folgenden Tage einen großen Protest gegen die Franzosen losließ. Es wurde unter anderem gefordert: Ausschaltung der Regierungsgewalt der französischen Militärbehörde, Rückgängigmachung der erfolgten Ausweisungen, Wiederherstellung der Meinungsfreiheit in Presse und Versammlungen, Entfernung der Kolonialtruppen, Verlegung der Truppen in Kasernen, Aufhebung der Grußpflicht, Beseitigung der Zwangseinquartierung französischer Offiziere und Soldaten, Schaffung billiger Lebensmittel und strengste Bestrafung der Wucherer, billige Kohlenlieferungen, Aufhebung der willkürlichen Festsetzung des Markkurses und Schutz vor den Gewalttaten der Soldaten.

Aber ungehört verhallte der Notschrei. **Unter den drakonischen Maßnahmen der Franzosen sank jedes Aufbäumen in sich zusammen.** Streikende Arbeiter wurden entlassen und durch Hunger zahm gemacht. Streikende Eisenbahner wurden bestraft, Versammlungen mit Waffengewalt auseinandergesprengt. Die Franzosen scheuten nicht davor zurück, einflußreiche Persönlichkeiten auszuweisen, ohne Grund, nur weil sie den Absichten der Sieger im Wege standen, und es war leicht, sie zu beschuldigen, daß sie zum Ungehorsam gegen die Franzosen aufreizten. So wurden an einem dunklen, kalten Dezembertag der Saarbrücker Verwaltungspräsident von Halfern und sein Regierungsassessor von Salmuth um fünf Uhr aus dem Bett geholt und kurzerhand über die Grenze des Saargebietes abgeschoben.

Sieben Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensprotokolls, am 28. Februar 1920, zog die "Völkerbundskommission" im Saargebiet ein. Frankreich ging sofort daran, unverhohlen seine Annexionspolitik zu beginnen. Die deutsche Verwaltung wurde für fünfzehn Jahre ausgeschaltet. Man beanspruchte das Recht, die deutschen Gesetze nach dem Bedürfnis der fremden Herren abändern zu dürfen. Das Saargebiet wurde von Deutschland isoliert und unter französischem Einfluß gebracht. Französische Schulen wurden errichtet, der französische Sprachunterricht in den deutschen Schulen eingeführt. An die Stelle der Mark trat der Frank. Die "**Union française**" entfaltete eine Riesenpropaganda. Jede nationaldeutsche Regung war verboten und wurde bestraft. Die Bevölkerung wurde nicht mehr als deutsche, sondern als "Saareinwohner" bezeichnet. Die Kulturzusammenhänge der rein deutschen Einwohner wurden mit dem Mutterlande unterbrochen und aufs engste mit Frankreich verknüpft. Die französische Staatsverwaltung der Saarbergwerke entwickelte sich zu einer Propagandazentrale großen Stiles. Frankreich ließ von Anfang an alle Kräfte wirken, um die Abstimmung nach fünfzehn Jahren in seinem Sinne zu beeinflussen. -

**Ratifikation des  
Versailler Vertrages**

Am 10. Januar 1920 wurde ein Viertel fünf Uhr nachmittags in Paris das **Protokoll über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden des Versailler Vertrages unterzeichnet.** Damit war der Friede rechtskräftig geworden, d. h. was bisher Willkür und Gewalt bedeutete, wurde zum Gesetz erhoben. Eine tiefe Trauer durchschütterte das deutsche Volk. Elsaß-Lothringen, Danzig, Memel, die Provinzen Posen und Westpreußen und das Hultschiner Ländchen nahmen Abschied vom Reiche, um sich unter das Joch der Fremdherrschaft zu beugen. Im Saargebiet übernahm die Völkerbundregierung das Regiment, und im Rheinland trat die interalliierte Rheinlandkommission ihre Tätigkeit an. Die Wiedergutmachungskommission begann zu arbeiten, und die interalliierten Überwachungsausschüsse, die schon längst in Deutschland eingedrungen waren, fingen an zu fordern.

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgten die Alliierten die deutsche Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen. Diese Aufmerksamkeit steigerte sich förmlich bis zur Angst. Schon Anfang



*Danzig, 24. Januar 1920: Ansprache des Oberbürgermeisters bei der Parade der abschiednehmenden deutschen Truppen. Photo Scherl.*

Dezember 1919 protestierten die Verbandsmächte gegen die Sicherheitspolizei, die "Zeitfreiwilligen" und die Einwohnerwehren. Das seien Einrichtungen mit militärischem Charakter, und Deutschland habe auch hierauf die Friedensbedingungen anzuwenden. Die staatliche Polizei müsse dezentralisiert und reduziert werden, die Zeitfreiwilligenverbände und Einwohnerwehren seien aufzulösen. Nach dem Friedensvertrag mußte die deutsche Armee binnen drei Monaten nach Ratifikation auf 100 000 Mann herabgesetzt sein. Deutschland wies auf die inneren Unruhen hin, und man bewilligte ihm bis zum 10. April eine Heeresstärke von 200 000 Mann. Großmütig wurde am 18. Februar die Frist für die Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann bis zum 10. Juli 1920 verlängert.



*Danzig, 11. Februar 1920: Einzug der Engländer. Photo Scherl.*



## **7. Kapitel: Verwicklungen im Osten, Baltikum und Polen.**

Zwei Ereignisse in Osteuropa hatten einen hervorragenden Einfluß auf die Entwicklung in Deutschland: **die bolschewistische Revolution Rußlands im November 1917 und die Befreiung Polens durch die deutsche Revolution im November 1918.**

Die **Bolschewisten** beendeten so schnell wie möglich den Krieg gegen Deutschland, den das imperialistische Zarenreich angezettelt hatte. Ja, als die Deutschen in Brest-Litowsk den Frieden diktieren, wurde dieser von Lenin und seinen Mitherrschern angenommen, weil sie die feste Hoffnung hegten, der Ausbruch der deutschen Revolution stehe im Frühjahr 1918 nahe bevor, und damit würde auch der Frieden von Brest-Litowsk fallen. Entweder komme bald die Weltrevolution und rette Sowjetrußland, oder es werde bald im ungleichen Kampfe untergehen. "Diese Auffassung der Bol-

schewiki entsprach der damaligen Lage", schreibt Radek.

### **Sowjetrußland und die "Randstaaten"**

Die **Randgebiete Rußlands**, Finnland, das Baltikum, Polen und die Ukraine traten nicht offen zum Bolschewismus über, weil sie von deutschen Heeren besetzt waren, die jede revolutionäre Bewegung unterdrückten. Einige zaristische Generale begaben sich mit ihren Armeen nach Nordrußland und dem Süden und nahmen von hier aus den Kampf gegen den Bolschewismus auf; es waren dies Denikin, Judenitsch und Kolttschak. Im Sommer 1918 landeten die **Engländer** in Archangelsk und die **Japaner** in Wladiwostok, um mit den weißrussischen Generalen Fühlung zu gewinnen und die Bolschewisten zu bekämpfen. Auch die **deutsche Regierung** versuchte damals, aber vergeblich, über das gemeinsame Ziel der Bekämpfung Sowjetrußlands zur Verständigung mit seinen Feinden zu gelangen.

### **Deutscher Vormarsch im Baltikum**

**Sowjetrußland** befand sich zwar formell mit allen europäischen Staaten im Frieden, dennoch war es entschlossen, über sämtliche Gebiete, die zum ehemaligen Zarenreiche gehörten, den Bolschewismus zu verbreiten. Da es aber bei diesem Vorhaben auf den Widerstand der deutschen Besatzungsarmee stieß, waren kriegerische Zusammenstöße unvermeidlich. Das deutsche Heer seinerseits rückte auch nach dem Frieden von Brest-Litowsk **sowohl im Baltikum wie in der Ukraine** weiter vor, weil die Bevölkerung dieser Gebiete, gequält von der Angst vor den bolschewistischen Untaten, die deutsche Hilfe anrief. Deutsche Truppen besetzten die Ukraine, die für die Ernährung der Mittelmächte große Bedeutung hatte. Odessa wurde am 13. März, Nikolajew am 17., Cherson am 20. März und Jekaterinoslaw am 3. April eingenommen. Die Besetzung der Krim schloß sich an, am 1. Mai fiel Sebastopol. Zum Schutze der Republik Georgien gegen die Bolschewisten wurde dorthin vom 7. Juni 1918 bis zum 5. Februar 1919 eine Expedition unternommen. -

### **Die Ostseeprovinzen**

Die baltischen Provinzen, oder wie die Russen sie nannten, die "deutschen Ostseeprovinzen" Estland, Ingermanland, Livland und Kurland waren jener etwa 700 Kilometer lange und 300 Kilometer breite, eine Fläche von etwa 100 000 Kilometer umfassende Küstenstreifen an der Ostsee, der von Memel bis vor die Tore von Petersburg reichte. Seit dem 13. Jahrhundert siedelten sich in diesem Gebiet Deutsche an. Die Hanse beherrschte mit ihrem Handel die Häfen und Städte, Riga, Reval, Libau, Mitau, in denen sich deutsche Kaufleute niederließen und deutsche Kultur bis in die Tage des Weltkrieges blühte. Der Deutschritterorden zog deutschen Adel ins Land, und berühmte Geschlechter mit altem Namen besaßen noch während des Weltkrieges dort Güter von der Größe deutscher Fürstentümer. Als der Deutsche Orden verfiel, wurden die baltischen Gebiete von Polen, dann von Schweden in Besitz genommen, bis sie Peter der Große 1710 bis 1712 dem russischen Reiche zufügte. Während des Weltkrieges richtete die deutsche Regierung ihr Augenmerk auf die Eroberung der baltischen Provinzen, die sich ganz besonders nach dem Ausbruch der bolschewistischen Revolution verwirklichen zu lassen schien. Nach Deutschlands Zusammenbruch im November 1918 war hiervon keine Rede mehr, aber in sehr vielen Deutschen, die zum Teil als Soldaten auf baltischen Boden standen und die durch den deutschen Charakter des Landes und die ungeahnten Siedlungsmöglichkeiten angeregt wurden, reifte der Entschluß, sich in jenen Gebieten niederzulassen und so die kolonialisatorischen Traditionen der Hanse und der Deutschritter fortzuführen.

**Livland und Estland** waren im Februar 1918 besetzt worden, kurz vor dem Friedensschluß von Brest-Litowsk am 3. März. **Finnland** hatte sich am 19. Juli 1917 als unabhängige Republik von Rußland getrennt, wurde aber von den Bolschewisten nicht anerkannt. Da sich die finnischen Sozialdemokraten mit den Sowjets verbündeten, entbrannte ein Bürgerkrieg. Die weißen Garden wurden von General Mannerheim geführt; die roten Garden aber eroberten Helsingfors. Mannerheim bat Schweden um Hilfe; doch dies lehnte ab. **Dagegen waren die Deutschen zur Unterstützung gegen die Bolschewisten bereit.** Admiral Meurer besetzte am 3. März 1918 mit einem Geschwader die Aalandsinseln. Am 14. April fiel Helsingfors in seine Gewalt, am nächsten Tage Lowisa. Zu Lande rückte General Graf von der Goltz mit einem Hilfskorps heran und besiegte die Rote Armee in der fünftägigen Schlacht zwischen Lathi und Tavastehus (29. April bis 3. Mai). Der deutsche General wurde von den Finnländern als der Befreier ihres Vaterlandes gefeiert.

Als am 9. November 1918 die deutsche Front im Westen zusammenbrach, verspürten auch die **Truppen im Baltikum** den starken Wunsch, so bald wie möglich in die Heimat zurückzukehren. Durch das Andrängen der Bolschewisten wurde jedoch die Bildung einer Nachhutarmee nötig. In der zurückflutenden deutschen Armee fanden Werbungen von Freiwilligen für das Baltikumheer statt. Da diese zunächst ergebnislos verliefen, verhandelten die Führer der baltischen Truppen mit den Bolschewisten, und diese erklärten sich bereit, die Deutschen ungehindert abziehen zu lassen. Die Rote Armee kehrte sich aber nicht an diese Vereinbarungen.

Die **Westmächte** erkannten die schwere Gefahr, welche im Vordringen des Bolschewismus lag, und es kam ihnen deshalb sehr gelegen, daß die deutschen Truppen den Vormarsch und das Erstarken der Roten Armee verhinderten. Die Alliierten behielten sich freie Hand im Waffenstillstand vor, von sich aus den Zeitpunkt der Räumung ehemals russischer Gebiete durch die deutschen Truppen zu bestimmen. Der zweite Absatz des zwölften Artikels lautete: "Alle deutschen Truppen, welche sich augenblicklich auf den vor dem Kriege zu Rußland gehörigen Gebieten befinden, müssen ebenfalls hinter die wie oben angegebenen deutschen Grenzen (vom August 1914) zurückgehen, **sobald die Alliierten, unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete, den Augenblick für gekommen erachten.**" Für die Gebiete aber, für welche keine unmittelbare Gefahr durch den Bolschewismus bestand, setzte der dreizehnte Artikel fest: "Die Abbeförderung der deutschen Truppen und die Rückberufung sämtlicher deutscher Instruktoren, Gefangenen, Zivil- und Militäragenten vom russischen Gebiet (nach den Grenzen vom 1. August 1914) ist sofort in Angriff zu nehmen." Diese Bestimmung bezog sich vor allem auf die Ukraine, welche die Alliierten durch weißrussische Regimenter für genügend geschützt hielten.

### **Deutsche Soldaten in Lettland**

Ließen es sich also Franzosen, Engländer und Amerikaner gefallen, daß deutsche Soldaten weiterhin ihr Leben im Kampfe gegen Rot-Rußland aufs Spiel setzten, so wünschten sie nicht, **daß sich die Deutschen in die Staatsangelegenheiten Lettlands mischten.** Dieses Land hatte sich am 19. November 1918 als selbständige Republik konstituiert, und die Minister der vorläufigen Regierung Ulmanis und Walter bestürmten täglich, da die lettländischen Truppen allein viel zu schwach waren, den deutschen Reichskommissar Winnig mit Bitten, das Land durch deutsche Soldaten gegen die Bolschewisten zu schützen, denn Schrecken ging den roten Heeren voran, Tod und Schande folgte ihnen. Schon standen die Sowjetsoldaten vor Riga, da bildete sich, unabhängig von der lettländischen Regierung, aus deutschen Soldaten die Freiwilligentruppe "Baltische Landeswehr" und wurde mit deutschen Waffen ausgerüstet und durch Freiwillige ergänzt und vermehrt, die im Reichsgebiet angeworben wurden. In diesen Tagen höchster Not erklärte die lettländische Regierung ihre Bereitwilligkeit, allen deutschen Soldaten, die noch weiter für den Schutz des Landes kämpfen würden, das Einbürgerungsrecht zu verleihen; am 29. Dezember 1918 kam folgender Vertrag in Riga zustande:

#### **Vertrag**

##### **§ 1**

Die provisorische lettländische Regierung erklärt sich bereit, allen fremdstaatlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen im Verbands von Freiwilligenformationen beim Kampfe für die Befreiung des Gebietes des lettländischen Staates von den Bolschewiki tätig gewesen sind, auf ihren Antrag das volle Staatsbürgerrecht des lettischen Staates zu gewähren.

##### **§ 2**

Die deutschbaltischen Angehörigen des lettländischen Staates erhalten das Recht, in die reichsdeutschen Freiwilligenverbände einzutreten. Andererseits bestehen für die Dauer des Feldzuges keine Bedenken gegen Verwendung reichsdeutscher Offiziere und Unteroffiziere im Verbands der deutschbaltischen Kompanien der Landeswehr als Instruktoren.

##### **§ 3**

Das im Verträge vom Dezember den deutschen Balten zugestandene Recht zur Bildung

von sieben nationalen Kompanien und zwei Batterien im Verbandsverband der Landeswehr wird seitens der provisorischen Regierung ausdrücklich garantiert, auch wenn § 2 der vorliegenden Abmachungen zur vorübergehenden Auflösung der deutschbaltischen Verbände führen sollte. Bei einer Erhöhung der Zahl der lettischen Kompanien der Landeswehr tritt eine entsprechende Erhöhung der Zahl der deutschen Kompanien ein.

#### § 4

Die in Ausführung von § 1 notwendigen Listen über Zu- und Abgänge von Freiwilligen werden der provisorischen Regierung mindestens einmal wöchentlich übersandt. Es wird auf Grund dieser Listen zwischen den Vertragschließenden festgesetzt werden, welche deutschen Staatsangehörigen sich das Staatsbürgerrecht gemäß § 1 erworben haben.

gez. August Winnig, deutscher Gesandter in Riga  
K. Ulmanis, Ministerpräsident, Fr. Paegel, J. Saulits.

In diesem Vertrage war lediglich von der Erwerbung des Staatsbürgerrechtes die Rede, dagegen wurde nichts über die Ansiedlung deutscher Soldaten durch die lettische Regierung gesagt. Die Deutschen bekamen nur das Recht, unter den gleichen Bedingungen wie die Einheimischen Grund und Boden käuflich zu erwerben.

Anfang 1919 fiel Riga in die Hände der Bolschewisten. Die lettländische Regierung floh nach Libau, die deutschen Truppen zogen sich ebenfalls dorthin zurück. Die Regierung Lettlands war jetzt im Ernste bereit, mit Winnig über die Ansiedlung deutscher Soldaten zu verhandeln. Aber infolge alliierter Gegenströmungen kamen die diesbezüglichen Verhandlungen in Mitau zu keinem Abschluß. Es wurde nur eine "Anwerbestelle Baltenland" gegründet, die in verschiedenen deutschen Städten Büros eröffnete und entgegen den ihr erteilten striktesten Anweisungen des öfteren Siedlungsland versprach. Die maßgebenden Stellen wiesen wiederholt darauf hin, daß die lettländische Regierung sich nicht verpflichtet hatte, Land kostenlos zu Siedlungszwecken abzugeben, sondern nur das Recht gewährte, Landbesitz nicht unter schwereren Bedingungen als die Einheimischen durch deutsche Soldaten erwerben zu lassen.

Es gab **vier Strömungen in Lettland**, welche sich die Bekämpfung des Bolschewismus zur Aufgabe machten: zunächst die **lettische**, an sich die schwächste, dann eine **allierte**, die sich als Schiedsrichter aufspielte, ferner die **deutsche**, die von den Letten und Alliierten für jeden Erfolg der Bolschewisten verantwortlich gemacht wurde, selbst aber unter schwersten Opfern das meiste leistete, schließlich die **russische** des Generals Awalow-Bermondts, der mit General Judenitsch in Hader war. Es war kein Wunder, daß infolge der inneren Uneinigkeit dieser vier Strömungen die Bolschewisten dauernd Fortschritte machten. Anfang Februar besetzten diese Windau. Die Lage der deutschen Truppen im Baltikum war an und für sich nicht rosig, auch nicht ihre Stimmung. Beides verschlechterte sich von Tag zu Tag. Die deutsche Regierung machte die Alliierten darauf aufmerksam, daß die Erfolge der Bolschewisten durch den Mangel an antibolschewistischen Seestreitkräften herbeigeführt würden. Da Deutschland selbst keine Kriegsschiffe ausrüsten dürfe, sollten die Alliierten solche nach Libau senden. Doch nichts geschah. Und als tatsächlich im April die lettische Regierung in Libau durch einen bolschewistischen Staatsstreich gestürzt wurde, schoben die Engländer die Schuld daran auf die Deutschen ab. Die deutsche Regierung erklärte daraufhin, sie wolle ihre Truppen aus dem Baltikum zurückziehen.

Am 22. Mai hatten **die Deutschen Riga den Bolschewisten durch einen mutigen Handstreich abgenommen**. Dies war nicht nur eine kühne, sondern auch eine politisch bedeutende Tat des Baltischen Sturmbataillons und der Abteilung von Medem. Mit verhängten Zügeln, im wilden Galopp jagte die von **Schlageter** geführte Batterie durch die toten Straßen der Mitauer Vorstadt. Jenseits der großen Dünabrücke tauchten dunkelgraue Infanteriemassen auf, über denen die blutigen Sowjetbanner wehten. Im Nu prasseln die Kartätschen in die dichten Kolonnen, die in verwirrter Flucht durcheinanderstürmen. Die roten Fahnen sinken, ein Wall von Toten staut sich am Ende der Dünabrücke. Die Bolschewisten ziehen sich zu-

**Eroberung Rigas  
durch die Deutschen**

rück, ein Strom von Blut kennzeichnet ihren Weg. Besonders unter den gefangenen deutschbaltischen Pastoren richteten sie, bevor sie die Stadt verlassen, ein grausames Blutbad an. Deutsche Soldaten finden die Leiche des Pastors Eckhardt vom Rigaer Dom. Seiner Rocktasche entnimmt man einen Abschiedsbrief an seine Gemeinde: "Sollte ich um meines Zeugnisses willen in Gefangenschaft und Tod kommen, so helfe mir Gott, daß ich auch in solchen Zeiten nicht schwach werde." -

Die tatarischen Blutsäuferhorden Sowjetrußlands standen vor den Toren Europas. Bis dicht an die ostpreußische Grenze war die rote Sturmflut gerollt und war bemüht, mit den deutschen Spartakisten, die um jene Zeit blutige Aufstände entfesselten, sich zu vereinen. Da war die bolschewistische Katastrophe in Riga eine entscheidende, hochbedeutsame Tat. **In Riga fielen die Würfel über das Schicksal Europas: die Bolschewisten mußten hinter die Grenzen Lettlands zurück. Ihrem Vordringen nach Europa war durch Deutsche ein Damm entgegengesetzt worden.** Deutsche Soldaten waren es, die mit der Waffe in der Hand auf baltischem Gebiete Deutschlands große Aufgabe erfüllten, ein Hort gegen die rote Unkultur zu sein. Graf von der Goltz, Major Bischoff, die Freiherrn von Medem und von Manteuffel, Schlageter, Brandis, Thöne waren die Tapferen, die ihre Pflichterfüllung zum Teil mit ihrem Leben bezahlten. Die Engländer, die mit ihren Schiffen in der Dünamündung lagen, rührten keinen Finger, um die bolschewistischen Greuel in Riga zu beenden. Kein französisches und kein englisches Bataillon war imstande gewesen, mit den Bolschewisten fertig zu werden, das zu vollbringen, was die mit deutschen Freikorps vereinigte Baltische Landeswehr geleistet hatte. Wider den Willen der deutschen Regierung bestimmten daher am 30. Mai die Alliierten: "Die deutschen Streitkräfte sind in den baltischen Provinzen zu belassen."

Nun waren sich aber Engländer und Franzosen darüber klar, daß der deutsche Einfluß im Baltikum im Laufe der Zeit doch erstarken könne, und das lag absolut nicht im Interesse der alliierten Politik. Die Lettländer selbst empfanden die deutsche Hilfe als drückende Fremdherrschaft und strebten nach nationaler Unabhängigkeit in jeder Richtung, sowohl nach der russischen wie nach der deutschen. Vor einem Sieg des Bolschewismus fürchteten sie sich, und einen Sieg des Zarismus wünschten sie nicht. Es ging den Lettländern wie den Angehörigen aller jungen Staaten: sie litten an einem Übermaß von Nationalismus. Es lag ihnen keineswegs daran, den deutschen Einfluß im Lande zu stärken, sie wollten ihn vielmehr schwächen. Die Zustände fingen an, auch für die deutsche Regierung ungemütlich zu werden. Am 10. Juni teilte sie den Alliierten mit, sie sei ganz und gar nicht verpflichtet, ihre Truppen in Lettland zu belassen, sondern habe das Recht, sie zurückzurufen. Und plötzlich, ohne daß man etwas Derartiges erwartet hatte, **erging am 18. Juni von Paris aus die Aufforderung an Deutschland, das Baltikum zu räumen.** England hatte nämlich im Frühjahr in Moskau sondiert, und es hatte sich als Grundlage für kommende Verhandlungen ein Kompromiß gezeigt, auf Grund dessen die Alliierten Sowjetrußland anerkennen wollten, dieses aber die Randstaaten anerkennen sollte. Zwar war Sowjetrußland nicht willens, auf dieser Grundlage in Verhandlungen einzutreten. England jedoch hoffte auf die immer größer werdende russische Hungersnot



*Befreiung Rigas von den Bolschewisten, 22. Mai 1919. Photo Scherl.*



*Baltikum: Major Fletcher und Baron Manteuffel vor dem Angriff auf Riga. Photo Scherl.*

**Alliierter  
Rückzugsbefehl**

und glaubte, daß die Sowjets durch die Blockade bald mürbe gemacht seien. Außerdem schien jetzt die unmittelbare Gefahr militärischer Bedrohung beseitigt, so daß man nicht mehr auf die Deutschen angewiesen zu sein glaubte.

Am 3. Juli räumten die deutschen Truppen die wieder besetzten Städte Riga und Libau nach Abschluß eines **Waffenstillstandes mit den Bolschewisten**. Aber die Deutschen dachten nicht daran, Lettland zu verlassen. Sie pochten auf ihr vermeintliches Ansiedlungsrecht. Von Mitte Juli ab verhandelte der Graf von der Goltz mit der englischen Militärmission darüber, daß die lettländische Regierung den deutschen Soldaten das Bürgerrecht versprochen habe und daß infolgedessen die Deutschen im Lande bleiben würden. Die Engländer dagegen verwiesen auf die Artikel 292 und 293 des Versailler Vertrages. Hier wurde bestimmt, daß sämtliche Verträge, die Deutschland oder Deutsche mit Rußland oder Teilgebieten des Zarenreiches seit dem 1. August 1914 bis zum Inkrafttreten des Versailler Friedens abgeschlossen hätten, aufgehoben seien. Also, meinte England, sei auch der Vertrag vom 29. Dezember 1918 hinfällig. Durch diese englisch-deutschen Zwistigkeiten ermutigt, bedrängten die **Bolschewisten in ihrer Offensive vom 2. August** aufs neue heftig das lettische Staatsgebiet. Da erhob die lettische Regierung unter Führung von Meyerowitz schwere Anklagen gegen die deutschen Truppen und machte sie allein für das Unglück verantwortlich. Eine Deputation, die im Namen von 10 000 deutschen Soldaten sprach, forderte von der Regierung Einlösung ihres Versprechens in bezug auf Einbürgerung und Ansiedlung. Meyerowitz bestritt, daß Lettlands Regierung je ein derartiges Versprechen gegeben habe.

Die Spannung zwischen Lettland und den deutschen Truppen wurde immer stärker, es kam zu Plänkeleien zwischen Deutschen und Letten, und die Entente sah sich veranlaßt, **von Deutschland die Abberufung des Grafen von der Goltz zu fordern**. Goltz wurde nicht abberufen, sondern ihm wurden lediglich einige Beschränkungen seiner Bewegungsfreiheit auferlegt. Doch begann jetzt der Abmarsch der Deutschen: nach drei Tagen, am 11. August, war Nordkurland geräumt. Auch im südlich benachbarten Litauen setzte der Rückzug der Deutschen ein: am 14. August wurde mit dem Abtransport der Reichwehrbrigade No. 28 südlich des Njemen in Wilkowischki begonnen.

Als die im lettischen Kurland stehenden Soldaten erkannten, daß der Rückzug nach Deutschland unvermeidlich war, **wurden sie aufsässig und verweigerten den Gehorsam**. Am 24. August faßten sie durch ihre Vertreter folgenden Beschluß: "Wir sämtliche in Kurland stehenden Truppen sind fest entschlossen, unter allen Umständen unsere mit unserem Blute wohl erworbenen, durch Vertrag verbrieften Rechte auf Bürgerrecht und Siedlung in Lettland aufrechtzuerhalten. Im felsenfesten Vertrauen zu unseren Führern bitten wir diese, mit uns auszuharren und nicht zuzulassen, daß wir um unsere Zukunft betrogen werden. Wir bitten einstimmig Herrn Major Bischoff, diese unsere Bitte unserm Oberbefehlshaber Grafen von der Goltz vorzutragen." Im gleichen Sinne wurde an den ostpreußischen Oberpräsidenten Winnig, der als Reichskommissar in Riga verhandelte, telegraphiert, ferner an die Nationalversammlung, an Ebert und Noske. Auch die Führer baten ihre vorgesetzten Dienststellen, die Stimmung der Truppe zu achten und auf Erfüllung ihrer Forderungen zu bestehen.

**Weigerung der deutschen Soldaten**

Major Bischoff führte die "**Eiserne Division**". Die Soldaten dieses Truppenteiles hatten vor allem ihre wirtschaftlichen Vorteile und Hoffnungen im Auge, auf die sie sich bei ihren Protesten stützten. Die anderen Freikorps im Baltikum verfolgten mehr ideale Ziele, sie sahen im Sieg des Bolschewismus den Tod jeder europäischen Kultur. Sie betrachteten sich als den Vortrupp gegen den Bolschewismus im Baltenlande und litten unter der schweren Sorge, daß nach der Räumung Lettlands Ostpreußen und Deutschland unmittelbar von der roten Gefahr bedroht werde. Immerhin geriet durch die Weigerung der Truppen die Räumung ins Stocken.

Die Mißstimmung der Freiwilligen, die sich lediglich anwerben ließen, weil sie Ansiedlung im Baltikum erhofften und sich nun in dieser Hoffnung betrogen sahen, führte zu Gewalttaten. Am Abend des 25. August durchzogen etwa zweihundert Deutsche und in russischen Diensten stehende **deutsche Soldaten plündernd Mitau**, stürmten die lettische Kaserne, entwaffneten zwei lettische Kompanien, plünderten das Haus der englischen Militärmission und versuchten auch die lettische

Bank auszurauben. Graf von der Goltz begab sich sofort trotz des ihm auferlegten Verbotes nach Mitau und schritt mit aller Strenge gegen die Auführer ein.

Die deutsche Regierung war machtlos. Sie war aber unbedingt verpflichtet, den Friedensvertrag zu erfüllen und die Räumung des Baltikums so schnell wie möglich durchzuführen. Am 5. September besprach das Reichskabinett die Lage und kam zu dem Schlusse, daß die Forderungen der baltischen Truppen zum größten Teile unerfüllbar seien. Man erwog, den sich weigernden Truppenteilen Löhnung und Verpflegung zu sperren und die Schuldigen strafrechtlich zu verfolgen. Aber man kam nicht vorwärts. Die Soldaten fanden einen Ausweg: **einzelne von ihnen traten in die Armee des russischen Generals Judenitsch über**. Als darauf am 10. September der englische General Burt den Grafen Goltz aufforderte, ihm die Namen der Übergetretenen zur Bestrafung mitzuteilen, wies der deutsche General dies Ansinnen als Ehrenkränkung schroff zurück. Nun beschloß die Konferenz der Verbündeten am 19. September, Deutschland kategorisch aufzufordern, das Baltikum auf schnellstem Wege zu räumen.

Inzwischen hatte **die Eiserne Division mit dem russischen General Awalow-Bermond**t verhandelt wegen Übertritt in diese Truppe. Ende September unterstellte sich die Eiserne Division dem russischen Oberbefehlshaber und erklärte, sie habe nur ein Ziel: den Bolschewismus niederzuwerfen und die Staatsordnung wiederherzustellen. Darüber gerieten die Franzosen in sichtliche Erregung. Trotzdem die Reichsregierung den sich weigernden Truppen die Löhnung sperrte, ließ ihr General Nudant im Auftrage Fochs eine Note zugehen, worin mit neuer Blockade der Lebensmittel und Rohstoffe, mit der Sperrung der Kredite, dem Vormarsch ins Ruhrgebiet und der Besetzung Frankfurts gedroht wurde, falls nicht baldigst Ordnung im Baltikum geschaffen würde. Als Termin für den Vormarsch nahmen die Franzosen den 20. Oktober, für die neue Blockade den 1. November in Aussicht. Die Sache fing an, für das ganze deutsche Volk eine gefährliche Wendung zu nehmen, zumal die Linksparteien und ihre Presse sich auf den Standpunkt der Alliierten stellten. General von der Goltz wurde abberufen und durch den General von Eberhardt ersetzt.

Die Situation wurde ohne Zweifel kritisch. Die Reichsregierung beschwor am 3. Oktober die aufässigen Freikorps im Baltikum, zum Gehorsam zurückzukehren. Sie zeigte, welche Gefahren für das gesamte Volk aus dem Verhalten der Soldaten erwachsen konnten, und wälzte alle Verantwortung dafür auf die Truppen, welche die Rückkehr verweigerten. Aber die Soldaten blieben taub, sie wollten in Lettland bleiben und ließen sich in ihrer kriegerischen Tätigkeit nicht stören. Schon am folgenden Tage eroberte die baltische Landeswehr Lievenhof, und Awalow-Bermond, dem sich inzwischen die Eiserne Division unterstellt hatte, übernahm den Schutz Lettlands. Doch die lettische Regierung und die Esten standen dem russischen Obersten feindselig gegenüber, und außerdem lebte er im Streit mit General Judenitsch. Er war also ganz auf sich angewiesen. Erobernd und mit lettischen Truppen kämpfend durchzog er Lettland und brachte am 9. Oktober Riga in seine Gewalt. Da aber auch die Alliierten Awalow entgegneten, unterstellte er sich mit deren Zustimmung dem deutschen General von Eberhardt. Als nun am 19. Oktober schließlich der regelmäßige Abtransport der deutschen Streitkräfte aus Kurland beginnen sollte, verweigerten die Soldaten nach wie vor hartnäckig den Gehorsam. Nun war es mit der Geduld der Regierung zu Ende. Am 31. Oktober teilte sie den Freiwilligenkorps in scharfen Worten mit, wer noch weiterhin sich widersetze, werde strafrechtlich verfolgt werden und habe keine Gnade zu erwarten, außerdem verliere er sämtliche Versorgungsansprüche an das Reich, er werde keine Unterstützungen, keine Invalidenrente empfangen, ohne Rücksicht auf die Familienangehörigen. Eine interalliierte Kommission reiste hin, um an Ort und Stelle die unerquicklichen Vorgänge zu betrachten und ihnen ein Ende zu bereiten. Auch Winnig erließ am 5. November einen Aufruf, durch den er die Truppen auf die schweren Gefahren ihrer Handlungsweise aufmerksam machte. Jetzt endlich fügten sich, wenn auch widerstrebend, die deutschen Soldaten dem Rückzugsbefehl.

### **Rückzug der Deutschen**

**Am 12. November war der Abtransport aus Kurland beendet.** Die Entente vermittelte am 27. und 28. November zu Janischki zwischen General von Eberhardt und den Letten einen Waffenstillstand. Der lettische Oberbefehlshaber war der General Ballod. Die interalliierte Kommission ver-

pflichtete sich, dafür zu sorgen, daß der deutsche Abmarsch bis einschließlich 13. Dezember nicht von lettischer Seite gestört werde. Die Bedingungen für die Deutschen waren folgende: bis zum 28. November müsse die Eiserne Division restlos Lettland verlassen haben; bis zum 1. Dezember müssen die deutschen Truppen längs der Bahn Murajewo-Schaulen versammelt sein; der Bahnhof Murajewo sei nur zum Abtransport der russischen Truppen Bermondts zu benutzen; das Verladen der deutschen Truppen müsse am 1. Dezember beginnen und der Abtransport etwa bis zum 5. Dezember durchgeführt sein.

Es gab keine Schwierigkeiten mehr. Allerdings belästigten auf litauischem Gebiete irreguläre litauische und lettische Banden die Deutschen. Fortwährende Gefechte und Scharmützel waren die Folge. Am 13. Dezember überschritt die Deutsche Legion die ostpreußische Grenze. Zwei Tage später betrat die Eiserne Division das Reichsgebiet. Am folgenden Tage erreichte die letzte deutsche Truppe, das Detachement Roßbach, den Boden Deutschlands. - **Der baltische Traum, der sich an den großen koloniasatorischen Taten des Deutschen Ordens im Mittelalter entzündet hatte, war ausgeträumt.** Es fehlte ihm zum Teil die Rechtsgrundlage, vor allem aber die Macht, ihn auszuführen. Deutschland war ein besiegt Land. Auch im Baltikum hatte es letzten Endes eine entscheidende Niederlage erlitten. Die Alliierten zerstörten in den Gebieten Estlands, Lettlands und Litauens planmäßig die Achtung und den Einfluß des deutschen Namens, weil sie selbst hier herrschen wollten, und die Esten, Letten und Litauer haßten die deutsche Kultur, weil sie ihre Überlegenheit verspürten. **Die baltische Tragödie war der letzte Nachklang des Weltkrieges: Unbesiegt auf dem Schlachtfelde, waren die deutschen Truppen ein Opfer deutscher Ohnmacht. Die Bolschewistengefahr war vorüber, die Deutschen brauchten nicht mehr ihr Blut in vorderster Front zu verspritzen, der deutsche Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, er konnte gehen, ohne Anspruch auf Dank und Lohn.** -

Auch aus dem **Süden Rußlands** waren noch zahlreiche deutsche Truppen in die Heimat zu bringen. Der Marsch durch ukrainisches und polnisches Gebiet war ein Leidensweg. Unter ständigen Bedrohungen und Beschimpfungen, hungernd und frierend, in abgerissenen Uniformen schlugen sich die Soldaten mühsam durch feindliche und unwirtsame Gegenden. Die Einwohner nahmen den Deutschen die Waffen weg und richteten sie gegen diese selbst. Ja, noch mehr, die Entente verlangte, daß die zurückkehrenden Regimenter unterwegs entwaffnet würden. Es bedeutete dies nicht nur eine militärische Demütigung, sondern vor allem auch eine schutzlose Auslieferung an die Gefahr. Viele Wochen dauerte dieser Zug der Demütigungen, Entbehnungen und Gefahren. Seelisch und körperlich gebrochen, kamen die Truppen im Sommer 1919 in ihr Vaterland zurück. -

Das **junge Polen** war am 1. Juli von den Ententestaaten und von Dänemark als Staat anerkannt worden. Gleichzeitig verpflichtete es sich den Verbandsmächten gegenüber, die nationalen Minderheiten zu schützen und gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung seines Gebietes, die den Frieden wollte, am Ausbau seiner Staatseinrichtungen zu arbeiten. Aber mit einem gewaltigen Ungestüm, das von Frankreich geschürt und gestärkt wurde, ging Polen an die Aufrichtung seines Staatsgebietes und ließ sich, immer von Frankreich beschützt, zu Gewalttaten gegen Deutschland hinreißen, indem es mehr verlangte, als der Versailler Vertrag ihm zubilligte. Und so kam es, daß die Polen gegen die deutsche Bevölkerung Westpreußens, Posens und Oberschlesiens dasselbe System und dieselbe Methode anwandten wie die Franzosen in Elsaß-Lothringen, im Gebiete der Saar und des Rheins.

### **Polens Feindseligkeiten**

An der **polnischen Front** in der Provinz Posen trat niemals richtige Ruhe ein. Dauernd kam es zu Zwischenfällen und Gefechten, da die polnischen Truppen die im Februar festgelegte Demarkationslinie nicht respektierten und außerdem irreguläre bewaffnete Banden die deutschen Soldaten überfielen, sie entwaffneten und gefangennahmen, wenn sie in der Überzahl kamen. Da Ende Juni in Versailles die Würfel über das Schicksal Westpreußens und Posens gefallen waren, begann bereits im Juli die planmäßige militärische Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete von seiten Deutschlands.

Das Los **Oberschlesiens** war noch unbestimmt. Auf Drängen Lloyd Georges war es von einer

Volksabstimmung abhängig gemacht, die erst nach Monaten stattfinden konnte. Die Polen griffen hier zu Gewalttaten, um sich das gequälte Volk für die kommende Abstimmung gefügig zu machen. Ihr Ziel war es, in Oberschlesien die Stützen des Deutschtums auszurotten und die öffentliche Meinung zu beherrschen. Am 15. August brach in Kattowitz und Beuthen ein **polnischer Aufstand** aus, dessen Wucht durch einen gleichzeitig entfachten **spartakistischen Bergarbeiterstreik** verstärkt wurde. Doch die polnisch-kommunistische Verbrüderung erlitt eine schwere Schlappe. Die deutsche Reichswehr schlug die Aufrührer am 18. August bei Kattowitz, Beuthen und Myslowitz. Bis zum 21. August war der Aufstand im allgemeinen niedergeschlagen, nur im Kreise Pleß verzögerte sich die Bezwingung infolge besonderer Hartnäckigkeit um einige Tage. Eine interalliierte Militärkommission, bestehend aus vier Generalen, begab sich ins Aufstandsgebiet und stellte fest, daß das Verhalten der Deutschen keinerlei Veranlassung zum Eingreifen gebe, daß aber die Polen allerorten Streit suchten. Die deutsche Regierung protestierte am 7. September in Paris gegen die polnischen Übergriffe in Oberschlesien, besonders gegen die wüste Deutschenhetze in Wort und Schrift, in Versammlungen und Presse und die polnischen Bandenüberfälle auf deutsche Truppen. Ein Zustand der Beunruhigung und Unsicherheit war eingetreten, der schwer auf den deutschen Oberschlesiern lastete.

### **Deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen**

Im Laufe des Oktobers wurden zwischen Deutschland und Polen verschiedene Verträge abgeschlossen. Das erste Abkommen vom 1. Oktober betraf die **Entlassung von Festgehaltenen und Kriegsgefangenen**, ferner Amnestie für militärische, politische und nationale Vergehen und die unbehelligte Rückkehr der Amnestierten. Zehn Tage später begann Polen mit dem Austausch der Gefangenen. Am 22. Oktober kam ein **deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen** zustande. Polen sollte monatlich 75 000 Tonnen Kohle sowie 20 Prozent einer etwaigen Mehrproduktion, außerdem noch eine Gesamtmenge von 50 000 Tonnen erhalten. Dafür sollte es 3 Millionen Zentner Kartoffeln liefern, deren größter Teil noch 1919 fällig sein sollte. Außerdem wurde zu Deutschlands Gunsten freier Durchgangsverkehr durch den **Korridor** nach Ostpreußen und freie Schifffahrt auf der Weichsel und den Hauptkanälen vereinbart. Zwei Tage später wurde in Berlin ein deutsch-polnisches **Abkommen über die militärische Räumung der abzutretenden Gebiete** geschlossen. Der polnische Vormarsch solle am siebenten Tage nach der Friedensratifikation beginnen, Thorn werde am Mittag des zweiten Tages von den Deutschen gänzlich geräumt sein, Kulm sollte am sechsten, Graudenz am siebenten Tage von den Polen besetzt werden. Bis zum neunzehnten Tage sollte sich ganz Westpreußen bis zum Meere im Besitze der Polen befinden. - Doch schon am 25. Oktober 1919 zog neben dem deutschen Militär eine polnische Besatzung in Thorn ein. Die Stadt wurde zum Sitz der Wojewodschaft "Pommerellen" erklärt.

Es lag im Interesse Deutschlands, **seine Beamten in den an Polen fallenden Gebieten zu schützen**. Die Polen ihrerseits waren auf die Mitarbeit der deutschen Beamten angewiesen, wenn nicht die ganze Staatsmaschine plötzlich stillstehen und aus der Ordnung kommen sollte. So wurde am 9. November 1919 in Berlin zwischen Deutschland und Polen ein Vertrag geschlossen, worin die Rechte der deutschen Beamten in den fraglichen Gebieten auf mindestens zwei Monate nach Inkrafttreten des Versailles Vertrages sichergestellt und von der polnischen Regierung geschützt wurden. -

### **Verlust Westpreußens und Posens**

Nachdem der Versailler Vertrag am 10. Januar 1920 ratifiziert und in Kraft getreten war, ergriffen die Polen nach dem im Oktober festgesetzten Plane von den ihnen zugesprochenen **posen-westpreußischen** Gebieten Besitz. Mit tiefer Trauer sahen die zurückbleibenden Deutschen schon seit Monaten den Rückzug der deutschen Truppen sich vollziehen. Jetzt bekamen die neuen Herren das Regiment in die Hand, und im Überschwange ihres nationalen Stolzes ließen sie sich zu zahlreichen gewalt-tätigen Bedrückungen der Deutschen hinreißen. Die deutschen Namen verschwanden augenblicklich und polnische traten an ihre Stelle. Als Amts- und Verkehrssprache war nur das Polnische zugelassen. Besonders in den Dörfern entfalteten chauvinistisch-polnische Ortsbehörden ein System rücksichtsloser Unterdrückung der Deutschen. Die Güter der deutschen Besitzer wurden mit polnischen Dragonaden belegt, und den Deutschen wurden viele Kränkungen und Beleidigungen zugefügt. Sie wurden wie ehrlose Verbrecher

von militärischen Posten beaufsichtigt, ihr Eigentum wurde geplündert und gestohlen, ihre Lebensmittel weggenommen. Sie mußten in kalten Stallgebäuden schlafen, während die polnischen Soldaten die Betten mit Beschlag belegten. Die deutschen Schulen wurden geschlossen. Jeder neue Tag brachte neue Sorgen, neue Schikanen. Der Deutsche war vogelfrei, ein untergeordnetes Geschöpf, und die Polen waren die gelehrigen Schüler der Franzosen in ihren Methoden, Deutsche zu quälen und zu demütigen. -

Wie hatten sich die Zeiten geändert! Es war wenig mehr denn ein Jahr verflossen, als der eherne Wall deutscher Regimenter alle Schmach und Grausamkeit entfesselter feindlicher Leidenschaft von deutschem Boden, deutschen Frauen und deutscher Heimat fernhielt. Der Wall war zusammengebrochen, und rings an den Grenzen des Reiches, an Rhein und Weichsel erhoben sich aus Millionen gequälter deutscher Herzen die Klage- und Weheschreie, während viele andere in stummer Ergriffenheit das unvermeidliche Schicksal trugen. Der Deutsche, gefürchtet im Besitze seiner Waffen, war, jetzt wehrlos, ein Gegenstand des Spottes und der Beschimpfung, und das Reich besaß keine Gewalt, die Freveltaten übermütiger Sieger zu verhindern. -



### **8. Kapitel: Innere Entwicklung bis zum neuen Bürgerkriege.**

Die **inneren Zustände** Deutschlands während der Zeit vom Sommer 1919 bis zum Frühjahr 1920 können keineswegs als ruhig und geordnet bezeichnet werden. Ganz im Gegenteil. Das deutsche Volk glich einem brodelnden Kessel, dessen sämtliche Ventile geschlossen waren. Die vernichtende Katastrophe von Versailles hatte bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie hinein die Gemüter aufgewühlt; während die Unabhängigen und Kommunisten über die durch **das Friedensdiktat** bedingte Vernichtung des Militarismus und Kapitalismus frohlockten, griffen die Rechtsparteien im tiefen Groll über die Zerstörung der nationalen Macht die Reichsregierung aufs schroffste an. Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen aus den Ländern der Alliierten war eine gemeinsame Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, und die Parteien der Rechten und der Linken hatten das gleiche starke Interesse, ihre Angehörigen in Deutschland zu wissen, wie die Parteien der Mitte. Von allen Seiten wurde der Regierung scharf zugesetzt, die Befreiung der Kriegsgefangenen zu erwirken. Jedoch in der Frage, welche die Auslieferung der sogenannten "**Kriegsverbrecher**" betraf, gingen die Ansichten wieder auseinander. Es fehlte nicht an Stimmen von links, die dem feindlichen Verlangen beipflichteten und bereit gewesen wären, **Hindenburg** und **Ludendorff** den Alliierten zu überantworten. Aber die Mehrzahl des deutschen Volkes lehnte, aufs tiefste gekränkt, das Ansinnen der Feinde ab; gegen die Auslieferung **des letzten Kaisers** protestierten vor allem die Anhänger der Rechtsparteien, während es auf der linken Seite Leute gab, welche eine Aburteilung Wilhelms II. durch einen internationalen Gerichtshof als eine moralische Stärkung des republikanischen Gedankens begrüßt hätten.

**Unmut über das Verhalten der Gegner**

Das ganze **öffentliche Leben Deutschlands stand im Banne der außenpolitischen Vorgänge**, die so furchtbar waren, wie man sie sich vorher niemals hätte träumen lassen. Gleichzeitig aber machte sich eine Erscheinung bemerkbar, welche bereits anfang, das wirtschaftliche Leben Europas und Deutschlands empfindlich zu beeinflussen: **die deutsche Mark sank**, das Leben wurde immer teurer, und man erhielt immer weniger für sein Geld. Die Geschichte der deutschen Mark ist aufs engste verknüpft mit der Geschichte der deutschen Politik, Wirtschaft und Kultur, so daß ein kurzer Abriß darüber hier am Platze ist.

**Beginnende Katastrophe der Mark**

Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1918 hatte die Mark ohne nennenswerte Schwankungen eine Kaufkraft von 80 Pfennigen. Seit dem Juli aber, als es immer klarer wurde, daß Deutschland militärisch nicht siegen konnte, ging der Markwert fühlbar zurück und hatte Ende Oktober einen Stand von 64½ Pfennigen erreicht. Die Revolution und ihre Folgen brachten es dahin, daß Ende 1918 die deutsche Mark nur noch die halbe Kaufkraft besaß.

Die Währung der modernen Staaten ist von zwei Momenten abhängig: **der Arbeit im Inlande und**

**der Kreditwürdigkeit im Auslande.** Beide Faktoren stehen in einem wechselseitigen Zusammenhange miteinander. Das Gleichgewicht wird nicht gestört, wenn es dem Volke gelingt, für seine Arbeitserzeugnisse Absatz zu finden und seine Arbeitskräfte im Verhältnis ihrer Leistungen zu bezahlen. In diesem Falle steigt die Kreditwürdigkeit im Auslande, und das Volk selbst wird reich. Das ist aber nur unter geordneten Verhältnissen möglich. Diese waren jedoch nicht vorhanden in dem stürmischen Jahr 1919, das zu seinem Beginn im Zeichen des Bürgerkrieges und bei seinem Ende im Zeichen des Versailler Vertrages stand. Die Steigerung der Löhne und Gehälter, die unsichere Aussicht, ob die Bestrebungen der Linken nach Sozialisierung Erfolg haben würden, die wachsenden Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge, die ungezählten Streiktage, an denen Kapital und Arbeit brachlagen, führten dazu, daß die Ausgaben der Wirtschaft die Einnahmen überstiegen. Das deutsche Volk mußte seine Reserven, seinen Besitz angreifen und verzehren, indem es ihn auf Umwegen verringerte, d. h. indem es Papiergeld ausgab, mehr als die Deckung betrug. Dies Mißverhältnis zwischen wenig Arbeit und viel Verbrauch erschütterte heftig die deutsche Kreditwürdigkeit im Auslande, und so sank der Kurs der Mark an den ausländischen Börsen.

Hierzu kam noch etwas anderes: Deutschland besaß **kein ausländisches Absatzgebiet** mehr. Um sich ernähren und kleiden zu können, mußte das deutsche Volk Waren unter den ungünstigen Verhältnissen einseitiger Meistbegünstigung vom Auslande beziehen; da aber seine eigene Wirtschaft im ehemaligen feindlichen Auslande boykottiert war, konnte es seine Produkte nur in geringem Umfange absetzen. Es mußte einführen, ohne ausführen zu können. Die Ausfuhr einschließlich der **Wiedergutmachungsleistungen** betrug 10 Milliarden Mark, dem stand eine Einfuhr von 32,3 Milliarden gegenüber. Es läßt sich auf den ersten Blick erkennen, daß Deutschland auf diese Weise 22 Milliarden seines Nationalvermögens verlor, da sich die Einfuhr nicht auf bleibende Werte, sondern auf Nahrungs- und Kleidungsmitel, also höchst vergängliche Objekte erstreckte. Die Lieferungen auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen waren ihrem Wesen nach Kriegskontributionen, für die kein Gegenwert in Bezahlung erfolgte, und so war ein erheblicher Teil der Ausfuhr keine Einnahme, sondern mußte ebenfalls auf das Verlustkonto der deutschen Wirtschaft und des deutschen Besitzes gebucht werden.

#### **Das "Loch im Westen"**

Überdies litt das deutsche Außenhandelssystem seit der **Rheinlandbesetzung** an einem schweren Übelstande. Die militärischen Behörden des Rheinlandes hatten alle Zollbestimmungen, soweit sie die deutsche Wirtschaft schützten, aufgehoben, und der Warenverkehr war infolgedessen an der Westgrenze für das Reich unkontrollierbar. Durch dieses "Loch im Westen" strömten ununterbrochen die Waren des Auslandes nach Deutschland, die im allgemeinen überflüssigen Luxus darstellten und mit deutschem Gelde bezahlt werden mußten. Die Reichsregierung wies des öfteren auf diesen gefährlichen Zustand hin. Sie war bemüht, die Einfuhr lediglich auf lebensnotwendige Dinge, Nahrungsmittel und Kleider, einzustellen solange, bis die wiedergewonnenen Absatzgebiete auch die Einfuhr von Luxusgegenständen gestatteten. Der unbeaufsichtigte Warenverkehr über die westliche Grenze Deutschlands habe jedoch zur Folge, daß unnötige Waren in großen Mengen gegen Zahlung in Mark in Deutschland eingeführt würden, während die unentbehrlichsten Bedürfnisse des deutschen Volkes an Lebensmitteln und Kleidung aus Mangel an Devisen nicht befriedigt werden könnten. Eine weitere Folge hiervon sei die Zerrüttung der deutschen Währung, die ihrerseits die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung vermindere (28. Januar 1920). Durch das "Loch im Westen" war es zwar Engländern und Franzosen möglich, ihrem stockenden Absatz nach Deutschland ein Ventil zu öffnen, das deutsche Volk aber hatte unter diesem Zustande zu leiden, da es Waren kaufte, die es unter den damaligen Umständen nicht hätte kaufen dürfen. Auch dies ist einer der Gründe für die Zerstörung der deutschen Mark.

Hierzu kamen die ungeheueren **Lasten der Rheinlandbesetzung**. Bis zum Frühjahr 1920 hatte Deutschland rund zwei Milliarden Goldmark an Besatzungskosten zu zahlen. Der Reichsschatzminister sagte hierüber: "Was hätte mit diesen Mitteln Deutschlands geleistet werden können, wenn sie eine produktive Verwendung gefunden hätten! Der Wiederaufbau Nordfrankreichs hätte finanziert werden können, die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung Deutschlands zum Nutzen seiner Reparationsfähigkeit, also zum Nutzen der Besatzungsmächte selbst, wäre gefördert worden."

Wo aber sollte das deutsche Volk all das Geld und Gut hernehmen, das man von ihm forderte? Es besaß in der ganzen Welt keinen Freund, der ihm Kredit gewährt, Anleihen gegeben hätte. Deutschland stand ganz allein, Übermenschliches verlangte man von ihm. Es war gezwungen, seine aufgespeicherten Reserven, seinen Besitz, das von Generationen in vielen Jahrzehnten zusammengesparte Kapital der unersättlichen Gier der Feinde zu opfern. Die Regierung tat dies nicht auf dem unmittelbaren Wege der Enteignung, sie gab Papiergeld, Assignaten, aus und belastete mit jeder Emission aufs neue denselben Nationalbesitz. So blieb zwar der Wert des Besitzes unverändert, aber das auf ihn ausgegebene Geld verwässerte sich mit jeder neuen Milliarde mehr und mehr. Bei der Frage, welches von beiden man dem Feinde zum Opfer bringen sollte, zwanzig Millionen Deutsche oder das Nationalvermögen, entschied sich das deutsche Volk für das letztere. Und so wurde die Mark geopfert.

Der ständig sinkende Wert der Mark trieb das **deutsche Wirtschaftsleben** in einen Strudel, der immer schneller zu kreiseln gezwungen war. Die Mark fiel, und am nächsten Tage verlangten Arbeiter, Angestellte und Beamte höhere Löhne und Gehälter, die Erwerbslosen, deren Zahl bei diesem Wirtschaftstiefdruck von Tag zu Tag stieg, forderten höhere Unterstützungen. Es wurde bewilligt und gewährt. Aber diejenigen, die kein Einkommen aus Arbeit bezogen, sondern gewohnt waren, von den Renten ihres Kapitals zu leben, sahen täglich mit wachsender Sorge den Wert ihres Geldbesitzes schwinden. Sie erhielten keine Zulagen und Erhöhungen, der innere Wert ihrer Zinsen wuchs nicht, sondern sank. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat waren sie gezwungen, ihr einst sorgloses Leben mehr und mehr einzuschränken. Ihre Vermögen schmolzen dahin wie der Schnee an der Sonne. Die Gruppe der Kapitalisten und Rentner, nach der man ehemals den Grad des Reichtums und Wohlstandes unseres Volkes bemaß, versank: **das deutsche Volk befand sich auf dem Wege zu einer bitteren Armut**, und der sinkende Wert des Geldes war der Wegweiser dahin. Im Januar 1919 galt die Mark noch 51 Pfennige, im Dezember war sie auf 10 Pfennige gesunken, und am 31. März 1920 war sie nur noch 5¼ Pfennige wert.

Gewiß, die Streiks, die Bürgerkriege, die Erwerbslosigkeit, die bolschewistischen Machenschaften trugen viel zu dieser unheilvollen Entwicklung bei. Jedoch eine furchtbare Ahnung noch viel größerer Katastrophen enthielten die **drakonischen Bestimmungen des Versailler Vertrages**. Aber hinter ihm stand das Problem der Erwerbslosigkeit in den Ententeländern, und die Sieger hielten es für richtig, daß das deutsche Volk außer seinen eigenen auch die Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens mit Hilfe der Reparationen bezahlte. Dieses **europäische Gespenst der Arbeitslosigkeit** war ein sehr gefährliches. Außer der wirtschaftlichen Erklärung aus der infolge des vierjährigen Krieges ins Stocken geratenen Produktion gab es dafür auch eine psychologische: die Soldaten waren ans Nichtstun gewöhnt und wollten vielfach nicht mehr arbeiten. Verminderte Arbeitsleistung und verminderte Arbeitslust gingen Hand in Hand. Am 12. August 1919 veröffentlichten die Londoner *Times* eine Denkschrift Hoovers, in der er feststellte, daß in Europa fünfzehn Millionen Familien Arbeitslosenunterstützung erhielten. Sie wurde bezahlt durch eine künstliche dauernde Steigerung der Valuta. Deutschland, das besiegte Land, wurde hiervon am schwersten betroffen. -

### **Die Erwerbslosigkeit**

Auch in Deutschland fehlte es nicht an Stimmen der Vernunft, die mit Sorge die **Entwicklung der Arbeitslosigkeit** verfolgten. Der sozialdemokratische *Vorwärts*-Redakteur, Erwin Barth, gab 1919 unter dem Titel "Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot" eine Broschüre heraus, worin er für die Arbeitslosigkeit zwei Gründe anführt, Rückgang industrieller Produktion infolge gänzlichen Mangels ausländischer Rohstoffeinfuhr und infolge sinnloser wilder Streiks und die rasche Demobilmachung der Armee. In kurzer Zeit seien Millionen von Menschen wieder in das bürgerliche Leben zurückgeführt worden, aber ihre Arbeitsstätten seien nicht mehr offen, weil der Rohstoffmangel ihre Beschäftigung nicht mehr zulasse, oder die Maschinen ständen still, weil es an Kohlen und Transportmitteln fehle. "In den großen Städten häufen sich die Arbeitslosen in beängstigendem Umfange. In Berlin sind Anfang Februar schon weit über 200 000 Arbeitslose gezählt worden, und es besteht gar keine Aussicht, diese Ziffern herabzusetzen. Im Gegenteil, jeder neue Militärzug führt neue Arbeitslose heran." Man solle die Arbeitslosen produktiver Arbeit zuführen, die

"böswilligen Drückeberger" sollten aber in keiner Weise unterstützt werden. Nur Arbeit könne Deutschland retten. "Die Ursache unserer Not ist unsere wirtschaftliche Gesamtarmut. Dagegen kann man nicht ankämpfen, indem man vorübergehend zum Nachteil der anderen Volks- und Klassengenossen einen größeren Geldbetrag an sich reißt. Wir müssen vielmehr als große solidarische Gemeinschaft unsere derzeitige Not solidarisch tragen und durch das Gefühl der solidarischen Gesamtverantwortlichkeit gehoben, disziplinierte, intensive Arbeit leisten, um das ganze Volk durch neue Werterzeugung aus seiner Entblößtheit von allen wirtschaftlichen Gütern herauszubringen. Nicht eine größere Anzahl von Papierscheinen tut uns not, sondern eine größere Menge von Gütern. Daran allein hängt die Zukunft unserer Industrie, unseres Volkes, unserer jetzt arbeitslosen Volksgenossen. Die blödsinnige Sucht nach Papierscheinen ist es auch, die jetzt noch große Massen von Arbeitslosen in den Industriestädten hält, obwohl auf dem flachen Lande ein für unsere nächste Ernte verhängnisvoller Arbeitermangel besteht." Noch aber war es viel zu früh, als daß diese Gedanken auf fruchtbaren Boden fielen.

### Zwangswirtschaft

Um die Versorgung des Volkes mit den Bedürfnissen des täglichen Lebens nicht zu gefährden, hielt die Regierung das **System der Zwangswirtschaft**, welches man im Kriege eingeführt hatte, aufrecht. Der Verkauf von Nahrungsmitteln, Kleidern und Kohlen stand unter der Aufsicht der Behörden und wurde in bestimmten vorgeschriebenen Mengen pro Kopf zu erswinglichen Preisen durchgeführt. Trotzdem **die Blockade** aufgehoben war, hielt man an dieser Art der Versorgung zum Schutze der Stadtbevölkerung fest. Denn bei einem plötzlichen Übergang zur freien Wirtschaft hätte ein wucherischer Zwischenhandel seine verderbliche Tätigkeit entfaltet und die Preise in wahnsinnige Höhen getrieben. Daraus hätte sich ein plötzlicher Zusammenbruch der Währung, blutiger Bürgerkrieg und Bolschewismus entwickelt. Als man im Herbst 1919 die Zwangswirtschaft für Leder aufhob, stellte sich sofort eine starke Preissteigerung ein. Die Zuteilung von Amts wegen litt nicht am Überfluß, aber sie ermöglichte dem größten Teile des Volkes die weitere Fristung der Existenz.

Der **Bauer** war der geachtete, geliebte, umworbene Mann. Er, auf den der Städter vor dem Kriege mit einer gewissen Geringschätzung herabgeblickt hatte, kam plötzlich während des Krieges zu Ehren und Ansehen. Verwandte in der Stadt, die sich seit Jahren nicht um ihn gekümmert hatten, erinnerten sich seiner und fuhren hinaus ins Dorf, ihn zu besuchen. Die Damen, die gewohnt waren, in seidenrauschenden Kleidern, von einer Duftwolke umgeben, in den Theaterlogen zu sitzen, schwärmten plötzlich für die Poesie des Kuhstalles und aßen von irdenen Tellern Wellfleisch und Sauerkraut. Die Herren, die bisher nur ihre Aufmerksamkeit dem Börsen-Kurszettel gewidmet hatten, begannen sich für die ertragreichsten Kartoffelsorten zu interessieren. Trotz scharfer Kontrolle auf Straßen und Bahnhöfen blühte der Schleichhandel mit Lebensmitteln, aber er war verhältnismäßig ungefährlich, da er sich im Rahmen der "Selbstversorgung" hielt und infolge der Aufsicht nicht allgemein in wucherischen Zwischenhandel ausarten konnte.

### Kohlenmangel

Der **Kohlenmangel** führte dazu, daß auf der Eisenbahn vielfach der Betrieb der Personenzüge eingestellt werden mußte. Der Personenverkehr wurde aufs äußerste eingeschränkt, und wer mit der Eisenbahn fahren wollte, mußte einen zwingenden Grund hierfür nachweisen können, z. B. das Begräbnis eines Verwandten. Die geringen Steinkohlenmengen, die dem deutschen Volke nach der Ablieferung der Kohlen verblieben (allein der Verlust des Saargebiets bedeutete einen Ausfall von jährlich mehr als 13 Millionen Tonnen), mußten dazu verwandt werden, die nötigen Lebensmittel in die Städte zu befördern. So wurde am 4. November 1919 der Personenverkehr auf der Eisenbahn für elf Tage vollständig unterbrochen, um Kartoffeln und Kohlen zu befördern. Hungrig und frierend ertrug das deutsche Volk, dessen Bevölkerungszahl am 8. Oktober 60 898 554 Seelen betrug, den Winter von 1919 zu 1920, der sich von der Kriegszeit in nichts unterschied. -

Eine besonders schlimme Folgeerscheinung des Krieges war die **Wohnungsnot**.

### Wohnungsnot

Durch die Wohnungszwangswirtschaft war zwar das Recht, bewohnbare Räume zu vermieten, dem Hausbesitzer genommen und auf die Gemeinde übertragen worden, weil man dadurch eine planvollere und ergiebigere Ausnutzung zu erzielen hoffte. Andererseits aber wurde den Hausbesitzern vorgeschrieben, in welcher Weise sie die Miete zu erhöhen hätten. Dieses System der

Wohnungswirtschaft, das gesamte Volk teils als Mieter, teils als Hausbesitzer treffend, führte zu mancherlei Unzuträglichkeiten. Der Hausbesitzer stand seinem aufgezwungenen Mieter nicht sehr freundlich gegenüber. Die gesetzliche Regelung der Miete sollte einen sozialen Schutz der unbemittelten Mieterschaft bilden gegen eine befürchtete Ausbeutung durch die Besitzer, aber da die vom Staate festgesetzten Mietsätze keineswegs der zunehmenden Markentwertung entsprachen, wurde dem Besitzer nicht nur die angemessene Verzinsung seines Anlagekapitals, sondern auch die Möglichkeit genommen, die notwendigen Reparaturen an seinem Hause vorzunehmen. Von Staats wegen wurden besondere Ämter zum Schutze der Mieter eingesetzt, Mieteinigungsämter; wenn ein Hausbesitzer einem Mieter kündigen wollte, so mußte die Angelegenheit vor den ordentlichen Gerichten ausgetragen werden, und oft war es schwer, da andere Wohnungen nicht zur Verfügung standen, die streitenden Parteien ihrem Wunsche gemäß zu trennen. Es war nur zu natürlich, daß sich aus diesem Zustande zahlreiche Gewalttaten, eine Art Faustrecht, entwickelten, die häufig mit Verbrechen, ja mit Totschlag endeten.

Am schwersten drückte die **Wohnungsnot auf die Städte**, und in ihnen waren ja zwei Drittel des deutschen Volkes vereinigt. Infolge des Krieges waren keine neuen Häuser gebaut worden, dagegen hatte die Zahl der Eheschließungen, der "Kriegstraunungen", erheblich zugenommen, und die Zahl der Familien, welche Anspruch auf eine Wohnung erhoben, stieg im umgekehrten Verhältnis zu der sinkenden Zahl der verfügbaren Wohnungen. Luftige Dachkammern wurden notdürftig ausgebaut, und kalte, dumpfe, modrige Keller wurden in Wohnräume umgewandelt. Die Luxuswohnungen und Villen der ersten Gesellschaftsklassen wurden mit kinderreichen Familien belegt, und fünf, sechs, sieben und noch mehr Köpfe wurden in zwei oder drei Räumen zusammengepfertcht.



*Wohnungsnot: Exmittierte Mieter wohnen auf dem Treppenflur. Photo Scherl.*

Oft wurde die **Sittlichkeit des Volkes** aufs schwerste gefährdet. Jungverheiratete Ehepaare, die gezwungen waren, bei ihren Eltern zu wohnen, gingen auseinander und ließen sich schließlich scheiden, weil das Zusammenleben mit den Alten ihre Ehe zerrüttet hatte. Häufig schliefen Menschen beiderlei Geschlechtes, besonders in den Kreisen der Arbeiter, in einer Kammer, ja in einem Bett zusammen, und Blutschande zwischen Vater und Tochter, Bruder und Schwester gehörte nicht zu den Seltenheiten. Mancher, der noch über Vermögen verfügte, war in der Lage, sich eine Wohnung zu "kaufen", wiewohl dies eine ungesetzliche Handlung war und beide Parteien empfindlichen Strafen aussetzte, und Beamtenbestechung war das Mittel, um die unangenehmen Folgen zu vermeiden. Ja, es gab Leute, die in vollständiger Resignation sich auf Feldern Unterstände bauten oder natürliche Höhlen bewohnten und so das im Kriege geübte Leben fortsetzten. - So wurde eines der primitivsten Bedürfnisse des Kulturmenschen, anständig zu wohnen, zu einer unversiegbaren Quelle von Not und Qual.

Trotz der schweren politischen und wirtschaftlichen Not war das **Kulturbedürfnis** der Nation sehr rege. Die Arbeiterschaft, welche durch die Revolution ihren Anteil an der Bestimmung der Wirtschaft und Politik errungen hatte, forderte, daß ihr im gleichen Umfange Bildung, Wissenschaft und Kultur zugänglich gemacht wurden. Und Preußen ging in diesen Fragen voran. Zwar war hier ein Mann während der Novemberwirren an die Spitze des Kultusministeriums geraten, der durch seine sonderbaren pädagogischen Ansichten das Bildungswesen zur Zielscheibe des Spottes und der Lächerlichkeit zu machen drohte: der Unabhängige Adolf Hoffmann. Ein Anhänger Liebknechts, zeichnete er sich ebensowohl durch Unwissenheit wie durch sozialistischen Fanatismus aus. Der Kirche und dem Religionsunterricht sagte er rücksichtslosen Kampf an. Die göttliche Heilslehre war für ihn nichts weiter als ein Werkzeug zur "Verdummung der Massen", sie diene dazu, die Kinder zu Knechten der Monarchie zu erziehen und die Arbeiterschaft mit der Verhei-

**Kulturbedürfnis**

ßung eines glücklicheren Jenseits zu willenslosen Sklaven des brutalen Kapitalismus zu machen. Dieser bis zur Gotteslästerung gesteigerte, scharfe, antiklerikale Geist fand seinen Niederschlag in den "Hoffmannschen Verordnungen" vom 29. November 1918, worin das Schulgebet und der Religionsunterricht verboten und die Religion von der Liste der Examenfächer gestrichen wurde.

Da es Hoffmann gar zu arg trieb, wurde er im Frühjahr 1919 abgesetzt, und der Sozialdemokrat **Hänisch** wurde sein Nachfolger. Er bekämpfte nicht die Religion als den Feind der Jugend, sondern den Militarismus. Er predigte den Geist der Völkerversöhnung und verlangte, daß dieser in den Schulen gelehrt werde. Er wollte den entschiedenen Bruch mit der Vergangenheit und ordnete an, daß in den Schulen die Hohenzollernbilder von den Wänden entfernt wurden. Sachsen folgte diesem Beispiel. Hänisch wollte das Unterrichtswesen, besonders in der Geschichte, von Grund aus umgestalten. Er ließ die Schulbibliothek revidieren und alle Bücher ausmerzen, in denen das Heer und die Kriege Deutschlands verherrlicht wurden. Die Jugend sollte nichts hören vom Siebenjährigen Kriege und von den Freiheitskriegen oder den deutschen Einigungskriegen. Die Feier des Sedantages wurde als unzeitgemäß beseitigt. Im Dezember 1919 gab er einen Erlaß heraus, worin die Neubearbeitung der Lehrbücher für Geschichte verlangt wurde. Der Heroenkult sollte abgeschafft werden, das heranwachsende Geschlecht sollte nichts von **Friedrich dem Großen** oder **Bismarck** erfahren, sondern in den Ideen des historischen Materialismus erzogen werden: aller Fortschritt in der Weltgeschichte werde durch den Drang der Massen bestimmt. Auch das Niveau der Volksschule suchte Hänisch zu heben, indem er am 19. September 1919 ein Gesetz erließ, wonach die Volksschullehrer zum Universitätsstudium zuzulassen seien. In Köln war am 12. Juni 1919 die Universität neu eröffnet worden.

Hänisch hatte mit starken Widerständen zu kämpfen. Die politische Erregung war auch auf die Schulen übergesprungen, und während die Universitäten und höheren Schulen sich der Reform des Unterrichtswesens widersetzen, waren den Volksschulen die Bestrebungen Hänischs noch nicht entschieden genug, sie forderten Beseitigung des Religions- und Geschichtsunterrichts. Da der Autoritätsglaube stark erschüttert war, erlebte Deutschland das groteske Schauspiel, daß auch die Schüler streikten, wenn sie sich in Obstruktion gegen ihre Lehrer befanden. Die Gymnasiasten blieben dem Unterricht fern, wenn ein Lehrer ihrer Ansicht nach allzu revolutionär war, die Hosenmätze der Volksschulen zogen mit roten Fahnen durch die Straßen und protestierten gegen die Lehrer, wenn sie Religionsunterricht erteilten oder den Rohrstock handhabten, ja, sie verlangten, ihre Lehrer selbst wählen zu dürfen!

Das Ministerium wandte sich entschieden gegen diese Auswüchse und erließ Verordnungen, wonach das **Schulleben von politischen Streitigkeiten frei zu halten** sei und streikende Schüler gemäßregelt werden sollten. Am bedeutsamsten war Hänischs Verordnung über die **Bildung von Elternbeiräten vom 11. November 1919**. Diese Elternbeiräte waren ihrem Wesen nach ähnliche vermittelnde Instanzen zwischen Schule und Familie wie die Betriebsräte zwischen Kapital und Arbeit. Ihre Aufgabe bestand darin, zwischen Eltern und Lehrern zu vermitteln und auf diese Weise unnötige Reibereien und Gegensätze zu beseitigen, und mit Eifer und Erfolg unterzogen sich diese neuen Stellen ihrer Aufgabe. Denn auch das Schulleben litt unter der allgemeinen wirtschaftlichen Depression jener Zeit: die Lehrer wurden durch wirtschaftliche Sorgen bedrückt, hervorgerufen durch das Sinken der Mark, und die Kinder aller Stände waren durch die Kriegszeit unterernährt, im Wachstum zurückgeblieben und tuberkulös. Sehr viele dieser armseligen kleinen Wesen kamen ohne Frühstück zur Schule und waren in ihrer Aufnahmefähigkeit stark beeinträchtigt. Aus Kohlen- und Lichtmangel mußte häufig der Unterricht ausfallen.

**Volkshochschulen**

Das Wichtigste leistete Hänisch durch die **Begründung der Volkshochschulen**, womit er im Frühjahr 1919 begann. Arbeiterbildungskurse gab es auch früher in Deutschland, die von der im Jahre 1871 gegründeten "Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung" abgehalten wurden. Jetzt aber forderte die Arbeiterschaft Gleichberechtigung auch in der Erwerbung der hohen Wissenschaft, wie sie solche in der Politik errungen hatte und in der Wirtschaft verlangte. Die Verordnung Hänischs im Februar 1919 für Preußen war bahnbrechend für ganz Deutschland.

"Das Kultusministerium wünscht den Volkshochschulen zu helfen, doch sie wünschen nicht vom Staat beherrscht zu werden, und sie sollen das auch nicht. Aber der Staat will und sollte ihre Förderung als eine seiner wesentlichen Pflichten betrachten. Das Ministerium wird daher die Tore aller öffentlichen Schulgebäude, Universitäten usw. so weit öffnen, als dies möglich ist, ohne die ordnungsmäßige Arbeit zu stören."

Über das Wesen und den Zweck der Volkshochschulen wurde gesagt:

"Den Vorlesungen müssen sich Diskussionen anschließen, die den Weg bahnen für die wesentliche Basis aller Arbeit, nämlich persönlichen Kontakt und nähere Verbindung aller Beteiligten. Hierin stellt die Volkshochschule eine Arbeitsgemeinschaft dar, in der sich Handarbeiter und akademisch geschulte Arbeiter vereinigen. Die Gefahr, wertloses und sogar verderbliches Halbwissen zu verbreiten, muß peinlich vermieden werden. Sie ist keine Fortbildungsschule, auch keine Berufsschule, noch auch sieht sie die erholende oder populäre Form des Unterrichts vor, die bisher verfolgt wurde. Ihr Ziel ist nicht die Verbreitung von Wissen oder unverdautes Lernen, sondern die Entwicklung der Kräfte des Denkens und des Scharfsinns. Es gibt keine Examina. Die Volkshochschule bietet Bildung um ihrer selbst willen."

Im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde eine besondere Abteilung für die Bildung der Erwachsenen begründet, und Ausschüsse an den Universitäten und Technischen Hochschulen vermittelten die Verbindung mit der akademischen Welt. Der Besuch der Volkshochschule stand jedermann frei, dem Arbeiter, Angestellten und Beamten, und war von Anfang an sehr rege. Die segensreiche Einrichtung verbreitete sich bald über ganz Deutschland, nach Braunschweig, Sachsen, Württemberg und Thüringen. -

Die Reichsverfassung selbst sah eine **grundsätzliche Änderung des Schulwesens** vor. Die allgemeine Schulpflicht und der damit verbundene Schulbesuch wurde auch für die Eltern der mittleren und oberen Schichten festgesetzt, die bisher das Recht hatten, ihre Kinder zu Hause oder in privaten Vorschulen unterrichten zu lassen.

"Private Vorschulen sind aufzuheben. Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf."

Das waren die Leitsätze der neuen Verfassung. "Unterricht und Lernmittel in Volks- und Fortbildungsschulen sind kostenlos." Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sollten Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitstellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet würden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

**Grundschule**

Von diesen Erwägungen geleitet, verabschiedete die Nationalversammlung am 19. April 1920 das **Gesetz über die Grundschule**. Jedes Kind sollte ausnahmslos vier Jahre lang die Grundschule (Volksschule) besuchen, dann sollte entschieden werden, ob das Kind die Fähigkeiten besitze, in eine mittlere oder höhere Schule überzugehen. Dieses Gesetz wurde vielfach angefeindet, aber es ist der nachhaltige Ausdruck der neuen Zeitrichtung, welche das kostbare Gut der Wissenschaft als Gemeingut einer großen Kulturnation betrachtete und jedem einzelnen ohne Unterschied des Standes das Recht zusprach, sich nach den Fähigkeiten seines Geistes und Verstandes den Besitz dieses Gutes zu verschaffen. Auch wurde die Religion als ordentliches Lehrfach beibehalten, aber weder die Lehrer konnten gezwungen werden, ihren Unterricht zu erteilen, noch die Eltern, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen. Man schuf einen Ausweg zwischen den bewußt christlichen Tendenzen der Rechtsparteien und den weltlichen Linken, und schon dieser Kompromiß bedeutete eine Rückkehr zum früheren System.

**Geistiges Leben**

Das **geistige Leben Deutschlands** nahm, vorläufig unberührt von wirtschaftlicher und politischer Not, seinen Fortgang. Bemerkenswert ist die starke idealistische Tendenz in

**Eucken**

jener Epoche trostloser politischer Verwirrung. In Jena verkündete der 73jährige **Eucken**, der Gegner Häckels, die Lehre des modernen Idealismus, eine freie, christliche Religiosität. "Wir verwerfen alle Versuche, geistiges Leben von der bloßen Daseinswelt abzuleiten." "Wir sehen im Menschen nicht nur ein natürliches, sondern auch ein übernatürliches Wesen." Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen den verflachenden Materialismus. "Die Hauptursache der traurigen gegenwärtigen Lage Deutschlands ist die Mißachtung der inneren Lebenskräfte, die Gleichgültigkeit gegenüber der Seele, die Äußerlichkeit der Auffassung, die alle Schichten der Gesellschaft durchdringt. Demgegenüber brauchen wir einen standhaften Glauben. Die Christen der alten Zeit nannten sich gern die Krieger Gottes. So müssen auch wir das Gefühl haben, daß wir Krieger sind, die für die Welt des Geistes und für die Sache Gottes kämpfen." Trotzdem ihm das Christentum die höchste Stufe der Religion darstellte, erwartete er von den christlichen Kirchen nicht viel. Schon 1911 forderte er die Trennung der Kirche vom Staat. Er veröffentlichte 1919: *Deutsche Freiheit, ein Weckruf* und 1921: *Der Sozialismus und seine Lebensgestaltung*. 1920 wurde der Eucken-Bund gegründet, der über 50 Ortsgruppen in Deutschland bilden konnte und eine Monatsschrift: *Der Eucken-Bund, Organ für ethischen Aktivismus* ins Leben rief.

**Keyserling**

**Graf Keyserling** entstammte einer alten deutschbaltischen Familie Livlands und wurde 1880 in Kowno geboren. Auch seine Grundlinie ist der Idealismus. Von Chamberlain ursprünglich ausgehend, betont er den irrationalen Charakter der Welt und vertritt eine pragmatische Auffassung des Denkens und des Wahrheitsbegriffes. Er hatte ein Werk über die Unsterblichkeit der Seele geschrieben. 1919 gab er sein *Reisetagebuch eines Philosophen* vollständig heraus, dessen Leitwort ist: "Der kürzeste Weg zu sich selber führt um die Welt herum." Er genießt die Reize und den Zauber des Ostens, erkennt aber die abendländische Kultur als die höhere: "Das Wesen der abendländischen Kultur ist die Erkenntnis, daß nichts unveränderlich ist. Wir halten uns für fähig, die Welt von Grund aus zu ändern. Dieser Geist der Kampflust, des Muts und des Optimismus ist dem Osten fremd, der einen bescheidenen Begriff von menschlicher Macht hat. Ich erkenne jetzt, daß die praktische Überlegenheit des Christentums der Ausdruck eines metaphysischen Wertes ist: es verkörpert, wie keine andere Religion, den Geist der Freiheit. Wir vernehmen den Ruf zur Tat. Wir sind die Hände Gottes." Das westliche Denken soll durch die Geistigkeit des Orients neu belebt werden. Eine bewußte Persönlichkeitsgestaltung soll durch freies, schöpferisches Tun vom Geist aus herbeigeführt werden. 1920 veröffentlichte er seine *Philosophie als Kunst*. Schon 1919 gründete er die "Gesellschaft für freie Philosophie" oder "Schule der Weisheit" in Darmstadt. Der frühere Großherzog von Hessen stellte dafür ein Haus zur Verfügung. Die große äußere Not Deutschlands rief in breiten Schichten des Volkes eine Reaktion gegen die materialistische Weltanschauung hervor, und so kam es, daß Keyserling ebenso wie Eucken über einen ausgedehnten Kreis von Anhängern und Verehrern verfügte.

**Steiner**

**Rudolf Steiner**, in Österreich geboren, Direktor der Waldorfschule in Stuttgart und Gründer der Anthroposophischen Gesellschaft, verkündete seine Anthroposophie "als ein lebendiges Zeichen für die Tatsache, daß die Menschheit reif ist für erneutes Wissen um geistige Welten. Es ist eine Wissenschaft auf der Grundlage nicht nur der Beobachtung menschlicher Sinne und menschlichen Intellekts, sondern auch der höheren Fähigkeiten des Wissens, die durch geistiges Training und wahrhafte Initiative angefacht worden sind. Die Anthroposophische Gesellschaft sucht das geistige Leben des Individuums wie der Gemeinschaft auf der Basis eines wirklichen Verstehens der geistigen und physischen Entwicklung zu begründen". Die physische Entwicklung werde durch die Eurhythmie gefördert, die geistige durch die geistigen Übungen des Orients. Als Naturwissenschaftler gab er **Goethes** wissenschaftliche Werke neu heraus, daneben veröffentlichte er eine Anzahl philosophischer Schriften über die Erkenntnistheorie, die Philosophie der Freiheit, **Nietzsche** und die deutschen Mystiker. 1919 erschien sein Werk: *Die Dreigliederung des Organismus*. Hier zerlegte er die Grundkräfte der Gesellschaft in wirtschaftliche, politische und geistige und untersuchte die Probleme von Erziehung, Kapital und Arbeit und internationalen Zusammenhängen.

**Oswald Spengler** gab ein Werk heraus, dem eine geradezu hypnotische Kraft inwohnte: *Der Untergang des Abendlandes* 1919. Das Buch wurde in der Zeit von

**Spengler**

1912 bis 1917 geschrieben und stellt eine Philosophie der Geschichte dar. "Sein engeres Thema ist eine Analyse des Unterganges der westlichen Kultur; aber das Ziel ist nichts Geringeres als das Problem der Zivilisation." Spengler will zum ersten Male den Versuch machen, Geschichte im voraus zu bestimmen, das Schicksal der Zivilisation Europas durch die Abschnitte hin verfolgen, die es noch zu durchlaufen habe. Er zwingt die Geschichte in ein logisches Gesetz, das als Periodizität bezeichnet wird. Alle Kulturen sind Kreisläufe, die sich nicht nur nacheinander, sondern auch nebeneinander vollenden, teils kürzer, teils länger, die kürzeren ablösend. Wie der Untergang der Antike, ist auch der Untergang des Abendlandes ein zeitlich und räumlich begrenztes Ereignis. Aber man muß sich freimachen von der äußerlich-schematischen Einteilung der Geschichte in Altertum, Mittelalter und Neuzeit. Spengler will vier Kulturkreise anerkennen: den indischen (1800 bis 900 v. Chr.), das Altertum (bis Chr. Geburt), den arabischen (bis 900 n. Chr. Geburt), den abendländischen darauf folgend. Jeder dieser vier Kreise wird in Frühling, Sommer, Herbst und Winter eingeteilt. Die geistreichen, aber stark schematischen Ausführungen konnten keineswegs als eine Bereicherung unserer Geschichtswissenschaft gelten, um so mehr aber wirkten sie durch ihren starken Pessimismus auf die Katastrophenpsychose weiter Kreise des gebildeten Bürgertums nach der militärischen und politischen Niederlage. Spengler sagt nämlich, die abendländische, faustische Seele der Sehnsucht, im Mittelalter erwacht, habe aufgehört, schöpferisch zu sein und sei im Begriff, durch eine Periode des Ausruhens dem Erlöschen entgegenzugehen. Diesen Augenblick des Erlöschens hielten seine Leser 1919 für gekommen. - Spengler wehrte sich allerdings dagegen, als Pessimist bezeichnet zu werden.

### Literatur

In der **Literatur** behaupteten **Gerhart Hauptmann** und **Sudermann** ihren Platz. Die Lyrik erlitt durch den Tod **Dehmels** einen schweren Verlust. Die Ereignisse der Revolution gaben der Clara Viebig (*Das rote Meer*), Bernhard Kellermann (*Der neunte November*) und Karl Rosner (*Der König*) Stoff zu Romanen. **Walter von Molo** dagegen rief dem Volke seine große Vergangenheit ins Gedächtnis zurück (*Fridericus, Luise, Das Volk wacht auf*). Auf dem Gebiete des zu subjektiven Extravaganzen neigenden Expressionismus tat sich besonders der Kommunist **Ernst Toller** (geboren 1893) hervor, der infolge seiner Teilnahme an der Münchener Räteregierung zu Festung verurteilt worden war und in seiner Zelle Herbst 1919 das Drama "*Masse-Mensch*" verfaßte. Das expressionistische Drama kennt nur Typen, und Toller verwendet als solche den Offizier, den Bankier und den Priester, denen der "Namenlose", Masse-Mensch, gegenübersteht. Das Stück behandelt die Revolution des Volkes gegen das Kapital, wobei schließlich das letztere siegt. Der "Namenlose" fragt: "Und wer oder was ist heilig?" Die Antwort lautet: "Eines Tages wird es das freie Volk sein, verbunden zu gemeinsamer Aufgabe." Tollers zweites Drama "*Die Maschinenstürmer*" behandelt den Aufruhr der Ludditen in Nottingham 1816 und gipfelt in den Worten: "Wir müssen alle einander helfen und gütig sein." Es ist merkwürdig, wie eng theoretische Menschenliebe und praktischer Bluttausch verbunden sind in diesem Manne! Ein ähnliches Thema wie "Masse-Mensch" behandelt **Georg Kaiser** in seinem Drama "*Gas*". Auch hier sehnen sich namenlose Helden nach einer glücklicheren Welt. Das Stück endet mit einer vernichtenden Explosion; die Menschheit wird durch die Technik, die sie geschaffen, überwunden und vor ihr zu Boden geschmettert. -

Dieser kurze Überblick über die Literatur und die geistigen Strömungen Deutschlands unmittelbar nach dem Zusammenbruch möge zeigen, wie vielseitig sich das deutsche Geistesleben über die Katastrophe hinwegzuhelfen suchte. Es lag in der Natur der Sache, daß der Zug der Resignation, der Entsagung und der Entbehrung vorherrschte. Vor den großen Enttäuschungen dieser Welt flüchtete der Geist in das Übersinnliche, eine neue Welt zu ergründen und zu schaffen. An seinem Leibe bis auf den Tod verwundet, stieg das Volk hinab zu den Gründen seiner Seele, von hier aus neue Werte an die Oberfläche zu schaffen. Aus der Erkenntnis, daß alles Irdische wandelbar und letzten Endes nicht Endzweck des Lebens ist, erstand der deutsche Geist neu, in sich vertieft, mit einer Kraft zu neuem, harten Leben ausgestattet aus den kläglichen Trümmern einer einst so stolzen Politik. Unberührt von dem Gären und Brodeln wirrer Ideale, die auch **die ganze tausendjährige Kultur** zertrümmern wollten, bahnte sich die deutsche Seele einen Weg zu neuem Aufstieg. Im Jahre 1919 produzierte Deutschland 22 300 Bücher, und diese Zahl war nur um 5800 geringer als im Jahre

1913. Schon 1920 wurde die Friedensproduktion annähernd erreicht, sie blieb nur um 400 hinter 1913 zurück. -



**Politische Spannungen:  
Nationalversammlung  
als Reichstag**

Nach dieser Abschweifung in die Wirtschafts- und Kulturverhältnisse des neuen Deutschlands kehren wir zu den **politischen Ereignissen zurück**. Am 30. September 1919 siedelte die Nationalversammlung nach Berlin über und tagte im Reichstagsgebäude weiter, damit zum Ausdruck bringend, daß nun der verfassungsmäßige Reichstag an die Stelle der Nationalversammlung trete. Es waren wichtige Aufgaben zu lösen. Das Reich mußte nach seiner aus der Reichsverfassung sich herleitenden neuen Stellung und nach den Verpflichtungen des Versailler Vertrages mit den nötigen Geld- und Steuerquellen ausgestattet werden. Auch waren wirtschaftspolitische Gesetze zu schaffen. Zwar war angesichts der erdrückenden Wirtschaftslasten des Friedensdiktates an eine Sozialisierung nicht mehr zu denken; aber es mußte ein Betriebsrätegesetz in irgendeiner Form zustande kommen, das verlangte die Stimmung der Massen. Schließlich verlangten auch noch einige andere Punkte, die sich aus dem Friedensvertrag und der Wirtschaftslage ergaben, gesetzliche Regelung.

Die **Rechtsparteien** waren allerdings nicht so ohne weiteres damit einverstanden, daß die Nationalversammlung nun, als wäre es die selbstverständlichste Sache von der Welt, sich die Rolle des Reichstages aneignete. Sie wiesen darauf hin, daß die Nationalversammlung ihr Recht lediglich aus der Zeit des Überganges herleite und ihre Aufgabe, dem Volke eine Verfassung zu geben, sei erfüllt. Sie habe abzutreten, da ja jetzt die Staatsordnung hergestellt sei, und das Volk habe nach der Verfassung das Recht, einen Reichstag zu wählen und gemäß seiner Zusammensetzung zu bestimmen, wie es regiert werden wolle. Auch verlange das Volk gemäß der nun gültigen Reichsverfassung das Recht, seinen Reichspräsidenten selbst zu wählen.

Doch die Regierung war taub gegen derartige Vorstellungen, und zwar mit gutem Grunde. Sie fürchtete nämlich nicht unrichtig, daß die Annahme des Friedensvertrages den Rechtsparteien günstiges Agitationsmaterial liefere und daß infolgedessen diese bei einer kommenden Wahl erheblich mehr Vertreter in den Reichstag senden würden. Die Regierung wollte aber ihre überwältigende Majorität in der Nationalversammlung nicht eher aus der Hand geben, bis das demokratische Regiment fest im Sattel saß. Sie lehnte also die Forderung der Rechtsparteien mit der Begründung ab, es seien noch in Ausführung der Reichsverfassung wichtige Gesetze zu schaffen, und man dürfe diese Arbeit, wenn man sie nicht ganz in Frage stellen wolle, nicht dadurch stören, daß man das Volk aufs neue in die Aufregung und den Trubel eines Wahlkampfes stürze. Am 3. Oktober traten die Demokraten wieder in die Regierung ein, und damit war der Zustand wiederhergestellt, der vor dem 21. Juni bestand. -

Der Nationalversammlung wurde am 18. August der Entwurf eines **Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage** vorgelegt. Hierin wurde verlangt, daß Zahlungen oder Zahlungsannahme feindlicher Forderungen und Schulden verboten würde. Ferner wurde eine gesetzliche Frist zur Erhaltung oder Begründung gewerblicher Schutzrechte gefordert, soweit sie innerhalb der Kriegszeit entstanden seien, bis zum Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten des Friedensvertrages. Vereine und Privatunterrichtsanstalten, die den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwiderhandelten - hier war vor allem an militärische Übungen gedacht -, wurden mit Auflösung bedroht. Auf die Herstellung von Kriegsmaterial wurde eine Strafe von 100 000 Mark gesetzt. Der Reichsfinanzminister sollte ermächtigt werden, Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen auf den Inhaber auszugeben in Höhe von 20 und 40 Milliarden Mark und die Verpflichtung zur Ausgabe von weiteren 40 Milliarden in derselben Weise einzugehen. - Der Gesetzentwurf wurde in der Rechtspresse stark kritisiert, aber er war nur die Folge des angenommenen Knebelvertrages.

Drei Tage später begann die erste Beratung über das **Betriebsrätegesetz**. Aber die Aussprache trat zunächst in den Hintergrund, da man durch die Erörterung über diese kritische Angelegenheit nicht den Gang der Finanzberatungen beeinträchtigen wollte, die am 13. August begonnen hatten und zu

denen man die Mithilfe der Rechtsparteien erwartete. Diese hätten aber durch das Betriebsrätegesetz vorzeitig verärgert werden können. Das Sinken der Mark hatte eine neue Erscheinung hervorgerufen, die **Kapitalflucht ins Ausland**. Privatpersonen und Unternehmungen glaubten ihr Vermögen dadurch vor Entwertung zu schützen, daß sie es, soweit es flüssige Gelder waren, auf ausländische Banken, vor allem in Holland und der Schweiz deponierten. Die deutschen Guthaben im Auslande wurden Ende 1923 auf sieben bis acht Milliarden Goldmark geschätzt, und es ließ sich ohne Mühe die wirtschaftliche Schädigung des Reiches aus dieser Entziehung des deutschen Nationalvermögens errechnen. Das **Gesetz gegen die Kapitalflucht** drohte schwere Strafen an und verlangte Zurückführung der ausländischen Guthaben ins Reich.

**Erzbergers  
Steuerprogramm**

**Erzberger**, der Reichsfinanzminister, legte der Nationalversammlung ein reichhaltiges **Steuerprogramm** vor, das rücksichtslos die Besitzenden belastete. Es wurde zunächst vom Besitz eine allgemeine Vermögensabgabe unter dem Namen Reichsnotopfer gefordert. Dazu kam eine außerordentliche Kriegsabgabe vom Mehreinkommen 1919 und eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die besonders die Kriegslieferanten traf. Außer diesen einmaligen Besitzabgaben, die je nach der Höhe des Besitzes gestaffelt werden sollten, verlangte das Reich für sich das Recht, eine Anzahl direkter und indirekter Steuern allein erheben zu dürfen. Diese Steuerzentralisation in den Händen des Reichs war etwas vollkommen Neues, im Kaiserreich Unbekanntes, aber sie war die Folge der neuen Stellung des Reiches in der Verfassung den Ländern gegenüber. Die Einkünfte des kaiserlichen Reiches wurden lediglich von den Ländern aufgebracht, und es war klar, daß Erzberger mit seinem kühnen neuen System auf starken Widerstand stoßen mußte. Aber die Aufgaben, die das Reich übernehmen sollte, und die Erfüllung des Friedensvertrages zwangen dazu.

**Das Reich beanspruchte für sich an direkten Steuern diejenigen vom Vermögen, Vermögenszuwachs und vom Einkommen**, d. h. die Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalertragssteuer, Körperschafts- und Erbschaftssteuer und die Grunderwerbssteuer. Hinzu kamen an indirekten Steuern die vom Umsatz, Luxus, Verbrauch, die Kohlen- und Verkehrssteuer, Stempel und Zölle. Alle diese Steuerquellen wurden den Ländern, die sie bisher innehatten, entzogen und zum Monopol des Reiches gemacht. Erzberger errechnete, daß das Reich im Jahre 1920 insgesamt 26 Milliarden Steuern aufbringen müsse, wovon 15 durch die direkten, 11 durch die indirekten gedeckt werden mußten.

Den Ländern überließ man die selbständige Besteuerung des Grundbesitzes, der Gewerbebetriebe und der Vergnügungsveranstaltungen.

Die **Länder und Gemeinden** protestierten gegen diese Regelung. Ihre ergiebigsten Steuerquellen vom Besitz und Einkommen waren ihnen genommen, nicht einmal Zuschläge durften sie dazu erheben, um nicht die Einnahmen des Reiches zu schmälern. Das Reich versprach zwar, den Ländern einen bestimmten Prozentsatz seiner Steuern zur Verfügung zu stellen, die dann ihrerseits sich mit den Gemeinden auseinandersetzen sollten. Aber man brachte diesem Vorschlage starkes Mißtrauen entgegen. Am heftigsten protestierten die Besitzenden, deren Wortführer die beiden Rechtsparteien waren. Scharf und rücksichtslos griff **Helfferrich** die Steuerreform Erzbergers an, und er führte gewichtige Argumente an. Die einmaligen Vermögensabgaben ließ man sich allenfalls gefallen, denn jeder Einsichtige sagte sich, daß der verlorene Krieg große Opfer verlange. Daß man aber den Ländern ihre Einkommenquellen wegnehme, müsse zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Der Verwaltungsapparat der Länder sei nicht geringer geworden, im Gegenteil, durch die vielen Neueinrichtungen sei er noch gewachsen. Wovon sollten die Beamten und die Verwaltungskosten bezahlt werden? Die Länder seien ja gezwungen, Grund- und Gewerbebesteuern ins Uner-



*Staatssekretär Dr. Helfferrich,  
der erbitterte Feind Erzbergers. Photo Scherl.*

trägliche zu steigern und neue Steuern zu schaffen, die nur auf die Besitzenden abgewälzt würden, da ja die ergiebige Einkommensteuer der Erwerbstätigen lediglich dem Reiche zufalle. Die Reichssteuern seien nicht nur gegenüber der Vorkriegszeit aus erklärlichen Gründen erheblich gewachsen, sondern auch der Steuerbedarf der Länder übersteige in großem Maße den der sparsamen Verwaltung der Monarchie. Diese Steuerpolitik müsse zum Ruin aller Besitzenden führen, sie käme einer indirekten Sozialisierung gleich, deren Opfer vor allem die Landwirtschaft sein würde. **Erzberger sparte ebenfalls nicht mit Vorwürfen und ließ sich dazu hinreißen, das deutsche Kapital als den einzig Schuldigen an dem verlorenen Krieg hinzustellen.** Die besitzenden Klassen Deutschlands seien es gewesen, die den Krieg verlängert hätten, weil er ihnen Vorteile brachte. Sie wollten sich jetzt beklagen? Sie müßten die Verantwortung tragen für ihre verfehlte Politik, und es sei recht und billig, daß der Besitz stärker als alle anderen Schichten der Bevölkerung zur Bezahlung der Wieder-gutmachungen herangezogen würde! Helfferich jedoch wehrte sich bis aufs äußerste gegen die An-griffe Erzbergers. Er warf ihm Unredlichkeit und nicht einwandfreie Führung der Geschäfte vor, nannte ihn einen Reichsverderber, Kriegsgewinnler und Spekulanten. Daraufhin ließ Erzberger die Beleidigungsklage gegen Helfferich einleiten, deren Erfolg war, daß Erzberger am 12. März 1920 sein Amt als Reichsfinanzminister niederlegte, nachdem er durch ein Attentat in Berlin am 27. Januar leicht verletzt worden war.

Es nützte den Rechtsparteien aller Widerstand nichts. Sie waren zahlenmäßig in der Minderheit, und über ihre Köpfe hinweg nahm die Nationalversammlung Anfang Dezember 1919 die **Erzbergerschen Steuergesetze** an, welche die Opfer des Krieges und des Friedensschlusses fast ausschließlich auf die Stände des Besitzes abwälzte. Sie mußten sich unter das Kaudinische Joch beugen, zur Genugtuung und zur Freude aller Sozialisierungsfreunde. Neue Behörden wurden eingerichtet, denen es oblag, die Steuergesetze durchzuführen: die Finanzämter.

#### **Das Betriebsrätegesetz**

Wurde der deutsche Besitz durch die Steuergesetzgebung aufs ärgste enttäuscht, so wurde es das Proletariat nicht minder durch das **Betriebsrätegesetz**. Denn dies war das Nächste, das auf Erledigung drängte. Wir sahen schon, daß es bereits im Frühjahr um die Betriebsräte zu schweren Konflikten gekommen war, die durch Noske mit der Besiegung des Proletariats endeten. Wer aber glaubte, daß die Angelegenheit damit erledigt sei, befand sich in einem großen Irrtum. Die Unabhängigen und Kommunisten verlangten nach wie vor, daß auch in Deutschland Betriebsräte nach russischem Vorbild eingeführt würden. Das bedeutete aber nichts anderes als eine regelrechte Sozialisierung, denn das letzte Ziel dieser Bestrebungen war, die Aufsicht und Leitung des gesamten Betriebskapitals in die Hände der Arbeiterschaft zu legen. Ausschaltung der Kapitalisten, Betriebsführung durch das Proletariat war die Losung, und mit dem festen Vorsatz, die gesamte Wirtschaftsführung an sich zu reißen, ging die radikale Linke in den parlamentarischen Kampf.

Eine rührige und geschickte **Propaganda** der Unabhängigen und Kommunisten hatte dafür gesorgt, daß das Proletariat in Deutschland einen günstigen Resonanzboden für die Anträge im Parlament abgab. Es wurde eine "Zentralstelle für Betriebsräte" begründet, die besonders im Rheinland eine intensive Tätigkeit entfaltete und im Herbst 1919 folgende Grundsätze in Halle aufstellte: Umbau der Gewerkschaften zu großen Industrieorganisationen; Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, Anerkennung des Räteystems als Grundlage der Sozialisierung; Aufgabe der bisherigen politischen Neutralität; Anerkennung der Massenstreiks als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel; grundsätzliche Änderung der Unterstützungseinrichtungen; alleiniges Bestimmungsrecht der Gewerkschaftsmitglieder in Betrieben und Berufen. - Planmäßig und mit allen Mitteln der Gewalt wollte man die Einrichtung Räterußlands auf Deutschland übertragen.

Doch dabei stießen die Kommunisten im Parlament auf den Widerstand der anderen Parteien. Diese waren gar nicht gewillt, nachdem ihnen die drakonischen Steuergesetze auferlegt waren, noch durch bolschewistische Experimente ruiniert zu werden. Heftig platzten die Gemüter aufeinander, und die Unabhängigen glaubten ihren Worten den gehörigen Nachdruck zu verleihen, indem sie im Lande Demonstrationen und Versammlungen veranstalten ließen und die Regierung energisch auf "die Stimme des Volkes" hinwies. Und in der Tat setzte sich damals in manchem Gehirn die Meinung fest, daß nun nicht mehr die Zeit fern sei, da der Arbeiter die Wirtschaft leite und der Kapitalist nur

noch das Vorrecht habe, immer neue Geldmittel zu beschaffen.

Durch den beharrlichen Widerstand der Nationalversammlung gegen ihre Forderungen gerieten die Sowjetanhänger in begreifliche Erregung, und als diese ihren Siedepunkt erreicht hatte, wagten die Spartakisten eine Tat. Schon seit Anfang Januar ließen sich radikale Umtriebe in Magdeburg und Leipzig erkennen, aber die Regierung verhängte den Belagerungszustand, und so kam es nicht zu Gewalttätigkeiten. Anders lagen die Dinge im **Ruhrgebiet**. Die Reichswehr durfte nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht in die neutrale Fünfzig-Kilometer-Zone einrücken, und die dunklen Gewalten hatten hierdurch leichtes Spiel. Am 12. Januar brachen in Hamborn Unruhen aus, der revolutionäre Pöbel plünderte die Läden und erstürmte das Rathaus. Der Verkehr wurde gänzlich unterbunden, denn die Eisenbahner traten in den Generalstreik. 25 große Fernsprech- und Telegraphenleitungen wurden zerstört, indem man die Drähte zerschnitt und die Masten zerhackte. Die bürgerliche Presse war stillgelegt und die Einwohner seufzten unter dem roten Terror. Auch in Schlesien war der Generalstreik ausgebrochen. Doch der Hauptschlag sollte nach dem Plane der Kommunisten in Berlin fallen: die Nationalversammlung sollte gezwungen werden, das kommunistische Betriebsrätegesetz anzunehmen, oder man wollte sie kurzerhand sprengen.

Am 13. Januar mittags um 12 Uhr durchzogen große Züge mit vielen roten Fahnen und Plakaten die Straßen der Reichshauptstadt, auch Frauen beteiligten sich hieran. Man marschierte ohne große Umschweife zum Reichstagsgebäude.

### **Sturm auf den Reichstag**

Während die Nationalversammlung über das Betriebsrätegesetz beriet, erreichten die Aufrührer mittags um ½1 Uhr das Parlamentsgebäude. Sie verlangten Eintritt in das Haus, um ein Schreiben der revolutionären Arbeiter und Angestellten zu überreichen, das einen Protest gegen das von der Nationalversammlung geplante, ihrer Meinung nach vollkommen unzulängliche Betriebsrätegesetz darstellte. Doch die Sicherheitspolizei hatte die Eingänge besetzt und verwehrte den Zutritt. Die Polizeibeamten forderten vergeblich die Menge auf, sich zu zerstreuen. Drei Stunden wogte die Masse unter wüsten Lärm vor dem Reichstagsgebäude auf und ab. Es wurden Flugblätter gegen die Regierung, gegen Ebert, Noske und Scheidemann verteilt: "Macht euch bereit! Nieder mit der Militärmonarchie! Es lebe die Proletariendiktatur! Es lebe die Räterepublik!" Den "Bittstellern" schwoll der Mut in der Hoffnung auf ein Rätedeutschland, und sie waren fest entschlossen, die Regierung zu stürzen und die Nationalversammlung auseinanderzujagen, wenn sie wagen sollten, sich den Wünschen der Demonstranten zu widersetzen. Um 3 Uhr 35 Minuten ging der undisziplinierte Haufen von der Seite des Bismarckdenkmals aus zum Angriff über. Die Polizeibeamten gaben Schreckschüsse ab, doch einige von ihnen wurden entwaffnet, ihre Waffen zerbrochen, sie selbst nach unmenschlichen Mißhandlungen zu Boden getreten. Die Menge begann die Rampe zu stürmen, unter Führung von Männern in Matrosenuniform. Jetzt schoß die Polizei scharf, und ihre Schüsse wurden von den Demonstranten erwidert, denn Waffen waren bei solchen Gelegenheiten plötzlich und ausreichend vorhanden, sie wurden unter dem Rocke verborgen und kamen im geeigneten Augenblick zum Vorschein. Als aber nun gar Maschinengewehre und Flammenwerfer in den Fenstern des Reichstages in Stellung gebracht wurden und das Tacken von Maschinengewehrsalven gehört wurde, wich der Menschenknäuel, Männer und Frauen, doch zurück. Lange verharren noch die aufrührerischen Menschenansammlungen vor dem Gebäude, und erst in den Abendstunden zogen sich die Demonstranten unter dem Druck der Polizei ruhig und ohne Zwischenfälle in ihre Quartiere im Norden und Osten zurück. Der Kampf hatte 31 Tote und über 100 Verwundete gekostet. Mehrere Frauen befanden sich darunter. -

Die Kraftprobe war mißlungen, und damit brach auch die Bewegung im Reiche zusammen. Leipzig wurde am gleichen Tage militärisch besetzt, und schon tags darauf erreichte der Eisenbahnerstreik an der Ruhr sein Ende. Das Schicksal des **Betriebsrätegesetzes** war entschieden: es fiel nicht nach dem Wunsch der Kommunisten aus. Am 19. Januar 1920 nahm es die Nationalversammlung mit 213 gegen 64 Stimmen an, "zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke". Am 4. Februar wurde es verkündet. Es wurde bestimmt, daß in allen Betrieben, die mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigen, ein Betriebsrat zu wählen sei, der, je nach der

Arbeitnehmerzahl, aus drei bis dreißig Mitgliedern bestehen solle und in unmittelbarer, geheimer Verhältniswahl auf ein Jahr gewählt werde. Wahlberechtigt sollten alle mindestens Achtzehnjährigen, wählbar jeder mindestens 24 Jahre alte Arbeitnehmer sein. Große Betriebsräte sollten außerdem zur Erledigung der laufenden Geschäfte einen Betriebsausschuß bilden.

Die **Aufgaben des Betriebsrates** waren folgende: Durch Beratung an der Betriebsleitung mitzuarbeiten an der Erreichung der höchsten Leistungsfähigkeit des Betriebes; die Einführung neuer Arbeitsmethoden zu fördern; Streitigkeiten innerhalb des Betriebes zu schlichten; die Durchführung anerkannter Schiedssprüche herbeizuführen; mit dem Arbeitgeber eine Arbeitsordnung zu vereinbaren; die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer zu schützen; Beschwerdeursachen zu beseitigen; die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahr im Betriebe zu unterstützen und schließlich an der Verwaltung der Pensionskassen, Werkwohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen mitzuwirken. Das Gesetz sah also in den Betriebsräten lediglich beratende und beaufsichtigende Instanzen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, aber keineswegs maßgebende wirtschaftliche Faktoren. Insofern handelte es sich nur um eine Fortführung und einen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, die seit den 1890er Jahren eingeschlagen worden war, aber nicht um eine Umwälzung des Wirtschaftsystems. Erst ein Nachtrag vom 15. Februar 1929 bestimmte, daß der Betriebsrat Mitglieder mit Sitz und Stimme in den Aufsichtsrat entsenden könne, weniger aber, um dort Sozialisierungstendenzen zum Ausdruck zu bringen, als vielmehr deshalb, daß auch die Arbeitnehmer einen Einblick in den Wirtschaftsgang erhielten und aus eigenem Urteil feststellen konnten, wieweit ihre Interessen und Forderungen mit den wirtschaftlichen Fähigkeiten des Betriebes in Einklang zu bringen seien.

### **Groll der Rechtsparteien**

Die **Rechtsparteien** nahmen das Betriebsrätegesetz mit gemischten Gefühlen auf. Es kam dem Unternehmertum, das bisher absolutistisch regiert hatte, schwer an, Teile seiner Macht zu opfern. Aber der Gedanke des Betriebsrätegesetzes war nichts absolut Neues, und es gab bereits Verordnungen aus den Jahren 1891, 1905 und 1916, in denen die Bildung von Arbeiterausschüssen mit allerdings beschränkteren Befugnissen vorgesehen wurden. So war also das Gesetz vom Jahre 1920 nur die Fortführung einer bereits unter dem Kaiserreich begonnenen Arbeiterpolitik, wobei den Arbeitern erheblich mehr Rechte zugestanden wurden als früher. Die Unternehmer wurden zwar nicht abgesetzt, aber sie mußten in ihrem Reiche, soweit Arbeiterangelegenheiten in Frage standen, eine konstitutionelle Verfassung einführen, die ihnen unter Umständen allerlei Unbehagen verursachen konnte. Gänzlich unbefriedigt waren jedoch die Kommunisten. Sie wollten gar keine beratenden Betriebsräte, sie wollten herrschen, sie wollten die Kapitalisten entthront, an eine untergeordnete Stelle im Produktionsprozeß gesetzt sehen. Damit aber war es jetzt vorbei und nur ein gewaltsamer Umsturz hätte dieses Ziel erreichen können. Von den ganzen Sozialisierungsbestrebungen, die bereits im März 1919 als abgetan gelten konnten, blieb allein das Betriebsrätegesetz übrig. Es war ein Kompromiß der großen Mitte, wie die Weimarer Verfassung; es gefiel weder der Rechten noch der Linken, aber es entsprach dem politischen Zustande Deutschlands.

Durch die Zustände in Deutschland entwickelte sich ein **steigender Groll in den Reihen der Rechtsparteien**. Man fragte: Wie kommt diese verfassungswidrige Nationalversammlung dazu, das Volk durch verderbliche Gesetze zu beunruhigen? Fort mit ihr! Die Abgeordneten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei brachten Anträge in der Nationalversammlung ein, sie möge sich auflösen und dem zu wählenden verfassungsmäßigen Reichstage Platz machen. Ihre Stimmen verhallten ungehört. Allenfalls ließ man sich bereit finden, frühestens im Herbst den neuen Reichstag wählen zu lassen. Auch die Frage der **Reichspräsidentenwahl** wurde aufgeworfen. Nach der Verfassung sei das Reichsoberhaupt durch das ganze Volk zu wählen. Das sei noch nicht geschehen, und man dränge darauf, daß die Verfassung, nachdem sie nun einmal angenommen sei, auch ausgeführt und nicht gebrochen werde. Aber die demokratischen Parteien hielten den gegenwärtigen Zustand für gut. Sie fürchteten, daß Hindenburg, dessen Name als künftiger Reichspräsident genannt wurde, über Ebert den Sieg davontragen würde, und man brauchte Ebert, um den demokratischen Einrichtungen nach innen und außen Geltung zu verschaffen.

Die Regierung hatte guten Grund, eine Neuwahl zu verzögern, die allem Anschein nach den natio-

nationalen Einfluß im Parlament stärken würde. Nicht nur die letzten Gesetze der Nationalversammlung riefen eine Erbitterung der nationalen Kreise wach, sondern noch vielmehr die **beginnende Ausführung des Friedensvertrages**. Eine Schar französischer und englischer Kommissionen drang in Deutschland ein, um Deutschlands Maßnahmen, besonders die der Entwaffnung, zu überwachen. Die Rechtsparteien traten beim "Erscheinen dieser Horde von ausländischen Amtspersonen" für passiven, stellenweise für aktiven Widerstand ein. Es kam vor, daß die Kraftwagen der Alliierten mit Steinen beworfen, daß die Kommissionsmitglieder tätlich angegriffen und verletzt wurden, im Hotel, auf der Straße, bei Ausübung ihrer Befugnis. Besonders unwürdig zeigten sich die Unabhängigen und Kommunisten, welche den Engländern und Franzosen Spitzeldienste leisteten, Geheimnisse verrieten, die gar nicht bestanden, und dadurch nicht nur dem nationalen Teil der Bevölkerung, sondern auch der Reichsregierung Unannehmlichkeiten bereiteten. Diese Leute glaubten, durch ihre Handlungsweise die Erfüllungspolitik zu beschleunigen und damit auch um so eher den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems herbeizuführen, nachdem die linksradikalen Putschversuche mißglückt waren.

Die nationalen Kreise barsten vor Grimm. Wie ist es möglich, daß eine Reichsregierung das Treiben der schamlosen Vaterlandsverräter zuläßt, daß sie kein Mittel ergreift, um diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu bereiten? Und eine neue Flut von Vorwürfen ergoß sich über die Regierung, deren prominenter Vertreter, **Erzberger**, sich gerade um diese Zeit vor Gericht von Helfferich sagen lassen mußte, er sei ein Reichsverderber, ein Kriegsgewinnler, ein Spekulant. Mit Fingern wies die Rechtspresse täglich auf Erzberger, wie Keulenschläge sauste es herab auf ihn, der in Wahrheit Deutschlands Geschick seit 1917 bestimmt hatte: er hat durch die Friedensresolutionen den deutschen Kampfwillen gebrochen, er hat den entwürdigenden Waffenstillstand angenommen, er hat zur Unterzeichnung des furchtbaren Friedens gedrängt, er hat dem deutschen Besitz seine Steuergesetze aufgezwungen, er hat 60 Millionen Menschen auf Jahrzehnte hinaus in Not und Elend gestürzt - aber er hat es verstanden, durch Krieg und Revolution sich selbst zu bereichern! Er, der Reichsverderber - ein Kriegsgewinnler und Spekulant! Und solch ein Mann führte das Reich!

Über die Steuergesetze waren die Besitzenden ergrimmt; die Entwaffnungskommissionen erfüllten jeden national denkenden Menschen mit Zorn; der Erzberger-Prozeß mußte die Autorität der Regierung und den Glauben an die Demokratie erschüttern; die durch den Versailler Vertrag geforderte Herabsetzung des Heeres erweckte bei vielen aktiven Offizieren und Mannschaften Besorgnis um ihre Zukunft, ihren Lebensunterhalt; die Kommunisten aber standen abseits und fischten im trüben, indem sie den Alliierten Helfersdienste leisteten. Die Zustände in Deutschland drängten nach einer neuen Entladung.

### **Die Reichswehr**

Die **Reichswehr**, die durch ihre Kämpfe mit den Kommunisten zu einer selbstbewußten, tapferen und energischen Truppe geworden war, verurteilte die Erfüllungspolitik, die Heeresverminderung und die Aburteilung der sogenannten "Kriegsverbrecher". Die Reichswehr war nicht monarchisch, aber sie empfand national. Auch wirkten in ihr verschiedene Strömungen, eine mehr nach innen gerichtete, die den Schutz der Regierung vor dem Bolschewismus als ihre Aufgabe erkannte, und das war die größere, stärkere Strömung, und eine schwächere, welche sich vor allem den Schutz der nationalen Würde nach außen zum Ziele setzte und gegen die Regierung eingestellt war. Es waren dies vor allem auch die ehemaligen Baltikumkämpfer, die sich von der Regierung aufs schändlichste betrogen glaubten. Dieser merkwürdige Zwiespalt im Heere trat uns bereits bei der Debatte über die Annahme des Versailler Diktates entgegen. Damals waren die Generale Groener und Maercker die Vertreter dieser beiden Richtungen.

Zu dieser zweiten kleineren, mehr außenpolitisch eingestellten Gruppe gehörte auch der **General von Lüttwitz**, der Kommandeur der Reichswehr, um den sich verschiedene andere Kreise scharten, die das Hindernis für die Befreiung Deutschlands von äußeren und inneren Feinden lediglich in der gegenwärtigen Regierung erblickten. Man meinte, die Achtung der Feinde zu erzwingen, wenn erst eine entschlossene nationale Regierung am Ruder säße. Man wollte Bismarcksche Ideen unter zweifelhaften Verhältnissen praktisch betätigen. Die treibende Kraft war Wolfgang Kapp, Generaldirektor der ostpreußischen Landschaft.

**Wolfgang Kapp** war am 23. Juli 1858 in Neuyork geboren und trat 1886 in den preußischen Staatsdienst ein. 1900 wurde er Vortragender Rat im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Fosten und war seit 1906 Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen. Er gehörte zu den extrem Konservativen und war ein erbitterter Gegner Bethmann-Hollwegs und Erzbergers. Mit **Tirpitz** begründete er die Vaterlandspartei und war vom Februar 1918 bis zum November 1918 Mitglied des Reichstages. - **Ostpreußen**, eine vorwiegend landwirtschaftliche Provinz, war ein guter Boden für die Reaktion. Die Ostpreußen waren aus ganz besonderen Gründen mit der Berliner Regierung unzufrieden. Sie beklagten sich über die Trennung vom Reiche, da ja Westpreußen an die Polen ausgeliefert worden war, und befürchteten, einem bevorstehenden Angriff der Bolschewisten schutzlos preisgegeben zu sein. Sie mißbilligten die Reichsverfassung und empörten sich über die Steuergesetze. Hier also konnten die Pläne und Entschlüsse einer Selbsthilfe reifen, und Ostpreußen bildete die seelische Basis für Kapps Plan, dem Reiche die Gesundung und Erneuerung zu bringen.



*Landschaftsdirektor Kapp aus Ostpreußen.  
Photo Scherl.*



*Kapp-Putsch: Paßkontrolle  
im Regierungsviertel. Photo Scherl.*

Durch den Austritt des schwer belasteten Erzberger aus der Reichsregierung am 12. März 1920 kam der Stein ins Rollen. Die Bresche in die Regierung war geschlagen, ihre treibende Kraft gefallen.



*Kapp-Putsch: Lagernde Truppe  
der Brigade Ehrhardt. Photo Sennecke.*

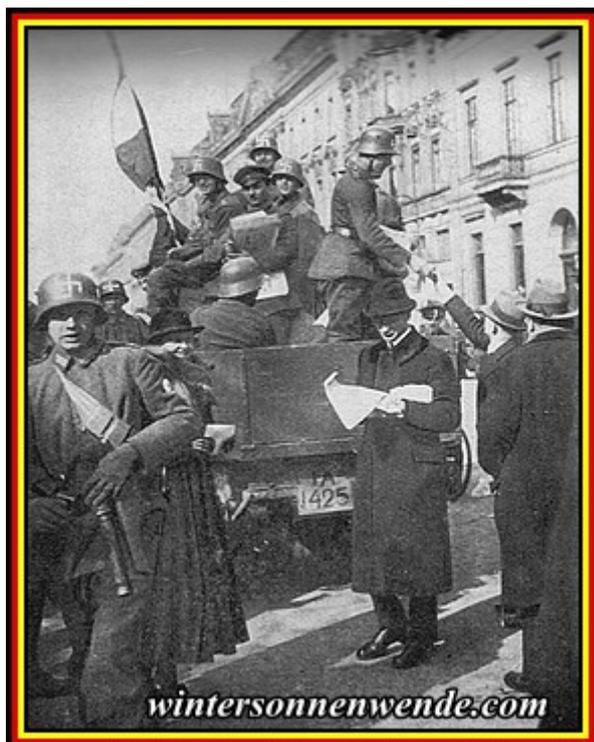


*Kapp-Putsch: Heerlager auf dem  
Wilhelmsplatz. Photo Scherl.*

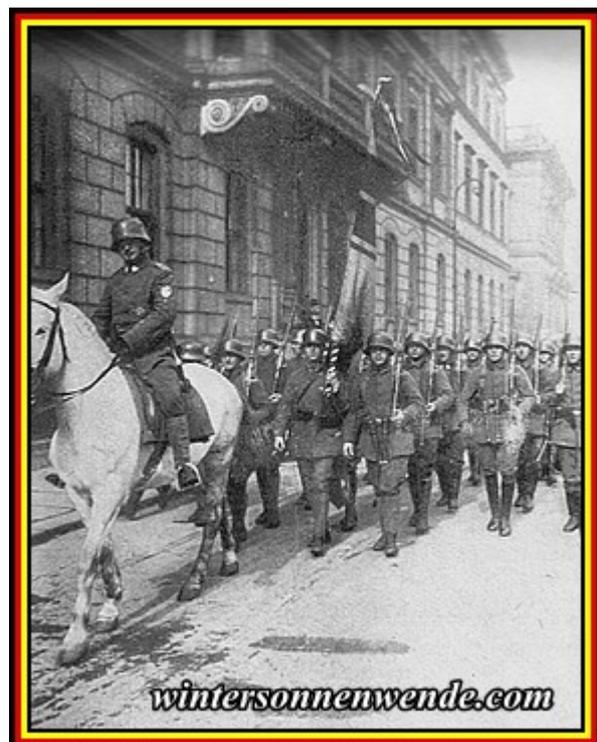


*Kapp-Putsch März 1920: Potsdamer Platz in Berlin. Photo Scherl.*

Zweifellos hatte das moralische Barometer der Reichsregierung in diesem Augenblick einen Tiefstand erreicht. Es galt, den Augenblick auszunutzen. Besonders entschlossen waren die verärgerten Baltikumkämpfer, die im Dezember 1919 nach Deutschland zurückgekehrt und in Auflösungslager überführt worden waren. Sie waren der Sturmtrupp Kapps und seiner Anhänger. **In der Nacht zum 13. März marschierten die Marinebrigade Ehrhardt und die Brigade Löwenfeld, die in Döberitz lagen und sich beharrlich weigerten, aufgelöst zu werden, nach Berlin**, nachdem die Regierung ihre weitere Besoldung und Unterhaltung endgültig abgelehnt hatte. Ohne Kampf wurde morgens um 6 Uhr die Wilhelmstraße besetzt. Ebert und sein Ministerium flohen nach Dresden, wo sie im Laufe des Vormittags eintrafen.



*Kapp-Putsch: Soldaten Kapps verteilen Flugblätter. Photo Scherl.*



*Kapp-Putsch: Anrückende Reichswehr. Photo Scherl.*

Der Handstreich war im Augenblick geglückt, und Kapp erklärte die Ebert-Regierung für abgesetzt. Außerdem sprach er die Auflösung der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung aus. Es wurde eine "**neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat**" gebildet, in die Kapp als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident eintrat, Lüttwitz Verteidigungsminister, der ehemalige Berliner Polizeipräsident von Jagow Innenminister und der Pfarrer Traub, Mitglied der Nationalversammlung, Kultusminister wurde. Oberst Bauer nahm aktiven Anteil an der Neuordnung, und Ludendorff ging im Reichskanzlerpalais ein und aus. Schiffer, der Vizekanzler der Ebert-Regierung, war in Berlin geblieben, vorübergehend verhaftet aber bald wieder freigelassen worden. Kapp entwickelte ein Regierungsprogramm, das auf innerer Ordnung und Arbeit und nach außen hin auf tatkräftige Vertretung der Interessen Deutschlands abzielte.

Jedoch der Regierung Kapp gelang es nicht, aus Gründen, die wir sogleich kennenlernen werden, ihren Machtbereich über Berlin auszudehnen. In Berlin aber beherrschte sie die Lage. Zu den einigen tausend Ehrhardtsoldaten waren Teile der Reichswehr übergegangen, und die irregulären Truppen machten einen vorzüglichen, disziplinierten Eindruck. Ein Patrouillendienst sorgte für Ruhe, und zu Fuß oder auf Lastkraftwagen zogen die uniformierten und bewaffneten Trupps mit schwarzweißroten Fahnen und hakenkreuzverziertem Stahlhelm durch die Straßen. Das Lager von Döberitz war nach Berlin übersiedelt, und die Reichshauptstadt hallte wider von dem damals bekanntgewordenen und später von den Linksparteien parodierten Ehrhardtlied:

"Hat man uns auch verraten,  
Trieb mit uns Schindluderei,  
Wir wußten, was wir taten,  
Blieben dem Vaterland treu.  
Hakenkreuz am Stahlhelm,  
Schwarzweißrotes Band,  
Die Brigade Ehrhardt  
Werden wir genannt."

**Die Regierung Ebert hatte sich von Dresden nach Stuttgart begeben und proklamierte den Generalstreik.** Alle Eisenbahnen standen still, und Berlin war von Deutschland abgeschnitten. Die Nationalversammlung wurde für den 17. März nach Stuttgart berufen. Da sich der Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium weigerte, den neuen Herren Gelder auszuzahlen - "er wisse nichts von einem Reichskanzler Kapp", sagte er -, befand sich die Militärregierung bald in Geldnöten. Die Generale der Reichswehr, welche der innenpolitischen, gegen den Bolschewismus gerichteten Strömung angehörten, auch der Reichswehrminister Noske befand sich auf dieser Seite, hielten sich abseits und unternahmen nichts, was die Maßnahmen Kapps fördern konnte. Sie verboten in ihren Wehrkreisen die Verbreitung Berliner Nachrichten. Auch die obersten Reichsbehörden, die Beamten der Ministerien und Verwaltung, verharrten im ablehnenden Streik. **Die nationale Bevölkerung draußen im Lande** nahm das Ereignis mit gemischten Gefühlen auf. Trotzdem Kapp sofortige Reichstagswahlen und Reichspräsidentenwahl ankündigte und eine einheitliche Regierung in Reich und Preußen in Aussicht stellte, wurde sein Vorgehen vielfach getadelt, da es ungenügend vorbereitet, überstürzt eingeleitet und verfrüht sei. Man kam bald zu der Ansicht, daß die Erhebung aussichtslos enden müsse.

Vor dem übermäßigen und vereinten Widerstande **kapitulierte die Kapp-Regierung denn auch bereits nach vier Tagen, am 17. März.** Kapp floh nach Schweden, von wo aus er sich erst 1922 nach Leipzig in die Untersuchungshaft begab, in der er im gleichen Jahre gestorben ist. Ludendorff reiste nach Bayern. Bis zur Rückkehr der Ebert-Regierung übernahm Vizekanzler Schiffer die Führung. Lüttwitz, Kapp, Ehrhardt, Jagow, Falkenhausen wurden des Hochverrats angeklagt, und soweit man ihrer habhaft werden konnte, nach Leipzig gebracht. Die Baltikumtruppen Ehrhardts und Löwenfelds zogen aus Berlin ab, wurden entwaffnet und aufgelöst. Beim Abzug kam es noch zu Blutvergießen. So wurden am 20. März in Adlershof bei Berlin Offiziere der Zeitfreiwilligen getötet und aufs schwerste verstümmelt: ihnen wurden Ohren und Nasen abgeschnitten und die Augen ausgestochen.



*Kapp-Putsch: Kapitän Ehrhardt.  
Photo Sennecke.*



*Kapp-Putsch: Berlin, Potsdamer Platz.  
Atlantic-Photo.*

**Mitteldeutscher  
Kommunistenaufstand**

Der Zusammenbruch des Kapp-Abenteuers entfesselte einen neuen kommunistischen Aufstand. Die **Kommunisten** ergriffen die günstige Gelegenheit, einen neuen Bürgerkrieg zu entfachen und sich mit Waffengewalt das zu holen, was die Nationalversammlung versagt hatte: das Sowjetgesetz. Der Aufstand war zwar nur auf **Mitteldeutschland** und das **Ruhrgebiet** beschränkt, nicht so umfangreich wie im Vorjahre, aber an innerer Wucht und Kraft um so stärker. Unter der Parole, die Republik gegen die militärische Reaktion schützen zu müssen, erhob sich diesmal nicht nur das städtische Proletariat, sondern auch die Landarbeiterschaft. Während es in Magdeburg, Genthin und Aschersleben ruhig blieb, wurden von Staßfurt nach dem Mansfeldischen und nach Halle hinüber bis nach Thüringen, Osterfeld hin, blutige Greuel verübt. Auf dem Marktplatz in Halle wurden Drahtverhaue errichtet, die Straßen der Vorstädte durch Barrikaden versperrt. Die Druckereien der bürgerlichen Zeitungen wurden stillgelegt, und vierzehn Tage lang erfuhr die Stadt nichts von den Vorgängen in Deutschland, denn die Telegraphenleitungen waren zerstört und der Eisenbahnverkehr ruhte. Am 17. März war Halle ohne Licht, Wasser und Gas, doch das mutige Eingreifen der Technischen Nothilfe ließ bald wieder die Versorgung der Einwohner mit diesen notwendigsten Bedürfnissen des Lebens zu. Einem schwachen Detachement Reichswehr, den Zeitfreiwilligenverbänden und der Einwohnerwehr gelang es, im Stadtzentrum die Ordnung aufrechtzuerhalten, während die Vorstädte von den roten Truppen besetzt waren.



*Kapp-Putsch: Appell der Wache  
der Technischen Nothilfe. Photo Scherl.*



*Generalstreik März 1920: Technische Nothilfe,  
Schüler und Studenten im Gaswerk.  
Atlantic-Photo.*

**Zu Tausenden strömten die bewaffneten Berg- und Landarbeiter zusammen, um Halle zu erobern und zum Mittelpunkt einer mitteldeutschen Räterepublik zu machen.** Sie trugen alte, zerrissene Uniformen und verfügten über gute Waffen, Gewehre, Maschinengewehre, ja auch Minenwerfer und Handgranaten. Sie vergewaltigten schwangere Frauen und meuchelten hinterrücks Bauern und Gutsbesitzer. In einem Dorfe der Elsteraue wurde ein unschuldiger Pfarrer verhaftet und

von einigen verrohten Burschen in den nahen Wald geführt. Als er niederkniete, um sein letztes "Vaterunser" zu beten, wurde ihm meuchlings mit dem Gewehrkolben das Gehirn zertrümmert! Scheunen und Ställe wurden geplündert, die Besitzer mit Geldpressungen drangsaliert. Während die Aufrührer in der Stadt die Entwaffnung der Einwohnerwehr forderten (am 19. März), strömten unter dem Schutze der Nacht immer neue Massen heran, Halle gänzlich umzingelnd. Da die roten Truppen nicht über die genügende Anzahl technisch gebildeter Führer verfügten, zwangen sie die Gutsbesitzer der Dörfer, welche Offiziere gewesen waren, unter der Aufsicht der Soldatenräte die Führung zu übernehmen.

Am Nachmittag des 19. März begannen die Straßenkämpfe, und die Revolutionäre rückten gegen das Stadttinnere vor. Mit unerhörter Grausamkeit mißhandelten sie die Gefangenen und töteten sie teilweise. Erst als in den Augenblicken höchster Not militärische Unterstützung heranrückte, gelang es, die roten Truppen zurückzudrängen. Es wurde mit grenzenloser Erbitterung gekämpft, unter Einsatz von Minenwerfern und Geschützen. Die Brennpunkte der Gefechte waren der Bahnhof, die Mansfelder Straße, Trotha, der Rosengarten und Ammendorf, wo sich das rote Hauptquartier befand. Hartnäckigen Widerstand leisteten die kommunistischen Abteilungen, die sich in Trotha, auf dem Galgenberg, in den Anlagen und in den Gebäuden des Stadtgutes Gimritz festgesetzt hatten. Diese Kämpfe kosteten Hunderte von Toten und Verwundeten. Das Vordringen der Truppen wurde sehr erschwert, da sie aus Kellerfenstern und von den Dächern durch Scharfschützen mit Gewehren und Maschinengewehren beschossen wurden. Doch ein großer Kampfwert wohnte den Verbänden der Aufständischen nicht inne, da sie meist aus jungen, ungeschulten und unzuverlässigen Leuten bestanden. Die roten Truppen nahmen schließlich, im ahnungsvollen Vorgefühl ihrer Niederlage, den angebotenen Waffenstillstand an und zogen sich in ihre Heimatdörfer zurück. Schwierig gestaltete sich die Entwaffnung, da im ganzen Aufstandsgebiet, besonders in den Kohlenrevieren Mansfeld, des Geiseltales, von Zeitz und Bitterfeld, jedes Haus einzeln durchsucht werden mußte, wobei dennoch eine erhebliche Anzahl Waffen verborgen blieb. Am 26. März war der Generalstreik beendet und der Aufstand niedergeschlagen.

Schlimmer noch gestaltete sich **die Lage des Ruhrgebietes**, da dieses infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages von Reichswehr nicht

### **Kommunistenaufstand im Ruhrgebiet**

betreten werden durfte. Hier konnte der Aufstand in aller Ruhe ungestört und planmäßig vorbereitet werden, die schwachen Polizeikräfte wurden ohne Schwierigkeiten entwaffnet. Das industriereiche Ruhrgebiet wurde recht eigentlich die Hoffnung der Kommunisten. Das Militär rückte bis an die Grenze der Fünfzig-Kilometer-Zone vor und forderte die roten Truppen auf, die Feindseligkeiten einzustellen und die Waffen abzuliefern. Aber die Kommunisten sammelten sich in breiter Linie von Wesel bis Hamm und zogen der Reichswehr entgegen. Schützengräben wurden ausgeworfen, Kanonen und Minenwerfer wurden in Stellung gebracht. Die roten Truppen waren hier wesentlich kriegstüchtiger als in Mitteldeutschland. Viele Tausende junger Arbeiter in strammer Haltung und kriegsmäßiger Disziplin hatten sich zusammengefunden, und ihre Bataillone verteilten sich auf die Front. Ein Däne, der das Schlachtfeld bereiste, nannte das Ruhrgebiet ein "umgewandeltes Stückchen Rußland". Wofür diese Truppen in den Kampf zogen, wußten die meisten nicht, sie alle aber waren beseelt von einem geradezu fanatischen Haß gegen die "Noske-Garde", die Reichswehr. Das Bürgertum seufzte unter den Gewalttaten und dem rücksichtslosen Terror. Überall kam es zu Plünderungen, Erpressungen, Ermordungen, Zerstörungen von Fabriken und Häusern.



**Rote Armee im Ruhrgebiet: Kommunistischer  
Posten vor Hauptpost in Dortmund,  
20. April 1920. Photo Scherl.**



*Kämpfe der Rote Armee vor Wesel,  
April 1920. Photo Scherl.*



*Soldaten der Roten Armee gehen an  
die Front vor Wesel, April 1920. Photo Scherl.*



*1920: Rote Armee im Ruhrgebiet:  
Rote Verkehrspatrouille in Dortmund.  
Photo Sennecke.*



*1920: Rote Armee im Ruhrgebiet:  
Auf Lastautos an die Front. Photo Scherl.*



*1920: Rote Armee im Ruhrgebiet  
auf dem Marsche. Photo Sennecke.*



*1920: Gewehrappell bei der Roten Armee  
im Industriegebiet des Westens. Photo Scherl.*

Der preußische Innenminister Severing führte mit den Aufständischen in Münster und Bielefeld Verhandlungen über Einstellung der Kämpfe und Ablieferung der Waffen. Ende März wurde in Bielefeld ein Abkommen geschlossen, wonach die Waffen bis zum 3. April abzuliefern seien. Dadurch wurde die Reichswehr in ihren Maßnahmen gehemmt. Die Roten hatten es verstanden, die Termine für die Waffenablieferung hinauszuschieben (ursprünglich hatte die Regierung den 31. März dafür in Aussicht genommen), um Zeit für militärische Operationen zu gewinnen, die in den ersten Apriltagen erfolgen mußten und auf die man die letzten Hoffnungen setzte. **Am 31. März verlief die**

**rote Front noch in folgender Richtung:** von Wesel ab der Lippelinie über Dorsten, Haltern, Lünen und Hamm folgend, jedoch so, daß die roten Hauptkräfte im Westen lagen, während die Front nach Osten hin schwächer wurde, genau, wie es dem Aufmarsch der Reichswehr entsprach. Es war nämlich eine eigentümliche Erscheinung, daß die Rote Armee glänzend über die Standorte der Reichswehr unterrichtet war. Da General Watter alle zwei Stunden von Severing aus Berlin angerufen wurde, ob und in welcher Richtung die Truppen marschierten, kam man bald auf den Gedanken, daß der Minister in seiner Umgebung Leute hatte, die mit den Aufständischen sympathisierten. Vielleicht mag auch eine gewisse Unvorsichtigkeit das Abhören der Gespräche ermöglicht haben.

Trotz der vereinbarten Waffenruhe griffen also die Roten an. Sie wollten die gewonnenen drei Tage auf alle Fälle dazu benutzen, um einen militärischen Vorteil, vielleicht auch einen unbestrittenen Sieg zu erlangen. **Am 31. März wagten sie einen Angriff an der Straße Dinslaken - Friedrichsfeld**, wurden aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Ebenso mißglückte ein neuer Versuch zwei Tage später. Die Reichswehr drang bis Walsum, Holten, Schmachtendorf und Königshard vor. Dinslaken hatte durch planmäßige Plünderungen schwer gelitten und wurde am Mittag des 2. April von roter Artillerie beschossen. Den erbitterten Widerstand der Aufständischen am "Waldschlößchen" bei Walsum mußte die Reichswehr durch Artilleriefeuer brechen. Hier verloren die Roten etwa 200 Tote. Die Reichswehr konnte große Munitionsvorräte erfassen, allein 1200 Artilleriegeschosse in Dinslaken. Zudem erbeutete sie ein schweres Geschütz, mehrere schwere Minenwerfer und zahlreiche Maschinengewehre. Am 1. April hatten die Roten auch Dorsten mit 60 Granaten beschossen, die auf dem Marktplatz und in der Nähe der Eisenbahnbrücke einschlugen. Auch bei Hamm wurde die Reichswehr beschossen, während am gleichen Tage Schloß Kappenberg nördlich Lünen von den Kommunisten beschossen wurde und eine Bande von etwa 150 Mann in die Bauernschaft Übbenhagen nördlich des Schlosses eindrang und sie plünderte. Durch Flieger stellte die Reichswehr rote Truppenbewegungen in Richtung Hamborn - Sterkrade, Polsum - Marl, Haltern, Bork, Lünen und Hamm fest.

Bei **Dorsten und Hamm** stieß die Reichswehr auf die dringenden Bitten des Bürgermeisters und Landrates vor. Die Roten flüchteten in Richtung auf Recklinghausen zurück, sprengten bei Brassert einige Straßen, versuchten, doch vergeblich, auch Gleise zu zerstören, plünderten die Bauerngehöfte, schlachteten das Vieh und zwangen die Bauern, Fuhrwerke zu stellen. In Recklinghausen wurde am 1. April das Postamt gestürmt und durch Handgranaten verwüstet. In der Nacht verließen die Roten die Stadt, unternahmen aber am folgenden Tage aus der Richtung von Herne einen neuen Angriff. Sie drangen in das Postamt ein und zogen sich, nachdem sie acht Geiseln verhaftet hatten, wieder zurück. Vorher zwangen sie noch einen Stadtrat, bei drei Banken 50 000 Mark abzuheben. Kleidungsstücke und Benzin wurden verteilt, die kommunistischen Krankenschwestern erhielten für 600 Mark Schuhe. In der Nacht vom 1. zum 2. April versuchten die Roten, die Lippebrücke vor Haltern zu sprengen. Hier kam es zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf die Auführer außer 80 Toten viele Waffen und Munition einbüßten.

Das Reichswehrkommando wurde mit zahlreichen Bitten von Städten und Verbänden, hauptsächlich auch aus Duisburg bestürmt, und so entschloß sich General Watter zum Vormarsch. Nach heftigem Kampfe zog die Reichswehr am 2. April abends neun Uhr in **Recklinghausen** ein. Die beiden Hauptführer der Bewegung, der Unabhängige Hülsenbusch und Markuse, eine erprobte Kraft aus der Münchener Spartakuszeit, hatten den Tod gefunden. Dieser letzte hatte noch gedroht: er habe die Kämpfe in Rußland und in München mitgemacht und werde dafür sorgen, daß in Recklinghausen kein Stein auf dem andern bleibe.

General von Epp, Kommandeur einer bayrischen Schützenbrigade, gab am 1. April den Befehl, aus der Gegend von Hamm gegen den roten Stützpunkt Pelkum vorzustoßen. Hier hatten sich etwa 500 Auführer unter Führung eines Matrosen, mit vielen Maschinengewehren ausgerüstet, in einem System von Schützenlinien eingekesselt und beunruhigten Hamm. Lebensmittel und Wertsachen wurden geraubt und jeder Widerstand mit Waffengewalt gebrochen. Eine zwangsweise Aushebung zur Roten Armee war vorgenommen worden, mit vorgehaltenem Revolver drang man in die Häuser

ein. Dauernd wurde heftiges Maschinengewehrfeuer in Richtung Hamm gegeben, die Brückenköpfe beim Bahnhof wurden gesprengt. Den Bauern nahm man Vieh und Wagen und "requirierte" in großzügigster Weise. Mit Artillerie ging jetzt die Reichswehr zum Angriff gegen dieses Nest vor. Erbitterte Straßenkämpfe tobten, wobei die Soldaten vielfach aus dem Hinterhalt beschossen wurden. Nachmittags gegen 5 Uhr war der Kampf mit der Einnahme des Friedhofes von Pelkum entschieden. In regelloser Flucht stürmten die Roten in der Richtung Lerche - Kamen davon. Die Reichswehr hatte drei Tote und neun Verwundete, der Gegner etwa 200 Tote und ebensoviel Verwundete. Unter ihnen befanden sich viele bekannte schwere Verbrecher, einige von ihnen hatten größere Geldsummen bei sich. Bis zum 18. April ließ die Brigade Epp noch vier standrechtliche Urteile nach Recht und Gesetz vollstrecken.



**1920: Verhaftung des Spartakistenführers Fuldzennek im Ruhrgebiet. Photo Sennecke.**



**Ruhrgebiet 1920: Gefangene Spartakisten werden abgeführt. Photo Sennecke.**



**1. Juni 1920: Dortmunder Stadthaus nach Vertreibung der Roten Armee. Photo Scherl.**



**1920: Bottrops Befreiung von der Roten Armee durch Reichswehr. Photo Sennecke.**

In den vernichtenden Niederlagen bei Recklinghausen und Hamm war der Aufstand der Roten zusammengebrochen. Ihre Streitkräfte befanden sich auf der Flucht und in heilloser Verwirrung. Sie konnten nicht mehr an die Aufnahme der Feindseligkeiten denken. Die Bevölkerung atmete auf, sie pries den General von Watter als den Befreier aus blutiger Not, von Gewalttat, Raub und Plünderung. Heißer Dank gebühre den Truppen, welche das Volk vom Terror befreit hätten. Die kommunistische Presse jedoch schrieb, ganz gegen die Wahrheit, über die Kämpfe bei Hamm und Pelkum: "Erst gegen die Arbeiterschaft, die ihre Waffen gemäß dem Abkommen von Bielefeld bereits abgelegt hatte, schwoll der Soldateska die Heldenbrust. Die, die wehrlos geworden, wurden angegriffen und in Hamm allein mehrere Hundert standrechtlich erschossen, darunter die Vollzugsräte, die dem Bielefelder Abkommen zugestimmt und seine Durchführung übernommen hatten."

Die Entwaffnung und Zerstreuung der Aufständischen gestaltete sich in dem stark bevölkerten Industriegebiet ebenfalls sehr schwierig und ging langsam vonstatten. Erst gegen Ende April konnte

man von einem Zustande des Friedens an der Ruhr sprechen.

Auch auf **Bayern** hatte der Kapp-Putsch gewirkt, aber nicht durch Entfaltung eines kommunistischen Aufstandes. Die Regierung Hoffmann wurde gestürzt und durch ein Ministerium der Rechten ersetzt. Hier konsolidierten sich die Verhältnisse am ehesten von ganz Deutschland, da Bayern nicht derartig überfüllte Industriezentren aufzuweisen hat wie Preußen.

Nachdem sich der Sturm der ersten Frühjahrswochen gelegt hatte, hub in Deutschland das bekannte Parteigezänk an. Die **Kom-**

### **Innerpolitischer Parteihader**

**munisten** waren verbittert, weil sie die Schlacht verloren hatten, und klagten die nationalen Kreise des Blutvergießens an, weil sie diese mit Kapp und seinen Anhängern identifizierten. Die Linksradi-kalen gossen überdies eine Flut von Schmähungen über die Sozialdemokratie aus, welche die mo-narchisch-militaristische Reaktion begünstige, und insbesondere über Noske, den "Arbeitermörder", der durch sein Verhalten erst diese Zustände ermöglicht hätte. Mit entschiedenem Nachdruck müsse man jetzt erst recht restlose Sozialisierung und allmächtige Betriebsräte fordern. Am liebsten wäre den Kommunisten die Ausrottung der ganzen nationalgesinnten Bevölkerung gewesen. Der nichts-ahnende Noske war erschrocken und dankte ab. Die **Rechtsparteien** erhoben Vorwürfe gegen die Regierung, die durch ihr verfassungswidriges Verhalten erst das Volk herausgefordert hätte. Die **Regierung** löste jetzt endlich die Nationalversammlung auf und schrieb die Wahlen zum ersten Reichstag aus. Es hatte viele Werte an Menschenleben und Gütern gekostet, um dieses Ziel zu erreichen.

Vor allem aber setzte nun eine "**Säuberung**" unter **Beamten und Soldaten** ein. Jeder Beamte, Offizier und Soldat, der nicht demokratisch oder sozialdemokratisch zuverlässig war, wurde, wenn es irgend ging, entlassen. Die Anhänger der Rechtsparteien waren geächtet. Wo sie an verant-wortungsvollen Posten standen, besonders als Landräte, und irgendwie während der Kapp-Ära Zweifel an ihrer Staatsgesinnung hatten aufkommen lassen, mußten sie Anhängern der Linkspartei weichen. Die Sozialdemokratie, die noch nicht über die notwendige akademisch geschulte Verwaltungsintelligenz verfügte, stellte Parteifunktionäre in die vakant gewordenen Stellen, die zu ihrer Amtsfüh-rung noch besondere juristische Beiräte brauchten. Wiewohl die Rechtsparteien in keinem Zusam-menhang mit dem Unternehmen Kapps standen, wurden sie von den Maßnahmen der Regierung am schwersten betroffen.

Die Reichsregierung, zu der das Vertrauen durch die Märzvorgänge stark erschüttert worden war, wurde am 27. März umgebildet. Der bisherige sozialdemokratische Außenminister Hermann Müller übernahm das Reichskanzleramt und das Auswärtige, erst am 14. April wurde der Sozialdemokrat Dr. Köster Außenminister. Der bayrische Demokrat Dr. Geßler folgte dem sozialdemokratischen Noske als Reichswehrminister. Dr. Wirth, der dem linken Zentrumsflügel angehörte, übernahm als Nachfolger Erzbergers das Reichsfinanzministerium. Das Prinzip der Koalitionsregierung Demo-kratie - Zentrum - Sozialdemokratie war unberührt geblieben, es war lediglich ein Personalwechsel eingetreten. In Preußen bildete der Sozialdemokrat Braun eine Regierung, in welcher Severing das Innere übernahm. Er war entschlossen, die monarchische Gefahr von der Republik abzuwenden, und begann mit der Ersetzung aller rechtsgesinnten Beamten durch Sozialdemokraten und Republi-kaner. Dadurch wurden die inneren Gegensätze nicht verringert, sondern verschärft.

Von den Taten der **Nationalversammlung** bliebe nur noch zu erwähnen, daß der Übergang der Staatsbahnen auf das Reich, der sich am 1. April vollzog, am 30. April gesetzlich genehmigt wurde. So wurde die Eisenbahn zur "Reichsbahn", damit war eine weitere wesentliche Forderung der Reichsverfassung (Artikel 89-94) erfüllt worden. - Über das am 19. April angenommene Grund-schulgesetz ist bereits oben gesprochen worden.

Die wettinisch-ernestinischen Splitterstaaten schlossen sich am 30. April zu einem neuen Lande "Thüringen" zusammen. Nur Koburg entschied sich für den Anschluß an Bayern. Es entstand ein neuer Bundesstaat, der einen Umfang von 11 757 Quadratkilometern und etwa 1½ Millionen Ein-wohner zählte. Sein Wappen führt sieben silberne Sterne im roten Felde. Die Hauptstadt des neuen Landes wurde Weimar.

**Am 6. Juni 1920 fanden die Wahlen zum ersten Reichstag statt.** Sie waren gewissermaßen die Bilanz der verfloßenen achtzehn Monate und

### **Die Reichstagswahl**

brachten unter dem Druck von außen und der Spannung von innen eine Stärkung des rechten und linken Flügels auf Kosten der demokratischen Mitte. Die beiden Rechtsparteien erhielten unerwarteterweise trotz des Kapp-Putsches zusammen fast acht Millionen Stimmen, fast das Doppelte der am 6. Februar 1919 erreichten Stimmzahl, und im Reichstag zogen 66 Deutschnationale und 65 Vertreter der Deutschen Volkspartei ein. Die Unabhängigen wuchsen von 22 auf 81, während die Sozialdemokraten von 163 auf 108, die Demokraten von 75 auf 49 Sitze zurückgingen und das Zentrum sich ungefähr behauptete. Das prozentual stärkste Wachstum wies der linke Flügel auf, da er sich durch die unzufriedenen Elemente der Sozialdemokratie um etwa das Dreifache vergrößert hatte. Zahlenmäßig den Linken überlegen waren die Rechtsparteien, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei etwa 160 Sitze innehatten. Die bisherigen Regierungsparteien verfügten über knapp die Hälfte der Mandate. Es hatte sich in Deutschland eine erste sichtbare Wendung vollzogen von der Arbeiterrepublik zur Bürgerrepublik, und die historische Bedeutung der Wahlen vom 6. Juni beruht darin, daß **trotz der weiter fortschreitenden Radikalisierung der Linken für die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes die Ära der Revolution als seelisch und geistig abgeschlossen gelten sollte.**

Schwierig war jedoch die Frage der Regierungsbildung. Die deutsche Republik hatte bis jetzt vier Regierungen gehabt, von denen die erste der Übergangszeit, der Rat der Volksbeauftragten (11. November 1918 bis 13. Februar 1919) nur aus Sozialdemokraten bestand, während die drei anderen Koalitionsregierungen aus

### **Bildung einer neuen Regierung**

Demokraten, Zentrum und Mehrheitssozialisten gebildet waren: Regierung Scheidemann: 13. Februar bis 21. Juni 1919; Regierung Bauer: 21. Juni bis 27. März 1920; Regierung Hermann Müller: 27. März bis 24. Juni 1920. Vorübergehend, vom 21. Juni bis 3. Oktober 1919, bildeten nach Ausscheiden der Demokraten nur Zentrum und Mehrheitssozialisten die Regierung. Das Übergewicht der Sozialdemokratie, deren eigentliches Werk die staatliche Umwälzung war, wurde dadurch gekennzeichnet, daß diese Partei in allen Regierungen den Ministerpräsidenten und Reichskanzler stellte. Jetzt änderte sich das Bild. Es war nach dem Ausfall der Wahlen unmöglich, bei der neuen Regierung, die notgedrungen ebenfalls ein Koalitionskabinett darstellen mußte, die Rechtsparteien unberücksichtigt zu lassen. Die Deutsche Volkspartei wenigstens, wenn auch noch gefühlsmäßig monarchisch eingestellt, mußte zur Teilnahme herangezogen werden. Bei dem wichtigen Problem der Reparationsleistungen, das zu lösen war, konnte sie nicht übergangen werden, da sie die Vertreterin des Industriekapitals war, und dieses brauchte man, wollte man das Versailler Diktat erfüllen. Die Sozialdemokratie befand sich im Zweifel, was sie tun sollte. Sie hätte am liebsten als Bollwerk gegen eine Erschütterung von rechts und als Gegengewicht der Deutschen Volkspartei ebenfalls maßgebenden Einfluß in der neuen Regierung beansprucht. Aber die Lehren der Wahl konnte sie nicht unberücksichtigt lassen. Drei Millionen Stimmen hatte sie verloren, weil sie "die Revolution verraten" und sich mit dem Bürgertum eingelassen hatte, sollte sie ihren Anhängern noch mehr Grund zu dem Vorwurf der "Verbürgerlichung" geben? **Die Sozialdemokraten entschuldigten sich also mit dem Erfurter Programm und lehnten zu ihrem Bedauern die Mitarbeit in einer Regierung ab, an welcher die Deutsche Volkspartei teilhätte.**

**Die Sozialdemokratie hatte eine Niederlage erlitten, die Regierungskoalition verschob sich nach rechts.** Nach langen und schwierigen Verhandlungen kam am 24. Juni 1920 Deutschlands **fünfte Reichsregierung** zustande. Kein Sozialdemokrat, sondern das Zentrumsmitglied Fehrenbach wurde Reichskanzler, das Zentrum stellte außerdem drei, die Deutsche Volkspartei drei, die Demokraten zwei Minister. Als "Fachminister" übernahmen Simons das Auswärtige und Groener den Verkehr. Die neue Regierung stand nicht auf der breiten Basis ihrer Vorgängerinnen, die sich auf drei Fünftel der Wählerschaft stützten. Die Regierung Fehrenbach hatte bestenfalls zwei Fünftel der Wähler hinter sich. Aber ihre Versuche in der Folgezeit, die kleine Koalition durch Hinzuziehung der Sozialdemokratie zu erweitern, schlugen fehl. Fast ein Jahr jedoch war es möglich, das Reich ohne Sozialdemokraten zu regieren. Erst die schweren Differenzen mit den Alliierten 1921 stürzten

die Regierung Fehrenbach und verhalten nach Ausscheiden der Deutschen Volkspartei der Koalition der Mitte wieder ans Ruder.



*Aus unserem Versandbuchhandel:*

**Das Versailler Diktat.**  
**Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,**  
**Gegenvorschläge der deutschen Regierung**



*Mehr aus unserem Archiv:*

**Der Abgrund von Versailles**



**Die Schandverträge**



**Das Ultimatum der Entente**  
**Vollständiger Text der Mantelnote**  
**und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge**  
**Amtlicher Wortlaut**



**Was Deutschland gezahlt hat**  
**Die bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles**



**Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?**



**Zehn Jahre Versailles**

